

Inhalt

Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?	3
Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau	6
Große Vielfalt bei ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement	11
Wer hat, dem wird gegeben	15
Geringere familiäre Pflegebereitschaft bei jüngeren Generationen	19
Wenn aus Liebe rote Zahlen werden	23
Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen	27
Kein Herz für Europa?	32
Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung	37
Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen	42
Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers	47
Was fehlt bei Hartz IV?	52
Jeder fünfte Erwerbstätige ist aus beruflichen Gründen mobil	56
Schichtzugehörigkeit nicht nur vom Einkommen bestimmt	61

Editorial

Der Anlass für die Publikation der vorliegenden Sonderausgabe ist ein Jubiläum: Im August dieses Jahres ist die 50. Ausgabe des „Informationsdienstes Soziale Indikatoren“ erschienen, und in wenigen Wochen werden 25 Jahre vergangen sein, seit die erste ISI-Ausgabe im Januar 1989 veröffentlicht wurde. Die regelmäßige Publikation eines Informationsdienstes gehört zu den Aufgaben, die der Wissenschaftsrat dem 1987 unter dem Dach von GESIS gegründeten „Zentrum für Sozialindikatorenforschung“ übertragen hatte, das sich mit Fragen der „gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Wohlfahrtsmessung“ beschäftigt und den „Wissensbestand über sozialen Wandel und Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland“ erweitern sollte. Dieser Zielsetzung entspricht das Konzept einer wissenschaftsbasierten, analytischen Sozialberichterstattung, das dem „Informationsdienst Soziale Indikatoren“ zugrunde liegt. Die zentrale Funktion der Sozialberichterstattung besteht demnach darin, Zustand und Veränderungen der Lebensbedingungen und Lebensqualität in einer Gesellschaft – oder im Vergleich verschiedener Gesellschaften – auf einer adäquaten Datenbasis im Sinne eines regelmäßigen und umfassenden Monitorings zu beobachten, zu beschreiben und zu analysieren. Die Zielgruppe, an die sich der Informationsdienst richtet, beschränkt sich daher nicht nur auf in der akademischen Forschung und Lehre tätige Sozialwissenschaftler, sondern umfasst auch Interessenten aus der Politik, Verwaltung, der Wirtschaft, sowie Bildungseinrichtungen und den Medien.

Das Spektrum der Themen, die der Informationsdienst Soziale Indikatoren in den vergangenen 25 Jahren aufgegriffen hat, spiegelt gesellschaftliche Entwicklungen und damit einhergehende gesellschaftspolitische Herausforderungen und Diskussionen. Dazu gehören z. B. Erwerbschancen und Erwerbsformen, Ungleichheit und Armut, Migration und Integration von Zuwanderern, Erwartungen der Bürger an den Wohlfahrtsstaat, Kinderbetreuung, Pflegebedürftigkeit und Pflege alter Menschen, Formen des Zusammenlebens, Kinderlosigkeit und Scheidung, bürgerschaftliches Engagement und subjektives Wohlbefinden. Während im ersten Jahrzehnt des Erscheinens von ISI Analysen zur Entwicklung der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland und deren Angleichung die Berichterstattung stark geprägt hatten, traten später europäisch vergleichende Analysen sukzessive in den Vordergrund. Damit wurde auch der Tatsache Rechnung getragen, dass nicht nur die individuelle Wohlfahrt der Bürger, sondern auch deren Vergleichs- und Bewertungsmaßstäbe zunehmend europäisch bestimmt und geprägt werden.

Das vorliegende Sonderheft präsentiert einen Querschnitt von Beiträgen aus den zurückliegenden 25 Jahren und dokumentiert damit einerseits die Vielfalt der aufgegriffenen Themen, sowie andererseits den engen Bezug zu gesellschaftspolitischen Fragen, Problemen und Diskussionen. Die Beiträge erscheinen in dieser ISI-Sonderausgabe inhaltlich unverändert. Es wurden lediglich einige Grafiken nachbearbeitet, um deren Lesbarkeit zu verbessern. Auch die Affiliation der AutorInnen wurde nicht aktualisiert und entspricht den Angaben in der Originalveröffentlichung.

Wir nehmen die Publikation dieser Sonderausgabe zum Anlass, uns bei allen AutorInnen und Autoren, die mit ihren Beiträgen maßgeblich zum anhaltenden Erfolg von ISI beigetragen haben, aber auch bei Ihnen als unseren Leserinnen und Lesern für das kontinuierliche Interesse sehr herzlich zu bedanken und wünschen Ihnen eine anregende und kurzweilige Lektüre.

Heinz-Herbert Noll

Leiter des Zentrums für Sozialindikatorenforschung

Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?

Dramatischer Rückgang von Geburten, Eheschließungen und Scheidungen

In der Ostsee-Zeitung vom 8. Mai 1993 lesen wir in einer Reportage aus der Stadt Rostock: „Während sich 1990 bis Anfang Mai 454 Paare das Jawort gaben, waren es in diesem Jahr lediglich 155. Das Durchschnittsalter der Heiratswilligen liegt derzeit bei 30 Jahren, während es 1989 mit 20 Lenzen registriert wurde.“ Ein Trend setzt sich offensichtlich fort, der inzwischen vom Statistischen Bundesamt bis Ende 1992 in den Grunddaten belegt ist: ein dramatischer Rückgang der Geburten, Eheschließungen und auch der Ehescheidungen seit 1989 in den ostdeutschen Ländern und Ost-Berlin, also in der ehemaligen DDR. Vergleicht man die Zahlen von 1988 und 1992, so läßt sich für die Geburten ein Rückgang von 60 Prozent, für die Eheschließungen von 65 Prozent und für die Ehescheidungen von 81 Prozent (bis 1991) ausmachen.

Anders als die Absolutzahlen reagieren jährliche oder quartalsmäßige Veränderungs-raten sehr empfindlich auf kurzfristige Instabilitäten. Dabei wird vom eigentlichen Niveau abstrahiert und die Betrachtung auf die Richtung, Intensität und Dauer der Schwingungen gelenkt. Beginn und Ende von Veränderungszyklen lassen sich dadurch verdeutlichen.

Der Geburtenrückgang von 1990 auf 1991 beträgt 40 Prozent von 1991 auf 1992 19 Prozent. Der Rückgang der Eheschließungen beträgt von 1990 auf 1991 50 Prozent und von 1991 auf 1992 5 Prozent. Den Quartalsvergleich von 4/90 bis 4/92 dokumentiert Graphik 1. Es handelt sich also um enorme Rückgänge mit Tiefpunkten im 2. Quartal 1991, die aber bis Ende 1992 andauern. Nur das Tempo des Rückgangs verringert sich, nicht der Rückgang selbst, der durch die Fläche unterhalb der Nulllinie gekennzeichnet ist. Demgegenüber sind die Veränderungen in den alten Ländern eher unauffällig.

Rückläufiger Anteil von Frühehen

Wir haben bereits 1990 prognostiziert, daß sich im Wandel der Sozialstruktur der DDR auch die dort so auffälligen Phänomene der Frühehen, frühen Geburten und frühen Scheidungen in Richtung westdeutscher Muster verändern, d.h. zeitlich nach hinten verschieben werden. Es gibt einige Hinweise dafür, daß diese „Modernisierungstendenz“ wirksam ist. Hierzu können wir die Daten aus dem Land Thüringen für Eheschließungen nach dem Alter von Männern und Frauen für die Jahre 1990 und 1991 heranziehen. Danach verringert sich der Anteil der 18-24jährigen Männer an den Eheschließungen von 30 Prozent im Jahr 1990 auf 25 Prozent im Jahr 1991, bei den Frauen von 51 Prozent auf 44 Prozent. Betrachtet man die Lebendgeburten in Thüringen, so zeigt sich jedoch weder für eheliche noch für uneheliche Geburten eine Abhängigkeit des Rückgangs vom Alter der Mutter. Überwältigend ist der generelle Rückgang in allen Altersgruppen, sowohl bei den Geburten wie bei den Eheschließun-

gen (Tabelle 1). So halten wir zwar die sozialstrukturelle Prognose in Ostdeutschland auf längere Frist aufrecht, eine Erklärung der aktuellen Rückgänge in Ostdeutschland kann sie jedoch nicht liefern. Immerhin ist festzuhalten, daß der überproportionale Rückgang der jungen Ehen zusammentrifft mit der überproportionalen Abwanderung der jungen Altersgruppen. Von allen Fortzügen in Thüringen im Jahr 1990 entfallen

bei den Personen über 18 Jahren allein 68 Prozent auf die 18-30jährigen, bei den Ledigen sogar 86 Prozent.

Geburtenrückgang und Rückgang der Eheschließungen auch im historischen Vergleich exorbitant.

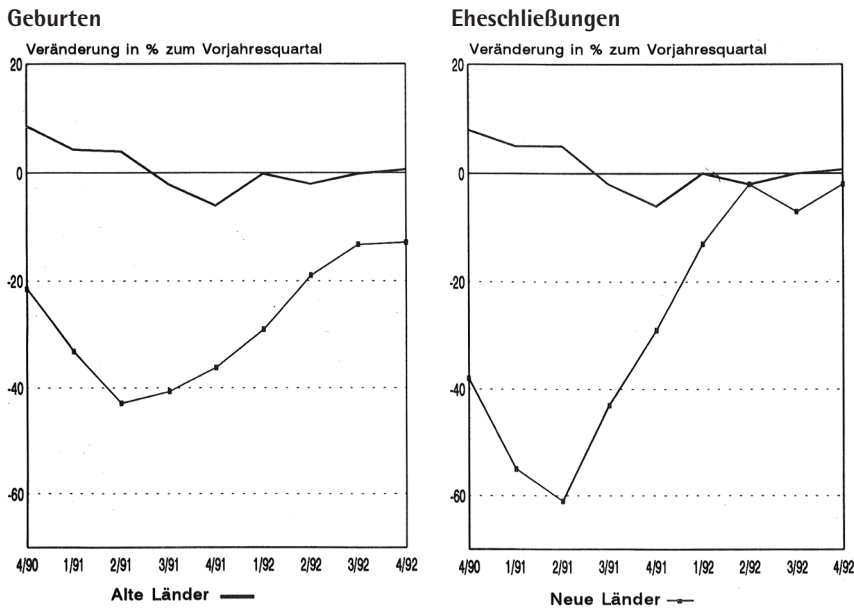
Im nächsten Schritt betrachten wir die ostdeutsche Entwicklung in einem längerfristigen Vergleich mit dem Deutschen Reich von 1910-1945 und mit der Bundesrepublik und der DDR von (1946) 1949-1989 (Graphiken 2 und 3). In diesem historischen Vergleich erweisen sich der Geburtenrückgang und der Rückgang der Eheschließungen in Ostdeutschland tatsächlich als extraordinär. Die größten schlagartigen Geburtenrückgänge früherer Jahre finden wir im Ersten Weltkrieg mit 25 Prozent 1916 und 24 Prozent 1915. Der größte Rückgang im Zweiten Weltkrieg beträgt 19 Prozent im Jahr 1942, aber mit einem anschließenden Anstieg von 7 Prozent 1943! Demgegenüber ist der Rückgang in Ostdeutschland von 1990 auf 1991 mit 40 Prozent fast zweimal so hoch und der Rückgang von 1991 auf 1992 mit 19 Prozent ähnlich den harten Kriegsjahren. Der vielbeschriebene „Geburtenrückgang“ in der Bundesrepublik nach dem Babyboom erreichte maximal ein Minus von 10 Prozent im Jahr 1970. Der größte Einbruch zu DDR-Zeiten war 1972 mit 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die in diesem Jahr erfolgte Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sowie die um diese Zeit eingeführte kostenlose Verschreibung der Pille werden als Erklärung für diesen Rückgang angeführt. Der nachfolgende Wiederanstieg gilt als „zweiter Babyboom der DDR“ und als Erfolg familien- und frauenpolitischer Maßnahmen (vgl. R. Geißler). Auch der

Tabelle 1: Eheschließungen und Lebendgeburten in Thüringen 1990 und 1991

	1990	1991	Rückgang in %
Eheschließungen nach Alter			
Männer			
18 – unter 24	4.758	2.071	56,5
24 – unter 30	6.208	3.085	50,3
30 und älter	4.763	3.150	33,9
insgesamt	15.729	8.306	47,2
Frauen			
18 – unter 24	8.057	3.694	54,2
24 – unter 30	4.085	2.275	44,3
30 und älter	3.587	2.337	34,8
insgesamt	15.729	8.306	47,2
Lebendgeburten nach Alter der Mutter			
15 – unter 24	13.790	8.760	36,5
24 – unter 30	11.266	6.446	42,8
30 und älter	3.724	2.264	39,2
insgesamt	28.780	17.470	39,3
davon unehelich			
15 – unter 24	6.149	4.392	28,6
24 – unter 30	2.270	1.616	28,8
30 und älter	741	527	28,9
insgesamt	9.160	6.535	28,7

Quelle: Statistische Berichte des Thüringischen Landesamtes für Statistik, Erfurt 1990; 1991

Graphik 1: Geburten Veränderung in % zum Vorjahresquartal Eheschließungen Veränderung in % zum Vorjahresquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen

Rückgang der Eheschließungen von 1990 auf 1991 in Ostdeutschland ist, bezogen auf die Veränderungsrate, ein historischer Rekord und höher als die Werte von 40 Prozent für 1915 und 24 Prozent für 1924. Insgesamt sehen wir, daß die Eheschließungen im Deutschen Reich noch empfindlicher auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wechsellagen reagieren als die Geburtenzahlen. Das gilt tendenziell auch für die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik.

Rückgang der Ehescheidungen übertrifft alles bisher Dagewesene

Auch bei Ehescheidungen übertrifft der Rückgang in Ostdeutschland alle historischen Vorbilder. Der Rückgang von 1990 auf 1991 beträgt nicht weniger als 72 Prozent und ist damit größer als die Anomalie von 1978 in der Bundesrepublik, als im Zusammenhang mit dem Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts die Zahl der Scheidungen innerhalb eines Jahres um 56 Prozent bzw. von 75 Tausend auf 33 Tausend sank.

Wie kann man diese demographischen Einbrüche, diese historisch extremen Veränderungen des demographischen Verhaltens erklären? Ist die Situation der Ostdeutschen heute schlimmer als im Krieg? Sind die demographischen Einbrüche Ausdruck einer gesellschaftlichen Anomie, die größer ist als in der Weltwirtschaftskrise und in den Hungerjahren nach 1945? Aus anderen Quellen wissen wir, wie groß die Ängste und Besorgnisse in Ostdeutschland sind, um wieviel größer als in Westdeutschland, und um wieviel die Lebenszufriedenheit unter der westdeutschen liegt. Wir wissen aber auch, daß die Zukunftserwartungen in Ostdeutschland noch immer positiv sind und die Zufriedenheiten in einzelnen Lebensbereichen (Warenangebot, Umwelt) sogar

steigen. Die materielle Situation hat sich für die Mehrzahl der Ostdeutschen verbessert: die Einkommen sind für die Mehrheit trotz aller Preissteigerungen real gestiegen. Zugleich steigt aber die Arbeitslosigkeit und die Angst vor ihr – 1992 und 1993 jedoch stärker als in den Jahren der größten demographischen Einbrüche, 1990 und 1991.

Die eingangs angestellte Quartalsbetrachtung zeigt den extremen Knick in den ersten drei Quartalen und dann einen „Rückgang des Rückgangs“. Diese Entwicklung hat die Gestalt eines „Schocks“, aber das ist nur eine Metapher. Daten aus dem Jahr 1993 stehen, außer aus Zeitungsmeldungen, noch nicht zur Verfügung. Die spannende Frage ist, ob sich die demographischen

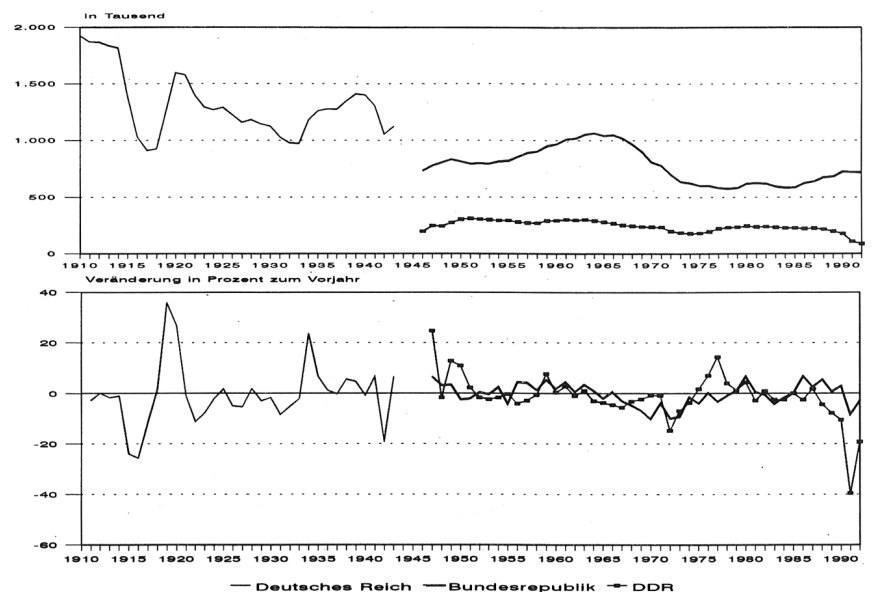
Werte für Ostdeutschland 1993 und in den kommenden Jahren auf einem niedrigen Niveau einpendeln, ob sie wieder auf die früheren Niveaus steigen werden oder ob sie in eine unregelmäßige Entwicklung übergehen. Im ersten Fall hätten wir es mit einer „demographischen Revolution“ zu tun, die eine sozialstrukturelle Revolution indiziert, insbesondere dann, wenn nicht nur die vorhergesagten Anpassungen an westliche Geburten- und Heiratsmuster erfolgen, sondern sich Verhältnisse deutlich unterhalb westdeutscher Werte stabilisieren. Wahrscheinlicher ist jedoch der zweite Fall: der größere Teil der jetzt ausgefallenen Geburten und Eheschließungen, aber auch Scheidungen, wird in den nächsten Jahren nachgeholt.

Dann wäre der jetzige „Schock“ ein Aggregat verschiedener Effekte, die eine Eigenschaft gemeinsam haben: es sind „kritische Lebensereignisse“, die der einzelne selbst beeinflussen kann. In dem rapiden und radikalen Transformationsprozeß der untergehenden DDR und nach der Vereinigung haben sich die in Frage kommenden Altersgruppen in Ostdeutschland von Belastungen zumindest zeitweise freigemacht, die sie „in der Hand haben“: Eheschließungen, Geburten und Scheidungen. Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen können sie viel weniger oder gar nicht beeinflussen.

Demographische Einbrüche als Ergebnis individueller Strategien der Problembewältigung

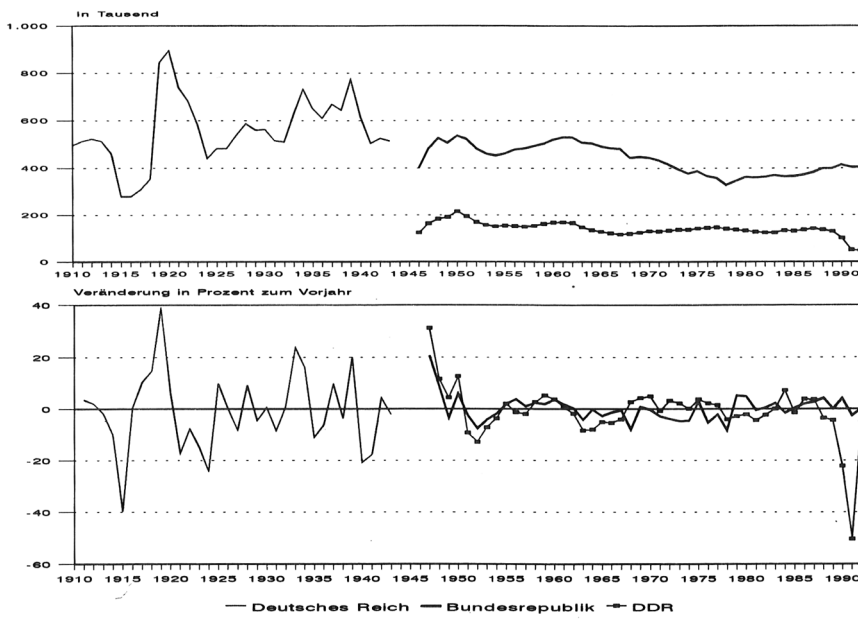
Der plötzliche Rückgang der Ehescheidungen in der Bundesrepublik in den Jahren 1976 bis 1978 im Vorgriff und als Reaktion auf eine einschneidende Gesetzesänderung kann als ein Modell für ein solches Verhalten interpretiert werden. Die Ehescheidungen sind in der Bundesrepublik nach 1978 rasch wieder angestiegen (Graphik 4). Der

Graphik 2: Geburten 1910 – 1992: Absolut und jährliche Veränderungsrate



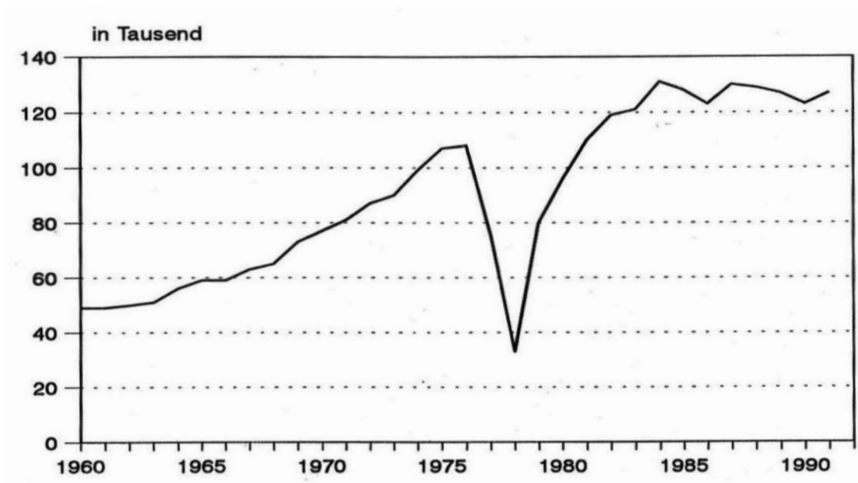
Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen

Graphik 3: Eheschließungen: Absolut und jährliche Veränderungsrate



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen

Graphik 4: Ehescheidungen in der Bundesrepublik (West)



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen

grundlegende Unterschied zur ostdeutschen Entwicklung besteht aber darin, daß in diesem Fall die ceteris-paribus-Klausel, also die Konstanz aller weiteren Einflußgrößen vorausgesetzt werden kann. In der Ex-DDR dagegen haben sich fast alle Rahmenbedingungen verändert. Man kann davon ausgehen, daß der demographische Sog seinen Tiefpunkt erreicht hat und sich langsam ein erkennbares demographisches Verhalten herausbildet. Dies bedeutet nicht nur ein Ansteigen der jetzigen demographischen Eckdaten, sondern auch eine allmähliche Veränderung von Lebensorientierungen sowie dem generativen und familialen Verhalten. Die Quartalsergebnisse 1992 für Eheschließungen deuten zumindest darauf hin, daß der Abwärtstrend zum Halten kommt.

Fraglich ist, wie sich die ostdeutsche Entwicklung im Bezug zu westdeutschen Standards darstellen wird bzw. ob überhaupt auf lange Frist relevante Unterschiede bestehen bleiben. Zu trennen sind dabei die kurzfristigen, oft dramatischen Anpassungsleistungen von langfristigem Wandel. In dem erfolgten Absturz und einem möglichen Aufwärtstrend sind sozialstrukturelle Umgruppierungen, die ihre Evidenz erst über einen längeren Zeitraum gewinnen, durchaus enthalten.

Wir erklären also die gegenwärtigen demographischen Einbrüche in Ostdeutschland als die Aggregateffekte individueller Schockerfahrungen und Strategien zur Bewältigung von Übergangsproblemen. Die Prognose längerfristiger sozialstruktureller Veränderungen demographischer Verhaltensweisen in westdeutsche Richtung halten wir aufrecht.

Wolfgang Zapf / Steffen Mau
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
(ISI 10, 1993: 1-5)

Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau

Ergebnisse des Wohlfahrtssurveys 1998

In den Jahren seit der Wiedervereinigung haben sich die objektiven Lebensbedingungen der Bürger in den neuen Bundesländern grundlegend verändert und für die Mehrheit der Ostdeutschen trotz aller Schwierigkeiten, Friktionen und der noch verbleibenden Probleme – insbesondere der nach wie vor unzulänglichen Arbeitsmarktverhältnisse – verbessert. Der Abstand zu Westdeutschland und das zu Beginn des Transformationsprozesses drastische Wohlstandsgefälle haben sich seither deutlich verringert, ohne daß allerdings in jedem Falle das Niveau der alten Bundesländer schon erreicht worden ist. Trotz aller Modernisierungserfolge und Verbesserungen der Lebensverhältnisse war das gesellschaftliche Klima in Deutschland in den zurückliegenden Jahren vielfach von Spannungen, Unzufriedenheit, Besorgnissen und gegenseitigen Ressentiments der Deutschen in Ost und West geprägt. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die subjektiven Aspekte der Lebensqualität und untersucht anhand ausgewählter Indikatoren, wie die Bürger die Entwicklung der vergangenen Jahre bewerten, welche Prioritäten sie setzen, wie zufrieden oder unzufrieden sie mit ihren Lebensverhältnissen sind, welche Erwartungen und Ansprüche sie haben und wie sie der Zukunft entgegensehen.

Positive Bilanz der Entwicklung der Lebensbedingungen

Die Bilanz der Bürger in den neuen Bundesländern ist nach den Daten der Wohlfahrtssurveys alles in allem positiv. Auf die Frage „Haben sich Ihre Lebensbedingungen seit 1990 eher verbessert, eher verschlechtert oder ist da kein großer Unterschied?“ erklärten 1993 48 Prozent der ostdeutschen Befragten, daß sich ihre Lebensbedingungen seit 1990 insgesamt verbessert haben. Dieser Anteil beläuft sich im Jahre 1998 auf 59 Prozent und hat damit deutlich zugenommen (Tabelle 1). Der Bevölkerungsanteil, der eine Verschlechterung wahrnimmt, ist von 23 auf 16 Prozent zurückgegangen, und ein Viertel sieht keinen Unterschied. Die Mehrzahl der Westdeutschen betrachten ihre Lebensbedingungen 1998 genauso wie 1993 als unverändert. Der doch erstaunlich hohe Anteil von 31 Prozent, die 1993 eine Verschlechterung wahrgenommen hatten, ist 1998 auf 21 Prozent gesunken, und der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung

sehen, ist von 10 auf 20 Prozent gestiegen. Die westdeutschen Bürger schätzen die Entwicklung ihrer Lebensbedingungen damit 1998 wieder freundlicher ein als das 1993 der Fall war.

Wichtigkeit von Lebensbereichen nach wie vor unterschiedlich

In der Frage, was den Menschen für ihr Wohlbefinden mehr oder weniger wichtig ist, setzen Ost- und Westdeutsche weiterhin teilweise unterschiedliche Prioritäten (vgl. Graphik 1). Dabei spielen die für einen großen Teil der Bevölkerung nach wie vor andersartigen Problemlagen und das fortbestehende Wohlstandsgefälle, aber auch – z.B. durch differentielle Erfahrungen bedingte – grundsätzlichere Unterschiede in den generellen Wertorientierungen eine Rolle. Die größere Bedeutung, die der Arbeit und beruflichem Erfolg, dem Einkommen und dem Schutz vor Kriminalität von der ostdeutschen Bevölkerung zugeschrieben wird und die geringere Priorität, die der

Umweltschutz und die Freizeit im Vergleich zur westdeutschen Bevölkerung genießen, sind Anzeichen dafür, daß in den neuen Bundesländern materialistische und Sicherheitsbedürfnisse gegenüber den postmaterialistischen Bedürfnissen weiterhin klar im Vordergrund stehen. Gemeinsam ist den Deutschen in Ost und West, daß sie den persönlichen Aspekten des Lebens – Gesundheit, Familie, Liebe und Zuneigung – die größte Bedeutung für ihr Wohlbefinden beimessen. Daß der Glaube – auch in Westdeutschland lediglich von 18 Prozent als sehr wichtig erachtet – in Ostdeutschland von einem noch wesentlich kleineren Bevölkerungsanteil als ein wichtiger Faktor für das Wohlbefinden angesehen wird, kann angesichts der vergleichsweise geringen Bedeutung von Kirche und Religion in den neuen Bundesländern wenig überraschen.

Unterschiede in der Zufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen nehmen ab

Informationen darüber, wie zufrieden die Bürger in Ost und West gegenwärtig mit verschiedenen Aspekten ihrer Lebensbedingungen und ihrem Leben insgesamt sind, lassen sich zu einem Bild des subjektiven Wohlbefindens und der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität in Deutschland zusammenfügen. Die Zufriedenheitsdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschen sind bei einzelnen Aspekten der Lebensverhältnisse auch 1998 noch ausgeprägt, haben insgesamt aber deutlich abgenommen. Damit hat sich die Tendenz fortgesetzt, die auch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre bereits zu beobachten war. Auf der von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala stufen sich die Ostdeutschen bei den insgesamt 17 Zufriedenheitswerten, die 1993 und 1998 erhoben wurden, 1998 im Durchschnitt nur noch um 0,4 Skaleneinheiten niedriger ein als die Westdeutschen. 1993 hatte diese Differenz noch 0,8 Skaleneinheiten betragen. Die durchschnittlichen Zufriedenheitsunterschiede haben sich damit in den vergangenen fünf Jahren halbiert.

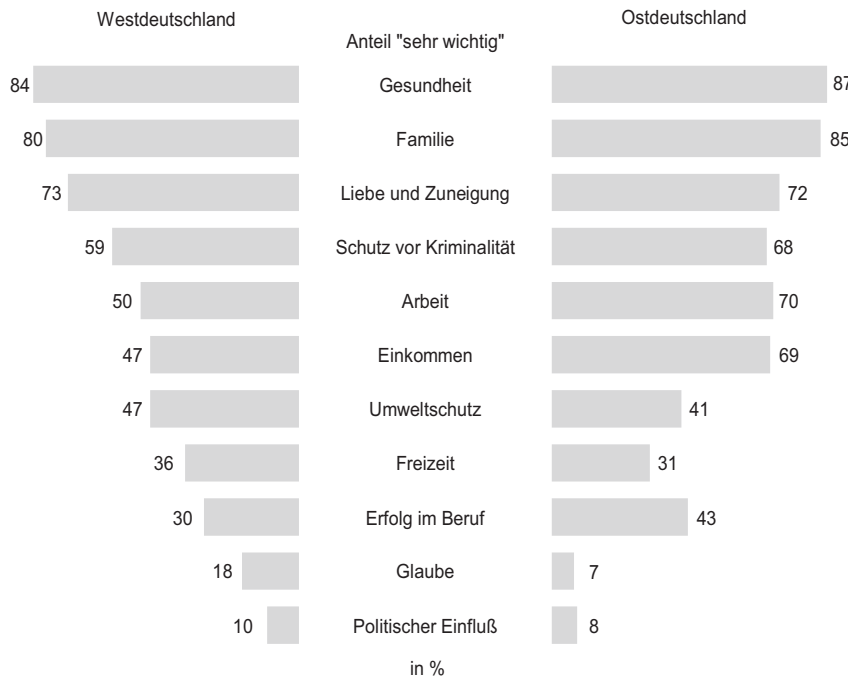
Betrachtet man die Zufriedenheitswerte im Einzelnen (Graphik 2), so zeigt sich in der Beurteilung der verschiedenen Lebensbereiche zunächst ein für West- und Ostdeutsche ähnliches Muster mit einigen charakteristischen Unterschieden. In den alten und neuen Bundesländern gleichermaßen sind die Bürger am zufriedensten mit den „privaten“ und persönlich bestimmten Seiten des Lebens wie Ehe bzw. Partnerschaft und Familie. Am wenigsten zufrieden sind sie mit den „öffentlichen“, der individuellen Beeinflussung weitgehend entzogenen Bereichen, wie der Demokratie, der Sozialen Sicherung, dem Umweltschutz, der öffentlichen Sicherheit und der Kirche. Relativ zufriedener – gemessen an der Rangfolge – als die westdeutschen sind die ostdeutschen Bundesbürger vor allem mit ihrer Ausbildung, dem Umweltschutz und der Kirche, weniger zufrieden insbe-

Tabelle 1: Beurteilung der Entwicklung der Lebensbedingungen seit 1990

	1993	1998
	in %	
Lebensbedingungen haben sich seit 1990		
Westdeutschland		
verbessert	10	20
verschlechtert	31	21
Kein Unterschied	59	59
Ostdeutschland		
verbessert	48	59
verschlechtert	23	16
Kein Unterschied	29	25

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

Graphik 1: Was ist wichtig für das Wohlbefinden?



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

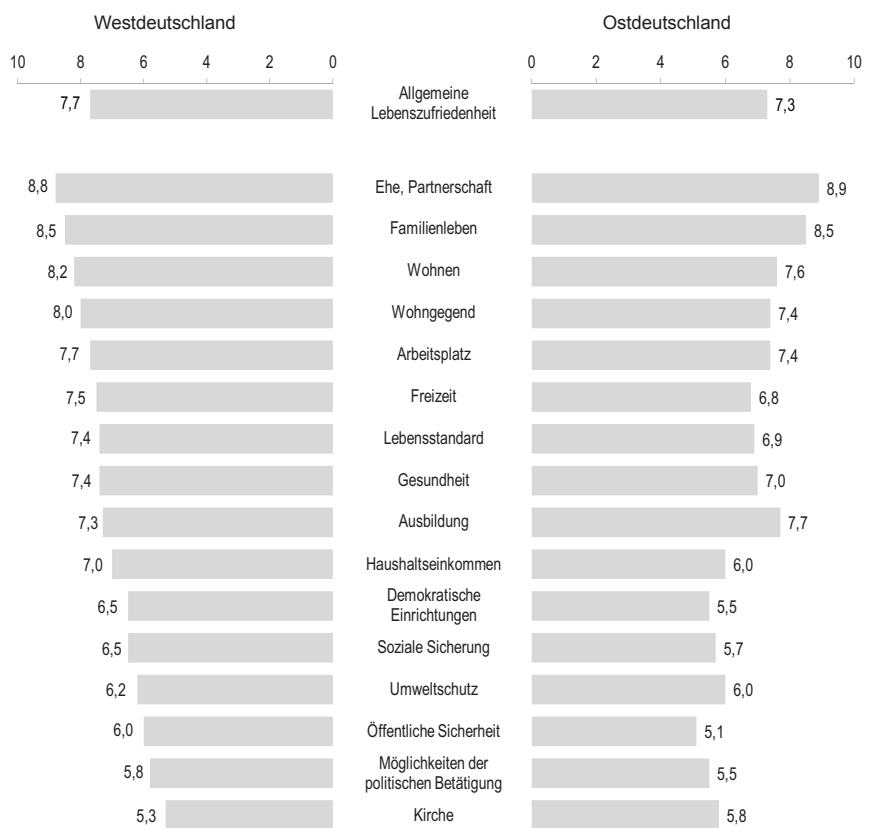
Dimensionen der Lebensbedingungen weiterhin zugenommen, in vielen Bereichen sogar in beachtlichem Umfang (Graphik 3). Am stärksten gestiegen ist die Zufriedenheit mit der Kirche, mit der öffentlichen Sicherheit, dem Umweltschutz und den demokratischen Einrichtungen. Ein geringfügiger Rückgang der Zufriedenheit gegenüber 1993 ist lediglich für einen Bereich – die Gesundheit – zu beobachten.

Die Entwicklung in Westdeutschland unterscheidet sich davon weitgehend. Hier beobachten wir in den meisten Bereichen der Lebensverhältnisse eine Stagnation oder gar einen Rückgang der Zufriedenheit gegenüber 1993. Dort wo die Zufriedenheit zugenommen hat – das sind ausnahmslos öffentliche Bereiche wie Umweltschutz, öffentliche Sicherheit, Kirche und demokratische Einrichtungen – ist die Zunahme in der Regel deutlich schwächer als in Ostdeutschland. Damit setzt sich der Trend einer tendenziell abnehmenden bzw. sich im Vergleich zu Ostdeutschland weniger günstig entwickelnden Zufriedenheit in Westdeutschland fort, der bereits 1993 zu beobachten war. Die sukzessive Angleichung der Zufriedenheitsniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland ist daher nicht nur auf die positiven Entwicklungstendenzen des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland, sondern auch auf den nun bereits über einen längeren Zeitraum anhaltenden Rückgang des subjektiven Wohlbefindens in Westdeutschland zurückzuführen.

sondere mit der öffentlichen Sicherheit und den demokratischen Einrichtungen. Absolut zufriedener als die Westdeutschen sind die Ostdeutschen lediglich mit ihrer Ausbildung und der Kirche. Kaum oder nur noch geringe Unterschiede gibt es zwischen Ost- und Westdeutschen bei der Bewertung von Ehe und Familie, dem Umweltschutz, dem Arbeitsplatz und den Möglichkeiten der politischen Betätigung. Am größten sind die Differenzen bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen, den demokratischen Einrichtungen, der öffentlichen Sicherheit und der Sozialen Sicherung. Mit diesen Aspekten der Lebensbedingungen sind die ostdeutschen Bürger – wie auch schon zu den früheren Beobachtungszeitpunkten – jeweils deutlich weniger zufrieden als die westdeutschen. In der Lebenszufriedenheit – als einem summarischen Indikator für das subjektive Wohlbefinden und die persönliche Lebensqualität – bestätigt sich dagegen die Tendenz zu einer Angleichung. Mit einem Wert von 7,3 liegt sie 1998 nur noch um 0,4 Skaleneinheiten unter dem westdeutschen Niveau. 1993 hatte die Differenz noch einen gesamten Punkt auf der von 0 bis 10 reichenden Skala betragen.

der förmlichen Vereinigung zu beobachten war, ist nun schon seit 1993 praktisch nicht mehr festzustellen. Im Vergleich zu 1993 hat vielmehr die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt wie auch die Zufriedenheit mit fast allen Lebensbereichen und einzelnen

Graphik 2: Zufriedenheit in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit

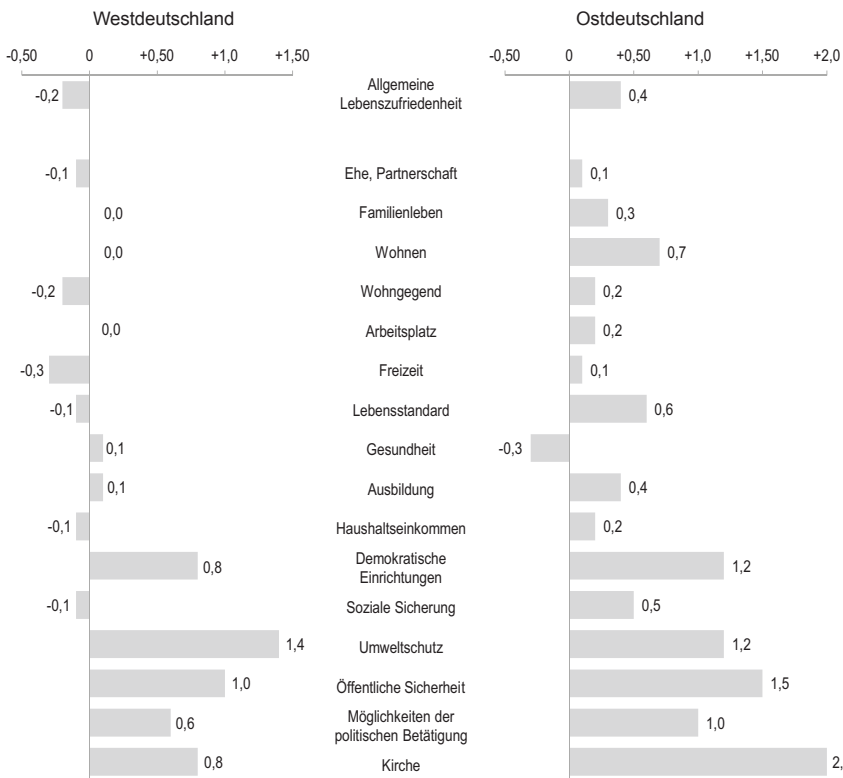


Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Subjektives Wohlbefinden der ostdeutschen Bevölkerung deutlich gestiegen

Auch wenn die ostdeutsche Bevölkerung mit einzelnen Aspekten der Lebensverhältnisse weiterhin in erheblichem Maße Unzufriedenheit äußert und die Zufriedenheit vielfach noch unter dem westdeutschen Niveau bleibt, hat sich der bereits 1993 abzeichnende Aufwärtstrend in den neuen Bundesländern eindeutig fortgesetzt. Ein nennenswerter Rückgang der Zufriedenheit, wie er vor allem im ersten Jahr nach

Graphik 3: Zufriedenheit in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit – Veränderungen 1993 – 1998



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

Ungarn (5,5) ist dagegen weniger erstaunlich. Bessere Lebensbedingungen als in Deutschland sehen die Deutschen in Ost und West unter den vorgegebenen Ländern nur in der Schweiz.

Ost- und westdeutsche Bürger stimmen mit einem Wert von 7,8 aber vollständig darüber überein, welches Lebensniveau ihnen „gerechterweise zustünde“ (Graphik 4). Bei identischen Anspruchsniveaus bleibt die Lücke zwischen Anspruch und Realität in Ostdeutschland mit 1,1 Skaleneinheiten damit deutlich größer als in Westdeutschland mit 0,5 Skaleneinheiten. Hier liegt zumindest einer der Gründe für das trotz ansteigender Tendenz nach wie vor niedrigere Niveau des subjektiven Wohlbefindens in Ostdeutschland.

Kaum weitere Verbesserungen der Lebensbedingungen erwartet

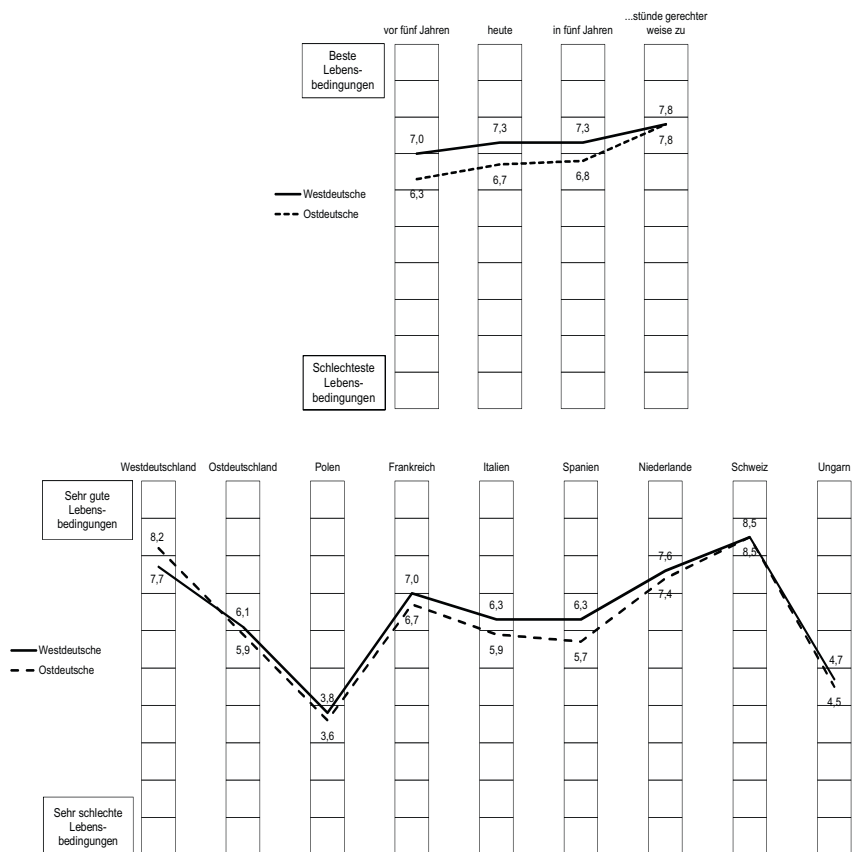
Wie der Vergleich der jeweils aktuellen Einschätzungen über das Niveau der Lebensbedingungen mit denen, die in fünf Jahren erwartet werden zeigt, rechnen Ostdeutsche und Westdeutsche übereinstimmend für die nähere Zukunft mit einer Stagnation bzw. nur noch schwachen Verbesserungen der Lebensbedingungen. In Westdeutschland werden die Bedingungen in fünf Jahren mit einem Skalenwert von 7,3 genauso bewertet wie die aktuelle Situation, in Ostdeutschland steigt der Wert geringfügig von 6,7 auf 6,8

Lebensbedingungen in Westdeutschland von Ostdeutschen idealisiert

Aufschlußreich ist auch, wie die Befragten aus Ost- und Westdeutschland die Lebensbedingungen der Bevölkerung in den jeweils anderen Landesteilen sowie im Vergleich dazu in ausgewählten europäischen Ländern beurteilen. Offensichtlich idealisieren die Ostdeutschen nach wie vor das Niveau der Lebensbedingungen in Westdeutschland – dem als Maßstab, an dem die eigenen Verhältnisse gemessen werden, immer noch eine besondere Bedeutung zukommt – mit einem Mittelwert von 8,2 auf der Skala von 0 bis 10, während die Westdeutschen sich selbst bei 7,7 einstufen (Graphik 4); allerdings sind die Diskrepanzen nicht mehr so gravierend wie 1993. Gleichzeitig bewerten die Westdeutschen – anders als 1993 – die ostdeutschen Lebensbedingungen mit einem Wert von 6,1 etwas besser als die Ostdeutschen selbst, die sich bei 5,9 einstufen. Für Ost- und Westdeutsche gilt damit gleichermaßen, daß die Verhältnisse aus der Sicht der „anderen“ besser erscheinen als sie mit eigenen Augen gesehen werden.

In der vergleichenden Bewertung der Lebensverhältnisse von anderen europäischen Ländern überrascht, daß die Ostdeutschen ihre eigenen Lebensbedingungen (5,9) auf demselben Niveau sehen wie die der Italiener (5,9) und sogar etwas besser als die der Spanier (5,7) einschätzen. Der große Abstand zu Polen (3,6) und auch zu

Graphik 4: Die Bewertung der Lebensbedingungen im Vergleich



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Tabelle 2: Zukunftsoptimismus bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen

		Insgesamt		Erwerbstätige		Arbeitslose		Rentner	
		Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
"optimistisch" und "eher optimistisch" in %									
Einkommensentwicklung	1993	61	63	68	66	38	50	60	61
	1998	58	68	59	69	37	40	65	67
Arbeitsplatzsicherheit	1993	57	82	57	82	-	-	-	-
	1998	61	79	61	79	-	-	-	-
Kostenentwicklung für den Lebensunterhalt	1993	23	33	24	33	24	22	19	36
	1998	41	53	44	52	23	36	44	59
Umweltsituation am Wohnort	1993	65	59	64	59	64	57	68	62
	1998	78	78	78	79	76	76	81	79
Möglichkeiten, politischen Einfluss zu nehmen	1993	17	23	19	23	13	15	15	25
	1998	37	43	38	42	46	34	37	47
Möglichkeiten, beruflich weiter zu kommen	1993	44	54	55	60	32	46	-	-
	1998	47	58	48	58	30	27	-	-
Allgemeine persönliche Zukunft	1993	72	84	80	89	48	72	66	75
	1998	74	84	75	89	53	57	79	78

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

(Graphik 4). Rückblickend sehen Ost- und Westdeutsche leichte Verbesserungen wenn die aktuelle Situation mit der vor fünf Jahren verglichen wird. Im Vergleich zu den Ergebnissen von 1993 stellt sich damit das Erwartungsklima in Westdeutschland freundlicher, in Ostdeutschland weniger optimistisch dar. 1993 hatten die Westdeutschen die zukünftigen Lebensbedingungen schlechter bewertet als die aktuellen, die Ostdeutschen dagegen deutlichere Verbesserungen erwartet. Es ist zu vermuten, daß sich in den Einschätzungen der ostdeutschen Bevölkerung vor allem die Erwartung einer zunehmenden „Normalisierung“ – d.h. im Vergleich zu den radikalen Umbrüchen der 90er Jahre Verlangsamung – des gesellschaftlichen Wandels in den neuen Bundesländern niederschlägt.

Zukunftserwartungen nur bedingt optimistisch

Ihre nähere Zukunft beurteilen die Deutschen in Ost und West – direkt danach befragt – überwiegend, wenn auch nicht uneingeschränkt, optimistisch. Wie 1993 sehen die Bürger in West- und Ostdeutschland ihrer allgemeinen persönlichen Zukunft in den nächsten zwei bis drei Jahren auch 1998 mehrheitlich mit Optimismus entgegen. Lediglich jeder vierte Ostdeutsche und nicht einmal jeder sechste Westdeutsche schätzt seine allgemeine persönliche Zukunft pessimistisch ein. Diese optimistische Grundhaltung dominiert in nahezu allen Bevölkerungsgruppen, lediglich in der Gruppe der Arbeitslosen sind Optimisten und Pessimisten etwa gleich stark vertreten.

Bei der Betrachtung einzelner Aspekte der zukünftigen Entwicklung ergibt sich ein differenzierteres Bild (vgl. Tabelle 2). Im Hinblick auf die Lebensbereiche Einkommensentwicklung, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Lebenshaltungskosten, Politik und berufliche Karriere äußert die westdeutsche Bevölkerung mehr Optimismus als die ost-

deutsche Bevölkerung. Am größten sind die Diskrepanzen im Hinblick auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes. In Ostdeutschland blickt die Bevölkerung jedoch bis auf eine Ausnahme – die Einkommensentwicklung – optimistischer in die Zukunft als das noch 1993 der Fall war. Dennoch wird die weitere Entwicklung im Hinblick auf einzelne Lebensbereiche in Ost- und in Westdeutschland teilweise mit beachtlicher Skepsis gesehen.

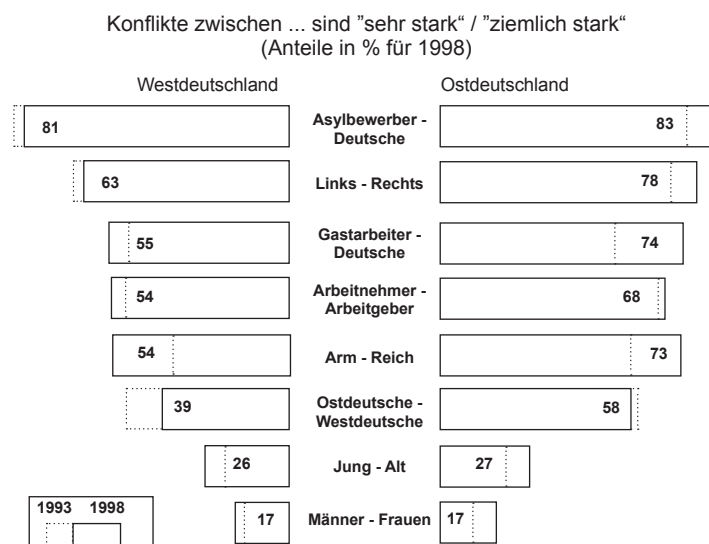
Große Unterschiede in Konfliktwahrnehmung und Beurteilungen der gesellschaftlichen Lebensqualität

Daß sich die Ost-West-Unterschiede auch acht Jahre nach der Wiedervereinigung noch keineswegs vollständig eingeebnet haben, dokumentiert sich auch darin, wie bestimmte Struktur- und Qualitätsmerkmale der Gesellschaft, die den Rahmen für die individuellen Lebensverhältnisse definieren,

wahrgenommen und bewertet werden. Sehr ausgeprägte Unterschiede zeigen sich zum Beispiel in der Perzeption von Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft (vgl. Graphik 5). Bei einem ähnlichen Muster in der Perzeption von Konflikten nehmen die ostdeutschen Bürger überwiegend mehr und stärkere Konflikte wahr als die westdeutschen. Gegenüber 1993 sind die Unterschiede sogar noch größer geworden, z.B. wenn es um die Konflikte zwischen Links und Rechts oder zwischen Arm und Reich geht. Häufiger als zwischen allen anderen Gruppen sehen Ost- und Westdeutsche gleichermaßen auch 1998 Konflikte zwischen Asylbewerbern und Deutschen, gefolgt von links und rechts stehenden Parteien. Der Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschen folgt nach der Häufigkeit der Nennungen erst an drittzuletzt Stelle und hat damit im Vergleich zu 1993 in der Perzeption der Bürger weiter an Bedeutung verloren.

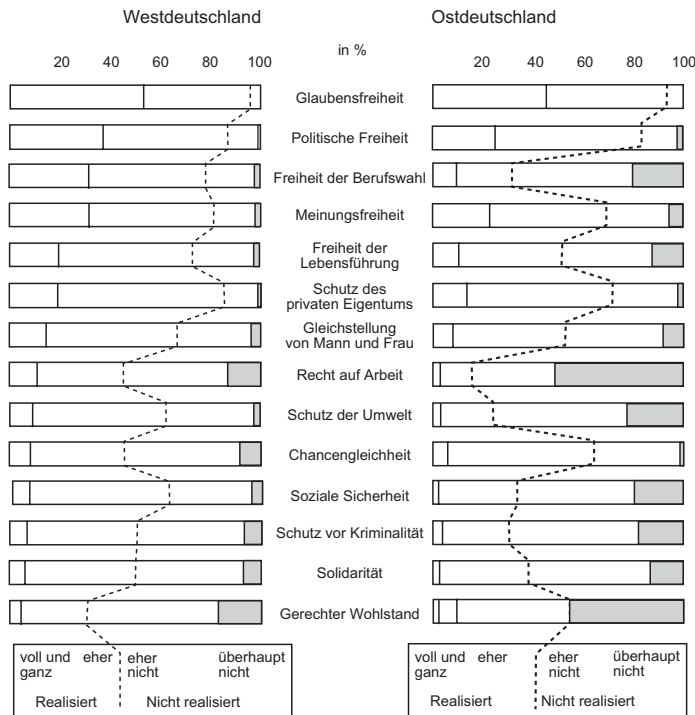
Ausgeprägte Ost-West-Unterschiede sind auch in den Beurteilungen darüber festzustellen, in welchem Umfang die deutsche Gesellschaft ihren Bürgern bestimmte Aspekte der Lebensqualität in Form von Freiheiten, Chancen, Rechten und Sicherheiten bietet. Im Rahmen des Wohlfahrtssurveys 1998 wurden die Befragten erstmals danach befragt, inwieweit derartige institutionelle Aspekte der gesellschaftlichen Lebensqualität in Deutschland ihrer Einschätzung nach verwirklicht oder nicht verwirklicht sind (Graphik 6). Während weitgehende Übereinstimmung darüber herrscht, daß in Deutschland „Glaubensfreiheit“ (jeweils über 90 Prozent), „politische Freiheit“ (West: 87 Prozent; Ost: 83 Prozent) und „Meinungsfreiheit“ (West: 80 Prozent; Ost: 69 Prozent) realisiert sei, gehen die Auffassungen bei anderen Aspekten merklich auseinander: So sehen die ostdeutschen Bürger beispielsweise eine „gerechte Verteilung des Wohlstands“ (92 Prozent), das „Recht auf Arbeit“ (85 Prozent), „soziale Sicherheit“

Graphik 5: Welche Konflikte werden wahrgenommen?



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

Graphik 6: Welche Freiheiten, Chancen, Rechte und Sicherheiten sind in Deutschland verwirklicht?



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

(67 Prozent) oder die „Solidarität mit den Benachteiligten“ (63 Prozent) anders als die Westdeutschen in ihrer Mehrheit jeweils als nicht verwirklicht an. Die teilweise drastischen Unterschiede in der Perzeption und Bewertung von zentralen Merkmalen und Qualitäten der deutschen Gesellschaft sind offenbar nicht allein Reflex der nach wie vor bestehenden Unterschiede in den faktischen Lebensumständen, sondern auch Ergebnis unterschiedlicher biographischer Erfahrungen und Wertvorstellungen. Die Vorbehalte und die Distanz, die sich in diesen Perzeptionen und Bewertungen niederschlagen, deuten aber nicht zuletzt auch darauf hin, daß sich die ostdeutschen Bürger in der gemeinsamen deutschen Gesellschaft auch acht Jahre nach der Vereinigung noch nicht in der gleichen Weise heimisch und mit ihr vertraut fühlen wie die Westdeutschen.

Roland Habich
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Heinz-Herbert Noll
ZUMA

Wolfgang Zapf
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
(ISI 22, 1999: 1-6)

Große Vielfalt bei ehrenamtlicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement

Ein neues Feld der Sozialberichterstattung in Deutschland

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ erklärt. Die offizielle Eröffnungsveranstaltung in Deutschland wird im Dezember 2000 unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stattfinden. Der Deutsche Bundestag hat eine Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eingesetzt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat bereits im Vorfeld dieser Aktivitäten eine umfassende „Erhebung zum Ehrenamt“ in Auftrag gegeben, deren Abschlussbericht im Herbst dieses Jahres unter dem Titel „Freiwilliges Engagement in Deutschland“ veröffentlicht wird¹. Mit dieser auch als „Freiwilligensurvey 1999“ bezeichneten Datenbasis ist die Möglichkeit eröffnet, das System der Sozialberichterstattung in Deutschland auf ein neues Themenfeld zu erweitern.

Die wissenschaftliche Diskussion hat sich dem Thema bereits seit einigen Jahren verstärkt zugewandt. Mehrere Kompendien, die eine Bestandsaufnahme vornehmen und zugleich eine programmatische Perspektive formulieren, sind in jüngster Zeit erschienen, mit Titeln wie „Strukturwandel des Ehrenamts“ (1999), „Engagierte Bürgerschaft“ (2000) und „Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts“ (1999)².

Die empirische Basis für diese Diskussion war bisher eher schwach. Zwar gibt es eine Fülle von Untersuchungen zu bestimmten Einzelbereichen, in denen ehrenamtliche Tätigkeiten von Bedeutung sind, – vom Sozialbereich bis zum Kulturbereich, von der Jugendarbeit bis zur Seniorenarbeit – doch lässt sich daraus schwer ein Gesamtbild gewinnen. Versuche, diesen Mangel

durch repräsentative Bevölkerungsumfragen zu beheben, hat es durchaus gegeben. Deren Überzeugungskraft ist aber schon dadurch eingeschränkt, dass die Ergebnisse verschiedener Erhebungen in einer nicht gerade vertrauensbildenden Bandbreite schwanken. Der Anteil der Bundesbürger, die in irgendeiner Weise ehrenamtlich tätig sind, wird in einer Streubreite zwischen 14 Prozent und 38 Prozent ausgewiesen³.

Die vom BMFSFJ Ende 1998 in Auftrag gegebene „Erhebung zum Ehrenamt“ sollte diese Situation verbessern und eine tragfähige empirische Basis für die Diskussion des Themas bereitstellen. Inwieweit dies gelungen ist, muss die Fachdiskussion zeigen. Wesentliche Punkte des Untersuchungsansatzes und der Ergebnisse werden hier vorgestellt⁴.

Wie kann man ehrenamtliche Tätigkeit messen?

Was soll man, um den Untersuchungsgegenstand zu erfassen, die Befragungspersonen fragen? Etwa: Üben Sie ein Ehrenamt aus? Leisten Sie Freiwilligenarbeit? Sind Sie bürgerschaftlich engagiert? Eine solche direkte Umsetzung von Begriffen, die in der Praxis oder der theoretischen Diskussion gebräuchlich sind, in ein operationales Messkonzept verbietet sich. Zu unklar ist, welchen Bedeutungsgehalt die Befragungspersonen mit den Begriffen verbinden und ob der verbale Stimulus ausreicht, um das ganze Spektrum an interessierenden Tätigkeiten assoziativ in den Blick zu bringen.

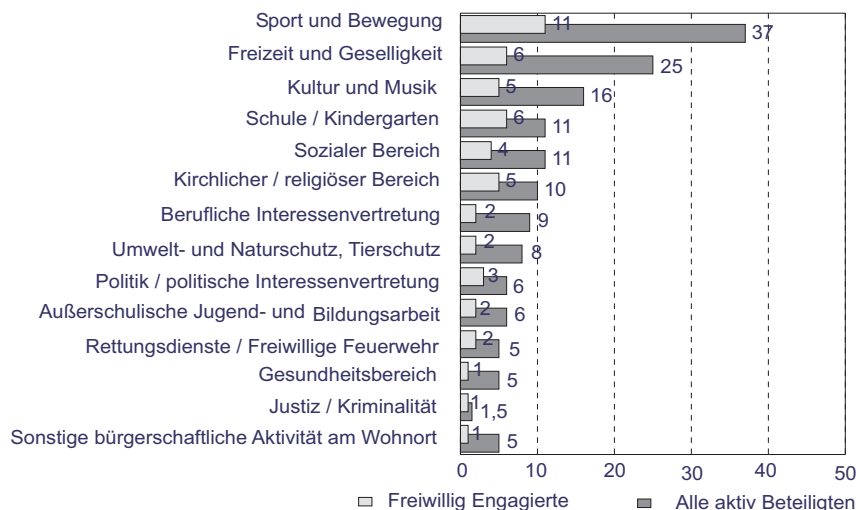
Es wurde daher ein Messkonzept entwickelt, das den Befragten ein Höchstmaß an assoziativer „Stützung“ in der Interviewsituation bietet und das zugleich einen analytischen Zugang darstellt, der sich als sehr fruchtbar erwiesen hat. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass freiwilliges, ehrenamtliches Engagement eine Subkategorie eines umfassenderen Sachverhalts ist, nämlich des aktiven Mitmachens in Gruppierungen, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen (außerhalb des Berufs und außerhalb der Familie). Dabei geht es um eine große Vielfalt von Formen und Tätigkeitsfeldern. Das Messkonzept umfasst drei Stufen, auf denen zunehmend spezifische Verhaltensaspekte erfasst werden:

Stufe 1: Das Mitmachen, die „aktive Beteiligung“ in bestimmten Bereichen oder Betätigungsfeldern. Dafür wurde eine Liste von 15 möglichen Bereichen vorgegeben (vgl. Graphik 1). Zwei Drittel der Befragten sind nach eigener Angabe in einem oder mehreren Bereichen in dem Sinne beteiligt, dass sie irgendwo aktiv mitmachen.

Stufe 2: Für alle Bereiche, in denen man sich aktiv beteiligt, wird nachgefragt, ob man dort auch „Aufgaben oder Arbeiten übernehmen“ habe, die man „freiwillig oder ehrenamtlich“ ausübt (und zwar „unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung“). 34 Prozent der Befragten bejahen dies für einen oder mehrere Bereiche, in denen sie sich aktiv beteiligen. Diesen Personenkreis bezeichnen wir als die „freiwillig Engagierten“.

Stufe 3: Für alle Bereiche, in denen man ehrenamtliche Aufgaben oder Arbeiten ausübt, wird konkret nachgefragt, um was für eine Tätigkeit es sich handelt. Eine Tätigkeit ist definiert durch alles, was man bei einer Gruppierung oder Organisation tut. Pro Bereich werden bis zu zwei Tätigkeiten erfasst (bei 15 Bereichen theoretisch also 30 Tätigkeiten). Für bis zu zwei Tätigkeiten wird ein ausführliches Merkmalsprofil erhoben, für die zeitaufwendigste Tätigkeit auch Fragen zur Motivation, zum Zugang in die Tätigkeit und zur Erfüllung der Erwartungen. Erfasst wurden insgesamt 7.500 Tätigkeiten, darunter rd. 5.500 mit Beschreibung des Tätigkeitenprofils. Da eine Person

Graphik 1: „Freiwillig Engagierte“: Die Teilgruppe der aktiv Beteiligten, die freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeiten übernommen haben



Basis: Wohnbevölkerung ab 14 Jahren

Quelle: Infratest Burke Sozialforschung, Freiwilligensurvey 1999

mehrere ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben kann, – im empirischen Durchschnitt sind es 1,6 – ist die Analyse auf der Personenebene („die Engagierten“) von derjenigen auf der Tätigkeitsebene („die ehrenamtlich ausgeübten Tätigkeiten“) zu trennen.

Zwei Drittel der Bundesbürger machen irgendwo aktiv mit

Das aktive Mitmachen in Gruppierungen, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen (Stufe 1 des Messkonzepts) ist für sich genommen eine bedeutsame Information. Man kann sie im Zusammenhang mit Bemühungen sehen, das „Sozialkapital“ einer Gesellschaft zu beschreiben. Meist dienen hierfür Vereinsmitgliedschaften als empirischer Indikator. Im Grunde ist das aktive Mitmachen aber ein besserer Indikator als die Mitgliedschaft, und die Erweiterung des Blicks auf andere Formen des organisatorischen Rahmens – nicht nur den Verein – ist dem theoretischen Konzept angemessen.

Wie wichtig es ist, bereits diese Stufe in die Analyse einzubeziehen, – also das aktive Mitmachen und nicht erst das weitergehende ehrenamtliche Engagement – zeigt ein einfaches Beispiel. Die Untersuchung sollte u.a. auch Aussagen zum freiwilligen, ehrenamtlichen Engagement von Arbeitslosen machen. Diese Fragestellung ist aus verschiedenen Blickwinkeln von Interesse, die hier nur in Stichworten angedeutet werden können: Soziale Bedingungen freiwilligen Engagements, alternative Betätigungsformen für Personen ohne Erwerbsarbeit („Tätigkeitsgesellschaft“), Vereinbarkeit ehrenamtlicher Tätigkeit mit Ansprüchen auf Arbeitslosigkeit.

Wie erwartet, ist der Anteil der Arbeitslosen, die sich in freiwilligen ehrenamtlichen Tätigkeiten engagieren, erheblich niedriger als in der Gesamtbevölkerung. Er beträgt 23 Prozent gegenüber 37 Prozent in der Vergleichsgruppe der 25-59jährigen insgesamt. Die genauere Analyse zeigt, dass der Grund dafür nicht eigentlich eine geringere Engagementbereitschaft ist, sondern ausschließlich die geringere soziale Einbindung. Arbeitslose sind in Gruppierungen und Vereinen jeglicher Art weniger beteiligt, vom Sportverein bis zur Gewerkschaft. Diejenigen Arbeitslosen, die irgendwo aktiv mitmachen, sind in gleichem Umfang wie Nichtarbeitslose bereit zu freiwilligem, ehrenamtlichem Engagement. Und subjektiv ist ihnen diese Tätigkeit noch wichtiger als den übrigen ehrenamtlich Tätigen.

Ein Drittel der Bundesbürger sind in ehrenamtlicher Tätigkeit oder Freiwilligenarbeit engagiert

Die Bundesregierung ging 1996 in ihrem Bericht „Zur Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit für unsere Gesellschaft“ (Bundestagsdrucksache 13/5674) von einem Anteil von 17 – 18 Prozent der Bundesbürger/innen aus, die eine ehrenamtliche Tätigkeit ausüben. Eine „Engagementquote“ in dieser

Höhe zeigten zwei ganz unterschiedliche Erhebungen, nämlich die Zeitbudget-Studie des Statistischen Bundesamts von 1991 und die European Volunteering Study (EuroVol), die Anfang der 90er Jahre in verschiedenen Ländern durchgeführt wurde. Mit der ermittelten 18 Prozent-Quote gehörte Deutschland im internationalen Vergleich zu den Schlusslichtern – ein entwicklungsbedürftiges Land⁵. Die neue repräsentative Erhebung 1999, durchgeführt im Auftrag der Bundesregierung, weist nun 34 Prozent der Bundesbürger/innen als freiwillig oder ehrenamtlich engagiert aus. Wie ist das zu bewerten? Heißt es, dass im Laufe der 90er Jahre die Engagementbereitschaft der Bundesbürger sprunghaft zugenommen hat? Sicher heißt es das nicht. Die neue Erhebung hat mit einem sorgfältigeren Erhebungskonzept eine größere Zahl von Tätigkeiten im Bereich des freiwilligen, ehrenamtlichen Engagements erfassen können als andere Erhebungen. Der Ergebnisvergleich kann daher für die zurückliegenden Jahre nicht im Sinne einer Tendaussage interpretiert werden. Tendaussagen sind erst möglich, wenn künftige Wiederholungsbefragungen nach dem Konzept des Freiwilligenurvey 1999 durchgeführt werden.

Für die zurückliegenden Jahre können sich Tendaussagen nur auf Erhebungen stützen, die mit gleichbleibendem methodischen Konzept wiederholt in verschiedenen Jahren durchgeführt wurden. Die wichtigste, wenn nicht sogar die einzige Datenquelle, die zum vorliegenden Thema diese Voraussetzungen erfüllt, ist für Deutschland das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine seit 1984 jährlich wiederholte Befragung. Die Ergebnisse weisen aus, dass von Mitte der 80er Jahre bis Mitte der 90er Jahre der Anteil ehrenamtlich tätiger Bundesbürger/innen um etwa 5 Prozentpunkte angestiegen ist. Der Anstieg vollzog sich dabei im Randbereich des ehrenamtlich aktiven Personenkreises, d.h. nicht bei denen, die regelmäßig, sondern bei denen, die eher sporadisch ehrenamtlich tätig sind⁶.

Dieser Befund einer steigenden Zahl ehrenamtlich engagierter Personen in Deutschland steht im Widerspruch zu den Klagen aus dem Bereich der Verbände über eine sinkende Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement. Umso wichtiger ist es, in Umfragen nicht nur eine allgemeine Engagementquote zu messen, sondern die Strukturen im Einzelnen darstellen zu können.

Engagement vor allem im persönlichen Lebensumfeld

In Graphik 1 sind die in der Befragung unterschiedenen Bereiche gezeigt, in denen man sich aktiv beteiligen oder ehrenamtlich engagieren kann. Sie sind angeordnet nach der Zahl der aktiv Beteiligten, also der Bundesbürger/innen, die im jeweiligen Bereich überhaupt mitmachen. Es ist keine Überraschung, dass die eher freizeitorientierten Bereiche an der Spitze stehen: Sport und Bewegung, Freizeit und Geselligkeit,

Kultur und Musik. Als nächstes folgt der Bereich Schule/Kindergarten, der ebenfalls noch stark auf die persönliche, familiäre Situation bezogen ist.

Diese vier Bereiche sind – wegen der großen Zahl der Beteiligten – auch diejenigen, in denen es eine sehr große Zahl von Personen mit freiwilliger, ehrenamtlicher Tätigkeit gibt. Gut die Hälfte des vorfindbaren freiwilligen Engagements in Deutschlands entfällt allein auf diese vier Bereiche. Die übrigen Bereiche entsprechen inhaltlich eher dem, was man mit „politisch-sozialem Engagement“ bezeichnet. Bei den erstgenannten Bereichen geht es demgegenüber eher darum, Gemeinschaftsaktivität im persönlichen Lebensumfeld zu organisieren.

Sicher ist diese Differenzierung der Bereiche nach zwei Oberkategorien nicht ganz trennscharf. Sie erscheint uns aber wichtig, um die Untersuchungsergebnisse richtig zu bewerten. Die Untersuchung zeigt, dass es in Deutschland eine große Zahl an Menschen gibt, die freiwillige, ehrenamtliche Arbeit leisten. Die Zahl ist größer, als sie sich nach den meisten bisherigen Untersuchungen darstellte. Es wäre jedoch verfehlt, dieses Engagement insgesamt mit politisch-sozialem Engagement gleichzusetzen. Letzteres spielt ohne Frage eine wichtige Rolle. Freiwilliges, ehrenamtliches Engagement ist jedoch häufiger ganz unpolitisch, nämlich einfach Teil der Gemeinschaftsaktivität im persönlichen Lebensumfeld. Die breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in diesem Bereich prägt in erheblichem Maß – und zu Recht, wie wir meinen – das Gesamtbild, das in dieser Untersuchung gezeichnet wird.

Zwölf Prozent der Bürger mehrfach engagiert

Die Engagementquote von 34 Prozent sollte nicht statisch in dem Sinne interpretiert werden, als stünden sich Engagierte und Nichtengagierte als feste Blöcke gegenüber. Man nimmt eine freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeit irgendwann auf und man beendet sie irgendwann wieder. Die Untersuchung war zwar nicht als Verlaufsuntersuchung angelegt, fragte immerhin aber nach früheren Engagementserfahrungen, nach Art des Zugangs in die jetzige ehrenamtliche Tätigkeit und nach der voraussichtlichen Dauer, bei derzeit Nichtengagierten auch nach dem Interesse an einer solchen Tätigkeit. Es ergeben sich eine Vielzahl von Hinweisen, die für ein „dynamisches“ Modell des freiwilligen Engagements sprechen. Die fünfstufige „Engagement-Skala“, die in Graphik 2 dargestellt ist, entspricht diesem Ansatz besser als die einfache Ja/Nein-Gegenüberstellung von Engagierten und Nichtengagierten.

Die untere Stufe auf der Engagement-Skala bildet das Drittel der Bundesbürger/innen, die sich nirgendwo in Gruppen, Vereinen, Organisationen oder Einrichtungen aktiv beteiligen. Ein weiteres Drittel der Bundesbürger/innen (Stufe 2) macht zwar irgendwo aktiv mit, ohne dort aber freiwillige, ehren-

amtliche Aufgaben oder Arbeiten übernommen zu haben. Das dritte Drittel hat solche Aufgaben oder Arbeiten übernommen und ist in diesem Sinne „freiwillig engagiert“. Dieses Drittel kann noch einmal danach untergliedert werden, wie viele ehrenamtliche Tätigkeiten die Personen ausüben. Der größte Teil übt nur eine Tätigkeit aus (21 Prozent), ein kleinerer Teil - man kann sie als „Mehrfach-Engagierte“ bezeichnen - entweder zwei Tätigkeiten (8 Prozent) oder drei und mehr Tätigkeiten (5 Prozent). Die Mehrfachengagierten sind dabei häufiger als die Einfachengagierten in Bereichen tätig, die dem politisch-sozialen Engagement zuzurechnen sind. Sie wenden insgesamt auch mehr Zeit für ihr Engagement auf.

Die Stufe, die eine Person auf der Engagement-Skala einnimmt, ist nicht unbedingt dauerhaft. Je nach Lebensphase und Lebensumständen, aber auch in Abhängigkeit von äußeren Bedingungen oder Angeboten kann man freiwillige Engagements übernehmen oder abgeben. Auf den Stufen der (gedachten) Engagement-Skala würde man sich damit nach oben oder unten bewegen. Diese „Beweglichkeit“ ist ein wichtiger Aspekt im „Strukturwandel des Engagements“, wie er in der Forschungsliteratur beschrieben wird.

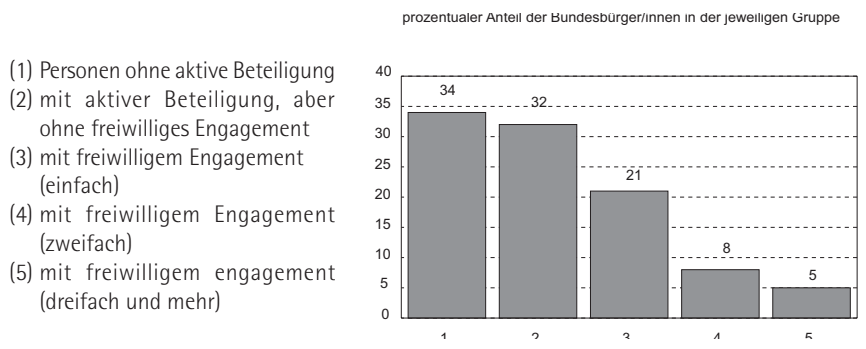
So richtig und berechtigt eine solche „dynamische“ Betrachtung des Engagements ist, so darf auf der anderen Seite nicht übersehen werden, dass die Engagementbereitschaft einer Person eine grundlegende und damit recht stabile Disposition ist, angelegt in der Persönlichkeitsstruktur und geprägt und gestützt durch soziale Bedingungen. Wo eine Person auf der Engagement-Skala verortet ist, ist mehr als eine momentane Zufälligkeit.

Soziale Ungleichheit auch im ehrenamtlichen Engagement

Die Ausübung freiwilliger, ehrenamtlicher Tätigkeiten geht auf Seiten der handelnden Person tendenziell mit weiteren Verhaltensweisen und Einstellungen einher, die man als Ausdruck von „Gemeinsinn“ bezeichnen kann. Dazu gehören: Hilfeleistungen für andere Personen außerhalb des eigenen Haushalts; Geldspenden für karitative, soziale oder gemeinnützige Zwecke; die Bereitschaft, sich auch im Betrieb nicht nur für die eigene Arbeit, sondern als Betriebsrat/Personalrat zu engagieren; das Interesse für Politik und öffentliche Angelegenheiten; das aktive Mitmachen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen; Wertorientierungen im Sinne von Solidarität und Selbstverwirklichung.

Nicht jeder, der ehrenamtliche Tätigkeiten ausübt, ist ein Idealmensch mit allen diesen guten Eigenschaften. Aber der Anteil derer, die die genannten Merkmale aufweisen, steigt eindeutig und linear von Stufe zu Stufe der Engagement-Skala an. Dasselbe Muster findet sich im Hinblick auf Merkmale der Person, die deren soziale Einbindung und soziale Position beschreiben. Von

Graphik 2: Freiwilliges Engagement und Stellung in der Gesellschaft



Weitere Merkmale dieser Personen (jeweils Anteile in %)	1	2	3	4	5
(a) Hat großen Freundes- und Bekanntenkreis	20	28	35	39	50
(b) Hat hohe Kirchenbindung	8	11	15	21	28
(c) Lebt in einem Haushalt von 4 und mehr Personen	24	29	38	43	48
(d) Ist zwischen 40 und 50 Jahre alt	29	29	33	39	45
(e) Ist erwerbstätig	43	49	52	55	61
(f) Hat höheren Bildungsabschluss*	28	33	38	42	46
(g) Hat/hatte höhere berufliche Position**	19	21	27	34	47
(i) Ist/war im Öffentlichen Dienst beschäftigt	27	29	31	37	41
(j) Ist/war im „Dritten Sektor“ beschäftigt***	3	4	5	6	7

* Fachhochschulreife und höher
 ** Angestellte mit Führungsaufgaben; Beamte des gehobenen und höheren Dienstes; Selbständige mit Mitarbeitern
 *** Gemeinnützige / nicht gewinnorientierte Einrichtung oder Organisation

Basis: Wohnbevölkerung ab 14 Jahren
 Quelle: Infratest Burke Sozialforschung, Freiwilligensurvey 1999

Stufe zu Stufe auf der Engagement-Skala steigt der Anteil der Personen mit folgenden Merkmalen: mit großem Freundes- und Bekanntenkreis; mit starker Kirchenbindung; mit Erwerbstätigkeit; mit höherer Schulbildung; mit höherer beruflicher Position; mit einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder dem Dritten Sektor. Dies sind offenbar Bedingungen, unter denen die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement sich leichter herausbildet, sozial gestützt und von den äußeren Lebensumständen begünstigt wird.

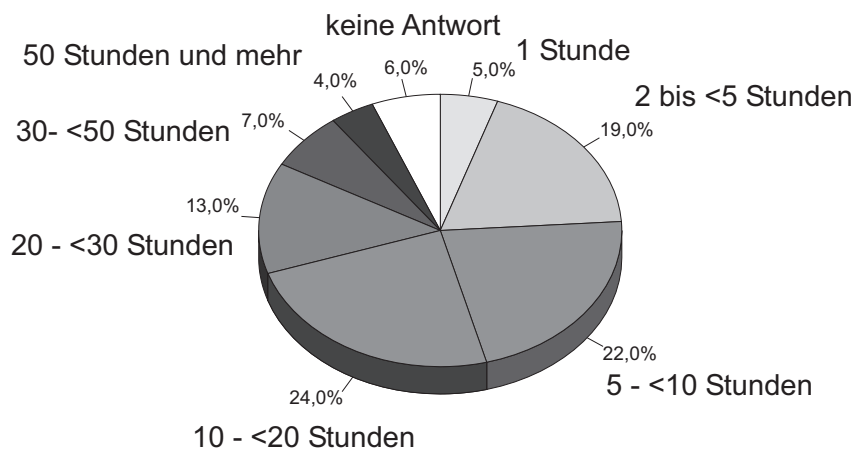
So plausibel diese Zusammenhänge sind, so bedenklich sind sie doch in gesellschaftspolitischer Sicht. Sie bedeuten, dass die Strukturen sozialer Ungleichheit auch in den Bereich des freiwilligen Engagements hineinwirken und dass dort, wo die soziale Integration geringer ist, sich auch weniger Verhaltensweisen finden, die den sozialen Zusammenhalt stärken.

Große Vielfalt des freiwilligen Engagements Unter dem Begriff des freiwilligen Engagements – oder, je nach Vorliebe, des ehrenamtlichen Engagements oder bürgerschaftlichen Engagements – wird eine große Vielfalt an Tätigkeitsformen und Tätigkeitsfeldern zusammengefasst. Ein Gesamtüberblick über das Feld muss diese Vielfalt sichtbar machen und strukturieren.

Eine wichtige Hilfe dafür sind bereits die 15 Engagementbereiche (Graphik 1). Sie sind danach unterschieden, um was es inhaltlich in dem jeweiligen Feld geht: Sport, Kultur, Umwelt, Gesundheit usw. Das inhaltliche Interesse ist in der Regel die Antriebskraft für die Bereitschaft, ehrenamtliche Aufgaben und Arbeiten zu übernehmen. Man muss sich für etwas interessieren, um sich dafür zu engagieren. Darüber hinaus bilden die Engagementbereiche meist auch den Rahmen für eine verbandspolitische Organisation des jeweiligen Tätigkeitsfeldes.

Die Untersuchung bietet eine Beschreibung der ehrenamtlichen Tätigkeiten nach einer großen Zahl von Strukturmerkmalen, wie z.B. dem organisatorischen Rahmen der Tätigkeit, dem Hauptinhalt der Tätigkeit, den gestellten Anforderungen, dem Zeitaufwand, eventuellen Formen der Vergütung usw. Nach diesen Merkmalen können Profile der Bereiche gezeichnet werden. Bereits ein Blick auf die Streuung einzelner Merkmalsverteilungen zeigt aber die Heterogenität des Gesamtfeldes. Als Beispiele wählen wir hier den Zeitaufwand und Erwartungen an die Tätigkeit.

In der Mehrzahl der Fälle ist die ehrenamtliche Tätigkeit mit regelmäßigen Terminen und zeitlichen Verpflichtungen verbunden

Graphik 3: Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Monat für ehrenamtliche Tätigkeit

Quelle: Infratest Burke Sozialforschung, Freiwilligenurvey 1999

(71 Prozent). Die Tätigkeiten sind aber unterschiedlich zeitintensiv. Der durchschnittliche Zeitaufwand pro Monat ist in Graphik 3 zusammengestellt. Im Durchschnitt werden pro Monat 14,5 Stunden für die Tätigkeit aufgewendet. Die Spannweite des durchschnittlichen Zeitaufwands nach Bereichen reicht von 23,5 Stunden im Gesundheitsbereich und 20,0 Stunden im sozialen Bereich bis zu 8,8 Stunden im Bereich Schule/Kindergarten und 7,8 Stunden im Bereich Justiz/Kriminalitätsprobleme.

Welche Erwartungen verbindet man mit der Tätigkeit, was ist einem wichtig? Das gängige Motivbündel verbindet Spaß an der Sache und Altruismus. Wichtig ist einem: Dass die Tätigkeit Spaß macht; dass man mit sympathischen Menschen zusammenkommt; etwas für das Gemeinwohl zu tun; anderen Menschen zu helfen. Daneben gibt es Erwartungen, die nur eine Minderheit mit der Tätigkeit verbindet. Dazu gehört etwa: „Berechtigte eigene Interessen zu vertreten.“ Die meisten Engagierten bezeichnen das als unwichtig in Bezug auf die ausgeübte Tätigkeit, aber für 30 Prozent ist es wichtig oder sehr wichtig. Oder: „Dass die Tätigkeit auch für berufliche Möglichkeiten nutzt.“ Die meisten Engagierten bezeichnen dies als nicht wichtig, aber für 19 Prozent ist das ein wichtiger oder sehr wichtiger Punkt.

Belastbarkeit, Sozialkompetenz und Fachkompetenz gefragt

An die ehrenamtliche Tätigkeit werden z.T. hohe Anforderungen gestellt. Von der zeitlichen Belastung abgesehen, kann man drei Anforderungsdimensionen unterscheiden: Belastbarkeit, Sozialkompetenz und Fachkompetenz. Mit Sozialkompetenz sind dabei Anforderungen gemeint wie: Mit Menschen gut umgehen können, mit Behörden gut umgehen können, Organisationstalent, Führungsqualitäten. Während die Sozialkompetenz mit relativ geringer Variation in allen Engagementbereichen gefordert ist, unterscheiden sich die Bereiche stärker im Hinblick auf die (subjektive) Belastungssintensität und das geforderte Fachwissen.

Beide letztgenannten Anforderungen hängen mit der „Berufsnähe“ der jeweiligen ehrenamtlichen Tätigkeit zusammen. Berufsnähe hat verschiedene Aspekte: nicht nur, dass die ehrenamtliche Tätigkeit mit der eigenen beruflichen Tätigkeit zu tun hat und dass man sich einen Nutzen auch für berufliche Möglichkeiten erwartet. Der zweite Aspekt ist, dass vergleichbare Tätigkeiten wie die, die man selbst ehrenamtlich ausübt, von anderen Personen beruflich und gegen Bezahlung ausgeübt werden. Jeder vierte ehrenamtlich Tätige sagt, dies treffe für seine Tätigkeit zu. In Bereichen mit relativ hoher Berufsnähe werden auch überdurchschnittlich hohe Anforderungen an die Tätigkeit gestellt. Und zugleich sind dies die Bereiche, in denen in überdurchschnittlichem Maße Probleme artikuliert und Wünsche nach verbesserten Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement geäußert werden.

Die Bereiche, die in dieser Weise durch einen besonderen Problemdruck gekennzeichnet sind, sind folgende:

- der Gesundheitsbereich
- die Unfall- und Rettungsdienste einschl. der Freiwilligen Feuerwehren
- die Jugend- und Bildungsarbeit
- die berufliche Interessenvertretung.

Am anderen Ende des Spektrums stehen Bereiche, die in diesem Sinne wenig Problemdruck aufweisen. Dies sind die Bereiche

- Kirche / Religion
- Freizeit und Geselligkeit
- Schule / Kindergarten.

Wenn es im politischen Raum um verbesserte Rahmenbedingungen freiwilligen Engagements geht, sind solche Differenzierungen wichtig. Das Gewicht einzelner Probleme und entsprechender Maßnahmen ist in verschiedenen Engagementbereichen unterschiedlich. Einzelne Engagementbereiche artikulieren generell mehr Probleme und Handlungsbedarf als andere. Zugleich zeigt die Befragung jedoch, dass die freiwillig Engagierten insgesamt in erheblichem Umfang Bedarf und Ansatzpunkte sehen,

freiwilliges Engagement zu fördern und zu unterstützen.

Wenn es im wissenschaftlichen Raum um Diskurse zum Strukturwandel des Ehrenamts und zur Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft geht, sollte man das Gesamtfeld des freiwilligen Engagements im Blick haben und zugleich die Differenzierungen innerhalb des Feldes sehen. Die Untersuchung, die hier in Grundzügen vorgestellt wurde, bietet für diese doppelte Anforderung eine geeignete Grundlage.

- 1 Bernhard von Rosenblatt (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung 1999 zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Erscheint in der Schriftenreihe des BMFS-FJ, Kohlhammer-Verlag, 2000.*
- 2 Beher, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas: *Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess. Weinheim und München 1999.* Zimmer, Annette/Nährlich, Stefan (Hrsg.): *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven. Opladen 2000.* Kistler, Ernst / Noll, Heinz-Herbert / Priller, Eckhart (Hrsg.): *Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin 1999.*
- 3 Vgl. dazu Bernhard von Rosenblatt: *Zur Messung des ehrenamtlichen Engagements in Deutschland - Konfusion oder Konsensbildung? In: Kistler/Noll/Priller (Hrsg.), a.a.O., S. 399 - 410.*
- 4 Die Untersuchung wurde von einem Projektverbund durchgeführt, dem folgende Institute angehören:
 - Infratest Burke Sozialforschung, München
 - Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Speyer
 - Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (IES), Hannover
 - Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB), Köln.
- 5 Vgl. Irene Paulwitz: *Wem gebührt die Ehre? Ehrenamtliche Arbeit im Vergleich zu anderen europäischen Ländern - die EuroVol-Studie. In: Kistler/Noll/Priller, a.a.O., S. 201 - 210.* Manfred Ehling, Bernd Schmidt: *Ehrenamtliches Engagement. Erfassung in der Zeitbudget-Erhebung des Statistischen Bundesamtes und Möglichkeiten der Weiterentwicklung. In: Kistler/Noll/Priller, a.a.O., S. 411 - 434.*
- 6 Heinze, Rolf G./Keupp, Heiner: *Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die „Kommission für Zukunftsfragen“ der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bochum und München 1997, S. 44/Tab. 2.*

Bernhard von Rosenblatt

Infratest Burke Sozialforschung München (ISI 24, 2000: 6-10)

Wer hat, dem wird gegeben

Befunde zu Erbschaften und Schenkungen in Deutschland

In letzter Zeit erfahren Vermögensübertragungen zwischen Familienangehörigen zu Recht immer größere Beachtung. Dies liegt in erster Linie an der immensen Akkumulation privaten Reichtums nach dem Zweiten Weltkrieg. Eltern verfügen heutzutage über vielfältige Möglichkeiten, ihre Kinder zu unterstützen und damit deren Wohlfahrtsposition deutlich zu verbessern. Die Unterstützungsleistungen der Eltern beschränken sich längst nicht auf die Kindheit und Jugend ihrer Nachkommen. Jüngere empirische Analysen belegen eindrucksvoll, dass Eltern ihren erwachsenen Kindern bis ins hohe Alter monetäre Zuwendungen zuteilwerden lassen. Es liegt auf der Hand, dass die Weitergabe von akkumuliertem Reichtum über die Familiengenerationen nicht nur zu Lebzeiten der Eltern, sondern in besonderem Maße nach ihrem Ableben erfolgt. Vererbungen von Eltern an Kinder tragen damit zur individuellen Vermögensbildung bei und haben entsprechend große Auswirkungen auf die Sozialstruktur und soziale Ungleichheit.

Trotz des überaus wichtigen Themas ist derzeit leider nur wenig über Erbschaften bekannt. Die bislang zuverlässigsten, aber auch sehr groben Informationen stammen von Banken. Allerdings stehen hiermit nur pauschale Angaben zum gesamten Ausmaß der Erbschaften zur Verfügung. Empirische Analysen zu soziologischen Fragestellungen sind damit nicht möglich. Leider wird in bevölkerungsrepräsentativen Erhebungen nur sehr selten nach Erbschaften gefragt. Offenbar wird die Erbschaftsfrage als großes Wagnis empfunden. Die Erhebung von Vermögenswerten geht generell mit häufigen Antwortverweigerungen einher, und bei Erbschaften kommt noch hinzu, dass damit oftmals der Tod eines nahen Angehörigen angesprochen wird. Auch aus diesem Grunde handelt es sich bei Erbschaften um ein sensibles Thema.

Neuerdings liegen mit dem Alters-Survey Informationen zu Erbschaften in der Bundesrepublik Deutschland vor. Im Folgenden sollen einige ausgewählte Befunde auf der Basis dieser Erhebung präsentiert werden. Dabei wurde nicht nur nach bisherigen, sondern auch nach zukünftigen Erbschaften gefragt, so dass eine Übersicht über die gesamten Erbschaften möglich ist. Der Alters-Survey wurde von der Forschungsgruppe Altern und Lebenslauf (Berlin) und der Forschungsgruppe Psychogerontologie (Nijmegen) in Kooperation mit infas-Sozialforschung (Bonn) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahre 1996 durchgeführt (die Verantwortung für die hier dokumentierten Befunde liegt beim Autor). Die bundesweit repräsentative Stichprobe von knapp 5.000 Befragungspersonen umfasst die 40-85-jährigen Deutschen in Privathaushalten.

Erbschaften von entfernten Verwandten spielen eine geringe Rolle

Oben wurde unterstellt, dass Erbschaften vorrangig auf die direkten Linienverwandten zurückgehen. Ist dies überhaupt

der Fall? Muss man sich bei Erbschaften überhaupt mit Eltern-Kind-Beziehungen beschäftigen? Oder spricht doch einiges für die reiche südamerikanische Erbtante, deren unbetruertes Ableben ihren Erben unvermittelt und unverhofft zu Reichtum und Vermögen verhilft?

Graphik 1 dokumentiert, woher die Erbschaften stammen. 71% der Erben geben an, dass sie von den Nachlässen ihrer Eltern profitiert haben, und bei 37% waren es die Schwiegereltern. Es sind also nicht weit entfernte, womöglich unbekannte Personen, die für den größten Teil der Vererbungen verantwortlich sind, sondern es sind die direkten Linienverwandten, und zwar vornehmlich die Mütter und Väter. Damit bestätigt sich, dass der finanzielle Gewinn durch eine Erbschaft in den meisten Fällen mit großen persönlichen Verlusten einhergeht. Der Erbfall wird damit zu einem ambivalenten Ereignis. Dies wird auch nicht durch die 14% der Nutznießer anderer Erblasser widerlegt, da hierunter nicht zuletzt

Erbschaften durch den Tod des Ehepartners fallen. Wer sich mit Erbschaften beschäftigt, kommt jedenfalls nicht umhin, sich mit den Generationenbeziehungen in der Familie zu befassen.

Die Hälfte der Befragten hat bereits etwas geerbt

Bislang existieren keine Standards für die Erhebung von intergenerationalen monetären Transfers zu Lebzeiten und danach. Daher ist es notwendig, das jeweils zugrunde liegende Messkonzept zu explizieren. Der Alters-Survey beinhaltet zwar ‚lediglich‘ die 40-85-jährigen, es werden jedoch alle Erbschaften erhoben, also auch diejenigen, die vor dem vierzigsten Lebensjahr erfolgten. Zudem wird auch nach solchen Erbschaften gefragt, die man zukünftig erwartet. Da Erbschaften zuallererst auf Nachlässe der Eltern zurückgehen, müssen die Befragten bei den zukünftigen Nachlässen lediglich wissen, ob ihre Eltern noch leben, und ob diese etwas zu vererben haben. Zusätzlich dazu wird erhoben, von wem die Erbschaften stammen, und wie hoch die Nachlässe ausgefallen sind bzw. ausfallen werden.¹

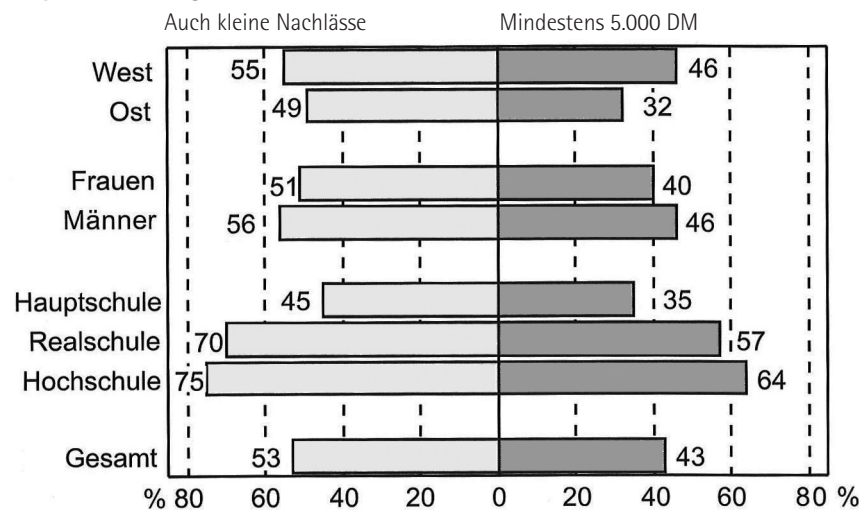
Welcher Anteil der Befragten hat bis zum Erhebungszeitpunkt bereits etwas geerbt? Da die meisten Erbschaften auf die Eltern zurückgehen, werden in der zweiten Graphik nur solche Personen berücksichtigt, deren Eltern bereits verstorben sind. Wenn man auch die kleinsten Nachlässe, also diejenigen unter 5.000 DM einbezieht, ergibt sich eine Erbschaftsquote von 53%. Nach Ausschluss dieser marginalen Erbschaften sinkt der Anteil auf 43% (wenn man alle Personen berücksichtigt, also auch diejenigen mit lebenden Eltern, ergibt sich ein Anteil von insgesamt 47% mit einer Erbschaft bzw. von 38% mit einer Erbschaft ab 5.000 DM vor dem Befragungszeitpunkt).

Westdeutsche erben häufiger als Ostdeutsche, aber die Differenz wird augenscheinlicher, wenn man die sehr kleinen Nachlässe ausschließt. Ein Drittel der 40-85-jährigen

Graphik 1: Die Erblasser



Datenbasis: Alters-Survey 1996. Gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen

Graphik 2: Bisherige Erbschaften (Eltern sind verstorben)

Datenbasis: Alters-Survey 1996. Gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen

Ostdeutschen mit verstorbenen Eltern hat bis zum Jahre 1996 mindestens 5.000 DM geerbt – dies trifft allerdings auf 46% der Westdeutschen zu. Frauen haben bisher etwas seltener geerbt als Männer, aber die Differenz ist nicht sehr beeindruckend. Zudem sind Frauen in den älteren Geburtsjahrgängen überrepräsentiert, so dass ihre Eltern relativ wenig am Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg partizipieren und entsprechendes Vermögen aufbauen konnten. Dies verweist auf die Notwendigkeit multivariater Analysen (s.u.). Von größerer Bedeutung sind die Unterschiede zwischen den Bildungsschichten: Lediglich ein gutes Drittel der Hauptschulabsolventen hat bislang mindestens 5.000 DM geerbt. Bei den Akademikern trifft dies auf fast zwei Drittel zu.

Westdeutsche und Akademiker erben erheblich mehr

Die bisherigen Erbschaften sind allerdings nur bedingt aussagekräftig. Im Endeffekt möchte man wissen, wer insgesamt wie viel erbt. Für Graphik 2 werden daher die bisherigen und zukünftigen Erbschaften zusammengefasst. Hierbei sind sowohl Erben als auch Nichterben berücksichtigt. Für die Frage nach der Bedeutung von Vererbungen für soziale Ungleichheit ist es nicht ausreichend, lediglich die Erben zu betrachten. Damit würden all diejenigen vernachlässigt, deren Vorfahren (außer Schulden und Kosten) nichts hinterlassen haben oder deren Erbschaft nur aus einigen wenigen Erinnerungsstücken ohne besonderen materiellen Wert besteht. Erst wenn man die Nichterben einbezieht, lässt sich eine fundierte Aussage über die Auswirkungen von Vererbungen auf soziale Ungleichheit treffen.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden in Graphik 3 die Personenanteile mit einer Erbschaft von mindestens 25.000 DM bzw. mindestens 100.000 DM zusammengefasst (ausführlich: Szydlík 2000). Es werden zum Teil beträchtliche Summen vermacht. Diese sind allerdings sehr ungleich verteilt. Knapp

ein Drittel der 40-85jährigen Deutschen erbt mindestens 25.000 DM, ein Sechstel kommt auf ein Minimum von 100.000 DM. Beinahe vier von zehn Westdeutschen erben zumindest 25.000 DM – im Vergleich zu 15% der Ostdeutschen. Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern fallen deutlich geringer aus. Dazu kommt, dass sie hauptsächlich auf die zukünftig erwarteten Erbschaften zurückgehen, was lediglich dafür spricht, dass Frauen etwas seltener als Männer den Tod eines nahen Verwandten antizipieren und von entsprechenden Nachlässen berichten wollen. Offenbar unterscheiden Eltern in Hinblick auf ihr Vermächtnis im Gegensatz zu früheren Zeiten heutzutage kaum noch zwischen Töchtern und Söhnen. Jeder zweite Akademiker erhält mehr als 25.000 DM – dies trifft lediglich auf jeden vierten Hauptschulabsolventen zu.

Bei höheren Summen werden die Diskrepanzen noch augenfälliger. Jeder fünfte Westdeutsche – aber nur jeder zwanzigste Ostdeutsche – erbt mindestens eine Summe von 100.000 DM. So viel Geld erhält auch

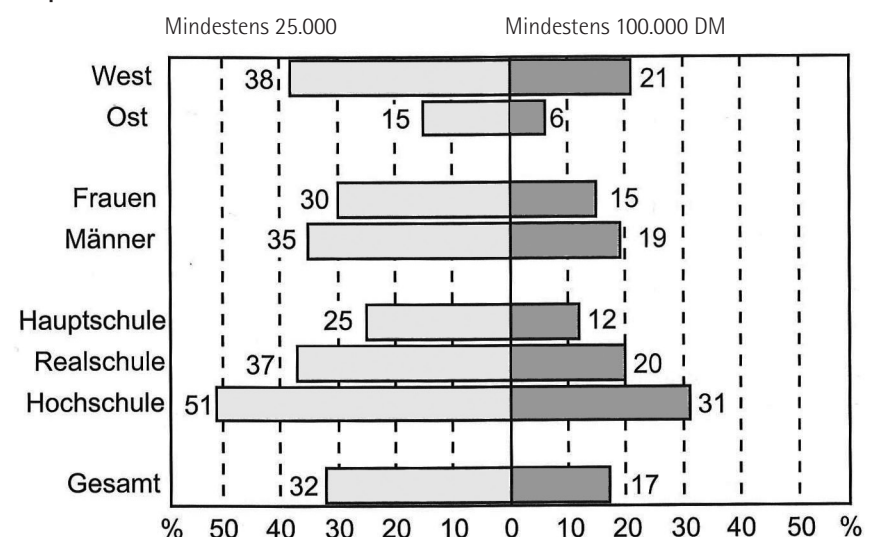
fast jeder dritte Akademiker – aber nur jeder achte Hauptschulabsolvent. Im Schnitt liegen die Erbschaftshöhen – unter Berücksichtigung der Nichterben und kleiner Nachlässe – von Westdeutschen bei 110.000 DM, die von Ostdeutschen bei 32.000 DM, die von Hauptschulabgängern bei 65.000 DM sowie die von Akademikern bei 160.000 DM.²

Bei der Bewertung dieser Befunde ist es wichtig, sich die relative Größe dieser Bevölkerungsgruppen in Erinnerung zu rufen. Akademiker stellen 15% der 40-85jährigen, und Realschulabsolventen kommen auf 20%, aber über 60% sind ehemalige Hauptschüler.³ Die zahlenmäßig größte Bevölkerungsgruppe verfügt also über besonders geringe Chancen, hohe Summen zu erben. Die kleinste Bildungsschicht erbt mit Abstand am häufigsten und am meisten.

Die jüngere Generation erbt häufiger

Zur Absicherung und Erweiterung der bisher vorgestellten Befunde wurden multivariate Analysen zu bisherigen und zukünftigen Erbschaften durchgeführt. Diese bestätigen, dass Ostdeutsche wesentlich seltener erben als Westdeutsche, und dies gilt auch für Hauptschulabsolventen im Vergleich mit Realschulabgängern, Abiturienten ohne Hochschulabschluss und Akademikern. Bei bisherigen Erbschaften zeigt sich – im Gegensatz zu den zukünftig erwarteten Nachlässen – zwischen Frauen und Männern keine Differenz. Da die meisten Erbschaften auf die Eltern zurückgehen, hängen der Erhalt bisheriger Nachlässe und die Erwartung eines zukünftigen Vermächtnisses natürlich stark davon ab, ob die Eltern bzw. Schwiegereltern bereits verstorben sind.

Ein weiterer Einflussfaktor ist die Geburtskohorte. Die zwischen 1942 und 1956 Geborenen, also die jüngeren Befragungspersonen, kommen deutlich häufiger in den Genuss von Nachlässen. Dies dürfte an den besseren Chancen ihrer Eltern liegen, vom Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten

Graphik 3: Wer erbt wie viel?

Datenbasis: Alters-Survey 1996. Gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen

Weltkrieg profitiert zu haben. Für diese Erklärung spricht auch, dass die Kohorteneffekte im Wesentlichen auf Westdeutsche zurückgehen.

Interessant ist ebenfalls, dass die Erbschaftswahrscheinlichkeit mit der Geschwisterzahl sinkt. Dies kann daran liegen, dass Eltern mit mehreren Kindern am Lebensende weniger zu vererben haben. Es ist aber aufgrund dieses Befundes auch nicht auszuschließen, dass Geschwister als Konkurrenten um das Vermögen der Eltern in Erscheinung treten.

Schließlich wird die ungleichheitsverstärkende Wirkung von Erbschaften durch weitere Befunde bestätigt. Wer bereits Immobilienbesitzer ist, erwartet in Zukunft sogar eher eine Erbschaft. Genauso rechnen die Personen, die bereits etwas geerbt haben, wesentlich häufiger mit einem weiteren Nachlass.

Wenige Vermögensübertragungen zu Lebzeiten

Vererbungen sind nur eine Form der Weitergabe privaten Vermögens von einer Generation an die nächste. Eltern können ihren Besitz auch bereits zu ihren Lebzeiten an ihre Nachkommen übertragen. Immerhin dürfte es im Interesse der Kinder liegen, das Vermögen ihrer Eltern möglichst früh zu erhalten. Der höhere Lebensstandard kann dann besonders lange genossen werden, und die Besitzübertragung erfolgt nicht erst zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kinder bereits selbst ein eigenes Vermögen aufgebaut haben. In manchen Fällen können auch Steuervorteile für vorgezogene Vererbungen sprechen. Man könnte also argumentieren, dass Schenkungen zu Lebzeiten die späteren Vererbungen in den Schatten stellen und somit deren Relevanz einschränken. Dies gilt nicht zuletzt für die sozialen Folgen von Erbschaften.

Inwieweit wird der größte Teil des elterlichen Vermögens also bereits zu Lebzeiten der Eltern an die Kinder weitergegeben, so dass die späteren Vererbungen – und damit ihre ungleichheitsverstärkende Wirkung – als relativ unbedeutend einzuschätzen sind? Graphik 4 dokumentiert, dass lediglich ein Achtel der Befragungspersonen überhaupt vom Erhalt von Schenkungen berichtet, und nur knapp ein Zehntel bestätigt Schenkungen von den Eltern. Dabei ist die Frage breit gestellt. Sie beinhaltet nicht nur Vermögensübertragungen, sondern auch regelmäßige Ausbildungsunterstützungen, wie zum Beispiel die Zahlungen der Eltern während des Studiums.⁴ Damit wird klar, dass Vermögensübertragungen zu Lebzeiten eine wesentlich kleinere Rolle spielen als Vererbungen. Obwohl Eltern ihren erwachsenen Kindern zeitlebens Transfers zukommen lassen, z.B. in Form von Geld- oder Sachgeschenken, gehen sie dann doch nicht so weit, ihr Vermögen bereits zu Lebzeiten zu übertragen. Dies macht auch Sinn, wenn man bedenkt, dass Eltern eine Reihe von Gründen haben, ihren Besitz nicht frühzeitig

aus der Hand zu geben. Immerhin würden sie mit dem Vermögen ihre ökonomische Selbständigkeit aufgeben. Man hat nicht das halbe Leben lang für die Abbezahlung des Hauses oder der Wohnung gearbeitet, um dann, sobald es schuldenfrei ist, im Haus der Kinder zu leben. Außerdem verliert man mit der Schenkung die Kontrolle darüber, was mit dem Besitz geschieht. Zudem ist ungewiss, ob die Kinder weiterhin den Kontakt pflegen und für Hilfeleistungen zur Verfügung stehen, wenn sie bereits alles erhalten haben. Jedenfalls wird der Erbenspruch „Mit warmer Hand gibt’s sich besser als mit kalter“ wesentlich seltener befolgt als die Maxime „Du sollst das letzte Hemd nicht hergeben, das dich selbst noch wärmt“.

Vermögensübertragungen zu Lebzeiten können den oben skizzierten Befund von der ungleichheitsverstärkenden Wirkung von Erbschaften aber auch deshalb nicht erschüttern, weil die Schenkungen ebenfalls demselben Muster folgen. Westdeutsche erhalten häufiger große Geldbeträge oder Sachwerte als Ostdeutsche. Frauen und Männer liegen auch hier gleichauf. Und Hauptschulabgänger werden von den anderen Bildungsschichten auch in punkto Schenkungen deutlich übertroffen. Lediglich ein Zehntel der zahlenmäßig größten Bildungsschicht gibt an, jemals große Geldbeträge oder Sachwerte erhalten zu haben – die Quote der Akademiker ist mehr als doppelt so hoch. Dies gilt auch, wenn lediglich die Leistungen der Eltern berücksichtigt werden.

Wer hat, dem wird gegeben

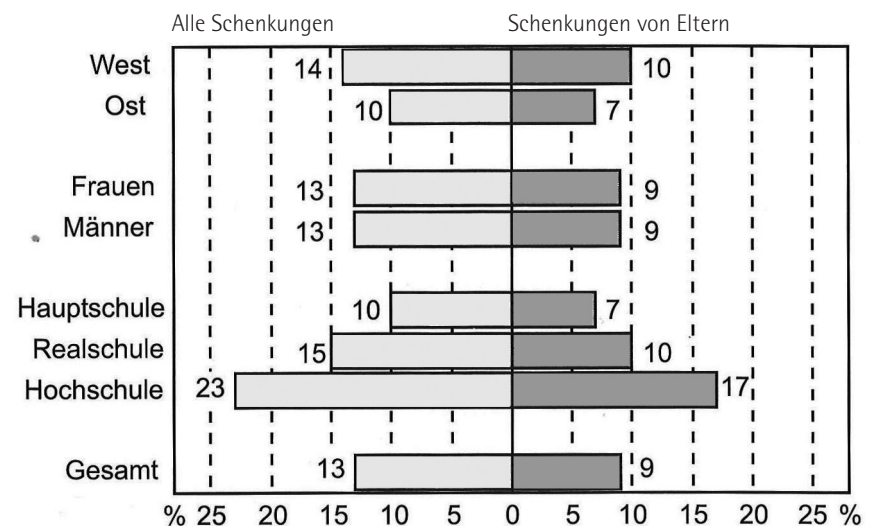
Erbschaften gehen häufig mit beeindruckenden Vermögenszuwächsen einher – allerdings im Wesentlichen für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Vererbungen – und auch Schenkungen – führen nicht dazu, Benachteiligungen auszugleichen. Wer nichts hat, bekommt in der Regel auch nichts dazu. Im Gegenteil gilt das Matthäus-Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben“. Vermö-

gende erhalten noch mehr Vermögen, Wohlhabende werden reich, Reiche noch reicher. Dabei darf man nicht vergessen, dass diese Vermögenszuwächse im Allgemeinen nicht auf eine dem Wert der Erbschaft entsprechende eigene Arbeitsleistung zurückgehen. Zudem hält sich deren Besteuerung – wenn sie überhaupt erfolgt – in engen Grenzen.

Damit verweisen die Befunde auf den ambivalenten Charakter innerfamiliärer Solidarleistungen. Kinder schichthöherer Eltern gehen eher auf das Gymnasium, besuchen eher eine Hochschule, erhalten von den Eltern eher finanzielle Unterstützungen, erreichen bessere Berufe, erhalten von ihren Eltern eher größere Schenkungen und machen schließlich häufiger – und vor allem höhere – Erbschaften. Wohlhabende Eltern können ihre Kinder auf vielfältige Weise unterstützen. Ärmere Eltern sind hierzu nicht in der Lage. Soziale Ungleichheit in der Elterngeneration führt somit zu sozialer Ungleichheit in der Kindergeneration. Familiäre Solidarität und soziale Ungleichheit stehen in der Tat in einem prekären Verhältnis.

1 Die Erbschaftsfragen des Alters-Survey lauten: „Haben Sie oder Ihr (Ehe-)Partner schon einmal etwas geerbt? Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe“. Wenn diese Frage bejaht wurde: „Aus dem Nachlass welcher Personen stammt diese Erbschaft bzw. stammen diese Erbschaften? Bitte kreuzen Sie alle Personen an, von denen Sie etwas geerbt haben!: Eigene Eltern; Eltern des (Ehe-)Partners; Großeltern; Großeltern des (Ehe-)Partners; Andere (bitte angeben). Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen, wie hoch wäre der heutige Wert dieser Erbschaften in etwa insgesamt?: unter 5.000 DM; 5.000 bis unter 25.000 DM; 25.000 bis unter 100.000 DM; 100.000 bis unter 500.000 DM; 500.000 bis unter 1.000.000 DM; 1.000.000 DM und darüber“. Die nächste Frage bezieht sich auf zukünftige Erbschaften: „Erwarten

Graphik 4: Wer erbt wie viel?



Datenbasis: Alters-Survey 1996. Gewichtete Ergebnisse, eigene Berechnungen

Sie oder Ihr (Ehe-)Partner in Zukunft eine oder mehrere Erbschaften? Bitte denken Sie dabei auch an kleinere Nachlässe“. Bei einer Bejahung dieser Frage wurde wiederum mittels der bereits genannten Betragsgruppen erhoben: „Wie hoch könnte insgesamt der Wert dieser Nachlässe ungefähr ausfallen?“.

- 2 Wenn man lediglich die Erben berücksichtigt und marginale Nachlässe unter 5.000 DM ausschließt, ergibt sich eine mittlere Erbschaftshöhe von 200.000 DM. Westdeutsche erhalten im Schnitt mehr als doppelt so viel wie ostdeutsche Erben (213.000 vs. 102.000 DM). Zwischen Frauen und Männern ergibt sich eine wesentlich geringere Differenz (190.000 vs. 205.000 DM). Dagegen erhalten Akademiker mit 240.000 DM deutlich mehr als Erben mit einem Hauptschul- oder Realschulabschluss (170.000 bzw. 205.000 DM). Allerdings sind aufgrund der kategorialen Erhebung

der Erbschaftshöhen diese Mittelwerte mit etwas Vorsicht zu genießen.

- 3 Die übrigen 5% sind Abiturienten ohne Hochschulabschluss. Da es sich also nur um relativ wenige Personen handelt, sind sie in den Graphiken nicht berücksichtigt. Bei den multivariaten Analysen bilden sie jedoch eine eigene Referenzgruppe, wobei deren Koeffizienten dem dargestellten Muster entsprechen.
- 4 Der Alters-Survey fragt: „Wenn Sie nun an große Geldbeträge oder Sachwerte denken, wie zum Beispiel große Geldbeträge für besondere Anschaffungen, außergewöhnliche Geschenke oder langjährige regelmäßige Unterstützungen während der Ausbildungszeit (...) und von möglichen Erbschaften einmal absehen: Haben Sie jemals vor 1995 große Geldbeträge oder Sachwerte von Eltern, Kindern, Enkeln oder anderen Verwandten, Freunden oder Bekannten geschenkt bekommen?“. Wenn die Frage bejaht

wurde: „Von welcher Person oder welchen Personen war das?“.

Kohli, Martin, Künemund, Harald (Hrsg.), 2000: Die zweite Lebenshälfte – Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey. Opladen: Leske + Budrich.

Kohli, Martin, Künemund, Harald, Motel, Andreas, Szydlik, Marc, 2000: Grunddaten zur Lebenssituation der 40-85jährigen deutschen Bevölkerung – Ergebnisse des Alters-Survey. Berlin: Weißensee Verlag.

Szydlik, Marc, 2000: Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Opladen: Leske + Budrich.

Marc Szydlik
Universität Erfurt
(ISI 25, 2001: 5-8)

Geringere familiäre Pflegebereitschaft bei jüngeren Generationen

Analysen zur Betreuung und Pflege alter Menschen in den Ländern der Europäischen Union

Zurzeit gibt es in Deutschland rund 2 Millionen Pflegebedürftige, d.h. Leistungsempfänger der Pflegeversicherung (Statistisches Bundesamt 2001). Vorausschätzungen gehen von einem Anstieg der Pflegebedürftigen um rund 1 Million bis zum Jahr 2020 aus, und bis zum Jahr 2050 wird mit insgesamt 4,7 Millionen Pflegebedürftigen gerechnet (Schulz et al. 2001). Aufgrund der Alterung der Bevölkerung sind in fast allen europäischen Ländern ähnliche Entwicklungen zu erwarten, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß¹. Es stellt sich die Frage, wie der wachsende Bedarf an Pflege und Betreuung alter Menschen zukünftig gedeckt werden kann, insbesondere wie sich die Lastverteilung zwischen Familien, professionellen ambulanten Diensten und institutioneller Langzeitpflege in den einzelnen Ländern gestalten wird. Der vorliegende Beitrag unterzucht anhand der Daten des Eurobarometers und des Europäischen Haushaltspanels² einige für diese Frage relevante Einstellungs- und Verhaltensindikatoren und diskutiert die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen. Die Analysen konzentrieren sich auf Deutschland im Vergleich zu den skandinavischen EU-Ländern auf der einen und den südeuropäischen EU-Ländern auf der anderen Seite. Diese beiden Ländergruppen bilden die Extreme in einer Klassifikation der EU-Länder nach der Konfiguration der wohlfahrtsproduzierenden Institutionen – Arbeitsmarkt, Wohlfahrtsstaat und Familie (Vogel 1999). Die nordischen Länder sind durch eine hohe Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen, umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Leistungen, aber schwache familiäre Bindungen charakterisiert, während die südeuropäischen Länder durch ein vergleichsweise geringes Beschäftigungsniveau der Frauen, begrenzte wohlfahrtsstaatliche Leistungen, aber starke traditionelle Familienstrukturen gekennzeichnet sind. Deutschland nimmt in dieser Klassifikation zusammen mit anderen mitteleuropäischen Ländern eine mittlere Position ein³. Im Hinblick auf die Betreuung und Pflege alter Menschen ist zu erwarten, dass familiäre Leistungen in den südeuropäischen Ländern eine höhere und in den nordeuropäischen Ländern eine geringere Bedeutung als in Deutschland haben.

Zunächst soll der Stellenwert der institutionellen Pflege in den einzelnen Ländern betrachtet werden. Die Inanspruchnahme stationärer Einrichtungen ist in den skandinavischen Ländern vergleichsweise hoch, in den südeuropäischen Ländern dagegen vergleichsweise gering, während Deutschland eine Mittelposition einnimmt. Ende 2000 wurden in Schweden 8,6%, in Finnland 6,8%, in Norwegen 11,8% und in Dänemark 9,0% der 65-jährigen und älteren Menschen in Institutionen betreut (NOSOSCO 2002: 134). In den südeuropäischen Ländern wird hingegen nur ein geringer Anteil alter Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen versorgt. Aus den wenigen dazu vorliegenden empirischen Informationen für die frühen 90er-Jahre kann man von Anteilen zwischen 0,6% in Griechenland (Baldock/Ely 1996) und 3,9% in Italien (Jacobzone 1999) ausgehen. Für Deutschland wird der Anteil der in Heimen lebenden 65-jährigen und älteren Personen mit 5% angegeben (BMFSFJ 2002).

Gegen eine zukünftig stärkere Inanspruchnahme stationärer Pflegeeinrichtungen sprechen zum einen die hohen Kosten

dieser Versorgungsart, zum anderen der Verlust an Selbstbestimmtheit und Privatheit, der mit dem Leben im Heim im Allgemeinen verbunden ist. Aus diesen Gründen zielt auch die offizielle Politik in den meisten EU-Ländern auf einen Vorrang der häuslichen gegenüber der stationären Pflege ab.

Nur eine Minderheit der Europäer präferiert stationäre Langzeitpflege

Von Bedeutung für die zukünftige Nachfrage nach stationären Pflegeplätzen dürften darüber hinaus auch die Einstellungen der Bevölkerung zu einer Versorgung im Heim sein. Darüber geben die im Rahmen einer Eurobarometer-Untersuchung erhobenen präferierten Formen der Betreuung im Falle der Pflegebedürftigkeit eines alleinlebenden Elternteils Aufschluss. In allen Ländern würde nur eine Minderheit eine Betreuung des Vaters oder der Mutter im Heim einer Betreuung durch die Familie oder durch ambulante Dienste vorziehen (Graphik 1). Am seltensten wird diese Möglichkeit in den südeuropäischen Ländern als beste Lösung betrachtet. Auch

in Deutschland ist die Zustimmung gering. Nur etwa jeder zehnte Deutsche befürwortet die Pflege in einer stationären Einrichtung. Deutlich höhere Anteile findet man in den skandinavischen Ländern, insbesondere in Schweden und in Dänemark. Hier bestehen jedoch signifikante Unterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen. Befragte im Alter der derzeit pflegenden Töchter/Söhne (45-64-Jährige) präferieren in stärkerem Umfang eine Betreuung der Eltern im Heim als jüngere Befragte (18-44-Jährige). Inwieweit diese Unterschiede einen Wandel der Einstellungen in der Generationenfolge bedeuten oder aber durch die sich im Lebensverlauf verändernde Aktualität des Problems der Pflegebedürftigkeit der Eltern bedingt sind, lässt sich anhand der vorliegenden Daten nicht klären. Aber auch ungeachtet dessen erscheint eine zukünftig stärkere Inanspruchnahme stationärer Pflegeeinrichtungen, folgt man den Präferenzen der Bevölkerung insgesamt, wenig wahrscheinlich. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass entgegen den Wünschen der Betroffenen eine stationäre Versorgung aufgrund der faktischen Situation oft unumgänglich ist. So könnten Entwicklungen wie eine Zunahme der Anteile schwerpflegebedürftiger und dementer alter Menschen, die aufgrund des wachsenden Anteils sehr alter Menschen (über 80 Jahre) zu erwarten ist, zu einer erhöhten Nachfrage nach Plätzen in Pflegeheimen führen.

Wenn eine möglichst geringe Rolle des stationären Sektors bei der Pflege alter Menschen angestrebt wird, dann stellt sich die Frage, inwieweit die Familien die zunehmenden Pflegeanforderungen bewältigen können. Die Familie gilt in allen europäischen Ländern als der wichtigste Leistungsträger bei der Pflege alter Menschen. Doch demographische Entwicklungen wie der Rückgang von Eheschließungen und Geburten und die wachsende Häufigkeit von Scheidungen schränken die Möglichkeiten einer Betreuung im Rahmen familiärer Netzwerke zunehmend ein. In der wissenschaftlichen Diskussion wird auch die Frage aufgeworfen, ob nicht nur die Pflegekapazitäten der Familien geringer werden, sondern auch die Pflegebereitschaft zurückgeht. Argumentiert wird, dass das traditionelle Leitbild einer starken Familiensolidarität mit einer familialen Verpflichtung zur Pflege zunehmend an Bedeutung verliert und mit der Erwerbsorientierung der Frauen konkurriert, die immer weniger bereit sind, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Pflege von Familienangehörigen aufzugeben.

Hohe Pflegebereitschaft der Familien in südeuropäischen Ländern

Über die Bereitschaft zur Betreuung und Pflege von Familienangehörigen geben mehrere Einstellungsindikatoren des Eurobarometers Aufschluss: die Wahrnehmung der Betreuung älterer Familienmitglieder als eine der Hauptaufgaben von Familien, die Bewertung der Vorstellung, zukünftig

stärker dadurch beansprucht zu werden, und die Bereitschaft, im Bedarfsfall einen hilfebedürftigen Elternteil im eigenen Haushalt zu versorgen. Wie erwartet sind große Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten (Tabelle 1). So betrachten in den meisten südeuropäischen Ländern, aber auch in Deutschland mehr als 40% der Befragten die Betreuung älterer Familienmitglieder als eine der Hauptaufgaben der Familie, während dies in den skandinavischen Ländern höchstens 30% sind. Auch der Vorstellung, dass Erwerbstätige in Zukunft in stärkerem Maße ihre Eltern betreuen müssen als dies heutzutage der Fall ist, steht die große Mehrheit der Südeuropäer positiv gegenüber. Nur zwischen 5% (Griechenland) und 11% (Spanien) der Befragten der südeuropäischen Länder halten dies explizit für eine schlechte Sache, während es in den skandinavischen Ländern zwischen 37% (Dänemark) und 46% (Schweden) sind. Die Antworten der Deutschen fallen weniger negativ aus als in Skandinavien, aber bei weitem nicht so positiv wie in den südeuropäischen Ländern. Ein starkes Gefühl der familialen Verpflichtung insbesondere in den südeuropäischen Ländern zeigt sich darüber hinaus in den Verhaltensdispositionen im Falle der Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit eines alleinstehenden Elternteils. Mehr als 70% der Spanier und der Portugiesen, zwei Drittel der Griechen und mehr als die Hälfte der Italiener wären zu einer Betreuung innerhalb der Familie bereit, während es in Deutschland nur 43% und in den skandinavischen Ländern lediglich zwischen 10% und 13% der Befragten sind.

Informelle Betreuung in nord- und südeuropäischen Ländern etwa gleich häufig, aber unterschiedliche zeitliche Beanspruchung

Die unterschiedlichen Wertorientierungen und Einstellungen in den Ländern spiegeln sich auch in objektiven Indikatoren zur Betreuung alter Menschen wider. In Dänemark, Finnland und in Deutschland wohnen alte Menschen ohne Partner zu wesentlich höheren Anteilen allein als in den südeuropäischen Ländern (Graphik 2). Dort leben sie vergleichsweise häufig auch mit den erwachsenen Kindern zusammen und zwar weitgehend unabhängig davon, ob ein Betreuungsbedarf aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen vorhanden ist oder nicht. Diese Unterschiede in den Lebensformen bedingen, dass alten Menschen in den südeuropäischen Ländern im Bedarfsfall häufiger Hilfe unmittelbar vor Ort zur Verfügung steht als in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern. Daraus lässt sich jedoch keineswegs die Schlussfolgerung ziehen, dass hier seltener Unterstützung geleistet wird. Zwischen den Ländern gibt es keine systematischen Unterschiede in der Gesamthäufigkeit tatsächlich erbrachter informeller Betreuungsleistungen. In allen Ländern bezeichnen 4% bis 6% der Befragten die unentgeltliche Betreuung von hilfebedürftigen alten, kran-

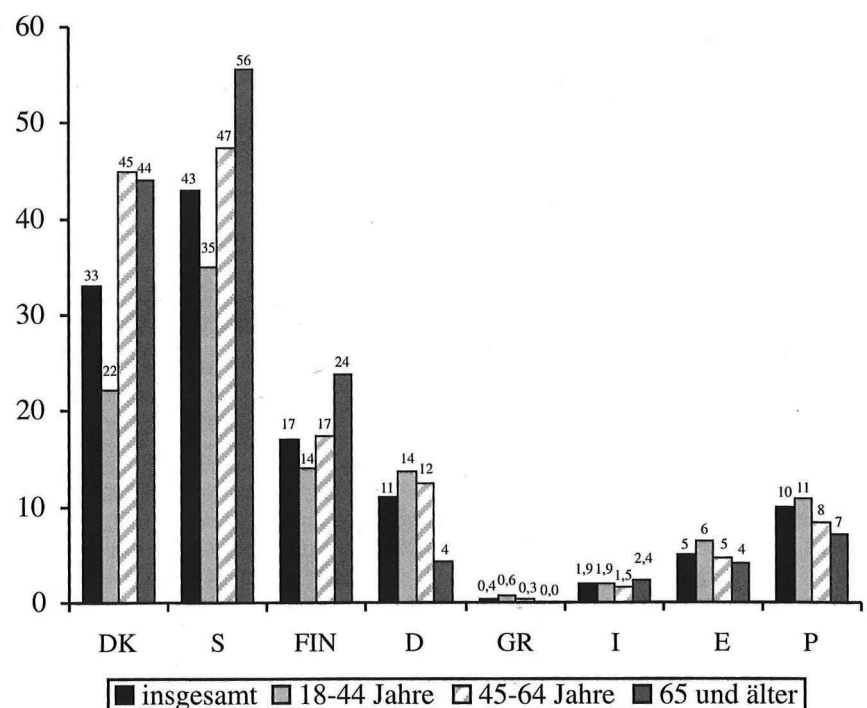
ken oder behinderten Menschen als Teil ihrer täglichen Aufgaben (Tabelle 2). Entsprechend der unterschiedlichen Lebensformen betrifft jedoch in fast allen südeuropäischen Ländern die große Mehrheit der Hilfeleistungen Angehörige des eigenen Haushalts, während die Unterstützung in Deutschland, Finnland und insbesondere in Dänemark eher über Haushaltsgrenzen hinweg geleistet wird.

Weitere Analysen zeigen außerdem, dass es auch in der Intensität der Betreuung deutliche Unterschiede gibt. In den südeuropäischen Ländern wird vergleichsweise viel Zeit für die Betreuung aufgewendet. Die große Mehrheit der Hilfeleistenden wird hier im Durchschnitt mindestens zwei Stunden täglich beansprucht, in Spanien und in Portugal trifft dies beispielsweise für mehr als 80% bzw. 70% zu. In Deutschland dagegen leistet nur etwa die Hälfte und in Dänemark nur etwa ein Drittel der Pflegenden eine so zeitintensive Betreuung (Tabelle 2). Der höhere Zeitaufwand in den südeuropäischen Ländern ist nur zum Teil dadurch bedingt, dass hilfebedürftige Angehörige hier überwiegend im gleichen Haushalt wie die Hilfeleistenden leben und sich dadurch auch mehr Gelegenheiten zur Unterstützung bieten und mehr Zeit für die

Betreuung zur Verfügung steht. Die zeitliche Beanspruchung durch informelle Hilfe ist in den südeuropäischen Ländern insbesondere dann deutlich stärker als in den skandinavischen Ländern und in Deutschland, wenn die unterstützte Person in einem anderen Haushalt lebt. Diese Unterschiede dürften zumindest teilweise darauf zurückzuführen sein, dass in den südeuropäischen Ländern professionelle ambulante Dienste, die die Angehörigen bei der Betreuung und Pflege von Hilfebedürftigen entlasten könnten, in vergleichsweise geringem Umfang zur Verfügung stehen.

In allen Ländern, aber insbesondere in Südeuropa, wird die Betreuung und Pflege von Angehörigen überwiegend von Frauen übernommen. Für eine nicht unbedeutende Minderheit dieser Frauen ist dies mit beruflichen Einschränkungen oder einem vollständigen Verzicht auf Erwerbstätigkeit verbunden (Tabelle 2). Am häufigsten trifft dies für Frauen in Portugal und in Spanien zu, wo fast 40% bzw. mehr als ein Viertel der pflegenden Frauen im erwerbsfähigen Alter aufgrund der zeitaufwendigen Betreuung in verringertem Umfang oder gar nicht erwerbstätig sind.

Graphik 1: Befürwortung einer Betreuung der Eltern im Heim (in Prozent)¹



1) Frage: „Einmal angenommen, Sie hätten einen älteren Vater oder eine ältere Mutter, der bzw. die alleine lebt. Was wäre Ihrer Meinung nach das Beste, wenn er/sie sich nicht mehr länger selbst versorgen kann?“ Antwortkategorien: 1. „Ich selbst oder jemand von meinen Geschwistern sollte meinen Vater oder meine Mutter bei sich aufnehmen.“ 2. „Ich selbst oder jemand von meinen Geschwistern sollte bei meinem Vater oder meiner Mutter einziehen.“ 3. „Einer von beiden sollte in die Nähe des anderen ziehen.“ 4. „Mein Vater oder meine Mutter sollte in ein Altersheim oder Pflegeheim ziehen.“ 5. „Mein Vater oder meine Mutter sollte zu Hause wohnen bleiben und sich dort sowohl besuchen lassen als auch ambulante Pflege erhalten.“ 6. „Es kommt darauf an.“ 7. „Weiß nicht“. Angegeben ist der Anteil der Befragten in Antwortkategorie 4.

Tabelle 1: Indikatoren der Pflegebereitschaft von Familien in ausgewählten europäischen Ländern

	DK	S	FIN	D	GR	I	E	P
	in %							
Pflege als eine der Hauptaufgaben der Familien¹								
Insgesamt	27	30	29	42	42	29	41	44
18 – 44	28	32	34	39	39	28	38	42
45 – 64	28	27	28	45	43	29	47	49
65+	25	29	22	48	51	35	43	43
Zukünftig stärkere Betreuung der Eltern²								
Negativ	37	46	40	15	5	6	11	7
Positiv	47	30	39	49	89	77	59	62
18 – 44	58	27	37	41	85	75	55	58
45 – 64	39	31	38	54	92	75	62	65
65+	29	33	45	59	95	82	66	66
Zur Pflege eines Elternteils im eigenen Haushalt bereit³								
Insgesamt	10	10	13	43	67	55	74	71
18 – 44	13	12	13	37	60	57	70	69
45 – 64	5	9	14	45	73	49	78	75
65+	7	9	12	55	78	60	77	76

1) Frage: „Was sind für Sie persönlich die Hauptaufgaben einer Familie?“ Anteil der Befragten, die dem Item „Für ältere Familienmitglieder sorgen“ zustimmen.

2) Frage „In der Zukunft müssen sich berufstätige Erwachsene möglicherweise mehr um ihre Eltern kümmern, als dies heute der Fall ist. Ist dies Ihrer Ansicht nach eher eine gute Sache oder eher eine schlechte Sache?“ Antwortkategorien: „eher eine gute Sache“, „eher eine schlechte Sache“, „weder gut noch schlecht“, „weiß nicht“.

3) Frage s. Graphik 1; Anteil der Befragten in Antwortkategorie 1

Datenbasis: Eurobarometer 50.1, 1998

den südeuropäischen Ländern ein bisher nur geringes Angebot an ambulanten Pflege- und Hilfsdiensten vorhanden ist, so dass insbesondere hier eine entsprechende Infrastruktur geschaffen werden muss, um dem wachsenden Hilfe- und Pflegebedarf genügen zu können. In Skandinavien existiert dagegen ein gut ausgebautes Netz von sozialen Diensten für ältere Menschen, das von den Kommunen bereitgestellt und aus Steuermitteln finanziert wird. Dem hohen Versorgungsniveau entspricht eine im europäischen Vergleich starke Inanspruchnahme häuslicher Pflegedienste. Das mit Abstand höchste Niveau findet man dabei in Dänemark, mit einem Anteil von fast 25% der 67-Jährigen und Älteren, die im Jahr 2000 auf die Hilfeleistungen ambulante Dienste zurückgegriffen haben (NOSOSCO 2002: 135). Kein anderes Land in Europa wendet mehr öffentliche Mittel für die ambulante Pflege auf.

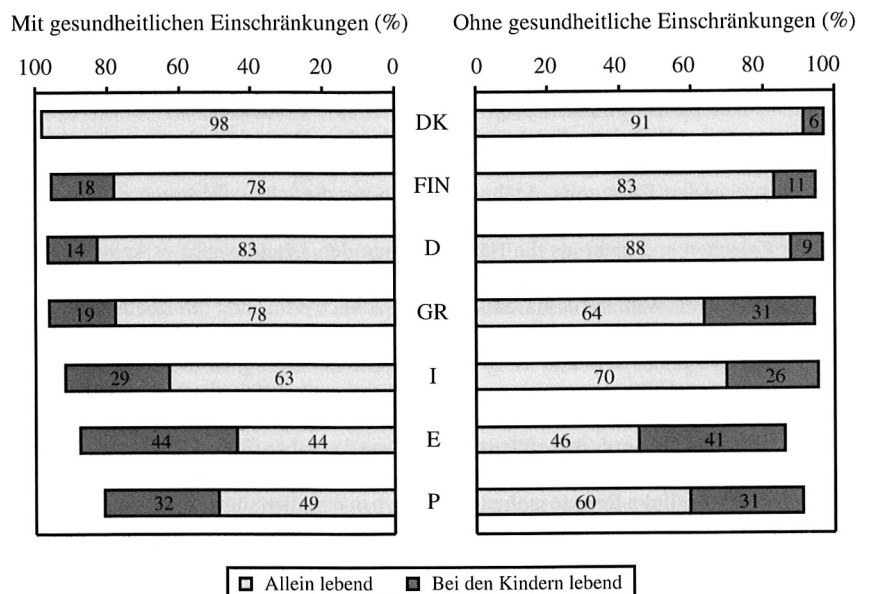
Im Vergleich zur Situation in den südeuropäischen Ländern ist man in Deutschland seit Einführung der Pflegeversicherung, sowohl was die Finanzierung als auch die Angebote an ambulanter Pflege betrifft, sicher ein gutes Stück voraus. Die Zahl ambulanter Pflege- und Hilfsdienste ist seit Bestehen der Pflegeversicherung deutlich gestiegen, und es wird gegenwärtig von einem ausreichenden Angebot ausgegangen. Die Pflegeversicherung deckt jedoch längst nicht alle Kosten der Pflege. Zum einen erhalten nicht alle Hilfebedürftigen Leistungen aus der Pflegeversicherung und zum anderen reichen die erhaltenen Mittel selten aus, um alle Kosten zu begleichen. So erhielten nach einer Infratest-Repräsentativerhebung des Jahres 1998 17% der in Privathaushalten lebenden Pflegebedürftigen keine Leistungen aus der Pflegeversicherung und fast zwei Drittel der Leistungsbezieher in privaten Haushalten

Jüngere Generationen sehen geringere Verantwortlichkeit der Familien für die Betreuung alter Menschen

Im Vergleich verschiedener Generationen lassen sich jedoch gerade in Südeuropa, aber auch in Deutschland Unterschiede in den Einstellungen zur familialen Pflege feststellen. So ist der Anteil derjenigen, die die Pflege älterer Menschen als Aufgabe der Familien betrachten, unter den 18-44-Jährigen in Deutschland und in den meisten südeuropäischen Ländern geringer als in höheren Altersgruppen (Tabelle 1). Auch die Einschätzung, dass zukünftig eine stärkere Betreuung der Eltern durch ihre Kinder erforderlich sein kann, wird von den jüngeren Generationen in diesen Ländern negativer bewertet als von den älteren Generationen. Mit Ausnahme der Italiener wären sie auch in geringerem Maße zur Pflege der Eltern im eigenen Haushalt bereit. Wie zuvor lässt sich anhand der Daten nicht entscheiden, ob die Unterschiede zwischen den Altersgruppen Indikatoren für eine verminderte Pflegebereitschaft der zukünftigen Generationen in Deutschland und in den südeuropäischen Ländern sind oder Veränderungen der Einstellungen im Lebensverlauf widerspiegeln.

verringert, dann ist ein weiterer Ausbau professioneller Angebote der ambulanten Altenhilfe unbedingt erforderlich, will man eine vermehrte Inanspruchnahme stationärer Pflegeeinrichtungen vermeiden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass in

Graphik 2: Lebensformen der in Privathaushalten lebenden 65-jährigen und älteren Menschen ohne Partner



1) Befragte, die durch gesundheitliche Probleme bei ihren täglichen Aktivitäten behindert sind.

Datenbasis: Europäisches Haushaltspanel 1998 (Deutschland 1996, Finnland 1997)

Wenn sich das Pflegepotential der Familien aufgrund demographischer Entwicklungen oder auch eines Wandels der Einstellungen zur Verantwortlichkeit der Familien

Tabelle 2: Häufigkeit, Intensität und Leistungsträger der informellen Betreuung hilfebedürftiger Personen in ausgewählten europäischen Ländern

	DK	FIN	D	GR	I	E	P
	in %						
Tägliche Betreuung Hilfebedürftiger ¹	6	5	6	4	6	5	5
davon:							
Hilfebedürftige(r) lebt im gleichen Haushalt	29	48	45	68	51	68	83
Zeitaufwand von mind. 14 Std./Woche							
Insgesamt	33	38	52	64	59	83	71
Hilfebedürftige(r) im gleichen Haushalt	57	71	75	67	78	93	75
Hilfebedürftige(r) in anderem Haushalt	22	13	33	57	43	62	50
Anteil der Frauen unter den Helfenden	64	59	68	79	69	71	89
davon: mit Verzicht auf / Einschränkung der Erwerbstätigkeit ²	14	5	15	13	14	28	40

1) Frage: Gehört die Betreuung von Personen, die durch ihr Alter, durch Krankheit oder aufgrund von Behinderung spezielle Hilfe brauchen, gegenwärtig zu Ihren täglichen Arbeiten? Lebt diese Person bzw. leben diese Personen in Ihrem Haushalt oder woanders?

2) Frage: „Hindern Sie diese Aufgaben der Betreuung oder Pflege von Kindern oder anderen Personen daran, einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachzugehen bzw. in dem Umfang einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wie Sie es eigentlich gerne tun würden? Angegeben ist der Anteil der Ja-Antworten unter den Frauen unter 65 Jahren, die keine Kinder, aber eine andere Person betreuen.“

Datenbasis: Europäisches Haushaltspanel 1998 (Deutschland 1996, Finnland 1997)

südeuropäischen Länder aus der Betrachtung ausgeklammert, obwohl hier durchaus zum Teil deutliche Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten sind. Das Forschungsinteresse richtet sich allein auf die Situation in Deutschland im Vergleich zu den nord- und den südeuropäischen Ländern.

Baldock, John und Ely, Peter, 1996: *Social Care for Elderly People in Europe: The Central Problem of Home Care*. S. 195-225 in: Brian Munday und Peter Ely (Hg.): *Social Care in Europe*. London u.a.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (Hg.), 2002: *Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen*. Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

Jacobzone, Stéphane, 1999: *Ageing and Care for Frail Elderly Persons: An Overview of International Perspectives*. OECD, *Labour Market and Social Policy Occasional Papers No. 38*, Paris.

Meyer-Timpe, Ulrike, 2002: *Risse im Denkmal*. In: *Der Spiegel* 47, 2002: 52-58.

Nordic Social-Statistical Committee [NOSOSCO], 2002: *Social Protection in the Nordic Countries 2000. Scope, expenditure and financing*, Chapter 7, online: <http://www.nom-nos.dk/Nosbook/Chapter7.pdf>.

Schneekloth, Ulrich und Müller, Udo, 2000: *Wirkungen der Pflegeversicherung: Forschungsprojekt i. A. d. Bundesministeriums für Gesundheit, durchgeführt von I+G Gesundheitsforschung, München u. Infratest Burke Sozialforschung, München*. Baden-Baden (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit; 127).

Schulz, Erika, Leidl, Reiner und Koenig, Hans-Helmut, 2001: *Starker Anstieg der Pflegebedürftigkeit zu erwarten: Vorausschätzungen bis 2020 mit Ausblick auf 2050*, DIW-Wochenbericht 5/01, online: <http://www.diw.de/deutsch/publikationen/wochenberichte/jahrgang01/>.

Statistisches Bundesamt, 2001: *Kurzbericht Pflegestatistik 1999. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung*. Deutschland-ergebnisse. Bonn.

United Nations, 2001: *World Population Prospects: The 2000 Revision*. New York.

Vogel, Joachim, 1999: *The European Welfare Mix: Institutional Configuration and Distributive Outcome in Sweden and the European Union. A Longitudinal and Comparative Perspective*, *Social Indicators Research* 48, No. 3: 245-297.

Regina Berger-Schmitt
ZUMA
(ISI 29, 2003: 12-15)

mussten einen Teil der Kosten selbst finanzieren (Schneekloth/Müller 2000).

Aufgrund dieser Befunde kann durchaus auch angenommen werden, dass hilfe- und pflegebedürftige alte Menschen ambulante Dienste nicht selten aus finanziellen Gründen nicht oder nicht im erforderlichen Umfang nutzen können. Wenn schon heute die Leistungen der Pflegeversicherung keine ausreichende Versorgung gewährleisten, dann erscheint es fraglich, ob das Problem des zunehmenden Pflege- und Betreuungsbedarfs mit den derzeit bestehenden Regelungen des Zugangs zu Leistungen der Pflegeversicherung und der Finanzierung der Pflege in Zukunft angemessen bewältigt werden kann. Angesichts schwindender finanzieller Rücklagen der Pflegekassen, die bereits die Aufrechterhaltung des bisherigen Leistungsumfangs problematisch machen, ist an eine Ausweitung der Leistungen nicht zu denken. Es zeichnet sich vielmehr ab, dass der bisherige Beitragssatz von 1,7% nicht ausreichen wird, um die zunehmende Zahl von Pflegebedürftigen zu versorgen, so dass auch bei der Pflegeversicherung grundlegende Reformen erforderlich erscheinen (vgl. z.B. Meyer-Timpe 2002). Die von der Bundesregierung berufene „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme“ wird sich deshalb auch mit der Pflegeversicherung befassen und in den nächsten Monaten Reformvorschläge erarbeiten müssen, die die Pflege langfristig sichern können.

1 *Bereits heute gibt es hinsichtlich der Altersstruktur der Bevölkerung erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern der EU. Bevölkerungsvorausschätzungen für das Jahr 2050 kommen auf einen Anteil der 60-jährigen und älteren Bevölkerung von 38,1% in Deutschland gegenüber 23,2% im Jahr 2000. Die niedrigsten Anteile der 60-Jährigen und Älteren werden für Luxemburg (25,2%; 2000: 19,4%) und Irland (27,6%; 2000: 15,2%) prognostiziert, während in Spanien (44,1%; 2000: 21,8%) und Italien (42,3%; 2000: 24,1%) die höchsten Anteile erwartet werden (United Nations 2001).*

2 *Das Eurobarometer ist eine repräsentative Bevölkerungsumfrage, die im Auftrag der Europäischen Kommission zweimal jährlich in den Mitgliedsländern der EU durchgeführt wird. Das Europäische Haushaltspanel ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung von Personen in Privathaushalten, die von Eurostat jährlich zwischen 1994 und 2001 in den jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU, mit Ausnahme von Schweden, durchgeführt wurde.*

3 *In den nachfolgenden Analysen werden die übrigen mitteleuropäischen Länder jedoch ausgeschlossen. Im Rahmen dieses Beitrags kann eine vergleichende Untersuchung aller EU-Länder aus Gründen der Komplexität nicht geleistet werden. Daher werden auch Vergleiche innerhalb der Gruppe der nord- bzw.*

Wenn aus Liebe rote Zahlen werden

Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung

Durch hohe und steigende Scheidungsziffern werden immer mehr Familien mit spezifischen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, die häufig aus Trennung und Scheidung entstehen - zumindest vorübergehend. Damit der Staat gezielte Hilfs- und Steuerungsangebote für den Personenkreis entwickeln kann, der hierdurch wirtschaftlich und sozial besonders gefährdet ist, benötigt er verlässliche Analysen und Datengrundlagen. Diese waren bisher im erforderlichen Umfang für die Bundesrepublik Deutschland nicht vorhanden. Aus diesem Grund hat das Bundesfamilienministerium ein mehrjähriges Forschungsprojekt über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung für Familien in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse nunmehr vorliegen¹.

Folgen einer Trennung für Männer und Frauen unterschiedlich?

Viele Gründe sprechen dafür, dass die ökonomischen Konsequenzen von Trennung und Scheidung für Männer und Frauen unterschiedlich ausfallen:

- Wenn Kinder zu versorgen sind, dann ist der Einkommensbedarf des betreuenden Elternteils höher, und das ist in den meisten Fällen die Mutter. Gleichzeitig sind die Erwerbsmöglichkeiten aufgrund der Kinderbetreuung häufig beschränkt.
 - Darüber hinaus ist das Risiko groß, dass der betreuende Elternteil nicht die Hälfte der Kinderbetreuungskosten vom jeweils anderen Elternteil erhält.
 - Angesichts der immer noch bestehenden Geschlechterdisparitäten bei den Arbeits-einkommen partizipieren Frauen während der Ehe an den durchschnittlich höheren Einkommen der Männer. Nach der Trennung ist dieser „Einkommensvorteil“ wahrscheinlich nicht mehr gegeben, da der Ehegattenunterhalt in vielen Fällen nicht der ökonomischen Unterstützung entspricht, die sie während der Ehe von ihrem Partner erhalten haben.
 - Schließlich sind Veränderungen des Vermögens, der Alterssicherungsansprüche sowie des Humankapitals, die beide Partner während einer Ehe erfahren, nur ungenau messbar und daher nach der Trennung schwer auszugleichen. Das gilt in besonderem Maße für die „Gewinne“ und „Verluste“ von Humankapital.
- Zusätzlich zu diesen Argumenten ist zu berücksichtigen, dass das Leben nach einer Trennung erheblich teurer ist, da der Unterhalt zweier getrennter Haushalte sehr viel höher zu veranschlagen ist als der Unterhalt eines gemeinsamen Haushalts. Von diesen verloren gegangenen Kostenvorteilen gemeinsamen Wirtschaftens sind allerdings beide Geschlechter negativ betroffen.

Es gibt eine Vielzahl empirischer Untersuchungen, die diese Thesen unterstützen. Die meisten Analysen wurden jedoch für

einige ausgewählte nordamerikanische und europäische Länder durchgeführt². Der Kenntnisstand für die Bundesrepublik Deutschland ist dagegen erstaunlicherweise eher begrenzt. Darüber hinaus ist die weit verbreitete Annahme, Frauen würden durch Trennung und Scheidung verlieren, während Männer gewinnen, nicht unumstritten. So wurde beispielsweise in neueren Untersuchungen für die Vereinigten Staaten gezeigt, dass sich ganz erhebliche negative Konsequenzen für Männer ergeben, wenn die Unterhaltszahlungen dieser Männer und die Abhängigkeit der Familien von den gestiegenen Erwerbseinkommen der Frauen kontrolliert werden². Viele argumentieren auch, dass das Rechtssystem hinreichend viele Absicherungen beinhalte, um die meisten der genannten Risiken abzusichern und auf diese Weise Geschlechterparität herzustellen. Darüber hinaus werden zwei Drittel aller Scheidungen in Deutschland von Frauen beantragt, und es ist schwierig nachzuvollziehen, warum gerade Frauen die Scheidungsinitiative ergreifen, wenn die ökonomischen Konsequenzen für sie so viel negativer sind als für ihre Partner.

Angesichts des begrenzten Wissens für die Bundesrepublik Deutschland hat das Bundesfamilienministerium eine umfassende Analyse der Daten des Sozio-ökonomischen Panels in Auftrag gegeben. Im Folgenden werden alle verheirateten Personen betrachtet, die sich innerhalb der Laufzeit des Panels, genauer gesagt: zwischen den Jahren 1984 und 1999, getrennt haben. An verschiedenen Stellen wird diese Untersuchungsgruppe mit anderen Personen verglichen, die ähnlich negative Ereignisse erlebt haben, z.B. den Tod eines Lebenspartners oder die Arbeitslosigkeit des Haupteinkommensbeziehers. Ziel dieses Vergleichs ist es, das Ausmaß der ökonomischen Konsequenzen von Trennung und Scheidung relativ zu anderen Risiken einzuschätzen. Da der deutsche Wohlfahrtsstaat ein institutionalisiertes System der Versicherung gegen verschiedene soziale Risiken bein-

haltet, darunter die Versicherung gegen die finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit und denen des Todes für die Angehörigen, jedoch nicht gegen Scheidung, lässt sich vermuten, dass die ökonomischen Konsequenzen von Scheidung erheblich größer sind als die der anderen genannten Risiken. Da üblicherweise angenommen wird, dass ehespezifische Veränderungen des Humankapitals (z.B. durch eine unterbrochene Erwerbstätigkeit wegen der Kinderbetreuung) einer der wesentlichen Gründe für Geschlechterdisparitäten sind, werden zusätzlich nichteheliche Lebensgemeinschaften betrachtet, bei denen man aufgrund fehlender (ehe)vertraglicher Bindungen eine gleichberechtigtere Arbeitsteilung und dementsprechend geringere Unterschiede im Humankapital erwarten kann. Daher sollten die ökonomischen Konsequenzen einer Trennung für nichteheliche Lebensgemeinschaften sehr viel geringer sein als für Ehen.

Mehrzahl der Scheidungen ist zwei Jahre nach der Trennung vollzogen

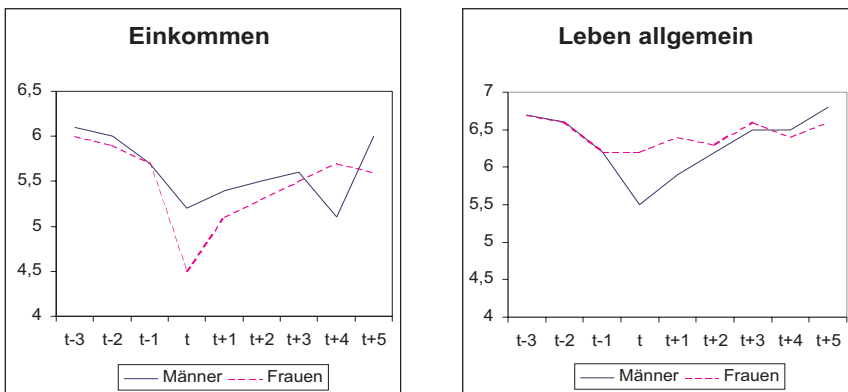
Es sei darauf hingewiesen, dass sich nur ein Teil (60%) der getrennten Ehepaare innerhalb des Untersuchungszeitraums auch tatsächlich scheiden lässt: 18% innerhalb des ersten Jahres nach der Trennung, 38% ein Jahr später und 29% zwei Jahre später. Die verbleibenden 15% benötigen dazu mehr als zwei und bis zu elf Jahren. Da sich jedoch die meisten wirtschaftlichen Veränderungen zum Zeitpunkt der Trennung ereignen, während die spätere Scheidung die eingetretenen Veränderungen „nur“ noch förmlich besiegelt, ist der Fokus auf Trennungen vertretbar. Verglichen mit den Personen, die im Untersuchungszeitraum verheiratet bleiben, sind verheiratete Personen, die sich trennen, jünger, etwas besser ausgebildet, häufiger erwerbstätig und sie leben häufiger zusammen mit Kindern in einem Haushalt.

In einem ersten Untersuchungsschritt soll zunächst gefragt werden, ob Trennungen überhaupt einen Effekt auf die finanzielle Situation der Betroffenen haben. Diese Frage kann aus zwei verschiedenen Blickwinkeln beantwortet werden: 1. durch einen Vergleich verschiedener Indikatoren im Zeitablauf und 2. durch einen Vergleich der wirtschaftlichen Position verschiedener Gruppen und Lebensereignisse untereinander. Dazu werden verschiedene Indikatoren materieller und subjektiver Wohlfahrt betrachtet (vgl. Grafik 1).

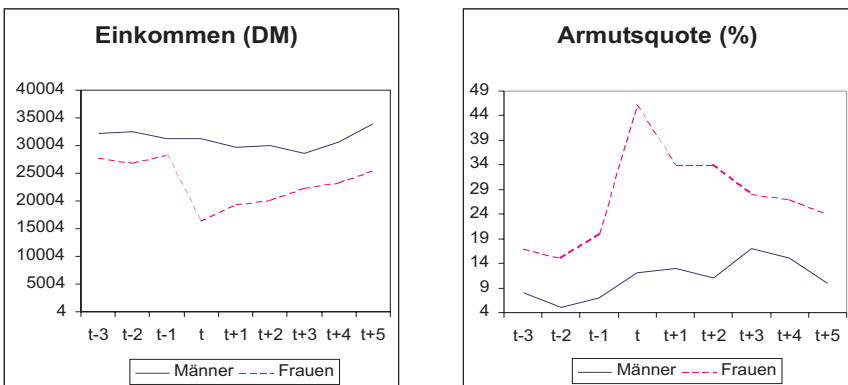
Frauen erfahren erhebliche Einkommensverluste nach der Trennung

Beide Geschlechter zeigen abnehmende Zufriedenheiten bis zum Jahr der Trennung: Bei den Männern ist insbesondere die Abnahme der allgemeinen Lebenszufriedenheit auffallend, bei den Frauen die Abnahme der Einkommenszufriedenheit. Während die allgemeine Lebenszufriedenheit in den folgenden Jahren sich für beide Geschlechter wieder dem Niveau während der Ehe annähert, nimmt die Ein-

Grafik 1a: Durchschnittliche Zufriedenheit vor und nach Trennung



Grafik 1b: Bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen und Einkommensarmut



Datenbasis: SOEP 1984 – 1999, eigene Berechnungen

kommenszufriedenheit nur leicht zu, ohne das ursprüngliche Niveau während der Ehe wieder zu erreichen. Zusätzlich zu diesen beiden subjektiven Indikatoren wird das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen und die Armutsquote betrachtet³. Im Jahr der Trennung erfahren die Frauen eine ganz erhebliche Abnahme des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens, dessen Niveau sich auch in den Folgejahren nicht wesentlich verbessert. Parallel dazu nimmt die Armutsquote der Frauen im Jahr der Trennung drastisch zu. Ähnlich krasse Einkommensveränderungen lassen sich für Männer nicht beobachten, deren Armutsquote nur wenig zunimmt.

Zusätzliche Belege finden sich in Grafik 2, in der Einkommen und Zufriedenheiten vor

und nach dem jeweiligen Ereignis für verschiedene Gruppen miteinander verglichen werden. Für beide Indikatoren wird die prozentuale Veränderung vom Zeitpunkt zwei Jahre vor bis zum Zeitpunkt zwei Jahre nach dem Ereignis gemessen. Die Grafiken zeigen jeweils den Median dieser individuellen Veränderungsarten. Bei den bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen verliert also die Hälfte der verheirateten Frauen mit der Trennung mindestens 27% ihres früheren Pro-Kopf-Einkommens. Wie erwartet sind die Einkommensveränderungen weniger negativ, wenn sich ein nichtverheiratetes Paar trennt. Hier verliert die Hälfte der Frauen lediglich 10%. Selbst wenn der verheiratete Partner stirbt, erfährt die Hinterbliebene weniger negative Einkommensveränderungen (nämlich 2% im Median). Einkommensmobilität existiert

natürlich auch in stabilen Ehen. Einige dieser Einkommensveränderungen sind negativ, z.B. dann, wenn ein Partner arbeitslos wird. Aus den vorliegenden Panelinformationen der stabilen Ehen wurde ein Jahr t zufällig ausgewählt und ähnlich wie in den anderen Gruppen die Einkommensposition zwei Jahre vor mit der ein Jahr nach t verglichen. Dabei zeigt sich, dass ein Viertel aller stabilen Ehen Einkommensverluste von 8% und mehr erfährt (nicht in der Grafik ausgewiesen). Aber mehr als die Hälfte dieser stabilen Ehen erlebt positive Veränderungen von mindestens 5% (vgl. Grafik 2). Verglichen mit diesen Veränderungen ist der negative Einkommenseffekt von Trennungen für Frauen beachtlich. Betrachtet man die Veränderungen in den beiden Zufriedenheitsindikatoren, dann zeigen sich auch hier negative Veränderungen in besonderem Maße für verheiratete Paare, die sich trennen. Ihre Einkommenszufriedenheit nimmt um durchschnittlich 14% bei den Frauen und 10% bei den Männern ab. Ähnlich negative Entwicklungen beobachtet man für die allgemeine Lebenszufriedenheit. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass verwitwete Frauen und Frauen, die sich von ihrem nichtverheirateten Lebenspartner trennen, ähnlich verringerte Zufriedenheitswerte äußern.

Trennung lässt auch Lebenszufriedenheit sinken

Zusammengefasst lautet das Ergebnis dieses ersten Untersuchungsschrittes: Eine Trennung hat signifikante Einflüsse auf die materielle Wohlfahrt verheirateter Personen, die verglichen mit Trennungen in anderen Partnerschaftsformen bzw. mit anderen Lebensereignissen wie z.B. dem Tod des Lebenspartners oder Einkommensveränderungen in stabilen Ehen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorrangig negativer Natur sind. Diese negativen Veränderungen werden begleitet von verringerten Zufriedenheiten mit dem Leben insgesamt und insbesondere mit dem Einkommen, wobei allerdings zu bemerken ist, dass die Veränderungen dieser subjektiven Indikatoren weniger auffällig sind, insbesondere für Frauen, wie später noch zu diskutieren sein wird.

Tabelle 1: Auswirkungen privater und staatlicher Umverteilung und der Wohnkosten auf die Veränderung der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen nach der Trennung (Median und Quartile)

Einkommenskonzept	Männer					Frauen				
	t-2	t+1	Individuelle Veränderung			t-2	t+1	Individuelle Veränderung		
	Median DM	Median DM	Q1 %	Me %	Q3 %	Median DM	Median DM	Q1 %	Me %	Q3 %
Verfügbare Einkommen (Abb. 2)	31 193	29 990	-26	-4	+27	28 519	19 919	-42	-27	-1
Umverteilungsprozess										
1. Markteinkommen	39 804	47 253	-24	+7	+69	37 116	17 861	-83	-46	0
2. Modifiziertes Markteinkommen	31 127	32 382	-21	+4	+48	26 382	15 960	-80	-41	-1
3. Eink. nach priv. Umverteilung	30 276	29 084	-35	-6	+30	26 003	17 550	-69	-34	0
4. Eink. nach staatl. Umverteilung	31 193	29 990	-26	-4	+27	28 519	19 919	-42	-27	-1
5. Eink. abzügl. Wohnkosten	25 749	23 717	-29	-11	+40	23 584	15 629	-55	-33	+5

Datenbasis: SOEP 1984-1999, eigene Berechnungen

Nachdem die Effekte von Trennungen im Allgemeinen gezeigt wurden, sollen nun in einem zweiten Schritt mögliche Geschlechterdisparitäten diskutiert werden. Einige der dazu herangezogenen Daten sind bereits in den beiden vorherigen Grafiken betrachtet worden. Sie sollen jetzt jedoch weiter differenziert werden, um die Varianz der Veränderungen materieller und subjektiver Wohlfahrt zu demonstrieren. Tabelle 1 zeigt den Median der bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen zwei Jahre vor und ein Jahr nach der Trennung. Neben dem Median-Einkommen wurde wie zuvor in Grafik 2 die individuelle Veränderung des bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens in Prozent berechnet. Die Tabelle zeigt das erste Quartil (Q1), den Median (Me) und das dritte Quartil (Q3) der Verteilung dieser individuellen Veränderungsdaten.

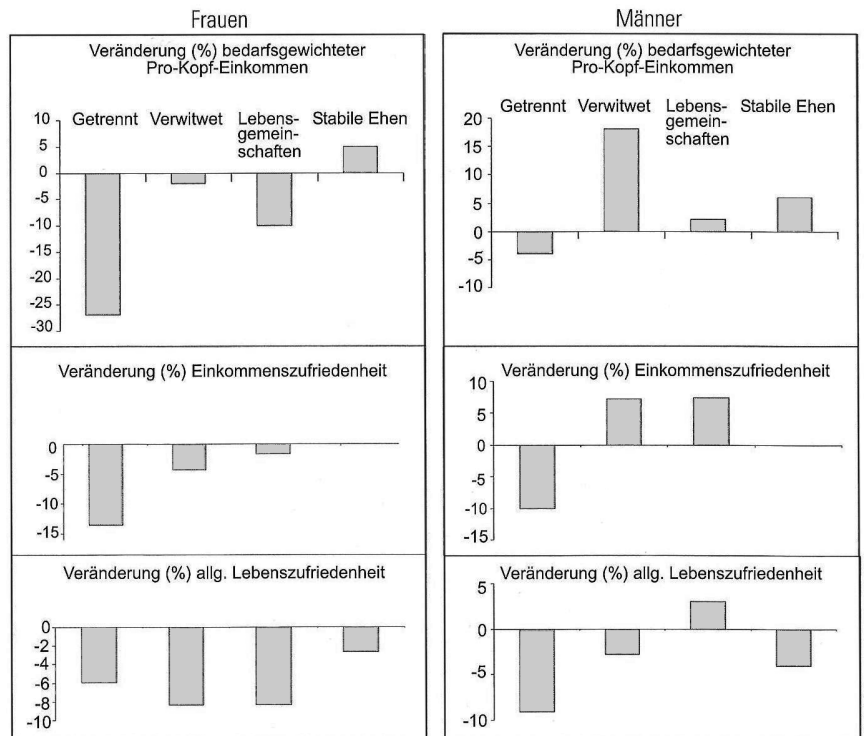
Insgesamt haben Frauen, was die verfügbaren bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen betrifft, größere Verluste hinzunehmen als Männer (vgl. Zeile 1 in Tabelle 1). Das Einkommen der Frauen beträgt nach der Trennung nur 2/3 des Einkommens der Männer. Mehr als die Hälfte aller Frauen verliert mindestens 27% ihres Einkommens vor der Trennung. Wenn man die Quartile und den Median dieser individuellen Veränderungen zwischen Männern und Frauen vergleicht, dann stellt man zusätzlich fest, dass mehr Frauen als Männer verlieren und dass die Einkommensverluste für die Frauen sehr viel gravierender ausfallen als für die Männer.

Umverteilung von Einkommen für Frauen existenziell wichtig

Auch wenn diese Geschlechterdisparitäten bereits erheblich sind, ist festzustellen, dass sie noch sehr viel gravierender ausfallen würden, wenn die Effekte der Besteuerung sowie der privaten und öffentlichen Umverteilung von Einkommen nicht existieren würden. Um diese Umverteilungseffekte zu beschreiben, wird der Entstehungsprozess der verfügbaren Einkommen in vier Umverteilungsschritten aufgelöst: 1. Einkommensentstehung (Markteinkommen), 2. Besteuerung (modifizierte Markteinkommen), 3. private Umverteilung inkl. Unterhaltszahlungen (modifizierte Markteinkommen nach Umverteilung zwischen Privathaushalten), 4. Transferleistungen des Sozialstaates inkl. Leistungen der Sozialversicherung (modifizierte Markteinkommen nach privater und staatlicher Umverteilung). Auf der vierten Stufe des Umverteilungsprozesses ergeben sich die bisher (Grafik 1 und 2) betrachteten so genannten verfügbaren (bedarfsgewichteten) Pro-Kopf-Einkommen.

Durch einen Vergleich der sich auf jeder dieser vier Stufen ergebenden bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen lassen sich die Umverteilungseffekte abschätzen. Wie man in Tabelle 1 anhand der Quartilswerte sieht, werden durch die private und staatliche Umverteilung die finanziellen Gewinne der Männer in der Spitze begrenzt (s. drittes

Grafik 2: Veränderungen für verschiedene Gruppen und Lebensereignisse



Datenbasis: SOEP 1984 - 1999, eigene Berechnungen

Quartil) und umgekehrt die finanziellen Verluste der Frauen abgedämpft (s. erstes Quartil). Gehört bei den Markteinkommen und bei den durch Besteuerung modifizierten Markteinkommen noch mehr als die Hälfte der Männer zu den Gewinnern (Median: 7% bzw. 4%), zählen nach der privaten Umverteilung mehr als die Hälfte der Männer zu den Verlierern (Median: -6%). Zu leistende Unterhaltszahlungen an Kinder und Ehepartner stellen demnach eine relativ große finanzielle Belastung für Männer dar. Teilweise werden diese finanziellen Verluste durch die staatlichen Transfers wieder ausgeglichen, so dass auf der vierten Stufe des Umverteilungsprozesses, wie bereits in Grafik 2 angegeben, Gewinner und Verlierer sich in etwa die Waage halten (Median: -4%).

Bei den Frauen ist hingegen eine kontinuierliche Verbesserung der Situation zu beobachten. Während die Hälfte der Frauen 46 und mehr Prozent auf der Ebene der Markteinkommen nach der Trennung verliert, sind es nach privater und staatlicher Umverteilung „nur“ noch 27 und mehr Prozent (vgl. jeweils den Median). Die private Umverteilung wirkt sich dabei allerdings nur geringfügig aus (nach privater Umverteilung liegt der Median immer noch bei -34%). Erst durch die staatliche Umverteilung wird der weitaus größere Teil der negativen wirtschaftlichen Folgen aufgefangen. Unterhaltszahlungen, die in den Prozess der privaten Umverteilung fallen, scheinen demnach keine Beibehaltung des Lebensstandards wie zu Ehezeiten sichern zu können. Auch die staatliche Umverteilung sorgt nur dafür, dass hohe finanzielle Verluste abgemildert nicht aber aufgehoben werden.

Große Kluft zwischen den berechtigten Ansprüchen und den tatsächlichen Zahlungen

Dass der Anteil privater Transfers entsprechend aufgestockt werden kann, muss aufgrund der Unterhaltspraxis bezweifelt werden, die in einer getrennten Repräsentativbefragung geschiedener Männer und Frauen aus den Jahren 1995 bis 2000 näher untersucht wurde.⁴ Zwei Drittel der Frauen, die einen Anspruch auf Trennungsunterhalt haben, erhalten keine Zahlungen (vgl. Tabelle 2). Bei den wenigen unterhaltsberechtigten Männern sind die Zahlen noch viel schlechter: Nur etwa jeder zehnte unterhaltsberechtigte Mann erhält entsprechende Zahlungen. Nicht ganz so dramatisch ist die Situation beim Kindesunterhalt: Nur etwa ein Viertel der großen Zahl Kindesunterhaltsberechtigter Frauen, aber ca. vier Fünftel der eher kleinen Zahl Kindesunterhaltsberechtigter Männer erhalten keinen Kindesunterhalt. Rechnet man jedoch die Fälle mit unregelmäßigen und/oder unvollständigen Unterhaltszahlungen bei den Frauen hinzu, steigt der Anteil mit unzureichenden Kindesunterhaltszahlungen auf fast die Hälfte aller berechtigten Frauen. Unabhängig von der Höhe der Unterhaltszahlungen ist also bereits auf der Ebene der Berechtigungen festzustellen, dass in einer großen Zahl von Fällen, insbesondere beim Ehegattenunterhalt, berechtigte Ansprüche nicht eingelöst werden. Dabei ist die große Mehrheit der Pflichtigen, so die Ergebnisse der Repräsentativbefragung, zumindest prinzipiell leistungsfähig. Wie weit sie mit ihrem Einkommen den Selbstbehalt überschreiten, konnte mangels entsprechender Daten jedoch nicht genau überprüft wer-

den. Die tatsächlich geleisteten Zahlungen sind jedenfalls nicht besonders hoch: Die Hälfte der Geschiedenen, die Trennungs- oder Ehegattenunterhalt empfangen haben, erhielt Zahlungen von weniger als 750 DM pro Monat. Die Hälfte der Kindesunterhaltzahlungen betrug weniger als 350 DM pro Monat und Kind.

Zusammenfassend kann man daher mit Blick auf die Einkommenssituation feststellen, dass Trennungen sehr viel negativere Effekte für Frauen als für Männer haben, die im Übrigen nicht durch private Transfers ihrer früheren Ehemänner kompensiert werden, obwohl diese Transfers das Einkommen der Männer in signifikanter Weise reduzieren. Die Einkommenslücke der Frauen muss durch öffentliche Transfers gefüllt werden. Ein weiterer Aspekt kommt hinzu, wenn man die Effekte der Wohnungsmobilität im Zusammenhang mit einer Trennung einbezieht und bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen abzüglich der Wohnungskosten betrachtet (vgl. Tabelle 1, letzte Zeile). In diesem Fall erfährt eine deutliche Mehrheit beider Geschlechter erhebliche Verluste des verfügbaren Einkommens. Insbesondere für die Frauen sind sie jedoch dramatisch: Die Hälfte von ihnen verliert mindestens ein Drittel ihrer bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen vor der Trennung. Neben diesen durchschnittlichen Entwicklungen der Pro-Kopf-Einkommen ist jedoch die große Varianz der Veränderungen zu beachten.

Nicht alle Männer verzeichnen ökonomische Gewinne und nicht alle Frauen verlieren.

Unterschiedliche Veränderungen der Lebenszufriedenheit zwischen den Geschlechtern

Abschließend soll noch die Frage angesprochen werden, ob sich die negativen ökonomischen Entwicklungen in gleichem Maße im subjektiven Wohlbefinden der betroffenen Individuen niederschlagen. Verglichen mit der früheren Ehe und mit anderen Partnerschaftsformen erfahren Männer wie Frauen, die sich von ihren Ehepartnern trennen, eine Verschlechterung des subjektiven Wohlbefindens bis zum Zeitpunkt der Trennung, das sich dann in den folgenden Jahren graduell verbessert, jedoch im Fall der Einkommenszufriedenheit nicht mehr das Niveau während der Ehe erreicht (vgl. Grafik 1). Aus der Perspektive möglicher Geschlechterdisparitäten erkennt man, dass der negative Trend für Frauen vor allem bei den Einkommenszufriedenheiten zu beobachten ist, während er bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit nicht ganz so auffällig ist. Diese Beobachtungen reflektieren die zuvor beschriebenen Verluste bei den bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen, während die eher moderaten Veränderungen bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit darauf hinweisen, dass für die Frauen die Dinge doch nicht so schlecht stehen, wie die Einkommensverluste nahe legen.

Männer auf der anderen Seite sind in der Beeinträchtigung ihres subjektiven Wohlbefindens sehr viel stärker betroffen, wenn man die allgemeine Lebenszufriedenheit betrachtet, wobei ihre Einkommenssituation sich nicht in dem Maße verschlechtert hat wie die Einkommenssituation ihrer früheren Ehefrauen. Dementsprechend ist der bei Männern feststellbare Rückgang der Einkommenszufriedenheit nicht ganz so groß wie bei den Frauen. Diese subjektiven Indikatoren bestätigen, dass die negativen Veränderungen im Pro-Kopf-Einkommen der Frauen kein methodisches Artefakt sind. Die Tatsache jedoch, dass diese negativen Konsequenzen von Trennungen für Frauen sich nicht in gleichem Maße in den Messungen allgemeiner Lebenszufriedenheit niederschlagen, deutet darauf hin, dass andere Aspekte ihrer Lebenssituation sich durch die Scheidung verbessert haben.

- 1 Andreß, Hans-Jürgen; Borgloh, Barbara; Güllner, Miriam; Wilking, Katja, 2003: *Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- 2 McManus, Patricia A.; DiPrete, Thomas A., 2001: *Losers and winners: the financial consequences of separation and divorce for men*. *American Sociological Review* 66: 246-268.
- 3 *Ersteres ist definiert als Quotient aus Haushaltseinkommen und Quadratwurzel der Haushaltsgröße, letztere als Anteil der Personen, deren bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen weniger als die Hälfte des west bzw. ostdeutschen Durchschnitts betragen.*
- 4 *Die Grundgesamtheit der Untersuchung besteht aus allen deutschsprachigen Personen, die in den Jahren 1995 bis 2000 geschieden wurden. Insgesamt sollte die Stichprobe 1.500 Personen umfassen, die zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen bestehen sollte, von denen 1.000 aus den alten und 500 aus den neuen Bundesländern stammen sollten. Dabei sollte pro geschiedenes Paar lediglich ein Partner befragt werden. Als Auswahlverfahren wurde eine Quotenstichprobe mit Adressenerhebung und Vorankündigung und anschließend persönlich-mündlichen Interview gewählt. Die Quoten wurden anhand der Scheidungsstatistik des Statistischen Bundesamts bestimmt, die getrennt für die alten und neuen Bundesländer die Anzahl der Scheidungen nach Scheidungsjahr, Ehedauer und Anzahl der Kinder aus der Ehe ausweist. Die eigentliche Auswahl der Befragungspersonen erfolgte durch den Interviewerstab des beauftragten Befragungsinstituts. Die Interviews wurden von Dezember 2000 bis Januar 2001 durchgeführt. Insgesamt konnten 1.516 Personen befragt werden.*

Tabelle 2: Zahlung von Kindes- und Trennungsunterhalt aus Sicht der Unterhaltsberechtigten (nur Befragte mit minderjährigen Kindern, Spaltenprozent)

	Frauen			Männer		
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt
Unterhalt für den Ehepartner in der Trennungszeit (alle Befragten)						
N	511	257	768	494	247	741
davon:						
Berechtigte	78	68	76	12	18	13
davon:						
mit regelmäßigem und vollständigem Empfang von Trennungsunterhalt	30	16	28	10	6	9
mit unzureichendem ^a Empfang von Trennungsunterhalt	9	8	9	4	/	4
ohne Empfang von Trennungsunterhalt	63	76	65	85	94	87
Kindesunterhalt in der Trennungszeit (nur Befragte mit minderjährigen Kindern)						
N	276	160	436	237	150	387
davon:						
Berechtigte	95	96	95	23	24	23
davon:						
mit regelmäßigem und vollständigem Empfang von Kindesunterhalt	55	46	54	12	20	14
mit unzureichendem ^a Empfang von Kindesunterhalt	20	19	20	2	/	2
ohne Empfang von Kindesunterhalt	24	35	26	85	80	84

Datenbasis: Repräsentativbefragung Geschiedener

Anmerkungen: a) Zahlungen, die unregelmäßig und / oder nicht in der vereinbarten Höhe erfolgen

H.-J. Andreß
Universität zu Köln
(ISI 31, 2004: 1-5)

Zunehmende Tendenz zu späteren Geburten und Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen

Eine Kohortenanalyse auf der Basis von Mikrozensusdaten

Obwohl sich die Geburtenziffern in Westdeutschland nach einem Hoch in den 1960er Jahren schon seit Mitte der siebziger Jahre auf einem relativ niedrigen Niveau stabilisiert haben und in den letzten Jahren kein nennenswerter Rückgang zu beobachten ist, findet das Thema in der öffentlichen wie in der wissenschaftlichen Diskussion derzeit beträchtliche Beachtung. Vor dem Hintergrund der defizitären Rentenkassen stehen dabei die kinderlosen Frauen und hier vor allem die Akademikerinnen im Zentrum des Interesses, welche Prognosen zufolge zu über 40% zeitlebens kinderlos bleiben werden. Frauen mit höherer beruflicher Qualifikation verweilen nicht nur länger im Bildungssystem, sondern die Investitionen in die Ausbildung gehen auch mit einer verstärkten Orientierung auf Beruf und Karriere einher. Die Beispiele der skandinavischen Länder oder auch Frankreichs zeigen jedoch, dass eine Karriereorientierung von hochqualifizierten Frauen keinesfalls gleichbedeutend mit einem Verzicht auf eine Familiengründung sein muss. Unter den in Deutschland gegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen lassen sich Beruf und Mutterschaft für Frauen jedoch nur unter hohen Kosten vereinbaren, weshalb die Konzentration auf eine der beiden Alternativen häufig sinnvoller erscheint (Huinink 2002).

Der vorliegende Beitrag untersucht, wie sich die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen im Vergleich zu anderen Bildungsgruppen darstellt. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Entwicklung im Zeitverlauf unter Berücksichtigung der Erwerbsbeteiligung wie auch des Heiratsverhaltens von Frauen in Abhängigkeit von ihrem Ausbildungsniveau. Wir konzentrieren uns hierbei auf westdeutsche Frauen, weil es sich bei der hohen Kinderlosigkeit von Akademikerinnen um ein typisch westdeutsches Phänomen handelt, bei welchem – unseren Analysen zufolge – bislang keine Anpassung der Verhaltensmuster zwischen ost- und westdeutschen Frauen zu beobachten ist. Die Analysen basieren auf einer Ein-Prozent-Substichprobe der Volks- und Berufszählung 1970 sowie den 70-Prozent-Substichproben der Mikrozensus 1989 bis 2000. Der Vorteil dieser Daten ergibt sich aus dem sehr großen Stichprobenumfang. Im Schnitt umfassen die 70%- Substichproben des Mikrozensus jeweils circa 500.000 Personen und ermöglichen damit eine stärkere Differenzierung der Bildungsgruppen als dies bei sozialwissenschaftlichen Datenquellen typischerweise der Fall ist. Bei der Analyse von Kinderlosigkeit auf Basis des Mikrozensus ist allerdings auch zu berücksichtigen, dass diese Daten keine Informationen zu den von einer Frau insgesamt geborenen Kindern enthalten, sondern ausschließlich die zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt im Haushalt lebenden Kinder erfasst werden. Deshalb konzentrieren sich die meisten Untersuchungen auf Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren. Weisen Frauen dieser Altersgruppe keine Kinder auf, gilt dies im Allgemeinen als ein guter Indikator für eine dauerhafte Kinderlosigkeit. Denn einerseits kann in dieser Altersgruppe der Fertilitätsprozess als weit-

gehend abgeschlossen angesehen werden, andererseits sind vorhandene Kinder in der Regel noch unter 18 Jahren und leben – wie aus anderen Untersuchungen bekannt ist – noch überwiegend im elterlichen Haushalt (Engstler 1998). Analog hierzu wird auch im vorliegenden Beitrag vereinfachend von ‚Kinderlosigkeit‘ gesprochen, obwohl der Indikator faktisch nur anzeigt, dass keine Kinder unter 18 Jahren im Haushalt leben.

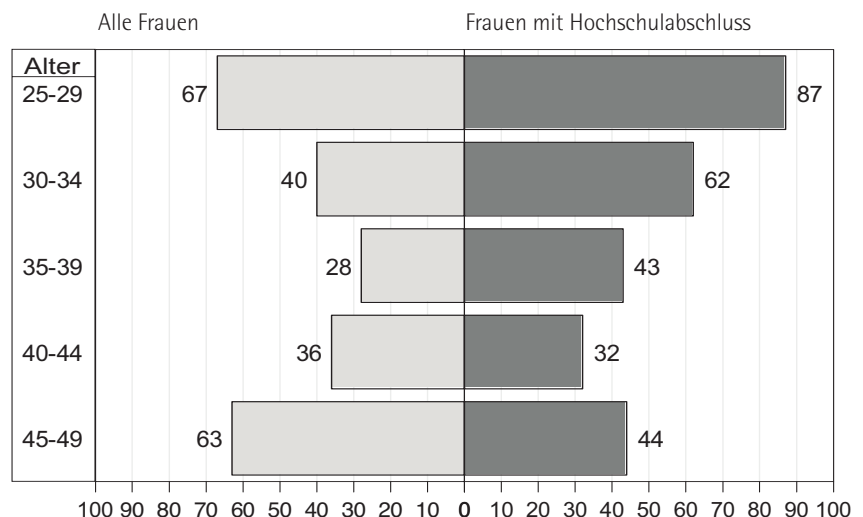
Verzögerung der Familienbildung oder geringere Geburtenneigung bei Akademikerinnen?

Wenngleich von der öffentlichen Meinung und der Politik kaum wahrgenommen, bilden die Familiengründungsprozesse von

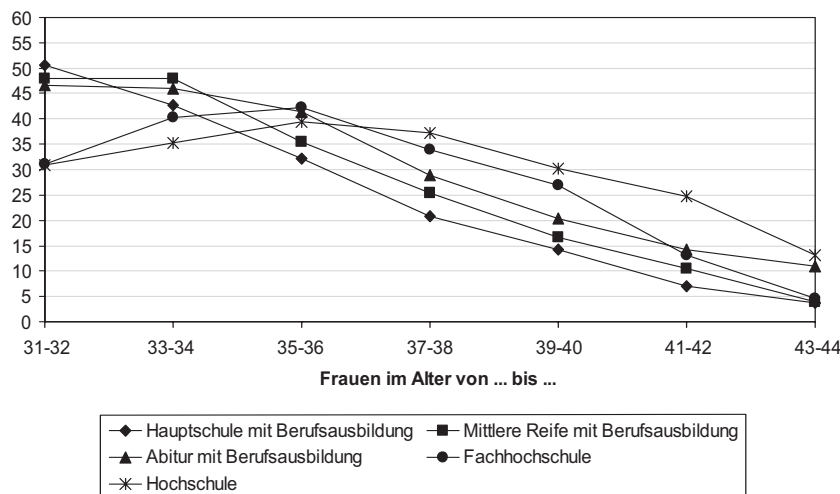
Frauen mit Hochschulabschluss schon seit geraumer Zeit einen Forschungsschwerpunkt in der Familiensoziologie (Diekmann/Weick 1993). Ein Diskussionspunkt ist hierbei vor allem die Frage, ob der Hochschulabschluss generell mit einer stark reduzierten Geburtenneigung einhergeht oder aufgrund der langen Ausbildungszeiten primär eine Verzögerung der Familiengründung bedingt. Betrachtet man zunächst die Kinderlosigkeit im Durchschnitt aller Bildungsgruppen, zeigt sich eine klare Struktur: Der überwiegende Anteil der unter 30-jährigen Frauen ist noch kinderlos, Anfang 30 geht die Kinderlosigkeit erheblich zurück und erreicht bei 35 bis 39-Jährigen einen Tiefpunkt (Grafik 1).

Ein abweichendes Muster findet sich hingegen bei Frauen mit Hochschulabschluss: Von den 35 bis 39-Jährigen waren 1997 etwa 43% kinderlos, bei den 40 bis 44-Jährigen dagegen nur 32%, entsprechend setzt die infolge von Auszugsprozessen wieder zunehmende Kinderlosigkeit erst ab Mitte 40 ein. Die bei den 40 bis 44-jährigen im Vergleich zu den 35 bis 39-jährigen Akademikerinnen um mehr als zehn Prozentpunkte geringere Kinderlosigkeit ist – wie später gezeigt wird – zum Teil dadurch bedingt, dass hier unterschiedliche Geburtsjahrgänge (1953-1957; 1958-1962) betrachtet werden. Unabhängig hiervon weist der bei den Hochschulabsolventinnen stark verzögerte Rückgang der Kinderlosigkeit zugleich auch auf eine im Lebenslauf späte Realisierung eines Kinderwunsches hin. Diese Verschiebung der Geburt in eine spätere Lebensphase zeigt sich gleichfalls, wenn man als Indikator den Anteil der Frauen mit Kindern im Vorschulalter heranzieht (Grafik 2). Bei den gering und mittelqualifizierten Frauen ist bereits Anfang 30 ein rapider Rückgang des Anteils der Frauen mit Kindern, die jünger als 6 Jahre sind, erkennbar. Im Unterschied dazu ist bei den Hochschul- wie auch Fachhochschulabsolventinnen noch bis Mitte 30 ein steigender Anteil von Frauen mit Kindern im Vorschulalter zu beobachten. Besonders auffällig sind die Unterschiede

Grafik 1: Kinderlosigkeit von Frauen im Durchschnitt und bei Hochschulabsolventinnen nach Alter der Frau, 1997, Westdeutschland



Datenbasis: Mikrozensus 1997 - eigene Berechnungen

Grafik 2: Anteil Frauen mit Kindern jünger als 6 Jahre nach Ausbildungsniveau und Alter


Datenbasis: Mikrozensus 1997 – eigene Berechnungen

bei den Anfang 40-Jährigen: In diesem Alter hat noch etwa ein Viertel der Hochschulabsolventinnen Kinder im Vorschulalter, bei den anderen Ausbildungsgruppen liegt dieser Anteil nur noch bei maximal 15%. Zurückkommend auf die Eingangsfrage lässt sich daher zunächst festhalten, dass ein Hochschulabschluss bei Frauen zu einer im Vergleich mit mittleren und unteren Bildungsgruppen um etwa 5 Jahre späteren Familiengründung führt, wobei eine sogenannte ‚späte Mutterschaft‘ (35 Jahre und älter) durchaus nicht unüblich ist.

Hohe Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen kein neuartiges Phänomen

Der generelle Anstieg der Kinderlosigkeit wird gesellschaftspolitisch vor allem in Hinblick auf die Auswirkungen auf das Rentenversicherungssystem thematisiert. Wäre das Ausmaß der Geburtenvermeidung in allen Bildungsschichten gleichermaßen ausgeprägt, könnte man es dabei belassen. Eine mit dem Bildungsniveau der Frau zunehmende Kinderlosigkeit birgt jedoch zusätzliche Ungleichheitspotenziale, da die im Kontext der Kindererziehung entstehenden Zusatzkosten in diesem Fall vor allem von den sozial weniger privilegierten Gesellschaftsgruppen zu tragen sind, was langfristig eine Vergrößerung der sozialen Kluft zwischen unteren und oberen Schichten erwarten lässt. Diese Argumentation ist nicht neu, nur ist zu fragen, ob die in der Gegenwart zu beobachtende sozial selektive Geburtenneigung Ausdruck eines neuen Verhaltensmusters ist. Diese Frage stellt sich vor allem deshalb, weil sich das gängige Erklärungsmuster für die im Vergleich zu den mittleren und unteren Bildungsschichten deutlich höhere Kinderlosigkeit von Akademikerinnen auf ihre stärker ausgeprägte Berufsorientierung bezieht. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Hochschulabschluss war jedoch auch schon 1970 mit 67% überdurchschnittlich hoch.

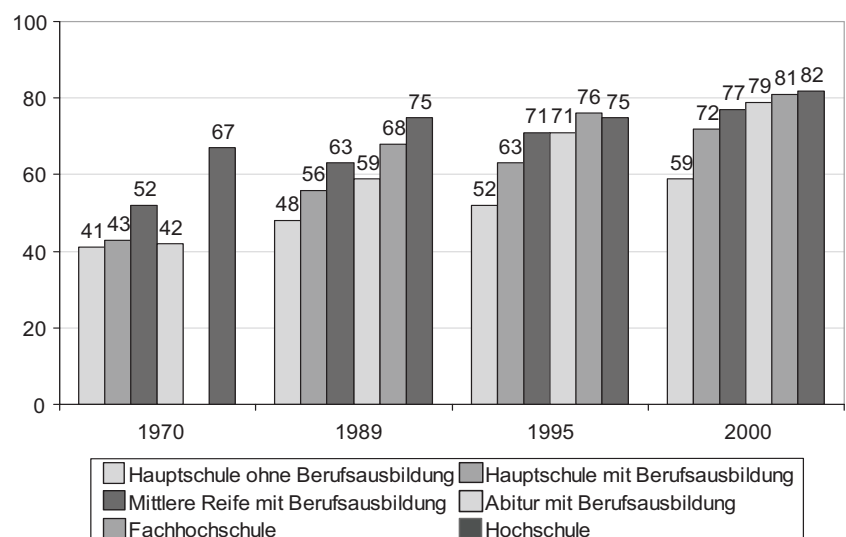
Eine zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls eher hohe Erwerbsbeteiligung findet sich für Frauen mit mittlerem Bildungsniveau. In den unteren Bildungsgruppen, aber auch bei Abiturientinnen mit abgeschlossener Berufsausbildung waren hingegen deutlich weniger als die Hälfte der Frauen erwerbstätig (Grafik 3).

Diese stark bildungsselektive Erwerbsbeteiligung findet eine Entsprechung im Anteil der jeweils kinderlosen Frauen in den einzelnen Bildungsschichten (Tabelle 1). Die mit Abstand höchste Kinderlosigkeit zeigt sich 1970 bei Frauen mit Hochschulabschluss. Hier ist Anfang der 1970er Jahre für weit mehr als ein Drittel eine lebenslange Kinderlosigkeit anzunehmen. Der enge Zusammenhang zwischen Qualifikation und Familiengründung bei Frauen ist demnach nicht primär auf eine Herausbildung neuer Verhaltensmuster zurückzuführen, sondern hat in Westdeutschland gewissermaßen Tradition. Dass dies erst in der Gegenwart

zum Thema wird, beruht vermutlich darauf, dass Frauen mit Hochschulabschluss lange Zeit eine ausgesprochene Minderheit repräsentierten: 1970 hatten nur 2% der Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren einen Hochschulabschluss. Etwa drei Viertel und damit die große Masse der Frauen verfügte hingegen nur über einen Hauptschulabschluss (Tabelle 2). Das ‚untypische‘ Geburtenverhalten von Akademikerinnen war daher eine zum damaligen Zeitpunkt vernachlässigbare Größe. Zwar hat sich der Anteil der Frauen mit Hochschulabschluss im Verlaufe der letzten 30 Jahre zwar fast verfünffacht, faktisch stellen sie aber auch im Jahr 2000 mit weniger als 10% eine eher kleine Gruppe dar, deren gesellschaftspolitische Relevanz allerdings erheblich zugenommen hat.

Akademikerinnen realisieren Kinderwünsche spät, wenn überhaupt

Eingangs wurde auf die erhebliche Diskrepanz im Ausmaß der Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen hingewiesen, die sich ergibt, je nachdem ob Frauen im Alter zwischen 35 und 39 oder zwischen 40 und 44 Jahren betrachtet werden. Nun ist bei den 40 bis 44-Jährigen nicht nur von bereits relativ festgefühten Lebenskonzepten auszugehen, sondern die Realisierung eines Kinderwunsches stößt auch zunehmend auf biologische Grenzen. Deshalb ist es erklärungsbedürftig, wenn die 40 bis 44-Jährigen Akademikerinnen in erheblich geringerem Umfang kinderlos sind, als jene zwischen 35 und 39 Jahren. Bei einer solchen Erklärung ist zu berücksichtigen, dass sich diese Beobachtung auf einen bestimmten Zeitpunkt (1997) bezieht. Die verschiedenen Altersgruppen repräsentieren demgemäß unterschiedliche Geburtsjahrgänge, es lässt sich daher nicht einfach der Schluss ziehen, dass die damals 35 bis 39-Jährigen fünf Jahre später, d.h. bis Mitte 40, die Familiengründung in umfangreicher Weise nachgeholt haben werden. Vielmehr

Grafik 3: Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter von 35–39 Jahren nach Ausbildungsabschluss, 1970–2000, Westdeutschland


Datenbasis: Volkszählung 1970, Mikrozensus 1989, 1995, 2000 – eigene Berechnungen

Tabelle 1: Anteil der kinderlosen Frauen nach Alter und Ausbildungsniveau zum Zeitpunkt 1970, Westdeutschland

Ausbildungsabschluss:	Anteil der kinderloser Frauen 1970 im Alter von ... bis ...		
	30 bis 34	35 bis 39	40 bis 44
Hauptschule:			
ohne Berufsausbildung	15	16	28
mit Berufsausbildung	18	17	33
Mittlere Reife:			
mit Berufsausbildung	29	27	38
Abitur:			
mit Berufsausbildung	36	25	34
Hochschule	43	37	46

Datenbasis: Volkszählung 1970; Deutsche Frauen in Privathaushalten

kann nicht ausgeschlossen werden, dass die jüngeren Jahrgänge eine Mutterschaft tatsächlich in einem erheblichen größeren Umfang vermeiden als die älteren Geburtskohorten. Für die Klärung dieser Frage wählen wir im Folgenden eine feinere Altersdifferenzierung und betrachten zugleich die entsprechenden Geburtsjahrgänge. Da die uns zur Verfügung stehenden Mikrozensusdaten nur den Zeitraum 1989 bis 2000 umfassen, sind hierbei allerdings gewisse Einschränkungen gegeben. Für die Jahrgänge 1951 bis 1956 können die Anfang 30 bis Mitte 30-Jährigen nicht vollständig abgebildet werden, bei den jungen Jahrgängen fehlen naturgemäß die höheren Altersgruppen (Tabelle 3).

Vergleicht man die altersspezifische Kinderlosigkeit der Frauen mit Hochschulabschluss für verschiedene Geburtsjahrgänge, so zeigt sich, dass der Anteil der kinderlosen Frauen bei den 37-Jährigen und Älteren nochmals deutlich abnimmt. So waren von den 1953/54 geborenen Frauen mit Hochschulabschluss Mitte 30 etwa 36% kinderlos, im Alter von 39 bis 40 Jahren waren es hingegen nur noch 29%. Bei den 1957/58 Geborenen liegen die entsprechenden Anteile bei 44% (35 bis 36-Jährige) und 34% (39 bis 40-Jährige). Mithin scheint es bei Akademikerinnen Ende 30 zu durchaus nennenswerten Nachholprozessen bei der Familiengründung zu kommen. Dieser Alterseffekt wird nicht berücksichtigt, wenn sich die Betrachtung nur auf die 35 bis 39-jährigen Frauen konzentriert und führt aufgrund der noch sehr hohen Kinderlosigkeit bei den 35 bis 36-Jährigen in der Tendenz zu einer Überschätzung der lebenslang kinderlos bleibenden Akademikerinnen.

Zugleich ist jedoch auch ein Kohorteneffekt zu beobachten, das heißt ein Anstieg der Kinderlosigkeit über die Jahrgänge hinweg. Denn während bei den Anfang bis Mitte 1950 geborenen Frauen im Schnitt für etwa 29% eine dauerhafte Kinderlosigkeit anzunehmen ist, liegt dieser Anteil bei den 1957/58 Geborenen bereits bei 34%. Für die 1961/62 Geborenen deutet sich ein weiterer Anstieg an, da hier im Alter zwischen 37 und 38 noch nahezu die Hälfte der Frauen keine Kinder hatte. Ein vom Niveau und von der Tendenz ähnliches Muster zeigt sich

für Frauen mit Fachhochschulabschluss: Bis zur Kohorte 1957/58 liegt die Kinderlosigkeit bei etwa 30%, um dann bei den Ende der 1950er Jahre Geborenen auf circa 36% anzusteigen.

Relative Konstanz im Ausmaß der Kinderlosigkeit bei Frauen mit mittlerem und niedrigem Ausbildungsniveau

Für eine Reihe von Lebensbereichen lässt sich feststellen, dass von den oberen Bildungsschichten ein verhaltensprägender Einfluss ausgeht, d. h. manche ihrer Verhaltensmuster von anderen sozialen Gruppen mittel- oder langfristig übernommen werden.

Ein Beispiel hierfür ist die Erwerbstätigkeit von Frauen: Das dominierende Muster über die letzten drei Jahrzehnte ist nicht in dem weiteren Anstieg bei den Hochqualifizierten zu sehen, sondern in dem sukzessiven Aufholprozess der anderen Bildungsschichten. Der 1970 noch stark ausgeprägte Vorsprung der Akademikerinnen in der Erwerbsbeteiligung ist bis zum Jahr 2000 fast vollständig verschwunden (Grafik 3). Man könnte erwarten, dass diese Angleichung der Erwerbsbeteiligung eine Entsprechung in den Familiengründungs-

prozessen findet. Überraschenderweise ist eine solche Tendenz bislang nicht zu erkennen. In der Gruppe der Abiturientinnen mit abgeschlossener Berufsausbildung werden – bei Schwankungen – etwa 30% der in den 1950er Jahren geborenen Frauen dauerhaft kinderlos bleiben. Auch die nach 1960 Geborenen scheinen sich auf diesem Niveau einzupendeln. Ähnliches trifft für die Frauen mit Hauptschulabschluss zu, bei welchen für etwa ein Fünftel eine lebenslange Kinderlosigkeit anzunehmen ist. Dazwischen sind die Frauen mit mittlerer Reife und abgeschlossener Berufsausbildung angesiedelt, von denen ein Viertel der jeweiligen Geburtsjahrgänge kinderlos bleibt (Tabelle 3).

Hochqualifizierte Frauen bleiben häufiger ledig

Wie lässt sich die zunehmende Kinderlosigkeit der Frauen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss, die mit den Geburtsjahrgängen 1957/58 einsetzt, erklären? In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass ungeachtet der im Zeitverlauf zunehmenden Zahl von ledigen Müttern, die Realisierung eines Kinderwunsches in Deutschland auch in der Gegenwart mehrheitlich an eine Eheschließung gekoppelt ist, beziehungsweise umgekehrt eine Eheschließung in der Regel auch mit einer Familiengründung einhergeht. So haben von den im Jahr 2000 35 bis 39-Jährigen verheirateten (inklusive verwitweter und geschiedener) Hochschulabsolventinnen 79% Kinder.¹ In der Gruppe der Ledigen liegt der entsprechende Anteil hingegen nur bei 13%. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Ledigenquoten von Frauen differenziert nach Geburtsjahrgang, Alter und Ausbildungsniveau (Tabelle 4), sind starke Parallelen zum Umfang der Kinderlosigkeit erkennbar: Mit der Höhe des Ausbildungsabschlusses nimmt der Anteil der ledigen Frauen zu. Die Gruppen mit den höchsten Anteilen an Ledigen, d.h. Frauen mit Hochschulabschluss, Fachhochschulabschluss sowie Abitur, weisen auch die höchste Kinderlosigkeit auf. Frauen mit

Tabelle 2: Die Bildungsverteilung der 35 bis 39-jährigen Frauen im Zeitverlauf, Westdeutschland

Ausbildungsabschluss:	Frauen im Alter zwischen 35 und 39 zum Zeitpunkt:					
	Spaltenprozentage*					
	1970	1976	1982	1989	1995	2000
Hauptschule:						
ohne Berufsausbildung	57	38	22	17	12	10
mit Berufsausbildung	23	35	41	42	32	25
Mittlere Reife:						
ohne Berufsausbildung	3	5	4	3	3	4
mit Berufsausbildung	13	15	19	22	31	34
Abitur:						
ohne Berufsausbildung	1	1	1	1	1	2
mit Berufsausbildung	1	2	3	4	8	13
Fachhochschule	0	1	2	3	4	5
Hochschule	2	4	7	9	9	8

* Bedingt durch Rundungsfehler addieren sich die Spalten nicht immer auf 100%

Datenbasis: Volkszählung 1970; Mikrozensus 1976, 1982, 1989, 1995, 2000; Deutsche Frauen in Privathaushalten

Tabelle 3: Kinderlosigkeit der Frauen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss der Geburtsjahrgänge 1951 bis 1968, Westdeutschland

im Alter von:	Anteil der Frauen ohne Kinder des Geburtsjahrgangs ... bis ...								
	1951-1952	1953-1954	1955-1956	1957-1958	1959-1960	1961-1962	1963-1964	1965-1966	1967-1968
Hochschulabschluss									
31-32				54	52	60	61	66	69
33-34			37	47	47	52	54	54	
35-36		36	33	44	43	49	45		
37-38	28	28	34	35	41	46			
39-40	31	29	28	34	31				
41-42	30	31	29	34					
43-44	32	35	30						
Fachhochschulabschluss									
31-32				53	49	54	54	66	64
33-34			45	35	44	50	47	51	
35-36		32	34	36	38	40	45		
37-38	33	30	28	38	37	38			
39-40	30	33	29	31	36				
41-42	35	31	35	37					
43-44	35	40	41						
Abitur mit abgeschlossener Berufsausbildung									
31-32				39	41	49	47	48	53
33-34			35	29	36	41	41	43	
35-36		32	39	25	37	36	33		
37-38	35	25	31	29	33	31			
39-40	33	35	28	29	29				
41-42	28	33	36	30					
43-44	34	34	34						
Mittlere Reife mit abgeschlossener Berufsausbildung									
31-32				33	34	35	36	40	43
33-34			27	26	25	29	30	34	
35-36		25	26	26	24	25	26		
37-38	27	25	24	25	24	24			
39-40	28	27	28	26	25				
41-42	31	35	30	29					
43-44	40	40	36						
Hauptschule mit abgeschlossener Berufsausbildung									
31-32				26	23	27	28	31	30
33-34			22	21	22	23	25	25	
35-36		20	19	20	22	22	24		
37-38	22	23	21	21	20	22			
39-40	28	27	26	26	23				
41-42	37	35	35	33					
43-44	47	46	42						

Lesebeispiele: 1. Alterseffekt: Von den 1953-54 geborenen Frauen mit Hochschulabschluss waren im Alter von 37-38 28%, im Alter zwischen 39-40 29% kinderlos. 2. Kohorteneffekt: Von den Frauen mit Hochschulabschluss waren im Alter zwischen 39-40, in der Geburtskohorte 1951-52 31%, in der Geburtskohorte 1953-54 29% ohne Kinder.

Datenbasis: Mikrozensus 1989, 1991, 1993, 1995, 1997, 1999; Deutsche Frauen in Privathaushalten

Hauptschulabschluss haben nicht nur die niedrigsten Ledigenquoten, sondern auch die geringsten Kinderlosenquoten. Konzentriert man sich auf die Hochschulabsolventinnen, scheint die oben dargestellte Zunahme der Kinderlosigkeit zwischen den Jahrgängen 1955/56 und 1957/58 in einem engen Zusammenhang mit den zunehmenden Ledigenquoten der jüngeren Geburtskohorten zu stehen. Von den Anfang bis Mitte der 1950er Jahre Geborenen waren im Alter zwischen 39 und 40 etwa 16% der Frauen ledig, im gleichen Alter waren es bei den 1957/58 Geborenen hingegen bereits ein Viertel. Ähnliche Strukturen sind auch für die Frauen mit Fachhochschulabschluss

erkennbar. Vice versa sind die Ledigenquoten in den anderen Bildungsgruppen unter Berücksichtigung des ansteigenden Heiratsalters über die Geburtskohorten hinweg sehr konstant, was sich mit dem obigen Befund eines gleichfalls relativ konstanten Anteils an kinderlosen Frauen in diesen Gruppen deckt. Als Resümee lässt sich festhalten, dass die Entscheidung für oder gegen Kinder in einem engen Zusammenhang mit dem Ausbildungsniveau der Frau steht. Allerdings wurde auch gezeigt, dass das Ausmaß der Kinderlosigkeit in den höchsten Bildungsschichten überschätzt wird, wenn die in diesen Gruppen doch stark vorhandene Tendenz zur späten Mutterschaft nicht berück-

sichtigt wird. Weiterhin wurde deutlich, dass der in den jüngeren Geburtskohorten zu beobachtende Anstieg der dauerhaft kinderlosen bislang auf Frauen mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss beschränkt ist und in einem engen Zusammenhang mit der rückläufigen Heiratsneigung steht. Über die Ursachen dieser Entwicklung kann – ohne weitergehende Analysen – an dieser Stelle nur spekuliert werden. Das sich unmittelbar anbietende Erklärungsmuster, nach welchem hochqualifizierte Frauen in Hinblick auf materielle Versorgungsaspekte kaum auf eine Ehe angewiesen sind, greift zu kurz, weil dies auch für die älteren Geburtskohorten zutrifft. Vielmehr ist zu bedenken, dass die

Tabelle 4: Anteil der ledigen Frauen nach Geburtsjahrgang und Alter sowie Ausbildungsniveau, Westdeutschland.

im Alter von:	Anteil der ledigen Frauen des Geburtsjahrgangs ... bis								
	1951-1952	1953-1954	1955-1956	1957-1958	1959-1960	1961-1962	1963-1964	1965-1966	1967-1968
Hochschulabschluss									
31-32				35	34	41	45	50	50
33-34			24	30	30	36	38	37	
35-36	20	22	31	30	34	33			
37-38	15	18	23	26	28	34			
39-40	16	16	16	25	19				
41-42	15	18	17	22					
43-44	18	15	16						
Fachhochschulabschluss									
31-32				38	26	35	41	48	49
33-34			31	26	30	37	34	43	
35-36		19	19	25	26	29	35		
37-38	15	21	20	22	32	30			
39-40	15	17	18	21	28				
41-42	17	15	15	20					
43-44	16	17	17						
Abitur mit abgeschlossener Berufsausbildung									
31-32				22	25	34	34	33	37
33-34			25	17	22	26	28	29	
35-36		18	26	20	24	24	25		
37-38	17	12	17	17	21	21			
39-40	15	18	18	14	16				
41-42	6	13	18	15					
43-44	8	12	13						
Mittlere Reife mit abgeschlossener Berufsausbildung									
31-32				18	18	23	22	26	28
33-34			15	15	16	19	20	22	
35-36		12	13	13	14	16	17		
37-38	10	10	10	14	14	15			
39-40	10	11	11	12	11				
41-42	8	12	9	10					
43-44	10	12	9						
Hauptschule mit abgeschlossener Berufsausbildung									
31-32				13	14	17	18	23	21
33-34			10	10	12	14	15	17	
35-36		7	9	9	11	13	14		
37-38	6	8	9	9	9	11			
39-40	5	7	7	8	10				
41-42	5	5	8	9					
43-44	5	5	8						

Lesbeispiele: 1. Alterseffekt: Von den 1953-54 geborenen Frauen mit Hochschulabschluss waren im Alter von 37-38 18%, im Alter von 39-40 16% kinderlos. 2. Kohorteneffekt: Von den Frauen mit Hochschulabschluss waren im Alter zwischen 39-40, in der Geburtskohorte 1951-52 16%, in der Geburtskohorte 1957-58 25% ledig.

Datenbasis: Mikrozensus 1989, 1991, 1993, 1995, 1997, 1999; Deutsche Frauen in Privathaushalten

Ausbildungsphase der in den späten 1950er Jahren geborenen Frauen etwa Mitte der 1980er Jahre abgeschlossen war und damit in eine Zeit fällt, in welcher nicht-eheliche Partnerschaften als eine gesellschaftlich akzeptierte Alternative zur Ehe zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Zu berücksichtigen ist vor allem auch, dass nicht die rückläufige Heiratsneigung die zunehmende Kinderlosigkeit verursacht, sondern eher umgekehrt ein sinkender Kinderwunsch die Ursache für sinkende Heiratsraten ist. Insgesamt deutet diese Entwicklung darauf hin, dass junge, hochqualifizierte Frauen weniger als die älteren Geburtskohorten und deutlich weniger als Frauen mit einer niedrigeren Qualifikation gewillt sind, die in

Hinblick auf die Koordination von Erwerbs- und Familienarbeit nach wie vor unzulänglichen Rahmenbedingungen zu akzeptieren. Darüber hinaus erwarten sie sicherlich auch ein stärkeres Engagement der potenziellen Väter bei der Familienarbeit.

1 Hier nicht dokumentierte Analysen zeigen, dass die Kinderlosigkeit bei verheirateten Hochschulabsolventinnen in den letzten drei Jahrzehnten relativ konstant bei etwa einem Fünftel liegt.

Diekmann, Andreas, Weick, Stefan, 1993: *Der Familienzyklus als sozialer Prozess*. Duncker & Humblot, Berlin.
Engstler, Heribert, 1998: *Die Familie im*

Spiegel der amtlichen Statistik. Herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bonn.

Huinink, Johannes, 2002: *Polarisierung der Familienentwicklung in europäischen Ländern im Vergleich*. Zeitschrift für Familienforschung Sonderheft 2: 49-74.

Heike Wirth / Kerstin Dümmler
ZUMA
(ISI 32, 2004: 1-6)

Kein Herz für Europa?

Komparative Indikatoren und Analysen zur europäischen Identität der Bürger

Das nicht nur auf ökonomische Harmonisierung, sondern darüber hinaus auch auf eine weitergehende politische Vereinigung abzielende europäische Projekt hat in den zurückliegenden Jahren enorme Fortschritte gemacht, auch wenn es – nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden – derzeit ins Stocken geraten zu sein scheint. Zu den Fragen, die der Prozess der fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Vereinigung Europas aufwirft, gehört insbesondere auch die nach der sozialen Integration: Wie weit ist die soziale Integration gediehen, und wird am Ende dieses Prozesses möglicherweise eine einheitliche europäische Gesellschaft stehen, in der die heutigen nationalen Gesellschaften aufgehen werden? Soziale Integration bedeutet zweifellos mehr als Konvergenz und Angleichung von Lebensverhältnissen und Strukturen, sondern impliziert wachsende gegenseitige Beziehungen, Verflechtungen, Solidarität und Bindungen. So gesehen kann auf der individuellen Ebene auch die subjektive Identifikation der einzelnen Bürger und ihr Gefühl der Zugehörigkeit zu und der Verbundenheit mit Europa als Maßstab für den Grad der europäischen Integration betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund untersucht der nachfolgende Beitrag, ob und in welchem Ausmaß sich die Bürger in den Mitgliedsländern subjektiv mit Europa identifizieren und als Europäer betrachten. Wie verhält sich das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa zur Identifikation mit der eigenen Nation oder auch subnationalen Ebenen, und ist diesbezüglich ein Wandel zu beobachten? Wie unterscheiden sich die Bevölkerungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Identifikation mit Europa und von welchen Faktoren hängt eine mehr oder weniger ausgeprägte Verbundenheit mit Europa ab?

Untersucht werden diese und weitere Fragen anhand von Daten aus zwei verschiedenen europäischen Bevölkerungsumfragen, der European Values Study¹ aus dem Jahr 2000 sowie den Eurobarometer-Umfragen² aus verschiedenen Jahren. Die Untersuchung umfasst – je nach Datensatz und Perspektive – die früheren EU-15 oder die aktuellen EU-25-Länder. Für die Messung und Analyse einer europäischen im Vergleich zu alternativen Identitäten ist von entscheidender Bedeutung, was unter Identität verstanden und wie sie operationalisiert wird. Gemeint ist hier primär die subjektive Identifikation mit geographisch bzw. politisch definierten lebensräumlichen Einheiten – z.B. Stadt, Region, Land, Europa – im Sinne von Gefühlen der Zugehörigkeit und Verbundenheit. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass Identitäten in diesem Sinne sich nicht zwangsläufig ausschließen müssen, sondern als ‚multiple Identitäten‘ nebeneinander existieren und sich gegenseitig ergänzen können. Dagegen bleibt vorerst ungeklärt, in welchem Verhältnis die einzelnen Identitäten zueinander stehen, ob sie z.B. eine Hierarchie bilden, ineinander verschachtelt sind oder sich auf andere Weise – etwa nach dem Marmorkuchen-Modell – durchmischen (Risse 2000; Risse/Rieck 2004).

Bürger der EU-15-Mitgliedsländer fühlen sich Europa bisher nicht besonders eng verbunden

Derartige Unterschiede im Verständnis multipler Identitäten bzw. Identifikationen schlagen sich z.T. auch in den in verschie-

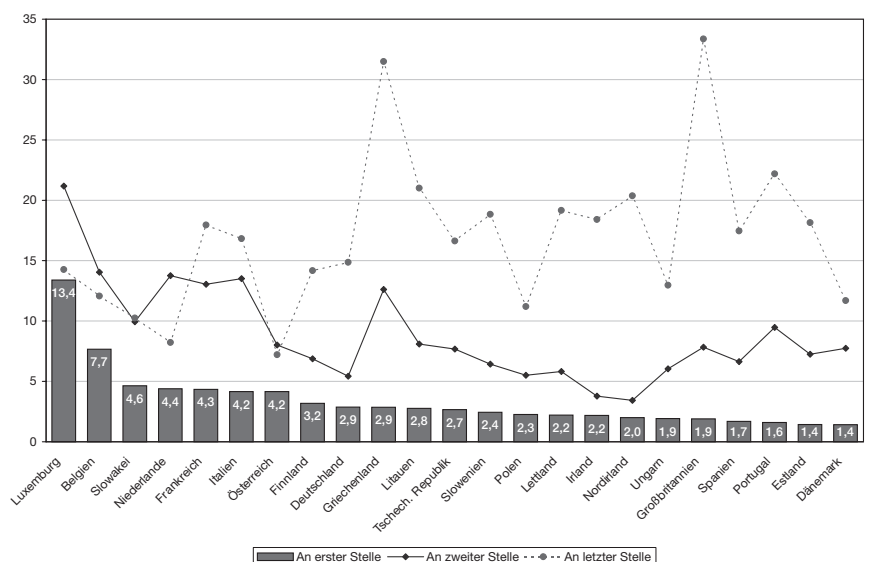
den Umfragen verwendeten Frageformulierungen und Indikatoren nieder. Die in der European Values Study verwendete Frage scheint sich stärker als andere an einem Konzept hierarchisch strukturierter Identitäten zu orientieren: „Welcher dieser geographischen Einheiten auf dieser Liste hier fühlen Sie sich am meisten zugehörig? Und welcher fühlen Sie sich an zweiter Stelle zugehörig? Und welcher fühlen Sie sich am wenigsten zugehörig? Dem Stadtteil, dem Ort, wo ich lebe, der Gegend, in der ich lebe,

der Bundesrepublik Deutschland, Europa, der ganzen Welt?“ Die Verteilung der Antworten deutet alles in allem darauf hin, dass die Bürger der EU-15-Mitgliedsländer sich mit Europa bisher nicht besonders eng verbunden fühlen (Grafik 1).

Zumeist sind es nur winzige Minoritäten zwischen 1 und 5%, die Europa als die Einheit nennen, der sie sich in erster Linie zugehörig fühlen; lediglich in Luxemburg beträgt dieser Anteil mehr als zehn Prozent. Für die Mehrheit der Bürger ist es dagegen in aller Regel ihr Stadtteil bzw. ihr Wohnort, dem sie sich zuallererst zugehörig betrachten. Auch als Einheit, der man sich an zweiter Stelle zugehörig fühlt, folgt zumeist die Gegend bzw. Region, in der man lebt, oder das Heimatland, aber nicht Europa. Nur in Luxemburg übersteigt der Anteil der Personen, die an zweiter Stelle Europa nennen, zwanzig Prozent, bleibt dagegen in den meisten der übrigen EU-15-Länder unterhalb von zehn Prozent. Gefragt, welcher Einheit sich die Bürger am wenigsten zugehörig fühlen, wird in der Regel die Welt insgesamt genannt, aber Europa folgt dabei in nahezu allen EU-15-Ländern unmittelbar danach.

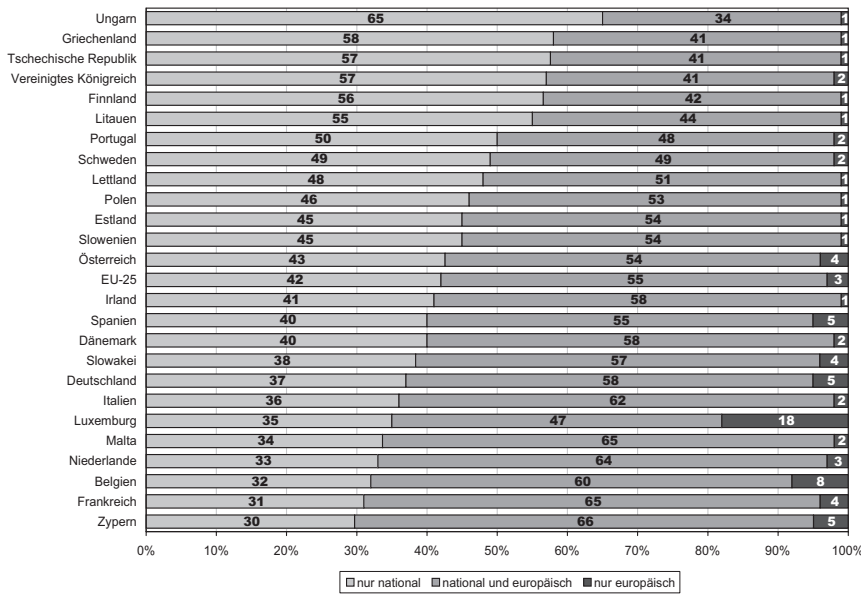
Die Tatsache, dass der World Value Survey eine ähnliche Frage verwendet, ermöglicht es, die Antwortverteilung für die europäischen Länder mit der der USA zu vergleichen. Hier zeigen sich klare Unterschiede, aber auch erstaunliche Ähnlichkeiten: Wie nicht anders zu erwarten, identifizieren sich die Amerikaner mehrheitlich in erster Linie mit der Nation, aber der (geringe) Anteil derjenigen, die den amerikanischen Kontinent als erste Wahl nennen, ist erstaunlicherweise nicht kleiner als der Anteil der Europäer, die an erster Stelle Europa nennen. Und selbst wenn es darum geht, mit welcher Ebene man sich an zweiter Stelle identifiziert, wird Europa von den Europäern kaum häufiger genannt als der amerikanische Kontinent von den US-Bürgern (Noll 2005: 32).

Grafik 1: Subjektive Zugehörigkeit zu Europa – in %



Datenbasis: European Values Study 1999/2000

Grafik 2: Nationale und/oder europäische Identität – EU-25-Mitgliedsländer (2004)



Datenbasis: Eurobarometer 62, Herbst 2004

Stärker als es in der European Values Study der Fall ist, laden die in den Eurobarometer-Surveys gewählten Frageformulierungen die Befragten dazu ein, die Identifikation mit Europa nicht als konkurrierend zu ihrer nationalen, regionalen oder lokalen Identität zu betrachten, sondern als eine diese erweiternde oder ergänzende Zugehörigkeit. Dies schlägt sich erwartungsgemäß auch in den Antwortverteilungen nieder.

Mehrheit definiert sich in naher Zukunft nicht nur über eigene Nationalität, sondern sieht sich auch als Europäer

Einer der in diesem Kontext für die Messung der Identität verwendeten Indikatoren wirft die Frage auf, ob man sich in Zukunft ausschließlich als Deutscher, Franzose etc. sieht, ausschließlich als Europäer oder beides (national und europäisch, europäisch und national).³ Damit wird also explizit eine Variante der Identität als Antwortmöglichkeit angeboten, mit der die nationale um eine europäische erweitert wird. Zudem ist der zeitliche Bezug bei diesem Indikator nicht die Gegenwart, sondern eine nicht präzise bestimmte ‚nahe Zukunft‘, was dazu beitragen mag, die Verhältnisse im Hinblick auf eine ausschließlich nationale Identität für die Gegenwart zu unterschätzen und die Identifikation mit Europa zu überschätzen. Wie aus Grafik 2 zu ersehen ist, definiert sich in den EU-25-Mitgliedsländern – mit Blick in die nahe Zukunft – im Durchschnitt der Befragten ein größerer Anteil sowohl durch ihre eigene Nationalität und zugleich als Europäer (55%) denn ausschließlich durch ihre eigene Nationalität (42%). Ausschließlich als Europäer betrachtet sich dagegen mit 3% lediglich eine verschwindend kleine Minderheit der Befragten; nur in Luxemburg übersteigt dieser Anteil zehn Prozent. Auch die Kombination, in der die europäische Identität vor der nationalen genannt wird, kommt nur sehr selten vor.

Der Anteil der Personen, die sich nur über ihre eigene Nationalität definieren, variiert innerhalb der EU-25-Länder beträchtlich und reicht von 30% in Zypern bis zu 65% in Ungarn. Ein offensichtliches Ländermuster ist dabei nicht zu erkennen: Zwar entsprechen manche Einstufungen – wie z.B. der hohe Anteil derjenigen, die sich ausschließlich mit der eigenen Nationalität identifizieren, in Großbritannien und deren niedrige Anteile in den Benelux-Ländern – der Erwartung, doch sind alte und neue Mitgliedsländer, arme und reiche, nördliche und südliche, westliche und östliche über das gesamte Spektrum vertreten. In Deutschland geben 37% der Befragten an, sich nur als Deutscher zu sehen, 58% als deutsch und europäisch bzw. europäisch und deutsch sowie 5% als ausschließlich europäisch. Deutschland gehört damit zu

den Ländern mit einer vergleichsweise schwach ausgeprägten nationalen Identität, was u.a. auch in dem von den Bürgern empfundenen Nationalstolz zum Ausdruck kommt, der in Deutschland schwächer als in allen anderen EU-25-Ländern ausgeprägt ist.

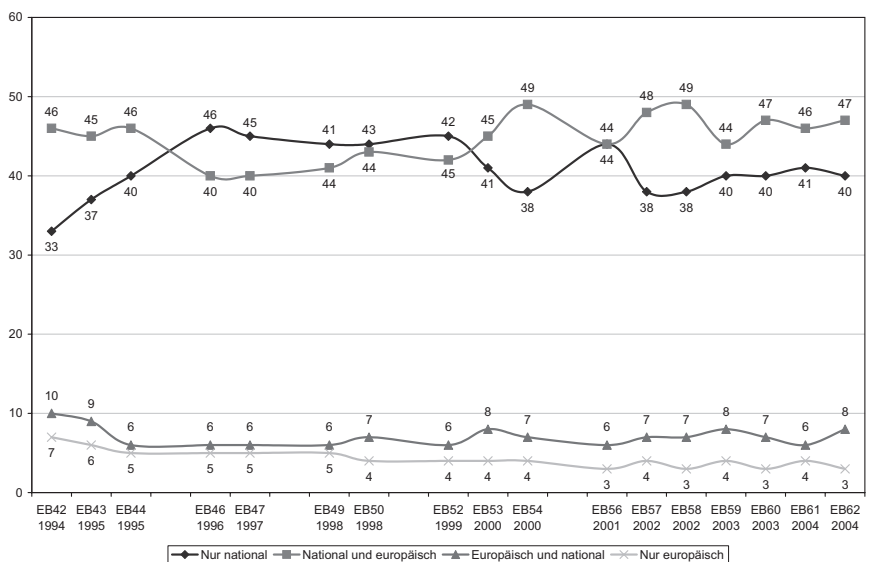
Kein Trend zu wachsender Identifikation mit Europa

Untersucht man, wie sich die Anteile der verschiedenen Identitätsvarianten im Zeitverlauf entwickelt haben (Grafik 3), so wird deutlich, dass von einem Trend hin zu einer wachsenden Identifikation mit Europa – in dem hier betrachteten Zeitraum von 1994 bis 2004 – in den EU-15-Ländern nicht gesprochen werden kann. Vielmehr weisen die Anteilswerte – von leichten Schwankungen abgesehen – eine hohe Stabilität ohne erkennbare Veränderungstendenzen im Zeitverlauf auf.⁴

Verbundenheit mit Europa schwächer als mit Stadt, Region und Heimatland

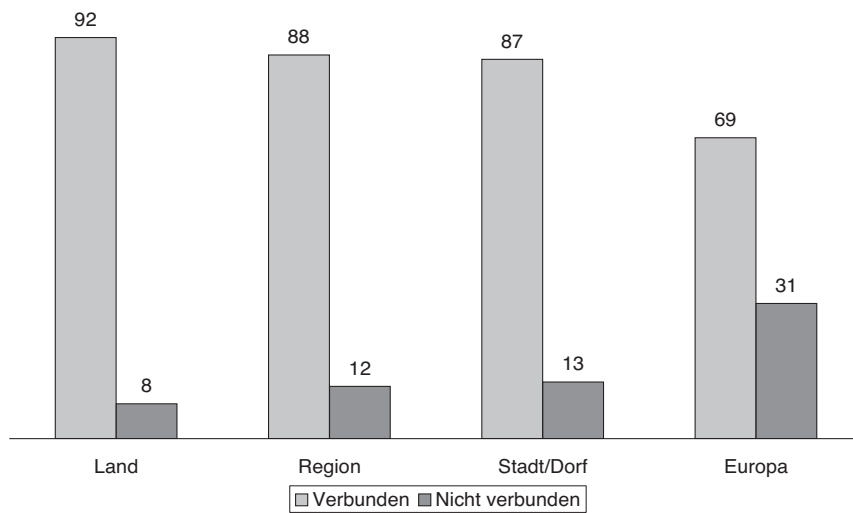
Ein weiterer Indikator, der in den Eurobarometer-Surveys verwendet wird, misst, wie stark sich die Befragten den verschiedenen lebensräumlichen Einheiten (Stadt, Region, Land, Europa) jeweils verbunden fühlen⁵, ohne aber den Befragten – wie es in der European Values Study geschieht – die Bildung einer Rangordnung abzuverlangen. Wie die Verteilung der Antworten dokumentiert (Grafik 4), werden Gefühle der Verbundenheit, die von einer großen Majorität mit allen diesen Ebenen artikuliert werden, von den Befragten in der Regel nicht als sich gegenseitig ausschließend angesehen. Dabei zeigt sich jedoch, dass sich die Europäer Europa im Durchschnitt der EU-25-Länder weniger verbunden fühlen als ihrer Stadt, Region und ihrem Heimatland, das mit einer Quote von über 90% den höchsten Grad an Verbundenheit erfährt.

Grafik 3: Nationale und/oder europäische Identität – EU-15-Länder (1994–2004)



Datenbasis: Eurobarometer 42 (1994) bis 62 (2004), Quelle: Eurobarometer 62 (2004): 94

Grafik 4: Subjektive Verbundenheit mit Europa im Vergleich zu anderen lebensräumlichen Ebenen – EU-25-Länder (2004)



Datenbasis: Eurobarometer 62, Herbst 2004

Große Länderunterschiede in der subjektiven Verbundenheit mit Europa

Das Gefühl der Verbundenheit mit Europa ist hingegen nicht nur deutlich schwächer ausgeprägt als das für die übrigen Ebenen, sondern variiert darüber hinaus beträchtlich zwischen den Mitgliedsländern (Grafik 5). Die größten Anteile von Personen, die sich mit Europa sehr oder ziemlich verbunden fühlen, finden sich in Ungarn (91%), gefolgt von Polen (88%) und Luxemburg (83%). Am geringsten ausgeprägt ist die Verbundenheit mit Europa dagegen in Zypern (36%), Estland (42%) und Litauen (47%). Die EU-15-Länder mit den niedrigsten Bevölkerungsanteilen, die sich Europa sehr oder ziemlich verbunden fühlen, sind Griechenland (49%) und Großbritannien (51%). Deutlich unter den genannten Werten liegen die Anteile derjenigen, die sich Europa ‚sehr verbunden‘ fühlen. Dieser Anteil liegt in einigen Ländern unter zehn Prozent und erreicht neben Ungarn (52%) in Luxemburg (35%) und Malta (30%) die höchsten Werte. Der Anteil der Bürger, die sich mit Europa ‚überhaupt nicht verbunden‘ fühlen, ist überwiegend kleiner als der, die sich ‚sehr verbunden‘ fühlen, erreicht aber in einigen Ländern – Zypern, Malta, Griechenland und Großbritannien – mit ca. 15-20% beachtliche Größenordnungen. Eindeutige Ländermuster lassen sich auch aus der Rangfolge der durchschnittlichen Verbundenheit mit Europa nicht erkennen. Betrachtet man die früheren EU-15-Länder wird aber deutlich, dass nicht nur in Großbritannien, das durch seine Skepsis gegenüber einer weitgehenden europäischen Integration bekannt ist, das Gefühl der Verbundenheit mit Europa vergleichsweise gering ausfällt, sondern auch in Frankreich und vor allem den Niederlanden – also den Ländern, in denen das Verfassungsreferendum jüngst gescheitert ist.

Stellt man die Frage nach der Verbundenheit mit Europa (Grafik 5) und die Frage, als was man sich in naher Zukunft sieht (Grafik 2),

gegenüber, so zeigt sich, dass die beiden Indikatoren offensichtlich unterschiedliche Dimensionen der Identifikation mit Europa erfassen, die nicht in allen Ländern in der erwarteten Weise zusammenhängen, sondern durchaus auch im Widerspruch zueinander stehen können. Extremfälle bilden dabei Ungarn und Zypern: Während die Ungarn – im Vergleich der EU-25-Länder – die höchste Verbundenheit mit Europa zum Ausdruck bringen, betrachten sie sich gleichzeitig – häufiger als in jedem anderen europäischen Land – ausschließlich als Angehörige ihrer eigenen Nation und nicht als Europäer. In Zypern stellt sich die Situation umgekehrt dar: Hier ist der Anteil der Befragten, die sich nicht nur als Zyprioten definieren, sondern zugleich als Zyprioten und Europäer, größer als in jedem anderen europäischen Land, aber zugleich ist die Verbundenheit mit Europa hier im Durchschnitt schwächer ausgeprägt als in allen anderen

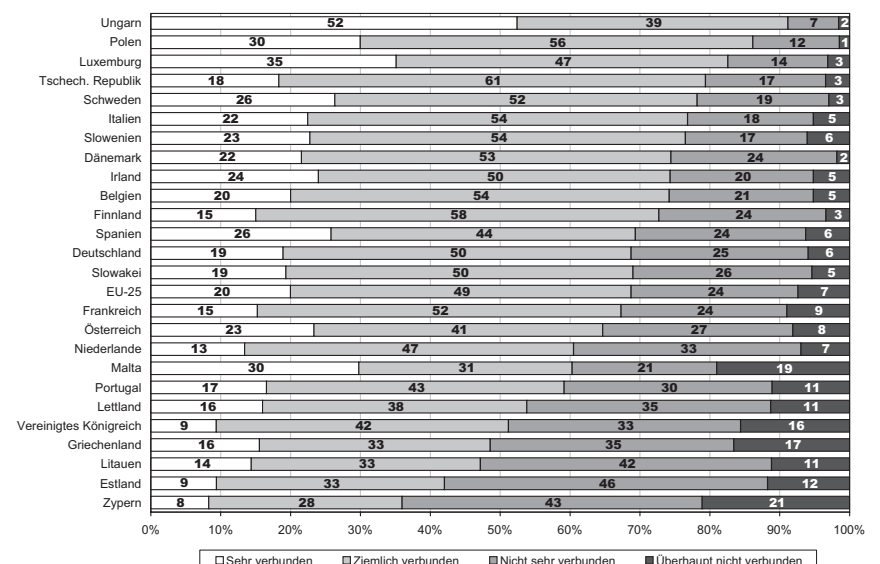
Ländern. Weitergehende Analysen ergeben allerdings, dass die beiden Indikatoren – auf der Individualebene betrachtet – lediglich in Ungarn im Widerspruch zueinander stehen, wo sich die Befragten unabhängig von ihrer Verbundenheit mit Europa mehrheitlich nur als Ungarn sehen. In Zypern nimmt dagegen – wie prinzipiell zu erwarten – der Anteil derjenigen, die sich nur als Zyprioten betrachten, mit wachsender Verbundenheit mit Europa ab, aber es sind jeweils nur vergleichsweise kleine Bevölkerungsanteile, die sich mit Europa verbunden und zugleich nur als Zyprioten betrachten. Die Betrachtung dieser beiden Extremfälle legt daher den Schluss nahe, dass die Fragen nach der Verbundenheit mit Europa und der nationalen bzw. europäischen Identität in unterschiedlichen nationalen Kontexten unterschiedlich interpretiert und beantwortet werden können.

Subjektive Verbundenheit mit Europa nimmt mit dem sozio-ökonomischen Status zu

Jenseits der Betrachtung von Ländermittelwerten stellt sich auch die Frage, von welchen Merkmalen eine mehr oder weniger ausgeprägte Identifikation mit Europa abhängt. Grafik 6 stellt dar, wie der Grad der subjektiven Verbundenheit mit Europa mit verschiedenen sozio-ökonomischen Merkmalen und soziopolitischen Einstellungen für die Gesamtbevölkerung der EU-15-Länder korrespondiert.

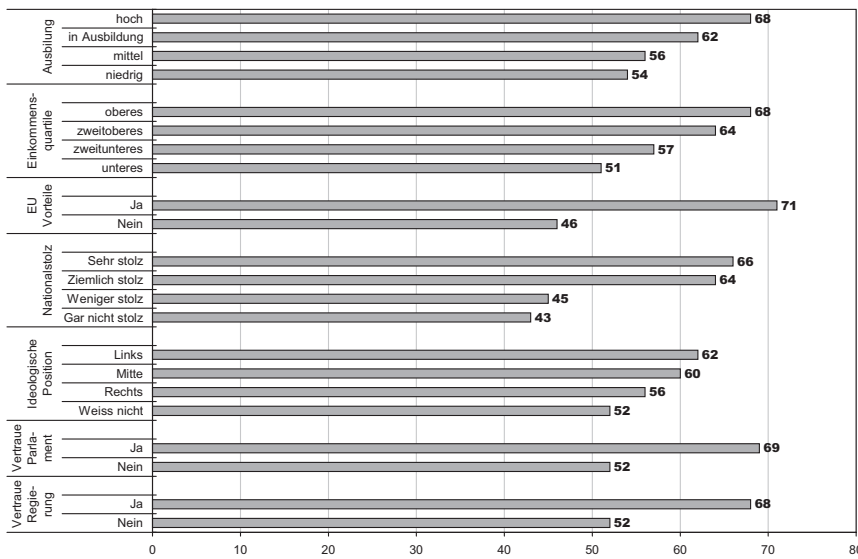
Offensichtlich variiert die Verbundenheit der Bevölkerung mit Europa deutlich mit dem Bildungsniveau und der Einkommensposition: Personen mit höheren Bildungsabschlüssen fühlen sich Europa stärker verbunden als Personen mit niedrigeren Abschlüssen und Personen mit höheren Einkommen stärker als Personen mit niedrigeren Einkommen.

Grafik 5: Verbundenheit mit Europa in den EU-25-Ländern (2004)



Datenbasis: Eurobarometer 62, Herbst 2004

Grafik 6: Subjektive Verbundenheit nach sozio-ökonomischen Merkmalen und soziopolitischen Einstellungen – EU-15-Länder (2003)



Datenbasis: Eurobarometer 60.1, Herbst 2003

Noch deutlicher als mit sozio-ökonomischen Merkmalen variiert die Verbundenheit mit Europa jedoch mit sozio-politischen Einstellungen. Von herausragender Bedeutung ist dabei offenbar die subjektive Beurteilung, ob das eigene Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert oder nicht. Während sich 71% derjenigen, die glauben, das eigene Land habe von der EU-Mitgliedschaft profitiert, Europa sehr oder ziemlich verbunden fühlen, sind es unter denjenigen, die diese Frage negativ beantworten, lediglich 46%. Zudem steigert das Vertrauen in Parlament und Regierung die Verbundenheit mit Europa, und Personen, die im ideologischen Spektrum weiter links stehen, tendieren eher dazu, sich Europa verbunden zu fühlen, als Personen, die sich in diesem Spektrum weiter rechts positionieren.

Überraschend mag der Befund erscheinen, dass Nationalstolz – d.h. die Artikulation von Stolz auf das eigene Land – die Identifikation mit Europa nicht mindert, sondern in der Regel sogar stärkt: Personen, die angeben, stolz auf ihr eigenes Land zu sein, fühlen sich stärker mit Europa verbunden als Personen, die keinen Stolz für ihr Land empfinden.

Betrachtet man schließlich, wie die Verbundenheit mit Europa mit der Verbundenheit mit der eigenen Stadt, Region und Nation zusammenhängen (Grafik 7), so deuten die Ergebnisse darauf hin, dass derartige Identifikationsprozesse nicht als Nullsummenspiel zu betrachten sind: Offensichtlich reduziert das Gefühl einer starken Verbundenheit mit der einen lebensräumlichen Ebene nicht notwendigerweise die Verbundenheit mit einer anderen. Personen, die sich mit ihrer Stadt, Region oder Nation identifizieren, fühlen sich Europa in aller Regel nicht weniger, sondern mehr verbunden als Personen, für die das nicht der Fall ist. Die empirischen Befunde sind – mindestens soweit es die hier

betrachtete Frage nach subjektiven Gefühlen der Verbundenheit angeht – daher kaum mit dem Konzept einer „entweder-oder-Identität“ zu vereinbaren, sondern sprechen vielmehr eindeutig für die Annahme multipler, sich gegenseitig verstärkender Identitäten.

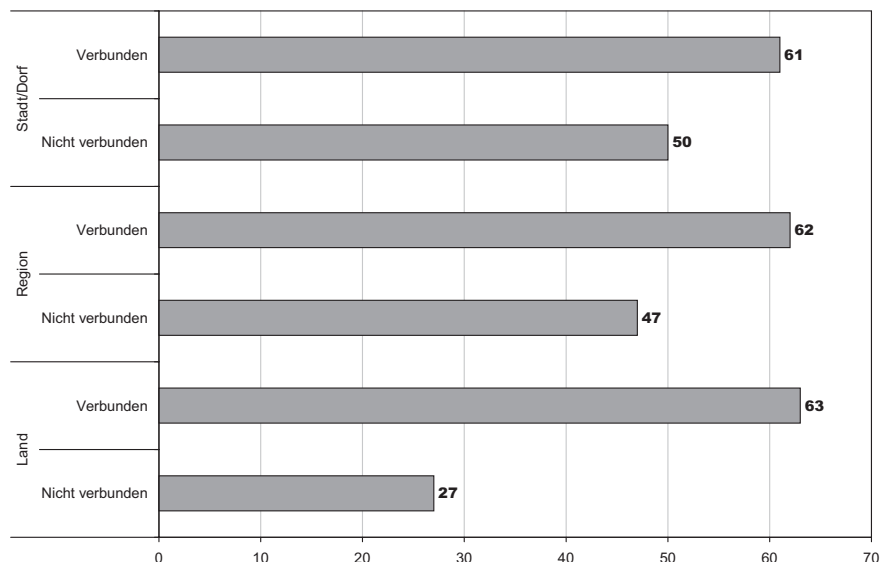
Nutzen der EU-Mitgliedschaft für das eigene Land stärkster Prädiktor für subjektive Verbundenheit mit Europa

Um Richtung und Stärke der Einflüsse der betrachteten Faktoren auf die individuelle Verbundenheit mit Europa näher bestimmen zu können, wurden die Daten für die EU-15-Länder einer Regressionsanalyse unterzogen, in die die o.g. sozio-ökonomischen und -politischen Variablen einbezogen wurden. Zudem wurden auch Dummyvariablen für die einzelnen Länder berücksichtigt, um

Ländereinflüsse und -abweichungen identifizieren zu können. Die Ergebnisse bestätigen weitgehend die bereits dargestellten bivariaten Zusammenhänge: Im Vergleich zu Westdeutschland, das als Referenzkategorie gewählt wurde, fällt der Grad der Verbundenheit mit Europa in Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und Griechenland deutlich schwächer aus. Sozio-ökonomische Merkmale – insbesondere Einkommen und Bildungsabschluss sowie der Erwerbsstatus – wirken sich signifikant positiv auf das Gefühl der Verbundenheit mit Europa aus, auch wenn sie insgesamt nur vergleichsweise geringe Anteile der Varianz erklären. Insgesamt gilt dabei, je besser die sozio-ökonomische Stellung einer Person, desto stärker ist ihre Verbundenheit mit Europa. Als der mit Abstand stärkste Prädiktor der Verbundenheit mit Europa erweist sich jedoch die Beurteilung der Befragten, ob das eigene Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert oder nicht. Dieser Befund deutet darauf hin, dass die subjektive Verbundenheit der Bürger mit Europa eher über den Verstand, d.h. ökonomisch-rational⁶, gesteuert ist, als dass sie den Europäern eine Herzensangelegenheit wäre.

Die Analysen bieten zudem Hinweise darauf, dass einige der berücksichtigten soziopolitischen Einstellungen – insbesondere die Position auf der Links-Rechts-Skala sowie der Nationalstolz – in verschiedenen Ländern unterschiedliche Effekte haben können. So zeigt sich beispielsweise, dass eine Position im linken politischen Spektrum vor allem in Italien und Großbritannien das Gefühl der Europaverbundenheit fördert, während das in Spanien dagegen eher für eine Position in der Mitte des Spektrums zutrifft. Anders als in allen anderen der hier betrachteten Länder wirkt sich Nationalstolz zudem in Großbritannien negativ auf die Europaverbundenheit aus: Wer auf das eigene Land stolz ist, fühlt sich hier – anders als in den

Grafik 7: Verbundenheit mit Europa nach Verbundenheit mit anderen Ebenen – EU-25-Länder (2004)



Datenbasis: Eurobarometer 62, Herbst 2004

restlichen Ländern – Europa nicht mehr, sondern weniger verbunden.

Mit dem Titel dieses Beitrags ‚Kein Herz für Europa?‘ wird pointiert die Frage aufgeworfen, inwieweit eine über rationale Einsicht in die faktischen Entwicklungen und politisch-ökonomische Kalküle hinausgehende affektive Bindung an ein Europa der Bürger entstanden und die Herausbildung mindestens einer zweiten Identität zu beobachten ist. Die hier präsentierten Resultate aus zwei europaweiten Surveys deuten darauf hin, dass dies bisher noch wenig der Fall ist. Buchstäblich näher als Europa liegen den Bürgern in aller Regel ihr Heimatort, ihre Region und ihr eigenes Land. Dabei gibt es allerdings beachtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Ländern. Bemerkenswert ist zudem, dass im Laufe des letzten – durch erhebliche Fortschritte der politischen und ökonomischen Integration Europas geprägten – Jahrzehnts, die Identifikation der Bürger mit Europa nicht zugenommen hat. Eine in den meisten europäischen Ländern nach wie vor starke nationale Identität scheint durch die europäischen Integrationsprozesse bisher nicht in Frage gestellt, überwiegend allerdings auch nicht als bedroht angesehen zu werden.

- 1 Nähere Informationen zur European Values Study finden sich auf der folgenden Website: <http://www.europeanvalues.nl/>.
- 2 Nähere Informationen zu den Eurobarometer-Surveys finden sich auf den fol-

genden Websites: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm sowie http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/.

- 3 Für Deutschland lautet der Fragetext: „In naher Zukunft sehen Sie sich da nur als Deutscher, als Deutscher oder Europäer, als Europäer und Deutscher oder nur als Europäer?“
- 4 Zur Entwicklung früherer Eurobarometer-Indikatoren im Zeitverlauf vgl. Duchesne/Frogner (1995) und Scheuer (1999).
- 5 Für Deutschland lautet der Fragetext: „Man kann sich ja unterschiedlich verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seiner Region, seinem Land oder mit Europa. Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit Ihrem Dorf bzw. Ihrer Stadt, Ihrer Region, Deutschland, Europa: Sehr verbunden, ziemlich verbunden, nicht sehr verbunden, überhaupt nicht verbunden.“
- 6 Zur Relevanz ökonomischer Rationalität für die Einstellungen der Bürger zu Europa vgl. u.a. Marks/Hooghe 2003.

Duchesne, Sophie, Frogner, André-Paul, 1995: *Is there a European Identity?* S. 193- 226 in: Oskar Niedermayer, Richard Sinnot (Hg.), *Public Opinion and Internationalized Governance*. Oxford: Oxford University Press.

Europäische Kommission, 2004: *Eurobarometer 62. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union*. Brüssel.

Marks, Gary, Hooghe, Liesbet, 2003: *National Identity and Support for European Integration*. WZB Discussion Paper SP IV 2003-202. Berlin.

Noll, Heinz-Herbert, 2005: *Quality of Life and Societies. European Heterogeneity and/or Transatlantic Divide*. Präsentation in Rahmen der Tagung ‚Europe and North America – Societies in Contrast‘. Hanse Wissenschaftskolleg Delmenhorst, 6.-9. März (www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/Sources/presentation/US-Europe-Noll.pdf).

Risse, Thomas, 2000: *A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities*. S. 198-216 in: M.G. Cowles, J. Caporaso, T. Risse (Hg.), *Europeanization and Domestic Change*. Ithaca NY: Cornell University Press.

Risse, Thomas, Rieck, Christian, 2004: *An Emerging European Identity? What We Know, And How To Make Sense Of It*. *Forum Politikwissen.de* (www.politikwissen.de/expertenforum/exp_risse304.html).

Scheuer, Angelika, 1999: *A Political Community?* S. 25-46 in: Hermann Schmitt, Jacques Thomassen (Hg.), *Political Representation and Legitimacy in the European Union*. Oxford: Oxford University Press.

Heinz-Herbert Noll / Angelika Scheuer
ZUMA
(ISI 35, 2006: 1-5)

Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung

Einstellungen zum Sozialstaat im Spannungsfeld von staatlicher Absicherung und Eigenvorsorge

Wirtschaftliche und demografische Entwicklungen setzen den Sozialstaat seit den 90er Jahren verstärkt unter Druck. Dies zeigt sich auch in der politischen Debatte, bei der die Kosten der sozialen Sicherung zunehmend als eine Gefährdung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit diskutiert werden. Zudem gerät die staatliche Absicherung in den Verdacht, über eine Bevormundung der Bürger eine Abhängigkeitsmentalität zu erzeugen. In der Folge ist ein sozialstaatlicher Umbau festzustellen, der sich durch Kürzungen des bisherigen Leistungsniveaus, aktivierende Elemente, die Förderung und Forderung von größerer Eigenverantwortung und Risikoversorge seitens der Bürger sowie eine Relativierung der Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung (Gewährleistungsfunktion) auszeichnet. Dieser Wandel des Sozialstaats kann in Konflikt geraten sowohl mit individuellen Wohlstandsansprüchen als auch mit kulturell erzeugten Deutungs- und Legitimationsmustern, die sich entlang der bisher geltenden Arrangements sozialer Sicherheit entwickelt haben. Darüber hinaus könnte die politische Leistung des Sozialstaats, die Bindung der Bürger an den Staat und die Herstellung eines gesellschaftspolitischen Konsenses in der Bevölkerung, in Mitleidenschaft gezogen werden. Daher wird im vorliegenden Beitrag die Akzeptanz der sozialpolitischen Veränderungsprozesse in der Bevölkerung untersucht. Neben der Beurteilung des Status Quo richtet sich der Fokus auf die Frage, welches Modell sozialstaatlicher Absicherung gewünscht wird. Befürworten die Bürger einen Politikwechsel im Sinne einer Stärkung der Eigenverantwortung oder halten sie an den bisherigen Wohlfahrtsansprüchen und Forderungen gegenüber dem Staat – und den daraus folgenden finanziellen Konsequenzen – fest?

Um die Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat zu untersuchen, verwenden wir verschiedene Indikatoren, die sich auf die Verteilungsgerechtigkeit, auf Zuständigkeiten und Ausgabenpolitiken sowie auf das Vertrauen und konkrete Reformvorschläge am Beispiel des Gesundheitswesens richten. Damit kann eruiert werden, inwieweit die Aufwertung liberaler Gerechtigkeitsvorstellungen (Leisering 2004) und die Neujustierung des Verhältnisses von Markt, Staat und privater Wohlfahrtsproduktion auf Akzeptanz oder auf Vorbehalte trifft.

Die Teilprivatisierung von sozialen Risiken gibt Anlass zu der Vermutung, dass der sozialstaatliche Konsens brüchig wird, weil die unterschiedlichen sozioökonomischen Voraussetzungen die Möglichkeiten zur Übernahme von Eigenverantwortung begrenzen. Daher wird in einem zweiten Schritt untersucht, welche strukturellen und kulturellen Kontexte die Einstellungen zum Sozialstaat beeinflussen und ob sich Polarisierungen zwischen Bevölkerungsgruppen in der Akzeptanz einer stärker marktförmig organisierten, individuellen oder einer umfassenden, auf dem Solidaritätsgedanken basierende Absicherung erkennen lassen. Einen besonderen Blick werfen wir dabei auch auf die bislang markanten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Datengrundlage für den vorliegenden Beitrag sind die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Einstellungen zum Sozialstaat“ (EZS), das vom BMGS (jetzt BMAS, BMG) in Auftrag gegeben wurde. Das von Prof.

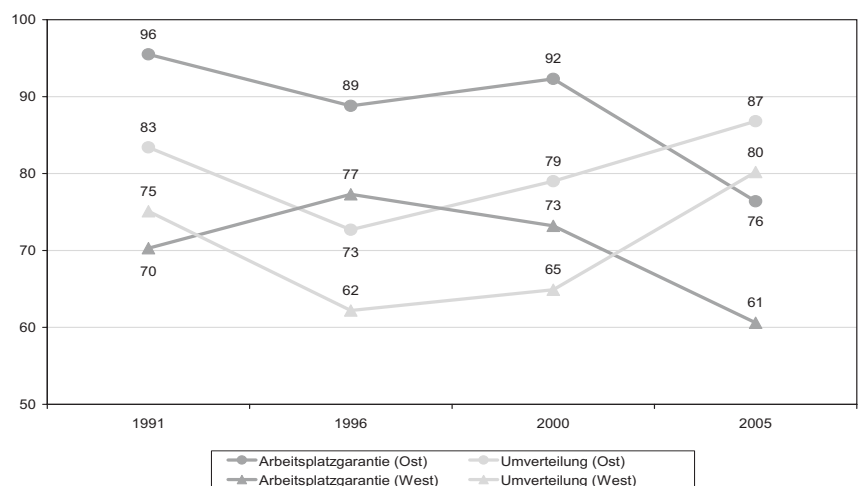
Wolfgang Glatzer und Prof. Alfons Schmid geleitete Projekt erstreckt sich insgesamt auf den Zeitraum von 2005 bis 2008 und beinhaltet vier repräsentative telefonische CATI-Bevölkerungsumfragen mit jeweils mindestens 5000 Personen. Grundgesamtheit ist die deutsche Wohnbevölkerung ab dem 18. Lebensjahr. Die verwendete Stichprobe für 2005 umfasst ungewichtet

5025 Interviews, wobei 2531 auf die neuen Bundesländern entfallen (zu Methode und Konzept vgl. Krömmelbein et al. 2006).

Hohe Zustimmung zu egalitärer Verteilungsgerechtigkeit

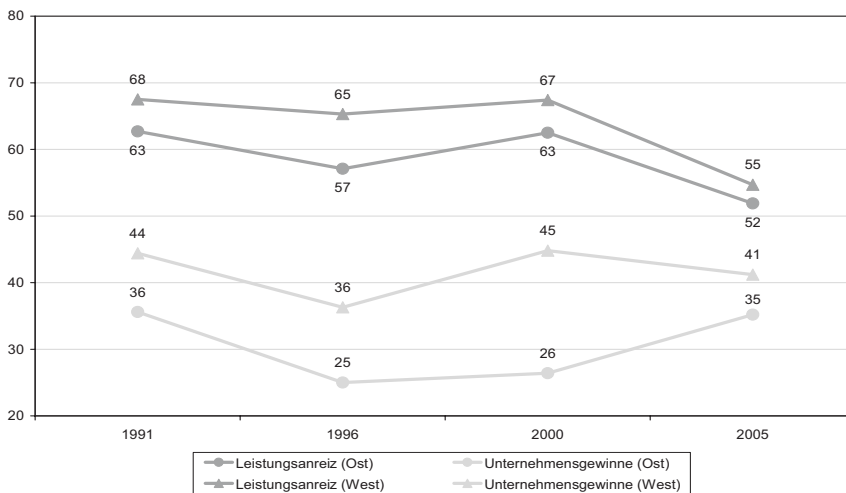
Durch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme erhalten Gerechtigkeitskonzepte, die der Stärkung der Eigenverantwortung für eine selbst bestimmte Lebensführung des Einzelnen oder dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen wirtschaftlichen Wachstums Priorität einräumen, einen größeren Stellenwert (vgl. Leisering 2004). Darüber werden vor allem der Markt als Instanz der Wohlfahrtsproduktion und die produktiven Anreizeffekte sozialer Ungleichheit aufgewertet. Ob dies zu einem kulturellen Wandel der Gerechtigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft führt, lässt sich anhand der Bewertung von Verteilungsergebnissen und von Verteilungsregeln erfassen (vgl. Noll/Christoph 2004: 99). Insbesondere die Bewertung von Verteilungsregeln zeigt, welche Bedeutung dem Leistungsprinzip des Marktes und dem Sozialprinzip staatlicher Intervention im Bewusstsein der Menschen zukommt. Zur Operationalisierung unterscheiden wir zwischen individualistischen und egalitaristischen Gerechtigkeitsvorstellungen (vgl. Mühleck 2003).¹ Individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen legitimieren soziale Ungleichheiten anhand der produktivistischen Gerechtigkeit und der Leistungsgerechtigkeit des Marktes, die eine Motivations- und Anreizfunktion enthält. Demgegenüber gehen egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen von einer begrenzten Rationalität des Marktes aus, die zu nicht erwünschten oder sogar zu kontraproduktiven Verteilungsergebnissen führt. Erst die staatliche Intervention und Verteilungsprinzipien des Bedarfs oder der Gleichheit führen demnach zu einer gerech-

Grafik 1: Egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen (Zustimmung, in %)



Arbeitsplatzgarantie: „Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.“ Umverteilung: „Das Wichtigste ist, dass die Menschen bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn das Umverteilung erfordert.“

Quelle: Panel des International Social Justice Project (ISJP) für 1991-2000, Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat“ (EZS) 2005

Grafik 2: Individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen (Zustimmung, in %)

Leistungsanreiz: „Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.“ Unternehmensgewinne: „Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.“

Quelle: ISJP-Panel für 1991-2000, EZS 2005

ten Verteilung des Reichtums. Die Ergebnisse der EZS-Umfrage zeigen, dass die Akzeptanz von egalitären Verteilungsnormen im Vergleich zur individualistischen Gerechtigkeitsideologie deutlich stärker ausfällt. Dies korrespondiert mit einem eher kritischen Blick der Bevölkerung auf die Verteilungsgerechtigkeit – rund 80% sind der Auffassung, dass die soziale Gerechtigkeit in jüngster Zeit abgenommen hat, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind und starke Konflikte zwischen armen und reichen Bevölkerungsgruppen existieren. Ebenso stimmen über 80% der Befragten dem sozialstaatlichen Bedarfsprinzip, nach dem es am wichtigsten ist, „dass die Menschen bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn das Umverteilung bedeutet“ zu. Noch fast zwei Drittel sehen den Staat in der Verantwortung, bei Versagen des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze für die Menschen bereit zu stellen. An dieser Stelle sind auch die größten Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland auszumachen (Grafik 1). Demgegenüber fällt die Akzeptanz individualistischer Gerechtigkeitsvorstellungen geringer aus. Nur etwa die Hälfte stimmt der Aussage zu, dass „ein Anreiz zur Leistung ... nur dann (besteht), wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind“. Noch geringer ist die Akzeptanz der produktivistischen Gerechtigkeitsvorstellung, dass „hohe Unternehmensgewinne ... ihre Richtigkeit (haben), weil letztlich alle davon profitieren“ (Grafik 2).

Veränderungen zeigen sich in beiden Gerechtigkeitsvorstellungen. Innerhalb egalitärer Einstellungsmuster erhält die Gewährleistung einer Bedarfssicherung durch staatliche Sozialpolitik eine größere Priorität, während die Erwartungen an weitergehende staatliche Eingriffe in die Wirtschaft (der Staat sollte Arbeitsplätze bereitstellen) in beiden Landesteilen rückläufig sind. Zugleich ist eine leichte Erosion individualistischer Gerechtigkeitsvorstellungen zu verzeichnen, da die Zustimmung zur Motivations- und

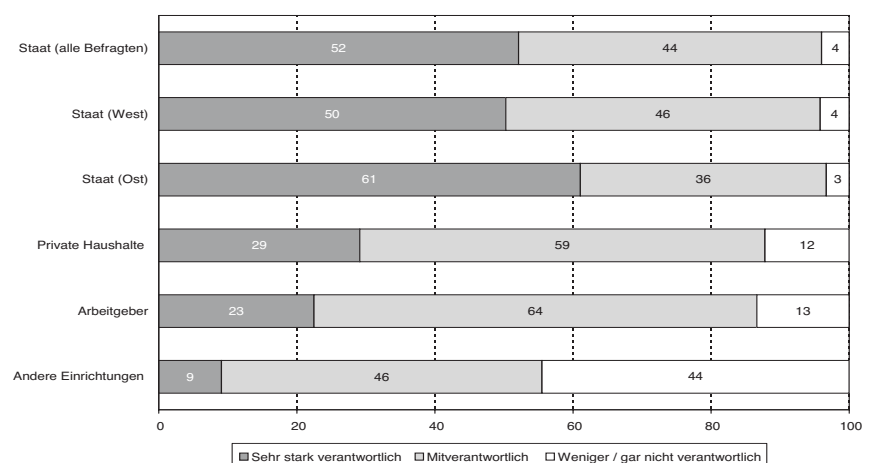
Anreizfunktion der Einkommensunterschiede in beiden Landesteilen abgenommen hat und insgesamt um 13 Prozentpunkte niedriger liegt als 1991. Dies trifft für die produktivistische Gerechtigkeitsnorm nicht in gleicher Weise zu. Auffälliger ist hier im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem Jahr 2000 die gegenläufige Entwicklung in Ost- und Westdeutschland.

Hohe Wohlfahrtsansprüche und begrenzte Akzeptanz von Eigenverantwortung

Als grundlegend für die gegenwärtige Reformpolitik kann die Aufwertung der Eigenverantwortung und die Neuaufteilung von Verantwortung unter staatlicher Zuständigkeit angesehen werden. Diesem Wandel folgt die Bevölkerung nur in Ansätzen (Grafik 3). Nach wie vor wird der Staat

mehrheitlich als hauptverantwortlich für die soziale Sicherung angesehen.² Zugleich sieht jedoch eine überwältigende Mehrheit von fast 90% auch jeden einzelnen Bürger und die Arbeitgeber in der Verantwortung. Damit dominiert die Vorstellung einer geteilten Verantwortung, wobei sich allerdings bei beiden Akteuren die Einschätzung von sehr starker Verantwortung zu abgeschwächter Mitverantwortung verschiebt. Eine weitere Frage nach dem gewünschten Umfang zukünftiger Eigenverantwortung, die auch explizit die finanzielle Zuständigkeit für die soziale Sicherung einschließt und zwischen den Teilsystemen differenziert, verweist jedoch auf die Grenzen der Akzeptanz von privater Risikoversorge, denn die Bevölkerung ist in dieser Frage eher gespalten. Nur eine knappe Mehrheit plädiert dafür, dass der Einzelne in Zukunft mehr Verantwortung zu übernehmen hat, wobei sich nur bis zu maximal 12% der Befragten für „viel mehr“ Eigenverantwortung aussprechen. Am stärksten ist die Akzeptanz der Eigenverantwortung in den Bereichen Altersvorsorge und Pflege; am geringsten hinsichtlich des sozialen Risikos der Erwerbs- und Einkommenslosigkeit, was sich damit erklären lässt, dass in diesen Fällen die finanzielle Situation den Möglichkeiten der Eigenvorsorge bereits Grenzen setzt (Tabelle 1).

Ein zentraler Indikator für den Grad der Anpassung der Wohlfahrtserwartungen an die gegenwärtige Problemlage und Reformpolitik ist der Wunsch nach Kürzung oder Ausweitung staatlicher Ausgaben. Dabei wird deutlich, dass trotz „leerer Kassen“ eine Kürzung der staatlichen Sozialausgaben nicht gewünscht wird. Die meisten plädieren sogar für eine Ausweitung der sozialstaatlichen Ausgaben – oder mindestens für eine Beibehaltung des gegenwärtigen Niveaus. Priorität genießt dabei die Unterstützung von Familien und Kindern. Lediglich bei den Zielen, die sich auf die Lebensstandardsicherung bei Erwerbsunfähigkeit, im Alter und

Grafik 3: Zuständigkeit für soziale Sicherung (in %)

Indikator: „Bitte sagen Sie mir, wie stark der Staat, die private Haushalte, die Arbeitgeber oder andere Einrichtungen wie z.B. Kirchen oder Wohlfahrtsverbände für die soziale Sicherung verantwortlich sein sollten.“

Quelle: EZS 2005

Tabelle 1: Erwünschte Eigenverantwortung in Zukunft (in %)

	Viel mehr / mehr	Gleich- bleibend	Weniger / keine	
Lebensstandard im Alter	65	30	5	
Pflege im Alter und bei Krankheit	60	33	7	
Gesundheitliche Versorgung	54	38	8	
Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit	53	39	8	
Lebensstandard bei Arbeitslosigkeit	Ost	46	43	11
	West	53	38	9

Indikator: „Inwieweit sollte der Einzelne für die folgenden Dinge mehr Verantwortung übernehmen, d.h. auch mehr Eigenfinanzierung leisten?“

Quelle: EZS 2005

Tabelle 2: Erwünschte Staatsausgaben in Zukunft (viel mehr / mehr, in %)

	Ost	West
Familien und Kinder unterstützen	88	77
Pflege im Alter und bei Krankheit	70	66
Gesundheitliche Versorgung	68	56
Grundsicherung für Bedürftige	64	54
Lebensstandard im Alter	55	49
Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit	57	49
Lebensstandard bei Arbeitslosigkeit	49	41

Indikator: „Und für welche Ziele sollte der Staat mehr oder weniger Geld ausgeben? (...) Bedenken Sie dabei, dass höhere Ausgaben auch höhere Steuern und Abgaben erfordern können.“

Quelle: EZS 2005

bei Arbeitslosigkeit beziehen, befürwortet etwa die Hälfte eine Beibehaltung des Status quo oder eine Einschränkung des Umfangs sozialstaatlichen Handelns, wobei auf den Wunsch nach Kürzung 8-14% entfallen. Darin drückt sich ansatzweise eine schwache Akzeptanz von Abstrichen im Niveau der sozialen Sicherung aus, da diese Bewertungen der Reformpolitik zu folgen scheinen (Tabelle 2).

Insgesamt sind die Wohlfahrtsansprüche an den Sozialstaat in Ostdeutschland höher. Ein größerer Bevölkerungsanteil nimmt hier die staatlichen Ausgaben als zu niedrig wahr und die Bereitschaft zur Übernahme der privaten Risikovorsorge fällt etwas geringer aus. Dieser auch in der Vergangenheit bereits ermittelte Befund kann als Indiz für sozialisatorische Effekte gewertet werden, zumal das Anspruchsniveau auch mit dem Alter der Bürger variiert (vgl. Tabelle 4). Zusammenfassend lässt sich bislang nicht von einer kulturellen Wende oder einer abnehmenden Akzeptanz eines umfassenden und kompensatorischen Sozialstaatsmodells sprechen. Zwar wird Eigenverantwortung grundsätzlich akzeptiert, dies bedeutet aber nicht, dass die Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung in Frage gestellt wird. Vielmehr besitzt der traditionelle, expansive Sozialstaat in den Einstellungen der Bürger weiterhin einen hohen Stellenwert.

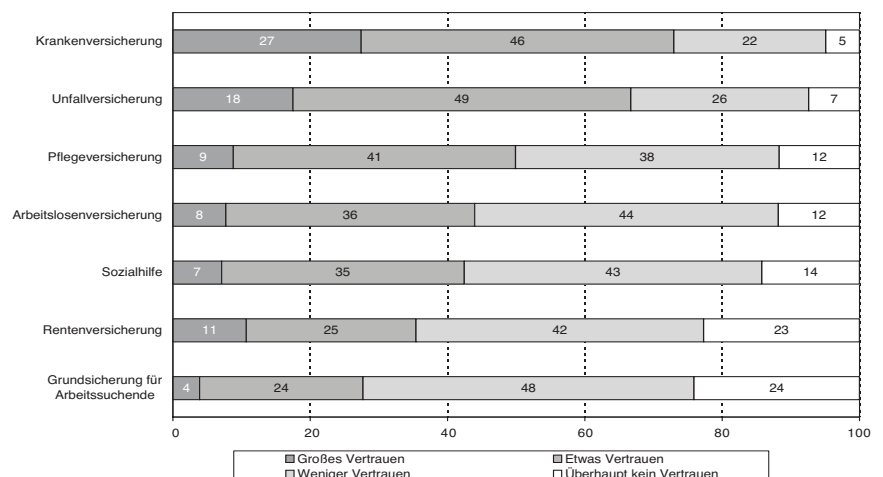
Das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme ist teilweise gering

Vor diesem Hintergrund sind auch die Ergebnisse hinsichtlich des Ausmaßes des Vertrauens zu interpretieren, das die Bürger dem Sozialstaat und seinen Einzelsystemen

entgegenbringen. Da auch weiterhin an der sozialstaatlichen Kernvorstellung eines abgesicherten Lebens festgehalten wird, ist das Vertrauen in die einzelnen Sicherungssysteme als Indikator für die wahrgenommene Qualität der an dieser Kernvorstellung gemessenen staatlichen Sicherungsleistungen zu werten. Es zeigt sich, dass das Vertrauen in die soziale Sicherung nicht sehr stark ausgeprägt ist, wobei zwischen Ost und West keine auffälligen Unterschiede in der Einschätzung bestehen. Durchschnittlich hat etwa die Hälfte der Bevölkerung weniger oder kein Vertrauen in den Sozialstaat. Das Antwortverhalten weist allerdings, bezogen auf die spezifischen Sicherungssysteme,

starke Schwankungen auf. So genießt das Gesundheitswesen trotz andauernder Debatten über seine Finanzierbarkeit mit einem Anteil von drei Vierteln der Befragten, die etwas oder großes Vertrauen bekunden, ein hohes Ansehen (Grafik 4). Obwohl man sich im Zuge der derzeit durchgeführten Reformen auf geringere Leistungsansprüche und höhere Zuzahlungen einzustellen hat, wird die Idee einer angemessenen und gesetzlich garantierten Unterstützung im Krankheitsfall als gut umgesetzt angesehen. Sehr viel geringer ist dagegen das Vertrauen in die einzelnen Institutionen der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Weniger als die Hälfte der Bürger vertrauen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe; bei der neu geschaffenen Grundsicherung für Arbeitssuchende rutscht der Anteil der vertrauenden Personen sogar auf unter 30% ab. Die geringen Vertrauenswerte dürften mit den Auswirkungen der letzten Arbeitsmarktreform in Zusammenhang stehen, bei der Dauer und Höhe der Lohnersatzleistungen reduziert und Zumutbarkeiten bei der Vermittlung einer neuen Arbeitsstelle erhöht wurden. Gerade bezüglich des neu eingeführten Arbeitslosengelds II scheint sich für die Bürger das Leistungsniveau nicht im Einklang mit den verinnerlichten Werten einer umfassenden sozialen Absicherung zu befinden. Hierbei dürfte allerdings zu berücksichtigen sein, dass die neue (ab 1. Januar 2005) Grundsicherung für Arbeitssuchende zum Zeitpunkt der Befragung (Frühjahr 2005) sich gerade in der Einführungsphase befand. Ähnlich schlechte Ergebnisse zeigen sich für die Rentenversicherung, der nur ein Drittel der Bevölkerung zutraut, eine angemessene Sicherung des Lebensstandards im Alter bei gleichzeitig bezahlbaren Beiträgen bewerkstelligen zu können. Neben einer Reduzierung des Rentenniveaus durch die Reform 2005 kann dies vor allem dem zunehmenden demographischen Ungleichgewicht zwischen alten und jungen Bevölkerungsteilen geschuldet sein, das den Erhalt der Funktionsfähigkeit

Grafik 4: Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme (in %)



Indikator: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen der sozialen Sicherung und Sie sagen mir bitte bei jeder Einrichtung, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen.“

Quelle: EZS 2005

der gesetzlichen Rentenversicherung in ihrer jetzigen Form fragwürdig erscheinen lassen.

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Fähigkeit des Staates, vor dem Hintergrund gravierender sozialer Wandlungsprozesse eine zufrieden stellende Antwort auf gesellschaftliche Risiken geben zu können, eher skeptisch beurteilt wird. Damit dürfte eine Reduzierung des individuellen Sicherheitsgefühls einhergehen. Bisher ist es nicht gelungen, durch liberale Reformmaßnahmen Vertrauen in die soziale Sicherung aufzubauen.

Reformen des Gesundheitswesens stoßen auf geteiltes Echo

Betrachtet man die Akzeptanz konkreter Reformrichtungen am Beispiel des Gesundheitswesens, bestätigt sich dieses Bild. 2004 wurden mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz eine Reihe von Veränderungen im Gesundheitssystem verabschiedet. Diese umfassen neben Zuzahlungen für Medikamente und medizinische Behandlungen den Wegfall von einigen Leistungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen, eine höhere Transparenz in der Kostenabrechnung sowie die Möglichkeit der Einführung von Bonussystemen durch die Krankenkassen. Hierdurch sollen neben dem Ziel einer finanziellen Entlastung für die Krankenkassen das individuelle Gesundheitsbewusstsein der Bürger gestärkt und Anreize für ein eigenverantwortliches Gesundheitsverhalten gesetzt werden.

Die eingeführten Aktivierungselemente stießen dabei auf ein geteiltes Echo in der Bevölkerung. Die Forderungen nach höheren Zuzahlungen und Leistungskürzungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden sehr kritisch beurteilt. Nur jeder vierte Bundesbürger – in Ostdeutschland gar nur jeder Sechste – stimmt diesen Reformmaßnahmen zu (Tabelle 3). Positiv wird dagegen die Möglichkeit bewertet, einen Teil der Gesundheitsvorsorge in Zukunft selbst nach dem individuellen Bedarf regeln zu können. Eine Mehrheit von 60% sieht darin eine Verbesserung, wobei auch hier die Zustimmung in den neuen Bundesländern geringer ist. Die Einstellungen sind also gespalten. Dort, wo der aktivierende Sozialstaat mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten schafft, wird er durchaus begrüßt. Sobald sich jedoch die Aufmerksamkeit auf die stärkere finanzielle Eigenbeteiligung richtet, überwiegen ablehnende Beurteilungen. Die in Ostdeutschland zu beobachtende vehementere Ablehnung aller drei Reformrichtungen bringt zum einen die insgesamt schlechtere finanzielle Lage der Menschen und die daraus sich ergebenden geringeren Spielräume zum Ausdruck, zum anderen eine allgemein vorherrschende Skepsis gegenüber einer stärker auf Eigenverantwortung setzenden Sozialpolitik.

Die gesetzliche Krankenversicherung zeichnet sich durch eine starke Orientierung am

Solidarprinzip aus, bei der die Leistungen für alle gleich sind, während die Beiträge an die Höhe der Einkommen gekoppelt werden. Neben den oben behandelten Reformmaßnahmen gibt es Überlegungen zur Veränderung dieser Finanzierungsweise. Zum einen wird unter der Bezeichnung „Gesundheitsprämie“ eine Entkopplung der Beiträge vom Einkommen diskutiert, zum anderen wird mit der „Bürgerversicherung“ der Vorschlag gemacht, das Solidarprinzip auf weitere Einkommensarten auszuweiten. Es zeigt sich, dass die Bevölkerung zum großen Teil am Modell des Solidarprinzips festhält und eine Abkehr davon nicht akzeptiert. Gerade mal ein Drittel stimmt der Aussage zu, dass „alle (...) den gleichen Geldbetrag zahlen (sollten), denn die Leistungen sind auch für alle gleich“. Dagegen begrüßt eine Mehrheit von 60% die Idee, neben Löhnen und Gehältern alle Einkommensarten zur Finanzierung hinzuzuziehen. Durch die Einstellungen zu den Reformmaßnahmen kann die Beurteilung der Idee einer stärkeren Eigenverantwortung präzisiert werden. Sobald hiermit konkret höhere Zuzahlungen und Eigenleistungen sowie eine Relativierung traditioneller Sozialstaatsprinzipien verbunden sind, verwandelt sich die Einschätzung von einer grundsätzlichen Zustimmung in eine tendenzielle Ablehnung.

Leistungsfähige befürworten eher mehr Eigenvorsorge, Schwächere fordern Versorgung

In der vorhergehenden Darstellung wurden Einstellungen zu grundlegenden Elementen des Wandels von einer versorgenden zu einer eher aktivierenden Sozialpolitik aufgezeigt. Im letzten Schritt wird nun untersucht, ob sich Polarisierungstendenzen in der Zustimmung bzw. Ablehnung beider Sozialstaatsmodelle zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen erkennen lassen. Hierfür wurden polarisierende Ansichten aus der Untersuchung zu Deutungsmustern einer entweder „liberal-aktivierenden“ oder einer „egalitär-versorgenden“ Sozialpolitik verdichtet.³

Grundsätzlich lassen sich diese Einstellungsmuster einerseits aus den spezifischen Interessen und der Nutzenorientierung der Menschen, andererseits aus grundlegenden

Normen und Werten erklären, die wiederum in Wechselwirkung zueinander stehen (vgl. Andreß/Heien/Hofäcker 2001). Um ein umfassendes Bild der Determinanten sozialstaatlicher Einstellungen zu erhalten, wird daher der Einfluss der sozioökonomischen Lage, des subjektiven Wohlbefindens sowie von sozialisatorischen Effekten in einem linearen Regressionsmodell überprüft.

Zunächst lässt sich festhalten, dass sowohl kulturelle als auch strukturelle Bestimmungsfaktoren teilweise erklären, welches Deutungsmuster von den Bürgern vertreten wird (Tabelle 4). Einen durchgängig starken Einfluss haben vor allem das Haushaltseinkommen und die subjektive Lebenszufriedenheit, wobei sich der erwartbare Effekt zeigt: Diejenigen, die objektiv zu den Gewinnern der Gesellschaft zählen bzw. sich als solche wännen, befürworten einen liberal-aktivierenden Sozialstaat, während die strukturell weniger Leistungsfähigen bzw. eher Unzufriedenen sich eine weiterhin umfassend absichernde Sozialpolitik wünschen, wobei dies gleichermaßen für Ost- und Westdeutschland zutrifft.

Des Weiteren befürworten Personen mit niedrigem Bildungsniveau und Frauen eine umfassendere Sozialpolitik. Während letzteres als geschlechterspezifischer Sozialisatorischeffekt interpretiert werden kann, führt höhere Bildung offenkundig stärker zu dem subjektiven Gefühl der „Gestaltbarkeit“ des eigenen Lebens, das die Akzeptanz von Eigenverantwortung fördert. Dies trifft ebenso auf die Selbstständigen zu, deren Selbstverständnis, sich für die eigene Position und soziale Lage verantwortlich zu sehen sich vor allem vor dem Hintergrund der ostdeutschen Erfahrungen sehr stark auswirkt. Demgegenüber spielt der Status einer abhängigen Beschäftigung, der vor allem die Ablehnung größerer Eigenvorsorge und Eigenverantwortung in der sozialen Sicherung erklärt, nur im Westen eine Rolle. Insbesondere die westdeutschen Erwerbstätigen scheinen somit die Kosten des Sozialstaats in den Blick zu nehmen und sich von einer aktivierenden Sozialpolitik keine Entlastung zu versprechen.

Die Erwartungen an eine versorgende, auch Einkommensdifferenzen ausgleichende

Tabelle 3: Reformrichtungen im Gesundheitswesen (Zustimmung, in %)

	West	Ost
Die Leistungen sollten eingeschränkt werden, um die Beiträge stabil zu halten.	23	18
Es sollten höhere Zuzahlungen und Eigenleistungen erbracht werden, um das Gesundheitswesen zu entlasten.	27	16
Es ist besser, wenn man einen Teil der Gesundheitsvorsorge selbst regeln kann. Dann kann man seinen Bedarf selbst bestimmen.	61	55
Alle sollten den gleichen Geldbetrag zahlen, denn die Leistungen sind auch für alle gleich.	32	37
Nicht nur Löhne und Gehälter, sondern alle Einkommensarten sollten zur Finanzierung der Gesetzlichen KV beitragen.	58	61

Quelle: EZS 2005

Tabelle 4: Einflussgrößen sozialstaatlicher Deutungsmuster in Ost und West (Multiple lineare Regressionen)

		GESAMT		WEST		OST	
		aktivierend	versorgend	aktivierend	versorgend	aktivierend	versorgend
Ostdeutsch	β	-.07***	.11***				
Haushaltseinkommen	β	.09***	-.14***	.09***	-.13***	.07**	-.14***
Erwerbstätig	β	-.10***	.04*	-.12***	.05*	-.02	.01
Selbstständig	β	.05**	-.07***	.03	-.06*	.13***	-.17***
Alter	β	-.02	.09***	-.01	.07**	-.07**	.26***
Weiblich	β	-.08***	.13***	-.08***	.14***	-.08***	.08***
Bildung: hoch	β	.06***	-.18***	.08***	-.19***	-.01	-.17***
Haushalte mit Kindern	β	-.01	-.01	-.02	.00	.00	-.07**
Gerechter Anteil	β	.07***	-.14***	.06**	-.14***	.13***	-.14***
Zufriedenheit	β	.08***	-.10***	.07**	-.11***	.14***	-.11***
R ²		.072	.198	.061	.172	.104	.272
adj. R ²		.069	.197	.057	.168	.100	.269
N		4.230	4.230	2.074	2.074	2.066	2.066

* $p \leq .05$, ** $p \leq .01$, *** $p \leq .001$. Fehlwerte: fallweise eliminiert. Alle Berechnungen mit gewichteten Fällen durchgeführt.

Quelle: EZS 2005

intensität staatlicher Sozialpolitik und der Verringerung von Einkommensdifferenzen, eine hohe Bedeutung der Sicherung von Lebens- und Versorgungsstandards, die Ausweitung der Versicherungspflicht im Gesundheitswesen auf Beamte und Selbstständige sowie egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen. Zugrunde liegt in beiden Fällen die Erkenntnis, dass die Forderung nach beispielsweise überdurchschnittlich hohen Staatsausgaben auch häufiger vom Wunsch nach Verringerung der Einkommensunterschiede und einer umfassenden Versicherungspflicht im Gesundheitswesen begleitet werden, die Befragten also weitgehend konsistente sozialstaatliche Einstellungen entwickeln.

Andreß, Hans-Jürgen, Heien, Thorsten, Hofäcker, Dirk, 2001: *Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Braun, Michael, 1998: *Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat: Einstellungswandel in Ost- und Westdeutschland*. S. 115-138 in: Michael Braun, Peter Mohler (Hg.), *Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag. Krömmelbein, Silvia, Bieräugel, Roland, Glatzer, Wolfgang, Nüchter, Oliver, Schmid, Alfons, 2006: *Einstellungen zum Sozialstaat. Repräsentative Querschnittsuntersuchung zu grundsätzlichen gesundheits- und sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung (im Erscheinen)*. Leisering, Lutz, 2004: *Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. Normative Diskurse im Umbau des Sozialstaats*. S. 29-68 in: Stefan Liebig, Holger Lengfeld, Steffen Mau (Hg.), *Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften*. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Mühleck, Kai, 2003: *Stabilität von Einstellungen. Gerechtigkeitsideologien im ISJPPanel 2000-2002*. ISJP Arbeitsbericht Nr. 97. Berlin.

Noll, Heinz-Herbert, Christoph, Bernhard, 2004: *Akzeptanz und Legitimität sozialer Ungleichheit. Zum Wandel von Einstellungen in West- und Ostdeutschland*. S. 97-125 in: Rüdiger Schmitt-Beck, Martina Wasmer, Achim Koch (Hg.), *Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit Allbus-Daten aus zwei Jahrzehnten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Silvia Krömmelbein / Oliver Nüchter
(unter Mitarbeit von Roland Bieräugel)
Universität Frankfurt
(ISI 36, 2006: 1-6)

Sozialpolitik sind im Osten grundsätzlich deutlich höher. Damit bestätigt sich, dass die ostdeutsche Bevölkerung nach wie vor eine stärker egalitäre Einstellung hat und insbesondere die Rolle des Staates für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit für wichtiger erachtet. Unterstrichen wird dies durch den Einfluss der Altersvariable: Während in Ostdeutschland mit zunehmendem Alter der Wunsch nach einem egalitär-versorgenden Sozialstaat zunimmt, ist dieser Effekt im Westen weitaus geringer. Die Vorstellungen zur Verteilungsgerechtigkeit und zum Staatsinterventionismus sind hier möglicherweise ein Indiz für das kognitive Erbe der Sozialisationserfahrungen in der ehemaligen DDR, das jedoch zunehmend geringere Relevanz zu besitzen scheint. Bislang wurde das über alle sozialen Gruppen hinweg wahrgenommene Gefühl einer kollektiven Benachteiligung als Erklärung für die geringere Varianz ostdeutscher Einstellungen herangezogen (vgl. Braun 1998); die in der vorliegenden Analyse größere Varianz ostdeutscher Einstellungen stützt diese Annahme nicht. Dies deutet auf ein Aufbrechen kollektiver Überzeugungen und sich vergrößernde Interessenkonflikte zwischen den sozialen Gruppen hin, womit auch ein Schwinden der ostdeutschen „Wirkmentalität“ verbunden sein dürfte.

Der Sozialstaat als Instrument der umfassenden Absicherung von Lebensrisiken genießt nach wie vor hohe Wertschätzung. Allerdings wird der konkreten sozialstaatlichen Praxis teilweise Kritik und Misstrauen entgegengebracht. Eine aktivierende Sozialpolitik stößt auf begrenzte Akzeptanz in der Bevölkerung; der Gedanke größerer Eigenverantwortung findet dann Zustimmung, wenn keine konkrete finanzielle Belastung droht. Zugleich werden hohe und umfassende Wohlfahrtsansprüche aufrechterhalten, für deren Befriedigung nach wie vor der Staat verantwortlich gesehen wird.

Angesichts konkurrierender Gestaltungsmodelle und zugrunde liegender Gerechtigkeitsvorstellungen scheint der in der Vergangenheit starke sozialstaatliche Konsens etwas zu erodieren. Die Zustimmung zu dem jeweiligen Sozialstaatsmodell hängt dabei in hohem Maße von der sozioökonomischen Lage und der subjektiven Zufriedenheit ab, während zugleich sozialisationsbedingte Ost-West-Differenzen im Zeitverlauf abnehmen. Dies wiederum legt den Schluss nahe, dass ein weiteres Auseinanderdriften der Lebensverhältnisse der Bevölkerung und eine Verschärfung bestehender Verteilungskonflikte zu einer größeren Polarisierung sozialstaatlicher Einstellungen führen werden.

- 1 Die Operationalisierung knüpft an das Instrument „Gerechtigkeitsideologien“ des International Social Justice Project an. Unser Dank gilt der Arbeitsgruppe International Social Justice Project (ISJP), die uns die Auswertungen der vergangenen Jahre zur Verfügung gestellt hat.
- 2 Bereits in der Vergangenheit war stets eine überwältigende Mehrheit von rund 90% der Menschen der Auffassung, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat (vgl. Statistisches Bundesamt 2004: 653).
- 3 Für die „liberal-aktivierende“ Sozialpolitik wurden folgende Items zu einem Index verdichtet: die Akzeptanz einer in Zukunft größeren Eigenverantwortung, eine hohe Bedeutung der Förderung von mehr Eigenverantwortung, die Akzeptanz von Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen und der individuellen Regelung des eigenen Versicherungsstatus sowie individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen. Die „egalitär-versorgende“ Sozialpolitik wurde mit folgenden Items gemessen: dem Wunsch nach hoher In-

Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen

Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben

Analysen der materiellen Ungleichheit und relativen Armut stützen sich nicht nur in Deutschland zumeist auf das den privaten Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen. Für vergleichende Untersuchungen der Armut in der Europäischen Union hat sich eine Definition durchgesetzt, der zufolge als arm gilt, wer über weniger als 60% des durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens verfügt. Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung heißt es: „Die Höhe des Einkommens kann als zentraler Indikator für den Lebensstandard oder die Lebensqualität gelten. Auch wenn Armut eine mehrdimensionale Benachteiligung darstellt, kann von den verfügbaren Mitteln indirekt darauf geschlossen werden, welches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe gelingt“ (S. 6). Damit wird betont, dass das Interesse nicht in erster Linie der Verteilung der Einkommen an sich gilt, sondern das Einkommen als Indikator für den materiellen Lebensstandard oder gar die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe betrachtet wird. In der Fachdiskussion ist jedoch durchaus umstritten, inwiefern das Einkommen als Indikator für den Lebensstandard die erste Wahl ist. Von verschiedenen Experten werden vielmehr die Ausgaben für den Konsum als der bessere Indikator für Lebensstandard und Wohlfahrt betrachtet.¹ Vor diesem Hintergrund erscheint es für die Analyse von Ungleichheit und Armut von Bedeutung und Interesse, Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Ausgaben zu untersuchen und die Konsequenzen einkommens- und ausgabenbasierter Betrachtungen zu beleuchten.

Im Zentrum der nachfolgenden Analysen steht die Frage, wie sich die Verteilungen von Haushaltseinkommen und -ausgaben unterscheiden und welche Konsequenzen sich aus der Wahl einer einkommens- oder ausgabenbasierten Betrachtung für die Diagnose von Ausmaß, Struktur und Entwicklung der Ungleichheit und relativen Armut ergeben. Im Einzelnen wird untersucht,

- in welcher Relation Einkommen und Ausgaben zueinander stehen und wie sich ihre Verteilungen gemessen an zusammenfassenden Ungleichheitsmaßen unterscheiden und über die Zeit entwickelt haben;
- welche Implikationen eine einkommensbasierte im Vergleich zu einer ausgabenbasierten Armutsmessung für Niveaus, Trends und Strukturen der relativen Armut hat;
- welche Faktoren zur Erklärung von Differenzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutquoten beitragen;
- wie sich die auf der Grundlage von Einkommen und Ausgaben definierten Armutspopulationen in ihrem Lebensstandard unterscheiden.

Die Datengrundlage, die für die nachfolgenden Analysen verwendet wird, sind die Mikrodatenfiles der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes aus den Jahren 1983, 1993, 1998 und 2003. Bei der EVS² handelt

es sich um eine Quotenstichprobe von ca. 0,2% der privaten Haushalte; den hier vorgestellten Analysen liegen die Scientific Use Files, d.h. Substichproben zugrunde, deren Umfang im Zeitverlauf variiert (2003: 80% bzw. 42.744 Haushalte). Seit 1993 sind auch Haushalte mit ausländischen Bezugspersonen in die Erhebung einbezogen. Zu beachten ist dabei, dass die Stichprobe auf Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von bis zu 25.000 DM im Jahr 1983 sowie 35.000 DM in den Jahren 1993 und 1998 bzw. 18.000 Euro 2003 beschränkt ist, also Bezieher extrem hoher Einkommen nicht erfasst werden. Das den nachfolgenden Analysen zugrunde liegende Einkommen ist das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen, das auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet wird. Damit werden Haushalte unterschiedlicher Größe und Struktur vergleichbar gemacht. Als Äquivalenzskala wird die so genannte modifizierte OECD-Skala verwendet.³ Für sämtliche Analysen wurde ein Hochrechnungsfaktor verwendet, der statistische Aussagen auf der Ebene von Personen erlaubt. Das Nettoeinkommen ergibt sich nach dem der EVS zugrunde liegendem Konzept aus der Summe aller erzielten Einkünfte (inklusive Weihnachtsgeld/Urlaubsgeld etc., Einkünften aus Vermietung, Verpachtung, Vermögen – einschließlich einer unterstellten Eigentümermiete –, Sonderzahlungen und öffentlichen Zahlungen) abzüglich Steuern, Solidaritätszuschlag

und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung. Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ergibt sich aus der Summe der einzelnen monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Sach- und Geldvermögen sowie aus Kreditaufnahme sind nicht Bestandteil der Einkommen.

Auf der Grundlage der von den Haushalten berichteten Ausgaben für den privaten Konsum werden aus denselben Gründen und nach dem gleichen Prinzip – ebenfalls unter Verwendung der modifizierten OECD-Skala – Äquivalenzausgaben berechnet. Die Gesamtsumme der Konsumausgaben der privaten Haushalte umfasst sämtliche tatsächlich getätigten Käufe von Gütern und Dienstleistungen sowie einen fiktiven Betrag für den Wohnwert (imputed rent) im Falle selbst genutzten Wohneigentums.

Zunächst stellt sich aber die Frage, aus welchen Gründen Differenzen in der Verteilung von Einkommen und Ausgaben überhaupt zu erwarten sein könnten und inwiefern sich daraus Hypothesen über die Art der Differenzen ergeben. In der ökonomischen Literatur und der diesbezüglichen empirischen Forschung werden vor allem die folgenden Ursachen für Differenzen zwischen den Einkommen und Ausgaben privater Haushalte sowie deren unterschiedliche Verteilung genannt:

- Einkommen und Ausgaben können prinzipiell differieren, weil Einkommen nicht für Konsumzwecke ausgegeben werden müssen, sondern auch gespart werden und Konsumausgaben andererseits auch aus anderen Quellen als dem aktuellen Einkommen finanziert werden können.
- Infolge von Prozessen des Sparens und Entsparens gelten Ausgaben im Zeitverlauf als stabiler und weniger volatil als die Einkommen (u.a. Brewer/Goodman/Leicester 2006), die vor allem, aber nicht nur im Falle von unregelmäßig erzielten Einkommen, z.B. Einkommen aus temporären Beschäftigungsverhältnissen oder auch selbständigen Tätigkeiten, stärkeren Schwankungen unterworfen sind. Die Ausgaben der Haushalte werden daher in der ökonomischen Diskussion auch als besserer Indikator für das so genannte ‚permanent income‘ angesehen. Es ist überdies anzunehmen, dass mit den geringeren zeitlichen Schwankungen auch eine gleichmäßigere Verteilung der Verbrauchsausgaben einhergeht.
- Denkbar ist zudem, dass Informationen über die Haushaltseinkommen und -ausgaben mit unterschiedlicher Präzision und Zuverlässigkeit erhoben werden und damit unterschiedliche Messfehler aufweisen. Vorliegende Studien deuten darauf hin, dass Einkommensdaten größere Messfehler aufweisen als Daten über die Ausgaben. Dies scheint insbesondere im Bereich der unteren Einkommen der Fall zu sein (Meyer/Sullivan 2003), könnte sich jedoch

auch im Bereich der hohen Einkommen beständigen; entsprechende Studien stehen unseres Wissens allerdings noch aus.

- Bestimmte Einkommen, z.B. Einkommen, die in der so genannten Schattenwirtschaft erzielt werden, oder auch Einkünfte aus privaten Transfers, werden möglicherweise in statistischen Erhebungen nicht als solche deklariert, können aber für Konsumausgaben verwendet werden und sich gegebenenfalls in Ausgabendaten niederschlagen. Erste Aufschlüsse über Unterschiede in der Verteilung vermittelt eine Kreuztabellierung von relativen (in Prozent des Medians) Einkommens- und Ausgabenpositionen (Tabelle 1).

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass lediglich eine Minderheit – in Westdeutschland 30%, in Ostdeutschland 24% – der Personen, die sich in der untersten Einkommensposition befinden, gleichzeitig auch der niedrigsten Ausgabenklasse angehören. Das bedeutet, dass sich mehr als zwei Drittel der Westdeutschen und sogar gut drei Viertel der Ostdeutschen bei einer ausgabenbasierten Betrachtung relativ besser stellen als bei einer einkommensbasierten. Andererseits zeigt sich, dass die Mehrzahl der Personen im oberen Einkommensbereich niedrigere Ausgaben- als Einkommenspositionen einnehmen.

Einkommensschwache Haushalte geben mehr für den Konsum aus als sie an Einkommen beziehen

Diese Beobachtungen stehen im Einklang mit der seit über einem Jahrhundert bekannten Gesetzmäßigkeit einer mit steigendem Einkommen sinkenden Konsum- bzw. steigenden Sparquote: Bei einem durchschnittlichen Ausgabenanteil von 83% in Westdeutschland und 85% in Ostdeutschland gaben die am stärksten wohlhabenden Haushalte im Jahr 2003 weniger als 60% (West und Ost je 58%) ihres Einkommens für Konsumzwecke aus. Überraschend ist der Befund, dass die Konsumausgaben in der Gruppe der einkommensschwächsten Haushalte sogar deren Einkommen übersteigen: Für Personen in den Haushalten mit weniger als 50% des durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens betrugen die monatlichen Konsumausgaben im Jahre 2003 in Westdeutschland 116% und in Ost-

deutschland sogar 120% der monatlichen Einkommen. In absoluten Zahlen beträgt diese Differenz 2003 im Durchschnitt 212 Euro in Westdeutschland und 170 Euro in Ostdeutschland. Dieses in der englischsprachigen Literatur auch als „overspending“ bezeichnete Phänomen ist für die unterste Einkommensposition in Westdeutschland – mit zunehmender Intensität – für den gesamten Zeitraum seit 1983 zu beobachten, in Ostdeutschland seit 1998.

Aufschlüsse über die Ungleichheit bzw. Konzentration einer Verteilung liefert der Gini-Index als ein gebräuchliches zusammenfassendes Ungleichheitsmaß. Wie Tabelle 2 verdeutlicht, zeigt der Gini-Index für das Haushaltsäquivalenzeinkommen wie auch für die Haushaltsäquivalenzausgaben in Westdeutschland zwischen 1983 und 2003 eine zunächst zunehmende und dann auf konstant hohem Niveau verbleibende Ungleichheit an.⁴

Die Konsumausgaben sind fast ausnahmslos etwas weniger ungleich verteilt als die Einkommen. In Ostdeutschland ist der Gini-Index zwischen 1993 und 1998 sowohl für die Haushaltseinkommen als auch für die Haushaltsausgaben gestiegen und ist danach wieder etwas gesunken. Aber entgegen der Erwartung – und anders als in Westdeutschland – übersteigt das Ausmaß der Ungleichheit der Ausgaben in Ostdeutschland das der Einkommen in jedem der drei Beobachtungsjahre. Dies dürfte vor allem darin begründet sein, dass die Einkommensungleichheit in den ostdeutschen Bundesländern – vor allem bedingt durch die hohen Anteile von Transfereinkommen im Beobachtungszeitraum – im Vergleich zu Westdeutschland nach wie vor ungewöhnlich niedrig ausfällt.

Um einen detaillierteren Einblick in den unteren Bereich der Verteilung zu gewinnen, bietet sich die Betrachtung von relativen Armutsquoten und Armutsrisiken an. Dazu wurden sowohl einkommens- als auch ausgabenbasierte Armutsquoten bzw. Armutsrisikoquoten mit zwei alternativen Armutsgrenzen (<60% bzw. <50% des Medians der Haushaltsäquivalenzeinkommen) berechnet. Grafik 1 stellt den Verlauf der Armutsquoten über den Zeitraum von 1983 bis 2003 in Westdeutschland sowie 1993 bis 2003 in Ostdeutschland dar.⁵

Deutliche Diskrepanzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten

Ohne an dieser Stelle auf die Ergebnisse in allen Einzelheiten eingehen zu können, verdeutlicht die Darstellung, dass einkommens- und ausgabenbasierte Ansätze der Armutsmessung offenkundig zu unterschiedlichen Befunden nicht nur des Armutsniveaus, sondern auch der Armutsentwicklung kommen.

Die auf der Basis der Haushaltseinkommen berechneten Armutsquoten⁵ indizieren fast durchgängig ein höheres Armutsniveau als Armutsquoten, die auf der Grundlage der Konsumausgaben der Haushalte berechnet werden. Die an einer Armutsgrenze von 50% des Medians gemessenen Armutsquoten, auf die wir uns im Folgenden konzentrieren, erreichen bei einer einkommensbasierten Betrachtung im Jahre 2003 ein Niveau, das etwa doppelt so hoch ist wie bei einer ausgabenbasierten Betrachtung. Das gilt für die westlichen und östlichen Bundesländer gleichermaßen. Dabei hat sich die Differenz zwischen den einkommens- und ausgabenbasierten Quoten – in Ostdeutschland noch ausgeprägter als im Westen – im Zeitverlauf deutlich vergrößert. Bemerkenswert ist dabei insbesondere, dass der Befund einer über die Zeit tendenziell zunehmenden Armut, der sich auf der Basis von einkommensbasierten Armutsquoten ergibt, bei einer ausgabenbasierten Betrachtung nicht bestätigt wird.

Drastische Differenzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten ergeben sich insbesondere auch bei der Betrachtung gruppenspezifischer Armutsrisiken (Grafik 2). Während z.B. die Armutsquote (<50% des Medians) der Sozialhilfeempfänger bei einer einkommensbezogenen Betrachtung in Westdeutschland im Jahre 2003 65% (Ostdeutschland: 49%) betrug, ergibt sich bei einer ausgabenbezogenen Betrachtung eine weit darunter liegende Quote von 28% (Ostdeutschland: 24%). Für Arbeitslose betrugen die entsprechenden Quoten in Westdeutschland 40% (Einkommensarmut) und 17% (Ausgabenarmut), in Ostdeutschland 23% bzw. 8%. Ähnlich ausgeprägte Differenzen ergeben sich auch bei anderen Merkmalen, wie z.B. Alter und Familientyp. Dabei übertreffen die einkommensbasierten Armutsquoten die

Tabelle 1: Relative Ausgabenpositionen nach relativen Einkommenspositionen

Konsumausgaben	Einkommen											
	<50%		50-74%		75-99%		100-149%		150-199%		200+%	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
<50%	30	24	5	4	1	1	0	0	0	0	0	0
50-74%	53	58	44	48	17	18	7	6	2	2	1	1
75-99%	11	12	36	36	45	43	26	25	10	12	5	5
100-149%	4	3	12	10	31	32	50	52	48	51	27	33
150-199%	1	1	1	1	3	3	12	12	24	22	29	33
200+%	1	2	1	1	3	2	6	6	15	13	38	29
	100	100	99	100	100	99	101	101	99	100	100	101

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003

Tabelle 2: Gini-Index der Haushaltsäquivalenzeinkommen und -ausgaben

	Äquivalenzeinkommen		Äquivalenzausgaben	
	West	Ost	West	Ost
1983	0,24	-	0,23	-
1993	0,27	0,20	0,24	0,21
1998	0,27	0,22	0,27	0,25
2003	0,27	0,23	0,26	0,24

Datenbasis: EVS 1983-2003

ausgabenbasierten praktisch ausnahmslos und erreichen teilweise das zweifache oder gar dreifache Niveau, wobei die Differenzen allerdings je nach Merkmal und Personengruppe variieren.

Wie sind die gefundenen Diskrepanzen zwischen den einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten zu erklären? Unseres Erachtens kommen prinzipiell drei Möglichkeiten als Erklärung für den Befund einer die Ausgabenarmut übersteigenden Einkommensarmut und die empirische Tatsache in Betracht, dass beachtliche Anteile – nämlich mehr als die Hälfte – der „Einkommensarmen“ in Ost und West ihren Lebensstandard durch Ausgaben zu verbessern vermögen, die nicht aus den laufenden Einkommen bestritten werden:

- Haushalte finanzieren die ihr Einkommen übersteigenden Ausgaben, indem sie sich verschulden;
- Haushalte bestreiten Teile ihrer Konsumausgaben aus Ersparnissen;
- Haushalte finanzieren Teile ihrer Ausgaben aus nicht deklarierten Einkommen, z.B. Einkommen aus der Schattenwirtschaft oder auch privaten Transfers.

Während die zuletzt genannte Möglichkeit auf der Grundlage der hier verwendeten Daten der EVS nicht überprüft werden kann, stehen Informationen zur Verschuldung und zu den Ersparnissen der Haushalte zur Verfügung, die mindestens indirekte Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zulassen.

Die Befunde der dazu angestellten Analysen verdeutlichen zunächst, dass die von den „Einkommensarmen“ berichteten finanziellen Einnahmen, die aus Vermögensumwandlungen und der Aufnahme von Krediten resultieren, im Jahre 2003 in Westdeutschland nahezu das siebenfache und in Ostdeutschland das vierfache der entsprechenden Einkünfte der „Ausgabenarmen“ betragen. Dieses Resultat kann als ein Indiz dafür gewertet werden, dass sich „Einkommensarme“ in deutlich größerem Umfang als „Ausgabenarme“ ausgabefähige liquide Mittel verschaffen, die nicht dem laufenden Einkommen entstammen. Darüber hinaus zeigt sich, dass die aus Vermögensumwandlungen und der Aufnahme von Krediten entstammenden Ressourcen bei „Einkommensarmen“, deren Ausgaben ihr reguläres Einkommen übersteigt (overspenders), in Westdeutschland drei Mal und in Ostdeutschland sogar 12 Mal so hoch sind wie bei „Einkommensarmen“, für die das nicht zutrifft.

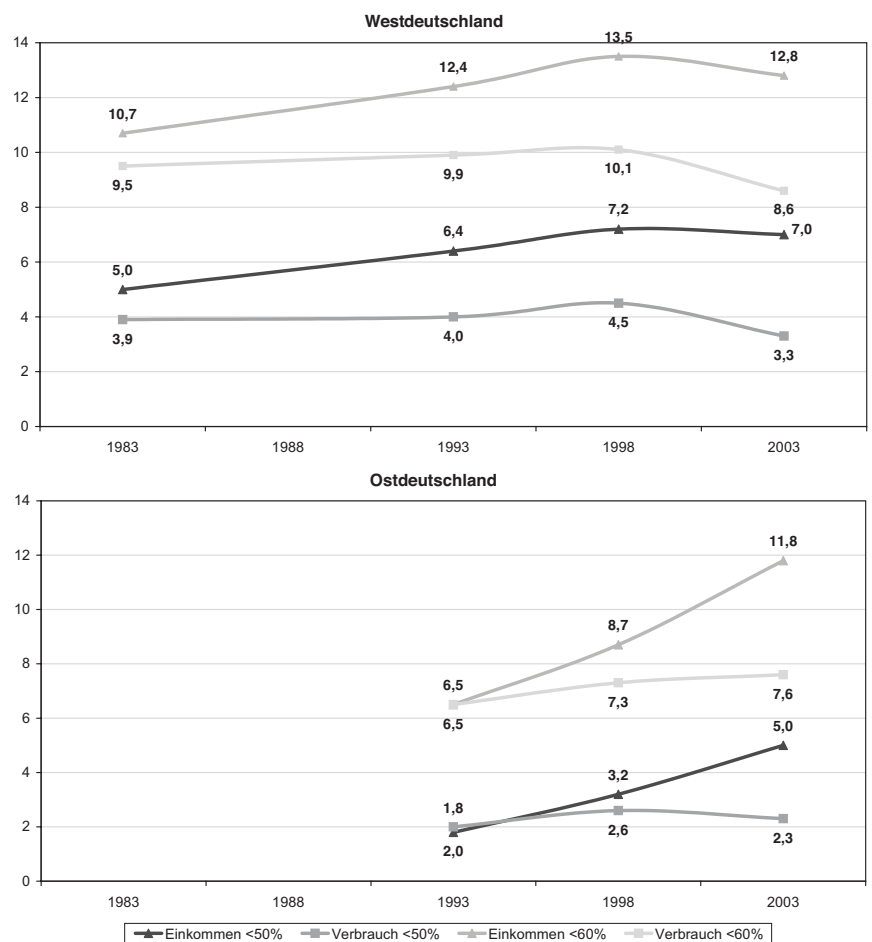
„Overspending“ beruht überwiegend auf dem Aufbrauchen von Ersparnissen

Aus unseren Analysen geht zudem hervor, dass nur ein kleinerer Teil des gesamten „overspending“ in der Gruppe der „Einkommensarmen“ durch die Aufnahme von Krediten bzw. Verschuldung finanziert wird. Der Befund, dass ca. drei Viertel der berichteten Einkünfte aus Vermögensumwandlungen und Krediten auf Einkünfte aus Vermögensumwandlungen entfällt, lässt vielmehr darauf schließen, dass der weitaus größte Teil der die laufenden monatlichen Einkommen übersteigenden Ausgaben aus früheren Ersparnissen bestritten wird. Soweit von diesem Personenkreis Kredite in Anspruch genommen werden, handelt es sich überwiegend um Kontoüberziehungskredite. Der Verzehr vorhandener Ersparnisse bzw. die Auflö-

sung vorhandener Vermögenswerte spielen demnach offenbar eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, das „overspending“ von einkommensschwachen Haushalten und damit auch Diskrepanzen zwischen einkommens- und ausgabenbasierten Armutsquoten aufzuklären.

Damit ist auch die Frage aufgeworfen, inwieweit sich „Einkommensarme“ und „Ausgabenarme“ in ihrem realisierten materiellen Lebensstandard – als der sozialpolitisch letztlich vor allem interessierenden Zielgröße – unterscheiden. Sind es die Bezieher niedriger Einkommen oder die Personen mit geringen Ausgaben, die in dieser Hinsicht „ärmer“ sind?

Tabelle 3 enthält eine Reihe von im Rahmen der EVS verfügbaren Indikatoren des materiellen Lebensstandards und vergleicht die Werte von drei verschiedenen Armutspopulationen: den „Einkommensarmen“, den „Ausgabenarmen“ sowie der sehr kleinen Gruppe (West: 2,1%, Ost: 1,2%) von Personen, die sowohl einkommens- als auch ausgabenarm sind. Zum Vergleich werden zudem auch die Werte für die große Majorität der Bevölkerung ausgewiesen, die weder einkommensarm noch ausgabenarm ist.

Grafik 1: Armutsquoten (<50% und <60% Median; modifizierte OECD-Skala) basierend auf Einkommen und Verbrauch, 1983-2003

Datenbasis: EVS 1983-2003

verdeutlicht, dass eine sich ausschließlich auf das Einkommen stützende Betrachtung nur ein unvollständiges Bild von Ungleichheit und Armut zu zeichnen vermag und die ergänzende Berücksichtigung der Ausgabenseite Informationsgewinne mit sich bringt, die auch sozialpolitisch von Interesse sind. So wird erst aus der Gegenüberstellung von Einkommen und Ausgaben ersichtlich, in welchem Verhältnis vorhandene Ressourcen und der tatsächliche Lebensunterhalt der Haushalte stehen, ob und wie sie ihren Bedarf mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen aus den laufenden Einkommen und anderen Quellen zu decken vermögen und wo es diesbezüglich zu besonderen Diskrepanzen und Defiziten kommt. Auch wenn die Analysen gezeigt haben, dass eine ausgabenbezogene Betrachtung die gesellschaftliche Realität von Ungleichheit und Armut in einem milderen Licht erscheinen lässt, weil manche Haushalte ihre Einkommensarmut vorübergehend teilweise zu kompensieren vermögen, gibt dies kaum Anlass zur Entwarnung oder gar Verharmlosung. Ob und in welchem Umfang die Haushalte über Reserven verfügen, auf die sie in einer Notlage zurückgreifen können, und wie lange sie davon gegebenenfalls zu zehren vermögen, wird nicht zuletzt auch von den institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst. Man kann vermuten, dass dieses in der Vergangenheit offenbar vorhandene Potenzial durch die bereits umgesetzten Reformen der sozialen Sicherungssysteme eher vermindert als gefördert wird. Insgesamt geben die dargelegten Befunde Anlass, die bisher in der Armutforschung und -berichterstattung vorherrschende einkommensbasierte Betrachtungsweise zukünftig durch eine ausgabenbasierte zu ergänzen, denn – so Sabelhaus und Schneider (1997: 173) – „income is only part of the story about economic well-being“.

1 Vgl. u.a.: „On a standard of living approach, it may appear self-evident that consumption should be the variable studied“ (Atkinson 1998); „Consumption can be argued to be a more relevant measure when one is interested in assessing standards or levels of living (Zaidi /

de Vos 2001); „Consumption provides a more accurate indicator of welfare, and its substitution for income leads to dramatically different conclusions“ (Slesnick 2001).

- 2 Zu weitergehenden Informationen vgl. Statistisches Bundesamt 2005.
- 3 Die modifizierte OECD-Skala sieht folgende Gewichtung vor: 1. Person im Haushalt »1«, weitere Personen unter 14 Jahre »0,3«, weitere Personen ab 14 Jahre »0,5«.
- 4 Die im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen auf der gleichen Datengrundlage etwas höheren Werte des Gini-Index sind vermutlich auf die Verwendung unterschiedlicher Einkommenskonzepte zurückzuführen. So wird z.B. für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ein „laufend verfügbares Einkommen“ verwendet, das sich errechnet, indem bestimmte Beträge (insbesondere freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung und Steuerrückzahlungen) vom Haushaltsnettoeinkommen subtrahiert werden. Für eine vergleichende Betrachtung von Haushaltseinkommen und -ausgaben ist das Haushaltsnettoeinkommen unseres Erachtens jedoch vorzuziehen.
- 5 Wegen der Betrachtung längerfristiger zeitlicher Verläufe beziehen sich die Armutsgrenzen in diesem Beitrag auf die jeweiligen Verteilungen in West- und Ostdeutschland. Die Medianwerte belaufen sich für das Haushaltsnettoeinkommen im Jahre 2003 auf 1.725 Euro in Westdeutschland und 1.429 Euro in Ostdeutschland sowie für die Konsumausgaben auf 1.291 Euro in Westdeutschland und 1.097 Euro in Ostdeutschland.
- 6 Die hier berichteten einkommensbasierten Armutsquoten sind wegen der Unterschiede in den verwendeten Einkommenskonzepten mit anderenorts – z.B. im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – veröffentlichten Quoten nicht voll vergleichbar. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass sich die hier berichteten Quoten – anders als im 2. Armuts- und Reichtumsbericht, dem

die Angaben für das 1. Halbjahr 1998 und 2003 zugrunde liegen – jeweils auf das gesamte Jahr beziehen.

- 7 Aus Längsschnittdaten ist bekannt, dass der größte Teil der Einkommensarmut eher kurzfristiger Natur ist (vgl. z.B. Biewen 2003).

Atkinson, Antony B., 1998: *Poverty in Europe*. Blackwell: Oxford.

Biewen, Martin, 2003: *Who are the chronic poor? Evidence on the extent and the composition of chronic poverty in Germany*. DIW Discussion Paper 350. Berlin.

Brewer, Mike, Goodman, Alissa, Leicester, Andrew, 2006: *Household spending in Britain. What can it teach us about poverty?* London: The Institute for Fiscal Studies.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.), 2005: *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Köln: Verlag Bundesanzeiger.

Meyer, Bruce D., Sullivan, James X., 2003: *Measuring the Well-Being of the Poor Using Income and Consumption*. NBER Working Paper no. 9760. Cambridge.

Sabelhaus, John, Schneider, Ulrike, 1997: *Measuring the distribution of well-being: why income and consumption give different answers*. *Konjunkturpolitik* 43: 153-176.

Slesnick, Daniel T., 2001: *Consumption and Social Welfare. Living standards and their distribution in the United States*. Cambridge: Cambridge University Press.

Statistisches Bundesamt, 2005: *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe - Aufgabe, Methode und Durchführung der EVS. Fachserie 15, Heft 7*. Wiesbaden.

Zaidi, Asghar M., de Vos, Klaas, 2001: *Trends in consumption-based poverty and inequality in the European Union during the 1980s*. *Journal of Population Economics*, 14: 367 – 390.

Heinz-Herbert Noll / Stefan Weick
ZUMA
(ISI 37, 2007: 1-6)

Berufstätigkeit von Müttern bleibt kontrovers

Einstellungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland und Europa

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt für Frauen in Deutschland ein großes und zunehmend drängendes Problem dar. Familienministerin Ursula von der Leyen hat eine Reihe familienpolitischer Leistungen, wie etwa das Elterngeld oder den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder, auf den Weg gebracht, um Erwerbstätigkeit und Mutterschaft besser zu vereinbaren. Dies hat zu teilweise kontroversen Debatten – insbesondere mit Blick auf das Wohl der Kinder – geführt, die zeigen, dass institutionelle Veränderungen kaum möglich sind, ohne Einstellungen und Werthaltungen in der Bevölkerung zu berücksichtigen. In nahezu allen Industriegesellschaften hat in den letzten Jahrzehnten ein nachhaltiger Einstellungswandel zur Erwerbstätigkeit der Frau und der Kinderbetreuung stattgefunden – allerdings in unterschiedlichem Tempo. Auf Basis aktueller Umfragedaten verortet der folgende Beitrag die Einstellungen zu Berufstätigkeit und Kinderbetreuung von Ost- und Westdeutschen im europäischen Kontext.

Frauen in Deutschland sind im internationalen Vergleich seltener erwerbstätig, seltener Mütter und noch seltener beides zusammen. Deutschland liegt mit einer Geburtenhäufigkeit von 1,3 Kinder pro Frau seit langem unter dem europäischen Durchschnitt und erreicht bei weitem nicht den Wert von 2,1 Kinder pro Frau, der nötig wäre, um die Bevölkerungsgröße auf Dauer stabil zu halten. Wenn deutsche Frauen Kinder bekommen, dann reduzieren sie häufig ihre Erwerbstätigkeit. Insbesondere wenn die Kinder noch klein sind, geben die Mütter den Beruf auf oder wechseln von Voll- in Teilzeit. Die Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern unter 12 Jahren liegt hierzulande mit knapp 56% um 23 Prozentpunkte niedriger als die Beschäftigungsquote kinderloser Frauen (vgl. European Labor Force Survey). In den EU-Ländern sind die Diskrepanzen zwischen den Erwerbsquoten von Frauen mit und ohne Kinder nur noch in wenigen osteuropäischen Mitgliedstaaten wie der Tschechischen Republik und Ungarn größer. Erwerbstätige Frauen und Mütter sind in Deutschland zudem viel häufiger in Teilzeit beschäftigt und auch dadurch schwächer in den Arbeitsmarkt integriert. Wenn die Erwerbstätigkeit zunimmt, so meist in Teilzeit. Der Anteil der Frauen, die teilzeit erwerbstätig sind (d.h. weniger als 30 Stunden in der Woche arbeiten), ist zwischen 1995 und 2005 von 29% auf über 39% angestiegen. Deutschland hat innerhalb der EU-15 neben dem Vereinigten Königreich damit die höchste Teilzeiterwerbsquote bei Frauen (siehe European System of Social Indicators: H1313).

Die vergleichsweise schwache Einbindung von deutschen Frauen – und insbesondere Müttern – in den Arbeitsmarkt wird im Allgemeinen durch eine Reihe ungünstiger institutioneller Rahmenbedingungen erklärt. Dazu gehören die Subventionierung der nicht erwerbstätigen Hausfrau

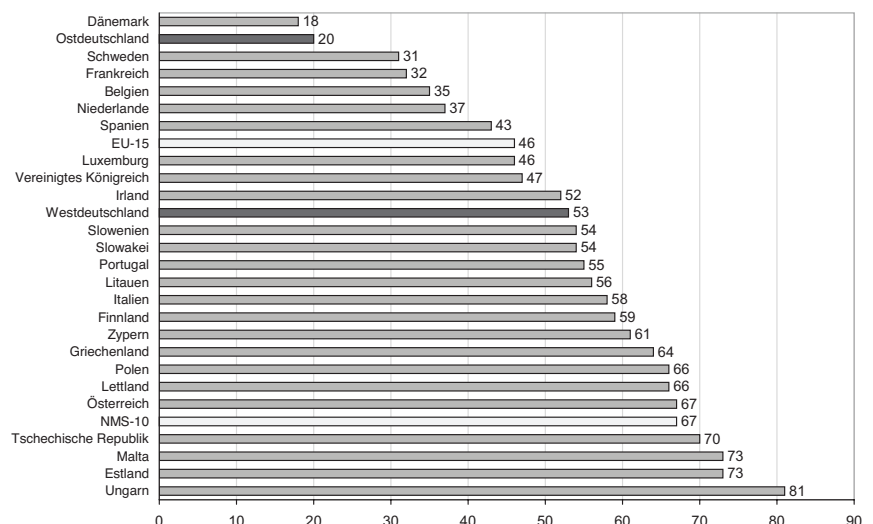
sowie großzügige Elternurlaubsregelungen, die zu langen Unterbrechungen oder gar völliger Aufgabe der Erwerbstätigkeit führen. Negativ wirkt sich auch das deutsche Steuersystem aus, das durch das „Ehegattensplitting“ die Alleinverdienerehe fördert: Je stärker der zweite Partner erwerbstätig ist, desto mehr schmilzt der Steuervorteil der Familie gegenüber Ledigen ab. Außerdem behindern unflexible Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitszeitregelungen sowie fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Eichhorst et al. 2007). Auf der anderen Seite wird die Berufstätigkeit von Müttern mit Blick auf den Fachkräftemangel gefördert und im Zusammenhang mit dem neuen Unterhaltsrecht gefordert.

Unter der derzeitigen Regierung wird durch die Einführung des Elterngeldes, die geplante Erweiterung des Betreuungsangebots sowie verschiedene Initiativen in Richtung der Arbeitgeber eine Verbesserung der Situation angestrebt. Faktisch kann eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf aber nur gelingen, wenn die Erwerbstätigkeit von Müttern in der Bevölkerung einen starken Rückhalt hat. Denn die Realisierung von Beruf und Familie bei Frauen hängt nicht allein von den institutionellen Rahmenbedingungen, sondern auch von den gesellschaftlichen Einstellungen zur Familie und zur Rolle der Frau ab. Nachfolgend wird ein „modernes“ und „traditionelles“ Rollenverständnis einander gegenübergestellt. Als „modern“ gelten Einstellungen, die die Erwerbstätigkeit von Frauen positiv bewerten und Familie und Frauenerwerbstätigkeit für vereinbar halten. Dagegen werden Einstellungen als „traditionell“ bezeichnet, wenn das klassische männliche ErnährermodeLL befürwortet und die Berufstätigkeit von Frauen und Kindererziehung für unvereinbar betrachtet wird.

Einstellungen in Ostdeutschland „modern“, in Osteuropa „traditionell“

Die Befürwortung der Erwerbstätigkeit von Müttern kommt nur in dem Maße zustande, in dem die „traditionelle“ Vorstellung zurückgeht, dass die Mutter sich ausschließlich um die Kinder kümmert, während der Mann arbeiten geht. Inwieweit dieses „traditionelle“ Rollenverständnis in Europa im Jahr 2006 noch verbreitet ist, wird in Grafik 1 auf der Basis des Eurobarometers 65.1 dargestellt. Betrachtet man die zusammengefassten Zustimmungsraten der Länder, so fällt der deutliche Unterschied zwischen den bisherigen EU-Ländern (46%) und den neuen Mitgliedstaaten (67%) auf. Während in den meisten westeuropäischen

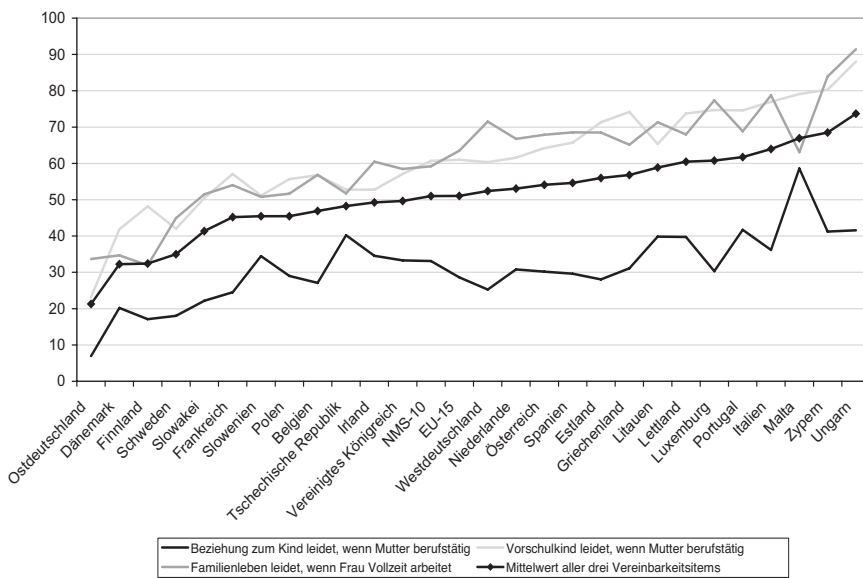
Grafik 1: Zustimmung der Europäer zur „traditionellen“ Arbeitsteilung in der Familie, 2006



Indikator: „Idealerweise sollte die Frau zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern, während der Mann arbeitet.“ Prozentanteile „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. NMS = Neue Mitgliedstaaten.

Datenbasis: Eurobarometer 65.1 (Frühjahr 2006); Bevölkerung ab 18 Jahre, gewichtet

Grafik 2: Unvereinbarkeit von Beruf und Familie aus Sicht der Europäer, 2006



Schwarze Linie: „Eine berufstätige Mutter kann zu ihrem Kind eine genauso warme und feste Beziehung aufbauen wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“. Mittelgraue Linie: „Alles in allem leidet das Familienleben darunter, wenn die Frau Vollzeit arbeitet.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“. Hellgraue Linie: „Ein Vorschulkind leidet wahrscheinlich darunter, wenn die Mutter berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“. Ländersortierung erfolgt nach dem Mittelwert der Länderanteile zu den drei Indikatoren (Linie mit Rauten).

Datenbasis: Eurobarometer 65.1 (Frühjahr 2006); Bevölkerung ab 18 Jahre, gewichtet

auch als Gegenreaktion zu dem Zwang zur Erwerbstätigkeit von Frauen und den schwierigen Arbeitsbedingungen verstanden werden, die in vielen sozialistischen Ländern geherrscht haben. Gleichzeitig hat wohl der Wiederaufbau nach dem Krieg eine besonders konsequente Durchsetzung des sozialistischen Modells in Ostdeutschland, das sich zusätzlich in starker Konkurrenz zur „BRD“ sah, ermöglicht.

Vereinbarkeit problematisch bei Vollzeit oder kleinen Kindern

Frauen, die sowohl eine Familie haben als auch einer Berufstätigkeit nachgehen wollen, stehen vor dem Problem, gleichzeitig verschiedene Anforderungen miteinander in Einklang zu bringen. Je „traditioneller“ die Einstellungen zur Arbeitsteilung bei Haushalt und Kindererziehung sind, desto eher ist davon auszugehen, dass auch die Konsequenzen der Berufstätigkeit der Mutter für die Familie und die Kinder negativ bewertet werden. In derselben Eurobarometer-Umfrage wurden diese Einstellungen mit drei verschiedenen Aussagen abgefragt, die sich in der Gewichtung der beruflichen und familiären Belastung unterscheiden (Grafik 2).

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Frage, ob „eine berufstätige Mutter zu ihren Kindern eine genauso warme und feste Beziehung aufbauen kann wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist“. EU-weit stimmen dieser Aussage 71% der Befragten zu, wobei die Anteile von 41% in Malta bis 93% in Ostdeutschland zwischen den Ländern deutlich variieren. In Westdeutschland sagen drei Viertel (75%) der Befragten, dass eine berufstätige Mutter eine genauso gute Beziehung zu ihrem Kind haben kann wie

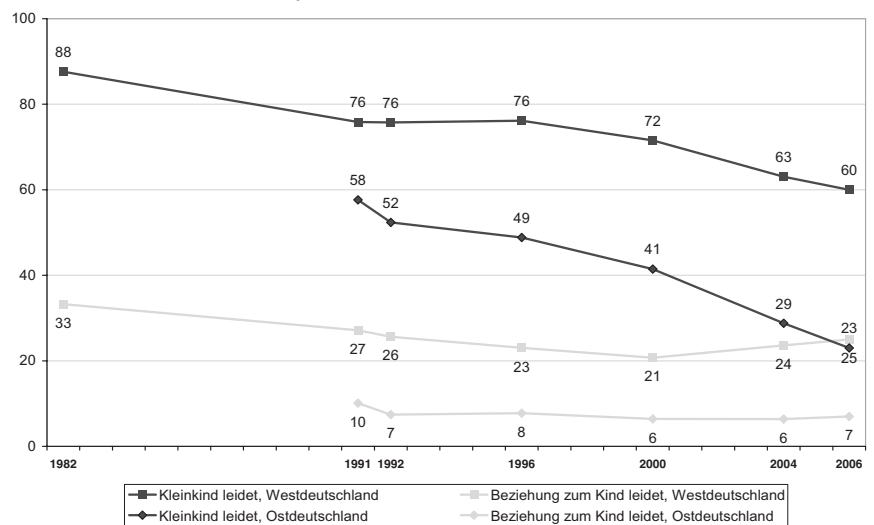
und skandinavischen Ländern die „traditionelle“ Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau von der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt wird, spricht sich sowohl in den meisten postkommunistischen als auch in den südeuropäischen Ländern die Mehrheit dafür aus, dass die Frau zu Hause bleibt und sich um die Kinder kümmert, während der Mann arbeitet.

die generell relativ stark zur „traditionellen“ Arbeitsteilung neigen. Eine Entwicklung wie in Ostdeutschland hat es offensichtlich in keinem der ehemaligen sozialistischen Nachbarländer gegeben. Möglicherweise hat die stark agrarische Struktur in diesen Ländern eine vergleichbare „Modernisierung“ verhindert. Die hohe Zustimmung zu „traditionellen“ Einstellungen kann jedoch

Erwähnenswert sind aber auch die Ausnahmen von dieser Beobachtung. Besonders hoch fällt die Zustimmung zur „traditionellen“ Arbeitsteilung in Österreich aus. Trotz der hohen Erwerbsquote von Frauen (2005: 83%) und Müttern (2005: 68%) sind zwei Drittel der Österreicher für die klassische Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. In den alten Bundesländern sind die Zustimmungsraten ebenfalls hoch. Etwas mehr als die Hälfte der Westdeutschen spricht sich für die klassische Rollenverteilung aus. Bei den Skandinaviern sind es die Finnen, die trotz einer Müttererwerbsquote von 70% mehrheitlich dafür sind, dass sich die Frau um den Haushalt und die Kinder kümmert. Umgekehrt präsentieren sich die Spanier deutlich „moderner“ als die übrigen Südeuropäer.

Einen besonderen Fall stellen die Ostdeutschen dar, deren geringe Zustimmung zum klassischen Rollenmodell nur noch von den Dänen unterboten wird: Sie lehnen einerseits die Hausfrauenrolle stärker ab als die Westdeutschen und die übrigen Westeuropäer. Andererseits setzen sich die neuen Bundesländer auch ganz klar von den anderen postkommunistischen Ländern ab,

Grafik 3: Skepsis gegenüber der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Ost- und Westdeutschland, 1982–2006



Fragetexte im ALLBUS: Kleinkind leidet: „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“. Beziehung zum Kind leidet: „Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme gar nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“. Fragetexte im Eurobarometer: siehe Grafik 2.

Datenbasis: ALLBUS 1982–2004, Eurobarometer 65.1 (Frühjahr 2006)

eine nicht berufstätige Mutter. Auch sonst ist mit Ausnahme Maltas in allen EU-Ländern eine Mehrheit der Bürger davon überzeugt, dass die Beziehung zwischen Mutter und Kind nicht zwangsläufig unter der Berufstätigkeit der Mutter leiden muss.

Auf die Frage, ob die Familie darunter leidet, wenn die Frau Vollzeit arbeitet, tritt eine wesentlich größere Skepsis hinsichtlich der Vereinbarkeit zutage. 63% der Europäer stimmen der Aussage zu, wobei hier die Spanne von 32% in Finnland bis zu 91% in Ungarn reicht. Die Folgen einer Vollzeiterwerbstätigkeit der Frau werden also durchaus sehr unterschiedlich bewertet. In Ostdeutschland sieht nur ein Drittel (34%) in der Vollzeiterwerbstätigkeit der Frau ein Problem, während es in Westdeutschland fast drei Viertel (72%) sind.

Für Westdeutschland fällt zudem die große Differenz auf zwischen dem Bevölkerungsanteil, welcher die Vollerwerbstätigkeit der Mutter als Belastung für die Familie einschätzt, und dem im Vergleich dazu geringen Anteil, der eine Berufstätigkeit der Mutter als Belastung für die Beziehung zum Kind empfindet. Anscheinend betrachten Westdeutsche vor allem die Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen kritischer als dies in vielen anderen europäischen Ländern der Fall ist. Ähnliche große Differenzen gibt es nur noch in Ungarn, wo die Vereinbarkeit von Familie und Frauenerwerbstätigkeit am kritischsten beurteilt wird.

Der Konflikt zwischen Beruf und Familie kommt verschärft zum Ausdruck, wenn nach den Auswirkungen speziell für kleine Kinder gefragt wird. Auch hier überwiegt europaweit die Skepsis hinsichtlich der Vereinbarkeit: 61% der Europäer stimmen der Aussage zu, dass ein Vorschulkind unter der Berufstätigkeit der Mutter leidet. Am häufigsten wird diese Befürchtung in Ungarn (88%) gehegt, am seltensten in Ostdeutschland (23%). In Westdeutschland überwiegen wiederum die Skeptiker (60%).

Eine zusammenfassende Betrachtung der Einstellungen zur Vereinbarkeit ist ebenfalls in Grafik 2 dargestellt. Die Länder sind aufsteigend nach der durchschnittlichen Ablehnung (auf Grundlage der in der Grafik ebenfalls abgebildeten drei Fragen) zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sortiert. Die Menschen in Ostdeutschland sind wie in keinem anderen Land der EU – mit Ausnahme der skandinavischen Länder Dänemark, Finnland und Schweden – von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf überzeugt. Auch in Frankreich, wo die Vorstellung von der öffentlichen Verantwortung für Erziehung von je her stärker ausgeprägter ist und das als ein gutes Beispiel für hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern bei gleichzeitig hoher Fertilitätsrate gilt, werden die Folgen der Berufstätigkeit von Müttern weder für die Familie noch für die Kinder(erziehung) als gravierend angesehen. Dagegen werden die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der

Frau in den südeuropäischen Ländern am kritischsten betrachtet. Dazwischen füllen die west- und osteuropäischen Bevölkerungen das gesamte Spektrum aus. Anders als bei der Bewertung der „traditionellen“ Rollenvorstellung unterscheiden sich die alten und neuen EU-Länder hier nicht wesentlich voneinander.

Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland eher größer geworden

Mit Blick auf Deutschland wollen wir uns mit dem Wandel der Einstellungen zur Vereinbarkeit näher beschäftigen. Die Tatsache, dass zwei der Fragen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Eurobarometer 2006 und in den ALLBUS-Umfragen fast wortgleich gestellt wurden, ermöglicht eine Betrachtung der Entwicklung über zweieinhalb Jahrzehnte (Grafik 3). Die Einstellungen zur Rolle der Frau zwischen Familie und Beruf sind in Deutschland zwischen 1982 und 2006 „moderner“ geworden im Sinne einer höheren gesellschaftlichen Akzeptanz gegenüber berufstätigen Müttern. Der Rückgang „traditioneller“ Einstellungen verläuft in West- und Ostdeutschland allerdings auf unterschiedlichem Niveau, und der Einstellungswandel ist zudem unterschiedlich stark.

Der Anteil der Westdeutschen, die meinen, dass eine Erwerbstätigkeit der Frau die Mutter-Kind-Beziehung beeinträchtigt, ist im Untersuchungszeitraum gerade einmal

um 8 Prozentpunkte zurückgegangen. 1982 war ein Drittel der Westdeutschen (33%) der Ansicht, dass die Beziehung zum Kind leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist, während der Anteil im Jahre 2000 bei einem Fünftel (21%) liegt. Zwischen 2000 und 2006 ist der Anteil der Westdeutschen, die die Berufstätigkeit von Müttern diesbezüglich kritisch beurteilen, wieder auf ein Viertel (25%) angestiegen. In Ostdeutschland stagniert der Wert seit 1992 – mit einem Anteil von 6 bis 8% allerdings auf einem sehr geringen Niveau.

Die Berufstätigkeit von Müttern wird im gesamten Beobachtungszeitraum insgesamt kritischer bewertet, wenn nach den Folgen speziell für Kleinkinder gefragt wird. Allerdings ist die Sorge, dass Kleinkinder unter der Erwerbstätigkeit der Mütter leiden, in Deutschland nennenswert zurückgegangen. Dennoch liegt der Anteil der Westdeutschen, die eine Berufstätigkeit der Mutter für das Kleinkind als problematisch ansehen, gegenwärtig immerhin noch bei 60% (1982: 88%). Damit hat sich auch der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschen vergrößert: Betrug er zu Beginn der 1990er Jahre 22 Prozentpunkte, so sind es aktuell 35 Prozentpunkte. 2006 sind lediglich 23% der Ostdeutschen der Meinung, dass Kleinkinder unter der Erwerbstätigkeit ihrer Mutter leiden. Unabhängig von dem in den letzten Jahren zu beobachtenden Abbau der Kinderbetreuungsangebote, die Müttern in der ehemaligen DDR die Erwerbstätigkeit erleichtert

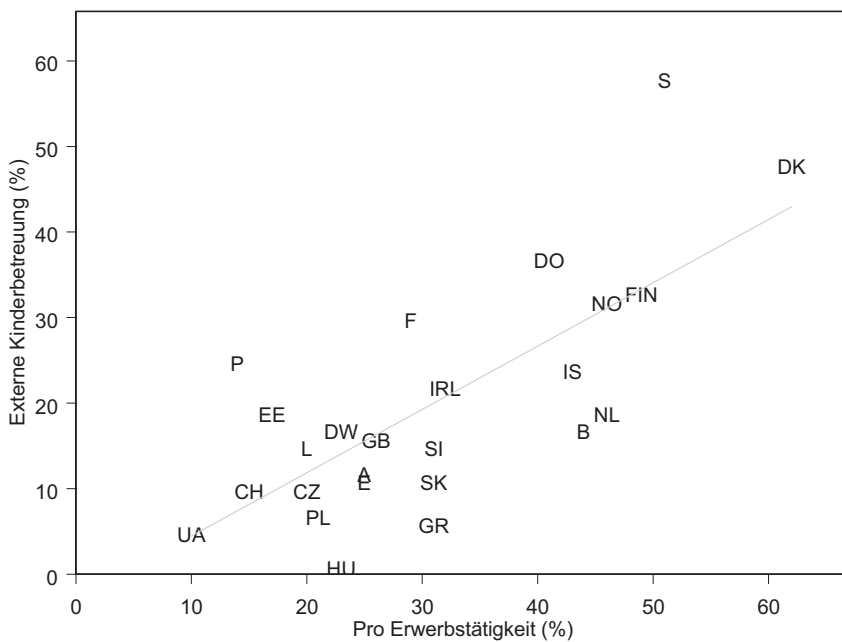
Tabelle 1: Zustimmung zu Aspekten von Berufstätigkeit der Mutter nach Gruppen in Ost- und Westdeutschland, 2006

	Frau kümmert sich um die Kinder, Mann arbeitet (1)		Beziehung zum Kind leidet, wenn Mutter berufstätig (2)		Familienleben leidet, wenn Frau Vollzeit berufstätig (3)		Vorschulkind leidet, wenn Mutter berufstätig (4)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Gesamt	54	20	25	7	72	34	60	23
Geschlecht								
Männer	55	20	28	9	73	36	65	25
Frauen	52	21	23	5	71	32	56	22
Alter								
18-30 Jahre	47	14	21	5	63	32	58	24
31-45 Jahre	49	27	23	5	67	41	51	26
46-65 Jahre	50	19	23	8	72	30	60	21
über 65 Jahre	70	20	35	8	83	33	77	25
Bildung								
Niedrig	69	32	34	9	82	42	68	33
Mittel	54	17	26	6	71	34	58	22
Hoch	38	19	17	8	62	28	55	19
Frauen mit Partner								
berufstätig	42	23	15	5	64	27	42	20
Nicht berufstätig	65	16	61	4	77	36	64	24

(1) „Idealerweise sollte die Frau zu Hause bleiben und sich um die Kinder kümmern, während der Mann arbeitet.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“ (2) „Alles in allem leidet das Familienleben darunter, wenn die Frau Vollzeit arbeitet.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“ (3) „Eine berufstätige Mutter kann zu ihrem Kind eine genauso warme und feste Beziehung aufbauen wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ (4) „Ein Vorschulkind leidet wahrscheinlich darunter, wenn die Mutter berufstätig ist.“ Prozentanteile „stimme voll zu“ und „stimme eher zu“.

Datenbasis: Eurobarometer 65.1 (Frühjahr 2006); Bevölkerung ab 18 Jahre, gewichtet

Grafik 4: Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit und externe Kinderbetreuung in Europa, 2004



Pro Frauenerwerbstätigkeit: „Eine Frau sollte dazu bereit sein, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Familie zu reduzieren.“ Dargestellt sind Prozentanteile „lehne ab“ und „lehne stark ab“. Externe Kinderbetreuung: Prozentanteil der Personen, in deren Haushalte Kinder unter 12 Jahren leben, die angeben, dass ihr jüngstes Kind außerhalb der Schulzeiten außerhalb der Familie betreut wird (Kindergarten, Kindertagesstätte, Hort, Tagesmutter o.ä.). Abkürzungen: A = Österreich, B = Belgien, CH = Schweiz, CZ = Tschechische Republik, DK = Dänemark, DO = Ostdeutschland, DW = Westdeutschland, E = Spanien, EE = Estland, F = Frankreich, FIN = Finnland, GB = Großbritannien, GR = Griechenland, HU = Ungarn, IRL = Irland, IS = Island, L = Luxemburg, NL = Niederlande, NO = Norwegen, P = Portugal, PL = Polen, S = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UA = Ukraine

Datenbasis: European Social Survey 2004

haben, ist auch die Sorge um negative Folgen für Kleinkinder hier in den letzten Jahren weiter zurückgegangen (2006: 25%).

Gesellschaftskonflikt im Westen, Einstimmigkeit im Osten Deutschlands

Betrachtet man die Haltung der Deutschen in Ost und West genauer, so zeigt sich, dass es nicht nur Niveau-, sondern auch Strukturunterschiede in den Einstellungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft gibt. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, besteht bei den Westdeutschen ein gesellschaftlicher Konflikt darüber, ob Mütter arbeiten sollten oder nicht, während die Ostdeutschen dies vergleichsweise einhellig befürworten. Zwischen Männern und Frauen existieren kaum Differenzen, außer dass Männer sich größere Sorgen um negative Folgen für Kleinkinder machen. Sehr gegensätzlich sind hingegen die Positionen der verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen in Westdeutschland. Vor allem die Älteren – und insbesondere die über 65-Jährigen – sowie Personen mit niedrigem Bildungsniveau betrachten eine Berufstätigkeit der Mutter, nach allen vier Indikatoren, deutlich kritischer als die Jüngeren und Höhergebildeten. Damit zeigt sich in Westdeutschland ein Generationenkonflikt, da offensichtlich im Zuge der Bildungsex-

pansion ein Wertewandel stattgefunden hat. Solch ein strukturell verankerter Konflikt ist denn auch von großer Dauerhaftigkeit, so dass die Debatte über die Berufstätigkeit von Müttern in Zukunft, wenn überhaupt, nur langsam nachlassen wird. Einem raschen Einstellungswandel widerspricht zudem, dass sich die jüngste Altersgruppe kritischer als erwartet zur Berufstätigkeit von Müttern kleiner Kinder äußert. Ob es sich hierbei um eine Trendwende handelt, wird man allerdings erst in Zukunft beurteilen können.

In Ostdeutschland sind vergleichbare strukturelle Unterschiede kaum zu finden. Die Vorstellung von der prinzipiellen Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist hier fast einheitlich in der ganzen Gesellschaft verankert. Lediglich die Ostdeutschen mit niedriger Bildung zeigen sich etwas skeptischer. Auffällig ist die Altersgruppe der 31- bis 45-Jährigen, die höhere Zustimmungsraten zur „klassischen“ Arbeitsteilung zeigt und sowohl die Vollzeitberufstätigkeit als auch die Berufstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern mit größerer Skepsis betrachten als die übrigen Altersgruppen. Über die Gründe kann hier nur spekuliert werden, doch liegen sie möglicherweise in Erfahrungen begründet, die diese Altersgruppe machte, als sie unmittelbar nach der Wende in die Berufswelt eintrat. Die nachfolgende, jüngste

Altersgruppe zeigt wiederum die gleichen Einstellungsmuster wie die beiden ältesten Gruppen

Dass die Einstellungen sich auch im Verhalten der Frauen niederschlagen, deutet sich an, wenn man berufstätige und nicht berufstätige Frauen mit (Ehe-)Partner miteinander vergleicht. So äußern sich die berufstätigen Frauen deutlich positiver über die Vereinbarkeit als die nicht berufstätigen Frauen.

Einstellungen und gesellschaftliche Wirklichkeit gehen in Europa Hand in Hand

Abschließend soll mit einem europäischen Ländervergleich anhand des European Social Survey 2004 demonstriert werden, wie stark Einstellungen in der Bevölkerung und die gesellschaftliche Praxis Hand in Hand gehen. In Grafik 4 wird das Verhältnis von Einstellungen und Verhalten beispielhaft für 24 europäische Gesellschaften dargestellt. Die horizontale Achse zeigt an, wie stark die gesellschaftliche Zustimmung für die Berufstätigkeit von Müttern ist, gemessen an der Ablehnung der Aussage: „Eine Frau sollte dazu bereit sein, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Familie zu reduzieren“. Die vertikale Achse bemisst, wie viele der (jüngsten) Kinder unter 12 Jahren extern, d.h. von Personen oder Institutionen außerhalb der Familie, betreut werden. Die Anordnung der Länder von links unten nach rechts oben belegt, dass Einstellungen in der Bevölkerung weitgehend mit der gesellschaftlichen Praxis korrespondieren.

Insgesamt sind beide Dimensionen in Europa eher schwach ausgeprägt. In der Mehrheit der Länder meint allenfalls ein Drittel der Befragten, dass die Frau ihre Berufstätigkeit für die Familie nicht zurückstellen soll. Darüber dass die Familie im Zweifelsfall Vorrang hat, herrscht nach wie vor breiter Konsens. Auch die Kinderbetreuung außerhalb der Familie bleibt in der Minderheit, meist wird sie bei maximal einem Viertel der Kinder praktiziert. Ausnahmen sind die Länder, die wir bereits zu Beginn als Vorreiter bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie identifiziert haben. Am stärksten wird die Frauenerwerbstätigkeit in den skandinavischen Ländern befürwortet, und gleichzeitig werden Kinder dort am häufigsten außerhäuslich betreut – in Schweden sogar zu knapp 60%, in Dänemark zu knapp 50%. Auch in Ostdeutschland sind Einstellungen und externe Kinderbetreuung vergleichsweise stark ausgeprägt. Auf der anderen Seite befinden sich die osteuropäischen und die südeuropäischen Länder, aber auch die deutschsprachigen Länder Schweiz, Österreich, Deutschland (West) und Luxemburg, wo die Berufstätigkeit von Müttern kaum befürwortet wird und die externe Kinderbetreuung nur selten vorkommt.

Bei dieser Betrachtung werden aber auch Ungleichgewichte zwischen der Befürwortung der Müttererwerbstätigkeit in der Gesellschaft einerseits und der außerhäus-

lichen Betreuung von Kindern andererseits sichtbar. In Ungarn und Griechenland findet so gut wie gar keine Betreuung außerhalb der Familie statt, obwohl 20-30% der Befragten die Müttererwerbstätigkeit durchaus befürworten. Eine im europäischen Vergleich geringe Kinderbetreuung bei vergleichsweise hoher Zustimmung in der Bevölkerung zur Frauenerwerbstätigkeit findet man in den Niederlanden, Belgien und Island.

In Einklang mit den bisherigen Ergebnissen liegen die Westdeutschen sowohl mit ihrer Haltung zur Erwerbstätigkeit von Müttern wie auch bei der Kinderbetreuung außerhalb der Familie im hinteren europäischen Mittelfeld. Ob Mütter berufstätig sein sollen und ob die Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschaffen werden sollen oder nicht, wird wohl auch in Zukunft Gegenstand kontroverser Diskussionen bleiben.

Eichhorst, Werner, Kaiser, Lutz C., Thode, Eric, Tobsch, Verena, 2007: Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich. Zwischen Paradigma und Praxis. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Angelika Scheuer / Jörg Dittmann
GESIS-ZUMA
(ISI 38, 2007: 1-5)

Was fehlt bei Hartz IV?

Zum Lebensstandard der Empfänger von Leistungen nach SGB II

In der letzten Zeit ist das Problem der Armut wieder verstärkt in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion getreten. Eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Armut in Deutschland spielen dabei die Leistungen nach dem SGB II, das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld.¹ Diese zielen darauf ab, den grundlegenden Bedarf der betroffenen Leistungsbezieher abzudecken und so das Abrutschen in Armut zu verhindern. Im folgenden Beitrag soll untersucht werden, ob und inwieweit es mithilfe der SGB-II-Leistungen gelingt, dieses Ziel zu erreichen. Im Gegensatz zu vielen anderen Studien werden dabei die materiellen Lebensumstände der Leistungsempfänger nicht über ihr Einkommen gemessen, sondern über eine detaillierte Abfrage der Verfügbarkeit bzw. des Fehlens verschiedener, für den Lebensstandard relevanter Güter.

Seit der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) Anfang 2005 ist dieses das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der Armut in Deutschland. Detaillierte Analysen der materiellen Lebensumstände der Leistungsempfänger des ALG II sind jedoch vergleichsweise selten. Die wenigen verfügbaren Studien beschäftigen sich dabei insbesondere mit der Übergangssituation von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II (vgl. z.B. Goebel/Richter 2007). Der geringe Anteil von Studien zu diesem Thema ist auch darauf zurückzuführen, dass SGB-II-Leistungsempfänger mit etwas unter 10% nur einen relativ geringen Teil der Bevölkerung ausmachen und es daher nur in sehr großen Bevölkerungsumfragen ausreichende Fallzahlen gibt, um detaillierte Analysen für diese Bevölkerungsgruppe vornehmen zu können.

Neben dem Problem der Datenverfügbarkeit stellt sich zudem die Frage, wie Armut unter Leistungsempfängern im SGB II idealerweise gemessen werden sollte. Im Anschluss an Ringen (1991) lassen sich zwei Arten der Messung von Armut unterscheiden: die indirekten und die direkten Ansätze zur Armutmessung. Bei der indirekten Messung werden die zur Erreichung eines angemessenen Lebensstandards zur Verfügung stehenden Ressourcen – üblicherweise das Einkommen – erfasst, weshalb in diesem Zusammenhang auch häufig vom Ressourcenansatz gesprochen wird. Am stärksten verbreitet ist das Konzept der relativen Armut, nach dem eine Person dann als arm gilt, wenn ihr (bedarfsgewichtetes Haushalts-) Einkommen einen bestimmten Anteil des mittleren Einkommens in der Gesellschaft – üblicherweise 60% des Medianeinkommens – unterschreitet.

Das Problem einer solchen ressourcen- bzw. einkommensbasierten Armutsmessung besteht darin, dass sich aus einem niedrigen Einkommen nur bedingt auf einen niedrigen Lebensstandard schließen lässt. Unberücksichtigt bleibt dabei, dass durch die Auflösung von Ersparnissen zumindest über einen gewissen Zeitraum ein höheres

Konsumniveau aufrechterhalten werden kann als es auf Basis des Einkommens allein möglich wäre.² Darüber hinaus können auch Unterschiede, die bereits vor dem Eintritt in den Niedrigeinkommensbereich (bzw. hier in den Leistungsbezug) vorhanden waren – z.B. in der Ausstattung mit Kleidung, Möbeln, Elektrogeräten und ähnlichen langlebigen Konsumgütern – den Lebensstandard der Betroffenen nachhaltig und ggf. auch langfristig beeinflussen. Im Gegensatz dazu richten sich direkte Ansätze der Armutsmessung entweder auf den Konsum – also die tatsächlich eingesetzten Geldmittel, unabhängig davon, aus welcher Quelle diese stammen (vgl. für Deutschland z.B. Noll/Weick 2007) – oder die Ausstattung des Haushalts mit für den Lebensstandard relevanten Gütern (vgl. hierzu z.B. Andreß/Lipsmeier 1999). Im letzteren Fall wird Armut aus dem Blickwinkel fehlender Güter („deprivation“) betrachtet, weshalb dieser Ansatz auch als Deprivationsansatz bezeichnet wird. An diesem zweiten Ansatz wird sich der Beitrag im Folgenden orientieren.

Neben den bereits genannten Vorteilen spricht für die Verwendung dieses Ansatzes außerdem, dass sich leichter ein klarer Bezug zum Sicherungsziel des SGB II herstellen lässt als beim Konzept der relativen Einkommensarmut. Eine Sozialleistung, die eine Bekämpfung von Armut in diesem Sinne anstrebt, müsste also auf die Gewährleistung bzw. Aufrechterhaltung eines spezifischen Einkommensniveaus hin ausgerichtet sein. Dies entspricht eher der Zwecksetzung des Arbeitslosengeld I bzw. der früheren Arbeitslosenhilfe, die beide darauf abzielten, die vormalige Einkommensposition des Leistungsempfängers bis zu einem bestimmten Grad aufrecht zu erhalten. Der Anspruch des SGB II beschränkt sich hingegen darauf, mit der Gewährung des Arbeitslosengeld II den grundlegenden Bedarf der Leistungsempfänger in klar definierten Lebensbereichen zu decken.³ Aus diesem Grund dürfte ein Instrument, welches die Verfügbarkeit bzw. das Fehlen von Gütern in diesen Bereichen erhebt, für die Untersuchung der Frage, ob das SGB II sein Sicherungsziel erreicht, besonders geeignet sein.

Als Datenbasis für die folgenden Untersuchungen dient die in den Jahren 2006/07 durchgeführte erste Welle des ‚Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung‘ (PASS). Dabei handelt es sich um eine jährliche Wiederholungsbefragung von 18.954 Personen in 12.794 Haushalten.⁴ Eine Besonderheit dieser Studie ist, dass sie neben einer allgemeinen Bevölkerungsstichprobe (9.568 Befragte / 5.990 Haushalte) auch eine zweite Teilstichprobe (9.386 Befragte / 6.804 Haushalte) beinhaltet, die ausschließlich Personen aus Haushalten umfasst, in denen zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung mindestens eine Person Leistungen nach dem SGB II erhalten hat.⁵ Die gesonderte Erhebung der Leistungsempfänger ermöglicht somit detaillierte Analysen dieser Bevölkerungsgruppe.⁶

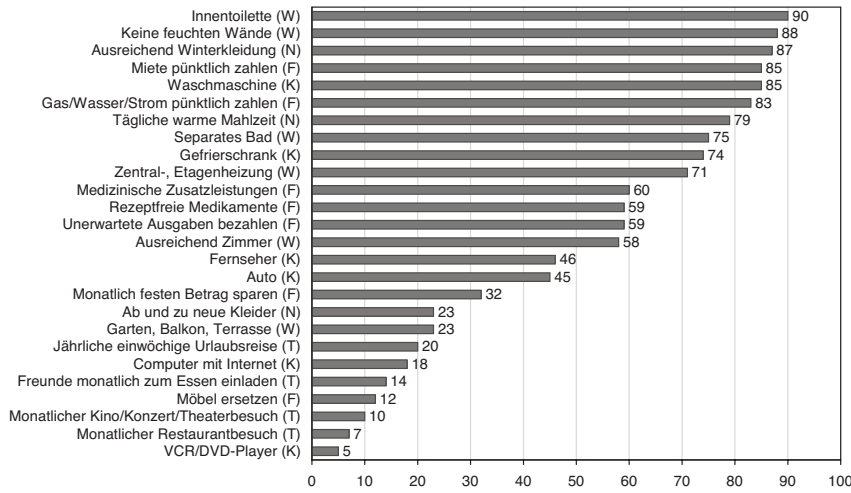
Zur Erhebung des Lebensstandards wurde den Befragten eine Liste mit 26 Gütern vorgelegt, die sowohl Bestandsgüter des Haushalts als auch Aktivitäten der Haushaltsmitglieder umfassen. Zunächst wurden die Befragten gebeten, die einzelnen Güter in Bezug auf ihre Wichtigkeit zu beurteilen. Anschließend wurde erhoben, über welche der genannten Güter der Haushalt verfügt. Allgemein gesprochen ist der Lebensstandard eines Haushalts umso niedriger, je mehr der auf dieser Liste aufgeführten Gegenstände oder Aktivitäten fehlen. Da das reine Fehlen eines Gutes jedoch auch ein Hinweis auf bestimmte Konsumpräferenzen sein kann – man besitzt z.B. kein Auto, weil man dies aus Umweltschutzgründen ablehnt – wird ein Gut nur dann als fehlend gezählt, wenn die Befragten explizit angeben, es aus finanziellen Gründen nicht zu besitzen.

Auf Basis dieser Daten sollen drei Fragen beantwortet werden. Zunächst wird geprüft, welche der untersuchten Güter von der Bevölkerung als in besonderer Weise notwendig erachtet werden und welche nicht. Danach wird gefragt, in welchem Umfang und in welchen Bereichen Leistungsempfänger Einbußen hinnehmen müssen. Abschließend wird untersucht, ob alle Leistungsempfänger über eine im Großen und Ganzen vergleichbare Güterausstattung verfügen oder ob bestimmte Gruppen ein niedrigeres Versorgungsniveau aufweisen als andere Bezieher des Arbeitslosengeld II.

Zustand, Ausstattung und Kosten der Wohnung besonders wichtig

Die der Bestimmung von Versorgungsdefiziten zugrundeliegenden 26 Lebensstandardmerkmale beziehen sich auf die Bereiche Wohnung, Nahrung/Kleidung, Ausstattung mit Konsumgütern, allgemeine finanzielle Möglichkeiten sowie Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben und decken sich damit zumindest grob mit den im SGB II festgehaltenen Sicherungszielen. Grafik 1 stellt zunächst die 26 verwendeten Güter dar und gibt an, welcher Anteil der Befragten das jeweilige Gut als ‚unbedingt notwendig‘ erachtet. Hierbei zeigt sich eine klare Hierarchie der Güter. Neben einer Grundver-

Grafik 1: Relevanz verschiedener Güter für den Lebensstandard in der Gesamtbevölkerung (in %)



Anteil ‚unbedingt notwendig‘ auf einer 3-er-Skala: 1 = unbedingt notwendig, 2 = wünschenswert, 3 = verzichtbar. Die Items wurden einer zufällig ausgewählten Teilstichprobe von Befragten vorgelegt (Ausnahme: keine feuchten Wände). Abkürzung der Bereiche: W = Wohnung, N = Nahrung/ Kleidung, K = Konsum, F = Finanzen, T = Teilhabe.

Datenbasis: Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung (PASS) 2006/07, gewichtete Ergebnisse

sorgung mit Nahrung und Kleidung werden vor allem mit der Wohnung in Zusammenhang stehende Lebensstandardmerkmale als besonders wichtig erachtet (d.h. mehr als zwei Drittel der Befragten erachten sie als ‚unbedingt notwendig‘). Hierzu zählen neben der Qualität der Wohnung (akzeptabler baulicher Zustand und sanitäre Anlagen) auch eine Grundausstattung mit Haushaltsgeräten (Waschmaschine, Gefrierschrank) sowie die Möglichkeit, das Geld für Miete und Nebenkosten aufbringen zu können.

Im Mittelfeld (von einem bis zwei Dritteln als ‚unbedingt notwendig‘ erachtet) liegen ausreichender Wohnraum, Fernsehen und Auto sowie die Möglichkeit, anfallende Gesundheitskosten und unerwartete Ausgaben schultern zu können. Von weniger als einem Drittel der Befragten als ‚unbedingt notwendig‘ erachtet werden hingegen höherwertige Konsumgüter (Computer mit Internet und Video-/DVD-Recorder), die Verfügbarkeit von Balkon oder Terrasse sowie weiterreichende finanzielle Möglichkeiten (Ersetzen noch guter Möbel und Sparen). Dasselbe gilt für Güter aus dem Bereich der sozialen und kulturellen Teilhabe (Urlaub, Restaurant und Kino/Konzert/Theater), die ebenfalls von einer Mehrheit der Befragten für weitgehend verzichtbar gehalten werden.

Gute Versorgung bei elementaren Gütern, aber deutliche Einschränkung in der Lebensqualität

Grafik 2 stellt für alle erfassten Güter die Unterschiede in der Versorgung zwischen den ALG-II-Leistungsempfängern und der übrigen Bevölkerung dar. Es zeigt sich, dass diese Unterschiede teilweise recht ausgeprägt sind und dass im Leistungsbezug nur der grundlegende Lebensstandard der

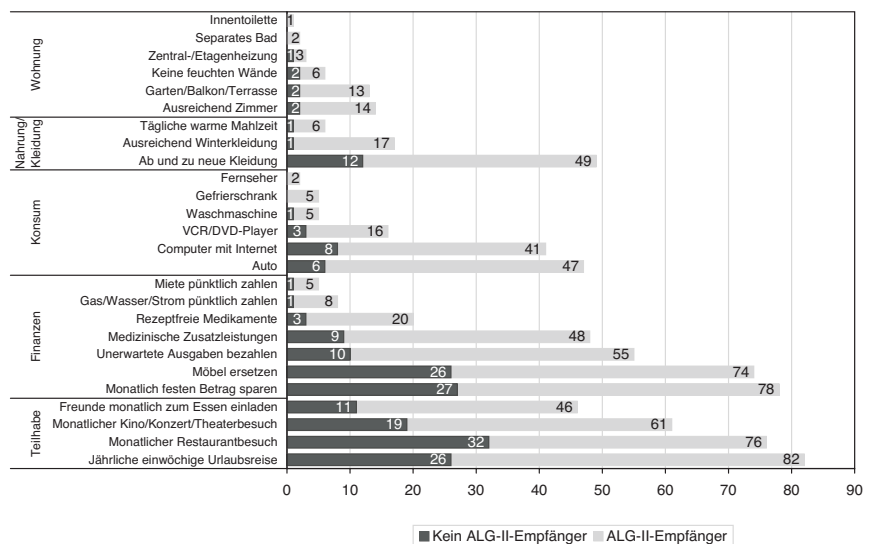
Betroffenen abgesichert wird. Zwar kann man im Allgemeinen von einer recht guten Versorgung der ALG-II-Empfänger mit den Gütern des elementaren Bedarfs sprechen. Dennoch gibt es auch bei der Grundversorgung bei einigen Leistungsempfängern Defizite. Jeweils 6-8% der ALG-II-Bezieher berichten, dass sie sich keine warme Mahlzeit pro Tag leisten können, dass die Wände in ihrer Wohnung feucht sind, dass sie Probleme mit der pünktlichen Bezahlung der Nebenkosten haben oder dass sie rezeptfreie Medikamente nicht bezahlen können. Sogar 14% verfügen nicht über ausreichend Zimmer in der Wohnung und knapp 17% der Leistungsempfänger können sich keine angemessene Winterkleidung leisten.

Vor allem bei grundlegenden Gütern sind auch mögliche relative Benachteiligungen zu beachten. Denn gerade bei elementaren Dingen, wie z.B. einer täglichen warmen Mahlzeit oder einer trockenen Wohnung, werden Defizite besonders intensiv empfunden und sind insofern auch besonders problematisch. Vergleicht man die Leistungsempfänger und die übrige Bevölkerung vor diesem Hintergrund, so zeigt sich, dass bei den genannten zentralen Gütern wie Ernährung, Winterkleidung oder Wohnungs- und Nebenkosten die Leistungsempfänger recht deutlich benachteiligt sind. Während diese Güter für die übrige Bevölkerung quasi universell verfügbar sind, fehlen sie mit 6-17% einem zwar kleinen, aber nicht unerheblichen Teil der Leistungsempfänger. Dies bedeutet z.B., dass ALG-II-Empfänger mehr als zehnmal häufiger als die übrige Bevölkerung aus finanziellen Gründen auf eine tägliche warme Mahlzeit verzichten müssen und sich auch ausreichende Winterkleidung mehr als zehnmal häufiger nicht leisten können. Ähnliches gilt für Haushaltsgeräte wie Waschmaschine und Gefrierschrank sowie das Zahlen von Miete und Nebenkosten, die sich Leistungsempfänger sieben- bis zehnmal häufiger nicht leisten können.

Trotz dieser hohen relativen Benachteiligung scheint die Grundsicherung für Arbeitssuchende insgesamt die wichtigsten materiellen Bedürfnisse der Leistungsempfänger weitgehend abzudecken und die auftretenden Versorgungslücken sind, was die von der Bevölkerung als wichtig erachteten Güter angeht, eher gering. Blickt man allerdings über den Bereich der elementaren Bedürfnisse hinaus, zeigen sich größere Versorgungsdefizite.

Am niedrigsten fällt das Versorgungsniveau der Leistungsempfänger bei den finanziellen Möglichkeiten und der sozialen Teilhabe aus, also in Bereichen, die eher einem gehobenen

Grafik 2: Unterversorgung mit relevanten Gütern des Lebensstandards bei ALG-II-Empfängern und Nichtempfängern im Vergleich (in %)



Anteil derjenigen, die aus finanziellen Gründen nicht über die genannten Güter verfügen.

Datenbasis: Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung (PASS) 2006/07, gewichtete Ergebnisse

nen Lebensstandard zuzuordnen sind. Etwa drei Viertel der ALG-II-Empfänger können es sich nicht leisten, alte aber funktions-tüchtige Möbel zu ersetzen oder einmal im Monat ins Restaurant zu gehen. Und jeweils um die vier von fünf Leistungsempfängern geben an, dass sie sich keinen jährlichen Urlaub leisten oder keinen festen Geldbe-trag pro Monat sparen können. Immerhin noch rund jeder Zweite kann weder das Geld für medizinische Zusatzleistungen aufbringen, die nicht von der Krankenkasse übernommen werden, noch unerwartet auftretende Ausgaben schultern. Ähnliches gilt für Kino- oder Konzertbesuche oder für das Einladen von Freunden.

Auch bei höherwertigen Gütern in anderen Bereichen gibt es deutliche Unterschiede zwischen ALG-II-Empfängern und der übrigen Bevölkerung. Zwischen 40% und der Hälfte der Leistungsempfänger verfügt aus finanziellen Gründen nicht über ein Auto oder einen Computer mit Internetanschluss und ist auch nicht in der Lage, den Kauf neuer Kleidung über den unmittelbaren Bedarf hinaus zu finanzieren. Selbst wenn diese Güter nicht zur elementaren Grund-ausstattung gehören, hat ihr Fehlen nichts-destoweniger einen Einfluss auf die Lebens-qualität, so dass sich Versorgungsdefizite für die Betroffenen spürbar auswirken.

Niedriggebildete und Alleinerziehende besonders benachteiligt

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ergeb-nisse stellt sich die Frage, ob es bei den Leistungsempfängern bestimmte Gruppen gibt, die besonders stark von Versorgungs-defiziten betroffen sind oder bei denen sich gar Benachteiligungen häufen. Dem soll im Folgenden anhand eines Vergleichs zwischen unterschiedlichen Teilgruppen der Leistungsempfänger nachgegangen werden. Dazu wurden zusammenfassende Depriva-tionsindizes gebildet, die das Ausmaß des Versorgungsdefizits in einem Wert ange-ben. Der erste Index berechnet sich anhand der zehn von mindestens zwei Dritteln der Bevölkerung als ‚absolut notwendig‘ erachteten Güter und kann als Maß der ‚Grundversorgung‘ verstanden werden. Der zweite Index basiert auf der Gesamtheit der 26 abgefragten Güter und stellt den Grad der ‚Gesamtversorgung‘ der Leistungsemp-fänger dar. Beide Maße wurden auf 100 normiert, was dem Prozentanteil fehlender Güter aus dem jeweiligen Index entspricht. Die Ergebnisse der mit Hilfe dieser Indizes vorgenommenen Vergleiche sind in Tabelle 1 dargestellt.

Wie sich das Versorgungsniveau der ALG-II-Empfänger insgesamt gegenüber der übrigen Bevölkerung darstellt, wird aus dem oberen Teil der Tabelle 1 ersichtlich. Während bei den Nichtempfängern nur 0,8% der Güter der Grundversorgung fehlen, sind es bei den Leistungsempfängern immerhin 5,6%. Bei der Gesamtversorgung fehlen bei den Nichtempfängern 7,8% der Güter gegenüber 29,8% bei den ALG-II-Empfängern. Es lässt

sich also sowohl bei der Grund- als auch bei der Gesamtversorgung ein deutlicher Unter-schied zwischen Empfängern von SGB-II-Leistungen und der übrigen Bevölkerung ausmachen.

Im Folgenden werden nun Teilgruppen der Leistungsbezieher betrachtet. Dabei ist zu beachten, dass für diese Analysen lediglich Befragte aus der Teilstichprobe der ALG-II-Empfänger berücksichtigt wurden, die auch heute noch Leistungen erhalten. Der Ver-gleich der Altersgruppen zeigt, dass beson-ders Leistungsempfänger mittleren Alters (35 bis 49 Jahre) hohe Deprivationswerte aufweisen, während die jüngeren und äl-teren Leistungsbezieher besser versorgt sind.

Relativ deutlich fallen die Versorgungsun-terschiede zwischen den Bildungsgruppen aus: Je höher der Bildungsgrad des Lei-stungsempfängers, desto besser sind sowohl seine Grund- als auch seine Gesamtver-sorgung. Es ist anzunehmen, dass hohe Bildung auf ein vor dem Leistungsbezug höheres Verdienstniveau hinweist und höher gebildete Personen daher wohl häufig auch über größere finanzielle Reserven und eine bessere Grundausrüstung mit langlebigen Konsumgütern verfügen. Auf diese Weise dürften sie zumindest begrenzte Phasen des Leistungsbezugs besser überbrücken können.

Auch beim Vergleich verschiedener Haus-haltstypen zeigen sich Unterschiede: Die Ein-Personen-Haushalte weisen von allen Haushaltsformen das mit Abstand niedrigste

Versorgungsniveau auf. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass Ein-Personen-Haushalte generell oft schlechter ausge-stattet sind als Mehrpersonenhaushalte, da bestimmte Güter aufgrund der Haushalts-größe weniger dringend benötigt werden. Bei den Mehrpersonenhaushalten sind vor allem Haushalte von Alleinerziehenden von Versorgungsdefiziten betroffen. Sie weisen sowohl bei der Grundversorgung als auch bei der Gesamtversorgung niedrigere Werte auf als Paare – sowohl mit als auch ohne Kinder – und auch als die sonstigen Haus-halte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die hier verwendeten Daten erstmals eine detaillierte Untersuchung des Lebensstan-dards der Empfänger von Grundsicherungs-leistungen nach dem SGB II ermöglicht haben, die über eine bloße Feststellung von Einkommensunterschieden bzw. relativer Einkommensarmut hinausgeht. Dabei ergab sich zunächst ein vergleichsweise positi-ves Bild der Versorgung mit elementaren Gütern. Gerade in den auch von der Bevöl-kerung als zentral erachteten Bereichen wie Wohnung und Wohnkosten, Ausstattung mit grundlegenden Haushaltsgeräten sowie Kleidung und Ernährung war die festge-stellte Versorgungslücke vergleichsweise klein. Insofern kann das im SGB II formu-lierte Sicherungsziel des Arbeitslosengeld II als erreicht angesehen werden.

Allerdings geht der Lebensstandard der meisten Leistungsempfänger kaum über eine Grundversorgung hinaus. Im Hinblick

Tabelle 1: Deprivationsindizes für Grund- und Gesamtversorgung

	Grundversorgung	Gesamtversorgung
Gesamt		
Nicht ALG-II-Empfänger ^R	0,8	7,8
ALG-II-Empfänger	5,6***	29,8***
Nur ALG-II-Empfänger		
Alter		
Bis 34 Jahre ^R	5,6	28,7
35-49 Jahre	6,5***	31,4***
50 Jahre und älter	4,6	29,6**
Bildung		
Niedrig ^R	6,4	31,7
Mittel	5,0**	28,6*
Hoch	4,1***	25,8***
Haushaltstyp		
Ein-Personen-Haushalt ^R	7,2	33,0
Paar ohne Kinder	3,7***	28,0***
Alleinerziehend	5,2***	29,8***
Paar mit Kindern	4,7***	27,1***
Sonstige	4,3***	24,8***

Deprivationsindex der Grundversorgung: Fehlende Güter von zehn ‚grundsätzlich notwendigen‘ Gütern. Deprivationsindex der Gesamtversorgung: Fehlende Güter von 26 relevanten Gütern des Lebensstandards. Beide Indizes wurden auf den Bereich 0 (= kein Gut fehlt) bis 100 (= alle Güter fehlen) normiert. Signifikanz gegenüber Referenzgruppe (R): * = p < .05; ** = p < .01; *** = p < .001. Bildung: Niedrig = kein Schulabschluss oder Hauptschulabschluss mit oder ohne Berufsbildung; Mittel = Mittlere Reife, Fachhochschulreife oder Abitur mit oder ohne Berufsbildung oder ohne FH- oder Universitätsstudium; Hoch = Fachhochschul- oder Universitätsstudium (entspricht Casmin-Grobkategorien 1, 2 und 3).

Datenbasis: Panel Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung (PASS) 2006/07, gewichtete Ergebnisse

auf kulturelle Teilhabe, finanzielle Möglichkeiten, oder höherwertige Konsumgüter wie Internetzugang oder Autobesitz gibt es deutliche Unterschiede zur übrigen Bevölkerung. Zwar handelt es sich hier zum Teil sicherlich auch um gehobene Güter, deren Bereitstellung nicht unbedingt in den Bereich einer Grundsicherung gehört, allerdings ist eine solche Zuordnung nicht immer so eindeutig zu treffen, wie sie auf den ersten Blick scheint. Ein Beispiel hierfür ist die fehlende Möglichkeit Geld zu sparen, die fast 80% der Leistungsempfänger beklagen. Während man in der früheren Sozialhilfe einmalig auftretende Sonderbedarfe, wie z.B. Ersatz für defekte Haushaltsgeräte, separat beantragen konnte, gibt es diese Möglichkeit beim ALG-II nicht mehr. Derartige Bedarfe sind nun pauschal im Regelsatz enthalten und der Leistungsempfänger ist sogar aufgefordert, sich über die Zeit etwas zurückzulegen, um dann bei Bedarf auch größere Ersatzanschaffungen tätigen zu können. Die Tatsache, dass diese Rücklagenbildung den meisten Betroffenen offenbar nicht möglich ist, weist also bereits jetzt auf ein Problem hin, das bei längerfristigem Leistungsbezug zu verstärkter Unterversorgung auch im Bereich der grundlegenden Güter führen könnte.

Ein weiteres Problem ist die trotz einer in den grundlegenden Bereichen insgesamt guten Versorgung der Leistungsempfänger doch recht hohe relative Benachteiligung. Während Nicht-Leistungsempfänger quasi universell über die elementaren Güter verfügen, ist das Fehlen zumindest eines dieser Güter für Leistungsempfänger nicht unwahrscheinlich. Allerdings – und das ist der positive Aspekt des hier berichteten Ergebnisses – handelt es sich um ein aus Sicht der Betroffenen zwar schmerzhaftes, im absoluten Umfang aber doch kleines und somit potentiell lösbares Problem. Ein erster Schritt zu seiner Lösung stellt die hier zumindest im Ansatz durchgeführte Identifikation besonders betroffener Gruppen innerhalb der Leistungsempfänger dar. Neben den in Ein-Personen-Haushalten Lebenden und den Alleinerziehenden sind dies vor allem Leistungsempfänger mit niedriger Bildung. Da Letztere zudem ein überdurchschnittlich hohes Risiko aufweisen, überhaupt auf ALG-II-Leistungen angewiesen zu sein, wäre es in jedem Fall nicht falsch, die Bemühungen um diese Empfängergruppe weiter zu erhöhen.

- 1 Die Leistungen des SGB II umfassen sowohl das Arbeitslosengeld II, welches die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen erhalten, als auch das Sozialgeld, das an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige ausbezahlt wird, die mit einem oder mehreren Empfängern des Arbeitslosengeld II in einer Bedarfsgemeinschaft leben (z.B. deren minderjährige Kinder). Im Folgenden beziehen Aussagen über das Arbeitslosengeld II das Sozialgeld immer mit ein. Außerdem werden die Begriffe ‚Leistungen des SGB II‘, ‚Grundsicherung für Arbeitssuchende‘ und ‚Arbeitslosengeld II‘ bzw. ‚ALG II‘ austauschbar verwendet.
- 2 Diese Möglichkeit ist für Empfänger der Grundsicherung für Arbeitssuchende allerdings dadurch eingeschränkt, dass eventuell vorhandenes Vermögen bis auf einen Freibetrag bereits vor dem Eintritt in den Leistungsbezug für die Sicherung des Lebensunterhalts eingesetzt werden muss. Dennoch dürften die zulässigen Vermögensfreibeträge, die je nach Alter zwischen 4.100 und 13.000 Euro je (Ehe-)Partner sowie zusätzlich 750 Euro je Mitglied der Bedarfsgemeinschaft betragen, ausreichen, um das Ausgabenniveau zumindest für einen gewissen Zeitraum deutlich anheben zu können.
- 3 Die Grundsicherung soll den Bedarf der Leistungsempfänger in den Bereichen „Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Bedarfe des täglichen Lebens sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben“ gewährleisten (vgl. SGB II §20, Abs. 1).
- 4 Voraussichtlich ab Herbst 2008 wird ein Scientific Use File der ersten Erhebungswelle verfügbar sein. Interessierte Wissenschaftler können den Datensatz ab diesem Zeitpunkt über das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit (FDZ) beziehen. Aktuelle Informationen sind auf der Homepage des FDZ (<http://fdz.iab.de>) erhältlich.
- 5 Dies bedeutet nicht in jedem Fall, dass auch alle weiteren im Haushalt lebenden Personen Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld erhalten. Ein Beispiel wären Rentner, die mit ihren Kindern und Enkeln in einem Haushalt leben. Diese gehören nicht zur sog. Bedarfsgemeinschaft, wohl aber zum untersuchten Haushalt. Da eine genaue Abgrenzung

der Bedarfsgemeinschaft vor der Befragung jedoch nicht möglich war, wurde der Bezug von Arbeitslosengeld II auf der Haushaltsebene erhoben und im Rahmen der vorliegenden Analysen werden alle Mitglieder des entsprechenden Haushalts als Leistungsempfänger eingestuft.

- 6 In den Analysen wird dort der gesamte Datensatz verwendet, wo die Leistungsempfänger mit der übrigen Bevölkerung verglichen werden. Als Leistungsempfänger gelten dabei ausschließlich Personen, deren Haushalt zum Zeitpunkt der Befragung noch im Leistungsbezug verblieben war. Personen aus Haushalten der Leistungsempfänger-Stichprobe, die in der Befragung angaben, keine Leistungen zu beziehen, werden der übrigen Bevölkerung zugeschlagen. Stehen ausschließlich die Leistungsempfänger im Mittelpunkt des Interesses, werden die Analysen auf die Teilstichprobe der Leistungsempfänger beschränkt. Auch in diesem Fall werden nur diejenigen Befragten berücksichtigt, deren Haushalt zum Befragungszeitpunkt im Leistungsbezug verblieben war.

Andreß, Hans-Jürgen, Lipsmeier, Gero, 1999: *Lebensstandard nicht allein vom Einkommen abhängig. Ergebnisse einer aktuellen Umfrage. Informationsdienst Soziale Indikatoren* 21: 5-9.

Goebel, Jan, Richter Maria, 2007: *Nach der Einführung von Arbeitslosengeld II: Deutlich mehr Verlierer als Gewinner unter den Hilfeempfängern. DIW-Wochenbericht* 50/2007: 753-761.

Noll, Heinz-Herbert, Weick, Stefan, 2007: *Einkommensarmut und Konsumarmut – unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen. Analysen zum Vergleich der Ungleichheit von Einkommen und Konsumausgaben. Informationsdienst Soziale Indikatoren* 37: 1-6.

Ringen, Stein, 1991: *Direct and Indirect Measures of Poverty. Journal of Social Policy* 17(3): 351-365.

Sozialgesetzbuch zweites Buch. Grundsicherung für Arbeitssuchende [SGBII].

Bernhard Christoph

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
(ISI 40, 2008: 7-10)

Jeder fünfte Erwerbstätige ist aus beruflichen Gründen mobil

Berufsbedingte räumliche Mobilität im Vergleich

Der Arbeitsmarkt verlangt den Erwerbstätigen heute nicht nur Flexibilität, sondern auch häufig räumliche Mobilität ab – mit steigender Tendenz. Dabei gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, mobil zu werden, vom täglichen Fernpendeln bis zum Fernumzug. Der Wunsch, soziale Kontakte sowie das gewohnte Umfeld zu behalten, lässt die Mehrzahl der Mobilen eine Form von Pendelmobilität wählen. Diese Art der Mobilität hat jedoch auch Konsequenzen für das private Leben und ist zum Beispiel mit Elternschaft schwer zu vereinbaren. Für das Berufsleben hat Mobilität eine ambivalente Bedeutung. Auf der einen Seite kann sie sich positiv auf Beruf und Karriere auswirken, auf der anderen Seite dient sie oft nur dazu, sozialen Abstieg zu verhindern oder Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Der Beruf kann dem Berufstätigen aus verschiedenen Gründen Mobilität abverlangen: Oft muss eine große Distanz zum Arbeitsplatz überwunden werden, etwa nach einem Berufs- oder Betriebswechsel. In manchen Tätigkeiten müssen regelmäßig Filialen, Auftraggeber oder Kunden aufgesucht werden. Andere Berufe werden zum Beispiel projektbedingt an wechselnden Arbeitsplätzen ausgeübt. Wieder andere sind im Transportwesen angesiedelt. Wie viele Menschen betrifft das? Hat berufsbedingte räumliche Mobilität zugenommen? Welche Konsequenzen hat sie für das Privatleben? Welche Rahmenbedingungen spielen dabei eine Rolle, und welche Unterschiede gibt es zwischen verschiedenen Mobilitätsformen? Diese Fragen werden für die erwerbstätige Bevölkerung in Deutschland beantwortet. Dort, wo es aufschlussreiche Unterschiede gibt, werden Vergleiche zu anderen europäischen Gesellschaften gezogen, für die vergleichbare Daten vorliegen.

Grundlage der hier präsentierten Ergebnisse sind die Daten des EU-finanzierten Forschungsprojektes „Job Mobilities and Family Lives in Europe“, an dem Partner aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Polen, Belgien und der Schweiz beteiligt waren. In allen sechs Ländern wurde 2007 eine repräsentative standardisierte telefonische Befragung mit insgesamt 7.220 Interviews durchgeführt, davon 1.663 in Deutschland. Grundgesamtheit war die Wohnbevölkerung im Alter von 25 bis 54 Jahren.¹ Die Projektlaufzeit begann im Februar 2006 und endete im Oktober 2008.

Zumindest auf dem täglichen Weg zur Arbeit ist quasi jeder Erwerbstätige auch beruflich mobil. Allerdings ist davon auszugehen, dass erst ab einer bestimmten Intensität an Mobilität die Einflussnahme auf das Berufs- und Privatleben ein signifikantes Ausmaß annimmt. Hieran orientiert sich die Wahl von Schwellenwerten zur Erfassung von Mobilität. Im Falle von Umzugsmobilität bzw. residentieller Mobilität ist dabei die Distanz zum letzten Wohnort entscheidend, die

verhindert, dass das private Leben weiterhin in den gleichen Räumen, Netzwerken und Organisationen stattfinden kann. Im Falle anderer Formen von Mobilität, die hier als zirkuläre Mobilität zusammengefasst werden, ist der Verlust an Zeit ausschlaggebend, der durch die fortwährend wiederkehrende (Pendel-)Mobilität entsteht. Diesen Kriterien folgend wird als mobil definiert, wer mindestens einer der folgenden drei Kategorien angehört:

- Umzugsmobile oder auch residentiell Mobile sind innerhalb der letzten drei Jahre aus beruflichen Gründen über eine Distanz von mindestens 50 km umgezogen – innerhalb eines Landes oder grenzüberschreitend.
- Fernpendler sind beim täglichen Pendeln zur Arbeit hin und zurück mindestens 120 Minuten unterwegs und pendeln mindestens dreimal pro Woche.
- Übernachtler haben berufsbedingt im vergangenen Jahr mindestens 60 Übernachtungen außer Haus verbracht (sei es durch Wochenendpendeln über das Jahr verteilt, sei es am Stück als Saisonarbeiter, sei es

auf unregelmäßigen Reisen). Auch Menschen in Fernbeziehungen werden dazu gezählt, sofern es berufliche Gründe sind, aus denen die beiden entfernt liegenden Haushalte nicht zusammengelegt werden.

Mobilitätserfahrungen sind weit verbreitet

Gemäß dieser Definition sind 16% der Befragten, also der 25- bis 54-jährigen Wohnbevölkerung, in Deutschland mobil. Betrachtet man ausschließlich die Erwerbstätigen, erhöht sich der Anteil auf 19%. Damit sind die deutschen Erwerbstätigen mobiler als die Erwerbstätigen in den übrigen fünf untersuchten Ländern. Die Länderunterschiede sind insgesamt aber eher gering. Das niedrigste Niveau zeigt sich für die Schweiz mit einer Mobilitätsrate von 13% unter den Erwerbstätigen. Im Folgenden beziehen sich sämtliche Analysen auf die Gruppe der Erwerbstätigen.²

Die Frage, wie viele Menschen von Mobilität betroffen sind, kann aber auch anders gestellt werden. Zum einen können zurückliegende Mobilitätserfahrungen mit einbezogen werden. Das erscheint sinnvoll, da vergangene Mobilität sich zum Beispiel in der Partner- oder Familienbiographie nachhaltig auswirken kann. 31% der erwerbstätigen Deutschen sind zwar aktuell nicht mehr beruflich mobil, waren es aber in der Vergangenheit. Aus dieser Sicht lässt sich argumentieren, dass über die 19% aktuell Mobilen hinaus weitere 31% in der Vergangenheit bereits einmal mobil waren und somit jeder zweite Erwerbstätige in Deutschland Mobilitätserfahrungen gemacht hat (Tabelle 1).

Zum anderen ist es möglich, die Mobilitätserfahrung im Familiennetzwerk zu betrachten. Vor allem der Partner des Mobilen ist von der Mobilität mit betroffen. Dies gilt in hohem Maße bei residentieller Mobilität (bei der der Partner meist mit umzieht), aber auch bei zirkulärer Mobilität, beispielsweise

Tabelle 1: Mobilitätserfahrungen in sechs Ländern (in Prozent)

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien
derzeit mobil	19	15	14	13	15	17
in der Vergangenheit mobil	31	36	38	38	21	25
Summe der Mobilitätserfahrungen*	49	51	52	51	37	42
zirkulär mobil	68	65	83	73	76	87
residenziell mobil	22	27	12	18	12	11
residenziell und zirkulär mobil	9	8	6	9	12	2
gesamt (alle derzeit Mobilen)	100	100	100	100	100	100

Anteile beziehen sich auf alle Erwerbstätigen (Zeile 1-3) bzw. auf alle mobilen Erwerbstätigen in den jeweiligen Ländern. Ungewichtete Fallzahlen für Erwerbstätige: n=1400 (Deutschland); n=1053 (Frankreich); n=939 (Spanien); n=887 (Schweiz); n=853 (Polen); n=951 (Belgien). Daten gewichtet.

* Wert weicht aufgrund von Rundungseffekten von der Summe aus Zeile 1 und 2 ab.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

Tabelle 2: Anteile beruflich Mobiler in verschiedenen sozio-demografischen Gruppen (%)

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien
25-34 Jahre alt	26	21	19	15	23	19
35-44 Jahre alt	17	14	12	14	11	17
45-54 Jahre alt	15	12	10	11	10	16
mit Haupt- oder Real- schulabschluss	15	11	12	9	10	17
mit Abitur	17	13	13	17	15	15
mit Hochschulabschluss	33	22	18	19	23	21
Männer	24	19	15	17	18	23
Frauen	13	11	12	7	13	10

Anteile beziehen sich auf alle Erwerbstätigen in den jeweiligen Ländern. Ungewichtete Fallzahlen: n=1400 (Deutschland); n=1053 (Frankreich); n=939 (Spanien); n=887 (Schweiz); n=853 (Polen); n=951 (Belgien). Daten gewichtet.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

für die Familienplanung oder die Arbeitsteilung im Haushalt. 6% der Erwerbstätigen in Deutschland sind zwar (aktuell) nicht selbst beruflich mobil, haben aber einen mobilen Partner. Aus dieser Perspektive sind unter den Erwerbstätigen insgesamt 25% durch aktuelle Mobilität betroffen – sei es die eigene, sei es die des Partners. Fasst man alle Personen zusammen, die entweder selbst mobil sind oder mobil waren oder aktuell einen mobilen Partner haben, so machen diese einen Anteil von 54% unter den erwerbstätigen Deutschen aus. Für die anderen untersuchten Länder ergeben sich sehr ähnliche Anteile.

Mobilität hat zugenommen

Da sich die vorliegende Studie bislang auf einen Querschnitt beschränkt, kann eine Zu- oder Abnahme von Mobilität nur aus dem Vergleich von Altersgruppen abgelesen werden, insoweit sich Unterschiede zwischen diesen plausibel als Kohorteneffekte (und nicht als Lebenszykluseffekte) interpretieren lassen. Dazu werden die Altersgruppen hinsichtlich ihres Anteils an Mobilitätserfahrungen verglichen: also des Anteils derer, die angeben, entweder aktuell oder in der Vergangenheit einmal mobil gewesen zu sein. Die Gefahr von Verzerrungen durch Erinnerungseffekte bei den Antworten auf die retrospektiven Fragen halten wir für gering, da Mobilität eine prägende und gut erinnerbare Erfahrung sein dürfte. Die so gemessenen Mobilitätserfahrungen müssten in jeder einzelnen Kohorte mit steigendem Alter zunehmen, denn je länger Erwerbsbiographien andauern, desto mehr Gelegenheiten gibt es, zusätzliche Mobilitätserfahrungen zu sammeln, während man die einmal gemachten Mobilitätserfahrungen nicht wieder verlieren kann. Unterstellt man, dass jede Generation den gleichen Mobilitätsanforderungen ausgesetzt ist und die gleiche Bereitschaft zeigt mobil zu werden, muss die Mobilitätserfahrung unter den älteren Altersgruppen höher sein als unter den jüngeren.

Dennoch haben die jüngsten untersuchten Erwerbstätigen in Deutschland (25 bis 34

Jahre) genauso häufig Mobilitätserfahrung gemacht (49%) wie die ältesten (45 bis 54 Jahre). Die mittlere Altersgruppe (der 35- bis 44-Jährigen) weicht davon unwesentlich ab (48%). Dieses Ergebnis ist grundsätzlich noch erklärbar, ohne einen Generationenunterschied zu unterstellen: Demnach dürfte Mobilität in jeder Biographie stets nur in den ersten Berufsjahren (bis zum 35. Lebensjahr) stattfinden, und niemand würde jenseits dieser Altersgrenze noch zusätzliche Mobilitätserfahrung sammeln. In der Tendenz konzentriert sich Mobilität tatsächlich auf die jüngere Lebensphase, allerdings nicht so ausschließlich (Tabelle 2). Daher muss angenommen werden, dass die jüngeren Kohorten mehr Mobilitätserfahrungen sammeln und dadurch den Altersvorsprung der älteren „kompensieren“. Dafür spricht auch, dass Untersuchungen auf der Basis der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zu dem Ergebnis kommen, dass das Kreisgrenzen überschreitende Pendelaufkommen zugenommen hat (z.B. Haas/Hamann 2008).

In anderen untersuchten Ländern zeigt sich ein eindeutigeres Bild, denn hier haben die jüngeren Erwerbstätigen bereits mehr Mobilitätserfahrung gesammelt als die älteren. Das trifft vor allem in Belgien und Spanien zu: In Belgien gibt es 44% Mobilitätserfahrene unter den Jüngeren, aber nur 32% unter den Älteren. In Spanien ist der Abstand mit 54% und 45% ähnlich deutlich. Diese Konstellation ist nur erklärbar, wenn ein starker Kohorteneffekt unterstellt wird: Die jüngere Kohorte ist mobiler als es die vorangegangenen im gleichen Alter waren. Zumindest für die untersuchten Länder ist somit ein Anstieg der Mobilität in den vergangenen zwei Jahrzehnten festzustellen.³

Erklärbar ist die Entwicklung unter anderem durch Tendenzen der Europäisierung und Globalisierung: Wenn Unternehmen auf internationalen statt auf regionalen Arbeitsmärkten Mitarbeiter rekrutieren, wenn sie auf internationalen statt auf regionalen Produktmärkten Kunden beliefern, entstehen mehr Anlässe für Mobilität.

Diese Erklärung wird auch durch die Daten gestützt. Beschäftigte, die in Unternehmen mit Standorten in verschiedenen Ländern arbeiten, haben eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit mobil zu sein. Ein zweiter Grund dürfte in der zunehmenden Befristung von Beschäftigungen liegen. Befristete Anstellungen ziehen häufigere Jobwechsel und damit häufigere Wechsel des Arbeitsortes nach sich. Die fehlende Dauerhaftigkeit der Arbeitsverhältnisse kann dazu führen, dass Angestellte es bevorzugen, für die Dauer der nächsten Beschäftigung eine weite (Wochenend-)Pendelstrecke in Kauf zu nehmen. Die Annahmen werden durch die Tatsache gestützt, dass unter den befristet Beschäftigten mehr Menschen mobil sind als unter den übrigen Erwerbstätigen.

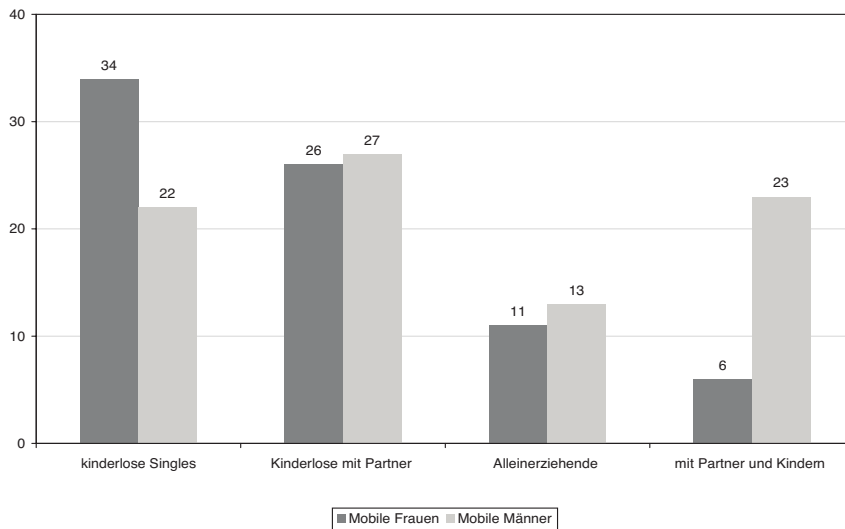
Daneben ist auch die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen von Bedeutung: Wenn von zwei Partnern in einer Partnerschaft immer häufiger beide einem Beruf nachgehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass das Paar mit Mobilität konfrontiert wird. Gleichzeitig entfällt immer häufiger die Chance, eine andauernde zirkuläre Mobilität dadurch zu vermeiden, dass ein (nicht erwerbstätiger) Partner dem anderen hinterher zieht. Dadurch steigt nicht nur Mobilität insgesamt an; residentielle Mobilität muss auch zunehmend durch zirkuläre Mobilität ersetzt werden (vgl. Schneider et al. 2009).

Zirkuläre Mobilität ist häufiger als residentielle Mobilität

Zirkuläre Mobilität kommt schon heute deutlich häufiger vor als residentielle. Nur 22% der mobilen Erwerbstätigen in Deutschland zählen zu den Umzugsmobilen. Aber 68% der Mobilen sind zirkulär mobil. Weitere 9% sind sowohl zirkulär als auch residentielemobil. Noch stärker ist die Tendenz zirkuläre Mobilität zu bevorzugen in anderen untersuchten Ländern, insbesondere in Belgien und Spanien (Tabelle 1). Innerhalb der zirkulären Mobilitätsformen sind die Fernpendler die stärkste Gruppe: In Deutschland machen sie 37% der Mobilen aus.

Zirkuläre Mobilität erscheint somit als dominante Strategie der Erwerbstätigen, um den an sie gerichteten Mobilitätsanforderungen nachzukommen. Wenn etwa eine neue Arbeitsstelle weit entfernt liegt und sich die Distanz sowohl durch einen Umzug als auch durch tägliches oder wöchentliches Pendeln überbrücken lässt, fällt oftmals die Entscheidung gegen den Umzug. Das Eigenheim soll erhalten, die Mitgliedschaft im Sportverein nicht beendet, die Schule und der Freundeskreis der Kinder nicht gewechselt und die Stelle des Partners oder der Partnerin nicht aufgegeben werden. Der Ausbau der Transportsysteme dürfte die Entscheidung für das Pendeln ebenfalls unterstützen; er ist aber gleichzeitig auch Folge der gestiegenen Nachfrage durch die Pendler. Die in Europa vorherrschende Bindung an das lokale Umfeld wird so in Einklang gebracht mit einem nach Flexi-

Grafik 1: Anteile Mobiler unter Frauen und Männern in verschiedenen Lebensformen in Deutschland (in %)



Die Analyse bezieht sich auf alle Erwerbstätigen in Deutschland. Ungewichtete Fallzahlen für Frauen: n=91 (kinderlose Singles); n=169 (Kinderlose mit Partner); n=408 (mit Partner und Kindern). Ungewichtete Fallzahlen für Männer: n=121 (kinderlose Singles); n=147 (Kinderlose mit Partner); n=326 (mit Partner und Kindern). Gewichtete Daten.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

bilität und Mobilität verlangenden Wirtschaftssystem. Der „mobile Immobiler“ ist zwar beruflich häufig unterwegs, jedoch weiterhin stark an den einmal gewählten Lebensmittelpunkt gebunden.

Mobilitätsraten variieren mit Alter und Bildung

Dass sich im Vergleich von Altersgruppen Kohortenunterschiede bemerkbar machen, ist bereits ausgeführt worden. Daneben ist auch ein Lebenszykluseffekt erkennbar. Jüngere Erwerbstätige (im Alter von 25 bis 34 Jahren) sind deutlich mobiler als ältere (Tabelle 2). Weitere Unterschiede werden deutlich, wenn die einzelnen Mobilitätsformen in den Blick rücken. Während Fernpendler und Übernächter weniger eindeutig bestimmten Altersgruppen zuzuordnen sind, konzentrieren sich vor allem Umzugsmobile eindeutig auf die Jüngeren. Diese Zusammenhänge untermauern die zuvor skizzierte Bedeutung zirkulärer Mobilität. Ältere Menschen sind tendenziell privat stärker gebunden. Sie haben bereits Familien gegründet, Wohneigentum erworben und sind in lokalen Netzwerken integriert. Zudem ist eine berufliche Umorientierung in fortgeschrittenen Erwerbsbiographien eher selten. Residentielle Mobilität ist damit in der Phase der beruflichen Etablierung am wahrscheinlichsten. Auch die Bildungsunterschiede sind stark ausgeprägt. Der Anteil berufsbedingt Mobiler unter Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss ist deutlich höher als der unter Erwerbstätigen mit anderen Bildungsabschlüssen. Allerdings gibt es kaum Unterschiede zwischen den niedrigeren und mittleren Bildungsabschlüssen (Tabelle 2).⁴ Die hier beschriebenen Unterschiede gelten für die übrigen untersuchten Länder in ähnlicher Weise.

Elternschaft ist schwer vereinbar mit Mobilität – insbesondere für Frauen

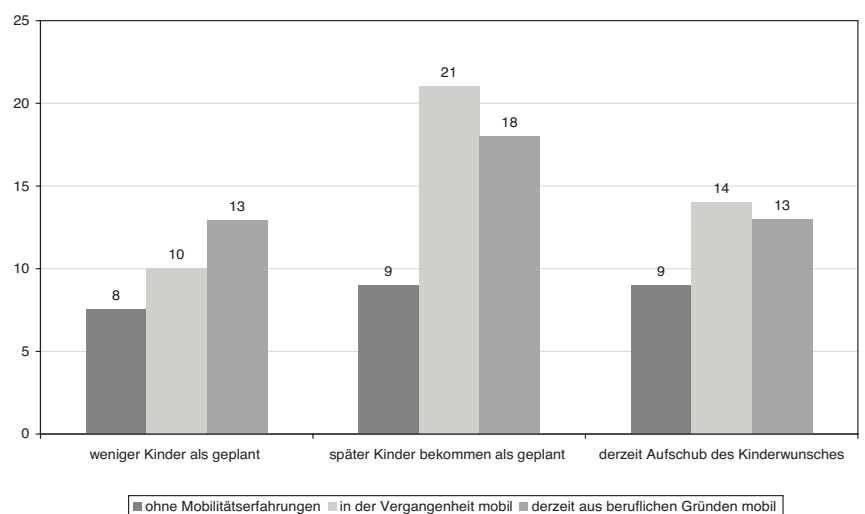
Berufsbedingte räumliche Mobilität erscheint auf den ersten Blick ein eindeutig männlich dominiertes Phänomen (Tabelle 2). Dies ist zum Teil in der Tatsache begründet, dass Frauen häufiger in Teilzeit erwerbstätig sind als Männer, denn in Teilzeitbeschäftigungen ist berufsbedingte Mobilität generell selten. Doch auch unter Vollzeitbeschäftigten sind Männer noch

häufiger mobil als Frauen. Darüber hinaus zeigen sich unterschiedliche Präferenzen für Mobilitätsformen: Bei Fernpendlern ist der Geschlechterunterschied schwächer ausgeprägt, bei Übernächtern ist der Männerüberhang besonders deutlich.

Diese Befunde stellen sich noch einmal anders dar, wenn man das Vorhandensein von Partnern und Kindern in die Analyse miteinbezieht (Grafik 1). Kinderlose Frauen sind in Deutschland nicht nur gleich häufig, sondern sogar häufiger mobil als kinderlose Männer. Während die Mobilität von Männern aber von der Familienform weitgehend unabhängig ist, wird die der Frauen durch das Vorhandensein von Kindern stark reduziert. Dies verweist zum einen darauf, dass Familienarbeit nach wie vor überwiegend von Müttern geleistet wird, und zum anderen auf Vereinbarkeitsprobleme von Mobilität und aktiver Elternschaft. Diese Zusammenhänge sind in Deutschland stärker ausgeprägt als in den übrigen untersuchten Ländern.

Mobile Eltern sehen sich einer Dreifachbelastung ausgesetzt. Neben dem Familienleben und der („normalen“) Berufsarbeit muss Mobilität organisiert werden. Die dafür aufzubringende Zeit fehlt in den anderen Bereichen. Die Vereinbarkeitsproblematik ist unter Umständen größer als der Kinderwunsch und schlägt sich so in der Familienplanung nieder. Die Zustimmung zu den drei Aussagen „Berufliche Gründe haben dazu geführt, dass Sie heute weniger Kinder haben als Sie eigentlich einmal wollten“⁵, „Berufliche Gründe haben dazu geführt, dass sie später Kinder bekommen haben als Sie eigentlich einmal wollten“ und „Ihre berufliche Situation hält sie derzeit davon

Grafik 2: Mobilitätserfahrungen und Familienplanung in Deutschland (in %)



Die Analyse bezieht sich auf alle Erwerbstätigen in Deutschland. Ungewichtete Fallzahlen für „weniger Kinder als geplant“: n=105 (mobil); n=183 (in der Vergangenheit mobil); n=260 (nicht mobil). Ungewichtete Fallzahlen für „später Kinder bekommen als geplant“: n=175 (mobil); n=275 (in der Vergangenheit mobil); n=413 (nicht mobil). Ungewichtete Fallzahlen für „derzeit Aufschub des Kinderwunsches“: n=69 (mobil); n=93 (in der Vergangenheit mobil); n=151 (nicht mobil). Gewichtete Daten.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

Tabelle 3: Bewertung der eigenen Mobilität in sechs Ländern (%)

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Schweiz	Polen	Belgien
Mobilität ist die einzige Möglichkeit, dass Sie und Ihr(e) Partner(in) beide in Ihrem Beruf tätig sein können	61	48	50	40	58	53
Nur indem sie mobil sind, können Sie überhaupt Geld verdienen	64	44	46	46	74	41
Mobilität verbessert Ihre Karrieremöglichkeiten	69	60	70	64	83	67
Mobilität verbessert Ihre Verdienstmöglichkeiten	70	53	60	62	89	67
Sehen Sie Ihre berufliche Mobilität am ehesten als ...						
... Chance	33	35	29	48	42	40
... Erfordernis	56	51	49	44	41	50
... Zwang	11	14	23	7	17	9

Anteile beziehen sich auf alle mobilen Erwerbstätigen in den jeweiligen Ländern. Ungewichtete Fallzahlen: n=398 (Deutschland); n=377 (Frankreich); n=439 (Spanien); n=347 (Schweiz); n=385 (Polen); n=386 (Belgien). Daten gewichtet.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

verbleiben zu können. Dies trifft für alle untersuchten Länder zu. Die hier auf subjektive Aussagen gestützte Vermutung, dass Mobilität nicht per se mit beruflichem und finanziellem Erfolg verknüpft ist, bestätigt sich auch, wenn die berufliche Situation Mobiler und Nicht-Mobiler in Deutschland verglichen wird. Es zeigt sich, dass Mobile nicht häufiger Leitungspositionen innehaben als Nicht-Mobile (Grafik 3). Mobile sind zudem häufiger im Rahmen von befristeten Verträgen beschäftigt. Dies gilt für alle Altersgruppen, und es gilt auch für die übrigen untersuchten europäischen Länder in ähnlicher Weise.

Es gibt Mobilitätsgewinner und -verlierer

Wenn Mobilität nicht für alle Beschäftigten die gleichen Konsequenzen hat, stellt sich die Frage, welche Bevölkerungsgruppen eher von Mobilität profitieren und welche Mobilität als eher negativ erleben: Wer sind die „Mobilitätsgewinner“, wer sind die „Mobilitätsverlierer“? Um dieser Frage nachzugehen, wurde auf der Basis von drei Variablen ein Index gebildet. Sind die Befragten mit der eigenen finanziellen Situation unzufrieden? Wird Mobilität als Zwang erlebt? Ist Mobilität die einzige Möglichkeit, überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können? Personen, die bei mindestens zwei dieser drei Fragen zustimmen, werden nach Giza-Poleszczuk/Stec (2008) zur Gruppe derer mit „Survival driven mobility“ zusammengefasst: Mobilität, die notgedrungen akzeptiert werden muss, um die ökonomische Existenz zu sichern, und als prekär angesehen werden muss. Für die übrigen wird unterstellt, dass die positiven Erfahrungen überwiegen, und das Etikett „Opportunity driven mobility“ vergeben.

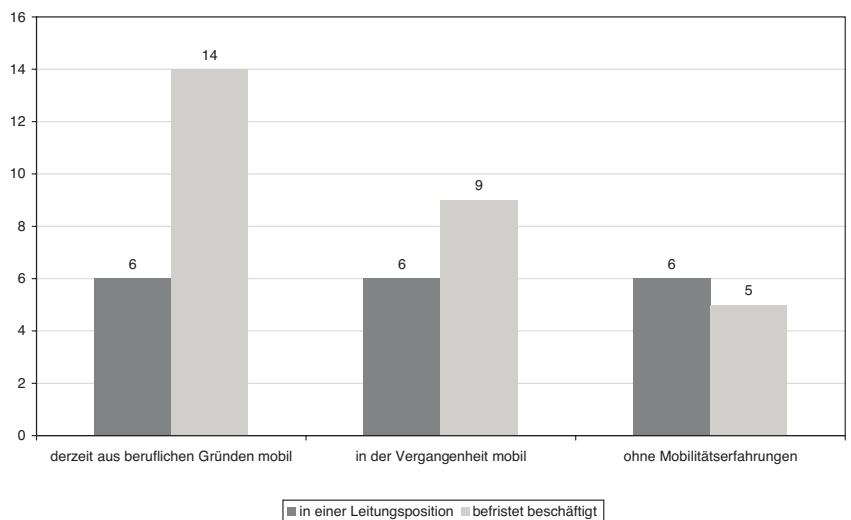
ab, weitere Kinder zu bekommen“⁶ hängt von den erlebten Mobilitätserfahrungen ab (Grafik 2). Erwerbstätige Eltern, die noch nie in ihrem Leben mobil waren, geben deutlich seltener an, dass ihre Familienplanung durch ihre berufliche Situation beeinflusst wurde, als Erwerbstätige, die bereits mobil waren bzw. es noch sind. Dies gilt für alle Altersgruppen, wobei der Zusammenhang unter den jüngeren Befragten stärker ist. Wie die Befunde, die im vorherigen Abschnitt präsentiert wurden, nahe legen, berichten Frauen häufiger als Männer, dass die berufliche Situation ihre Familienplanung beeinflusst hat.

Mobilität geht nicht immer mit beruflichem Erfolg einher

Mobilität wird in der öffentlichen Meinung oftmals mit Karriere und beruflichem Erfolg verknüpft. Für diejenigen, die aus beruflichen Gründen oft unterwegs sind, kaum Zeit zu Hause verbringen und überwiegend im Privatleben kürzer treten, sollte sich Mobilität beruflich lohnen. Umgekehrt gilt: Wer sich Mobilitätsanforderungen entzieht, wer nicht mobil werden kann oder will, wird beruflich Nachteile erleben. Die subjektiven Einschätzungen der Befragten zeigen ein eher ambivalentes Bild. So äußern Mobile und Nicht-Mobile in Deutschland etwa gleich häufig, nämlich in drei von vier Fällen, dass sie mit der eigenen finanziellen Situation zufrieden sind. Etwa 70% der Mobilen sind der Ansicht, ihre Mobilität verbessere die Karrierechancen oder Verdienstmöglichkeiten. Damit sehen jedoch umgekehrt etwa 30% diese positiven Aspekte nicht. Zudem geben mehr als 60% unter den deutschen Mobilen an, dass ihre Mobilität – zumindest auch – existenzsichernde Gründe hat. Mobilität ist für den Befragten selbst oder seinen

Partner die einzige Möglichkeit, überhaupt berufstätig zu sein (Tabelle 3). Nur ein Drittel der Mobilen bewertet Mobilität rein positiv als „Chance“; für die meisten ist sie eine „Notwendigkeit“, für einige sogar „Zwang“. Mobilität scheint somit, zumindest aus subjektiver Sicht, für einen Teil der Bevölkerung positive Konsequenzen zu haben. Sie ist Chance auf beruflichen Erfolg und finanziellen Wohlstand. Sie ist aber oft auch Notwendigkeit, um Berufliches mit Privatem zu vereinbaren, und im ungünstigsten Fall Zwang, um überhaupt im Arbeitsmarkt

Grafik 3: Berufliche Situation mobiler und nicht-mobiler Erwerbstätiger in Deutschland (in %)



Die Analyse bezieht sich auf alle Erwerbstätigen in Deutschland. Ungewichtete Fallzahlen für Leitungsposition: n=395 (mobil); n=398 (in der Vergangenheit mobil); n=589 (nicht mobil). Ungewichtete Fallzahlen für Befristung: n=396 (mobil); n=397 (in der Vergangenheit mobil); n=584 (nicht mobil). Gewichtete Daten.

Datenbasis: Job Mobilities and Family Lives in Europe 2008, eigene Berechnung

Demnach können die Mobilitätserfahrungen von 24% der deutschen Mobilen als „survival driven“ angesehen werden. Damit liegt Deutschland im Mittelfeld der untersuchten Länder, zwischen denen sich deutliche Unterschiede zeigen: Während in der Schweiz (11%) und Belgien (13%) die Anteile gering sind, ist Mobilität in Polen wesentlich häufiger zur Sicherung des Überlebens erforderlich (33%). Insgesamt sind Frauen von prekären Mobilitätserfahrungen nur wenig stärker betroffen als Männer. Eindeutig ist der Zusammenhang mit Bildung. Insbesondere für Mobile mit niedrigen Bildungsabschlüssen ist Mobilität oftmals alternativlos, wird mit Zwang verbunden und schafft Berufsteilhabe, aber keine berufliche und finanzielle Verbesserung. Auch im Hinblick auf die Familienform gibt es Unterschiede. Während Kinderlose mit Partner am seltensten von problematischen Mobilitätsarrangements berichten, sind Alleinerziehende sehr stark betroffen.

Mobilität, mittlerweile von einigen Autoren bereits als weiteres Kennzeichen der Moderne ausgemacht (vgl. etwa Urry 2007, Baumann 2003), wird mit dem Heranwachsen der jüngeren Generationen zunehmend zu einem selbstverständlichen Teil des Berufslebens werden. Dies gilt zumindest für weite Teile der Gesellschaft, vor allem für die Höherqualifizierten. Gleichzeitig bleiben Menschen aber bis auf weiteres ihrer regionalen Heimat und den sozialen Netzwerken, in die sie dort eingebunden sind, verbunden. Daher ist für die spätmodernen Gesellschaften eher die Pendelmobilität kennzeichnend als die Umzugsmobilität. Unterstützt wird dieser Trend dadurch, dass es den zunehmend verbreiteten Doppelverdienerpaaren oft nicht möglich ist, einen Wohnort zu wählen, der beiden Partnern das Pendeln über weite Strecken ersparen könnte.

Berufsbedingte räumliche Mobilität hat auf der einen Seite Vorteile für Teile der Bevölkerung. Mobilität erfüllt damit zum Teil die Verheißungen, die von den Visionären der

mobilen Gesellschaft in Aussicht gestellt werden: Wohlstand und Wachstum. Auf der anderen Seite kann Mobilität alternativlos sein, wenn dadurch sozialer Abstieg verhindert wird. Dem mobilen Menschen eröffnen sich somit oftmals neue Erfahrungen und Möglichkeiten, sie können ihm aber auch gänzlich verschlossen bleiben.

Mobilität kann als Prekarisierung empfunden werden: als Zwang und Belastung, die das Organisieren von Beruf und Alltag zu einer Sisyphusarbeit werden lässt, neben der für Familie, Hobbys und freiwilliges Engagement kein Platz mehr bleibt. Wenn Mobilität auf individueller Ebene vielfach die Familienplanung beeinflusst, die Berufschance für Eltern einschränkt und zur Retraditionalisierung in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung führt, hat sie auch gesellschaftliche Konsequenzen für demografische Entwicklungen und die soziale Ungleichheit. Es sind Maßnahmen von Politik und Arbeitgebern gefragt, die diese Entwicklungen abfedern können.

- 1 Weiterführend zu der Studie und den hier präsentierten Ergebnissen vgl. Schneider/Meil 2008 und Schneider/Collet 2009.
- 2 Erwerbstätige sind all jene, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen und damit einen nennenswerten Beitrag zu ihrem Haushaltseinkommen erzielen. Nach Selbstdefinition der Befragten kann das auch „Studentenjobs“, Aushilfstätigkeiten o.ä. umfassen.
- 3 Der zeitliche Abstand von zwei Jahrzehnten ergibt sich aus dem Abstand der jüngsten zur ältesten unterschiedenen Altersklasse: im Mittel 30 und 50 Jahre.
- 4 Um die Bildungsabschlüsse aller Länder miteinander vergleichen zu können, wurden sie dem ISCED-Code entsprechend zu einheitlichen Kategorien zusammengefasst. Hier sind der deutsche Real- und Hauptschulabschluss zusammengefasst.
- 5 Diese Aussage wurde nur Befragten vorgelegt, die 1966 oder davor geboren wurden.

6 Diese Aussage wurde nur Befragten vorgelegt, die nach 1966 geboren wurden.

Baumann, Zygmunt, 2003: *Flüchtige Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Giza-Poleszczuk, Anna, Stec, Magdalena, 2008: *Poland – The Unfulfilled Mobility Potential*.

S. 227-268 in: Schneider, Norbert F., Meil, Gerardo, (Hg.) 2008: *Mobile Living Across Europe I. Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries*. Opladen: Barbara Budrich.

Haas, Anette, Hamann, Silke 2008: *Pendeln – ein zunehmender Trend, vor allem bei Hochqualifizierten. Ost-West-Vergleich*. IAB-Kurzbericht, 06/2008, Nürnberg.

Schneider, Norbert F., Collet, Beate, (Hg.) 2009: *Mobile Living Across Europe II. Causes and Consequences of Job-Related Spatial Mobility in Cross-National Perspective*. Opladen: Barbara Budrich, im Erscheinen.

Schneider, Norbert F., Meil, Gerardo, (Hg.) 2008: *Mobile Living Across Europe I. Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries*. Opladen: Barbara Budrich.

Schneider, Norbert, Ruppenthal, Silvia, Lück, Detlev, 2009: *Beruf, Mobilität und Familie*. In: Burkart, Günter (Hrsg.): *Zukunft der Familie, Schwerpunkttheft der Zeitschrift für Familienforschung (ZfF)*, im Erscheinen.

Urry, John, 2007: *Mobilities*. Cambridge Malden: Polity Press.

Silvia Ruppenthal

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden

Detlev Lück

Institut für Soziologie, Johannes Gutenberg-Universität, Mainz (ISI 42, 2009: 1-5)

Schichtzugehörigkeit nicht nur vom Einkommen bestimmt

Analysen zur subjektiven Schichteinstufung in Deutschland

Die strukturierte sozio-ökonomische Ungleichheit, d. h. die mit der Position in der gesellschaftlichen Stathierarchie verbundene Benachteiligung oder Privilegierung von Bevölkerungsgruppen, genießt neuerdings wieder zunehmende Aufmerksamkeit: So haben Wissenschaftler und die Medien z. B. von der schrumpfenden Mittelschicht, einer wachsenden Unterschicht und deren Einstellungen und Verhaltensgewohnheiten, der Entstehung eines neuen Prekariats oder auch der in Deutschland besonders ausgeprägten Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft berichtet und damit lebhafte gesellschaftspolitische Diskussionen ausgelöst. Noch vor wenigen Jahren wurde dagegen in der Soziologie – vor allem in Deutschland – eine ebenso intensive wie kontroverse Debatte über eine Gesellschaft „jenseits von Klasse und Schicht“ (Beck 1983; Hradil 1987) und neue, d. h. insbesondere „klassenlose“ oder gar entstrukturierte Formen der sozialen Ungleichheit geführt. Auch von prominenten Sozialwissenschaftlern wurde die These vertreten, Klassen und Schichten hätten sich im Zuge eines durch Prozesse der Individualisierung gekennzeichneten Wandels der Sozialstruktur aufgelöst und als Kategorien der Sozialstruktur- und Ungleichheitsanalyse überlebt. Wenngleich sie Gegenstand kontroverser Debatten war, hat diese Sichtweise in den 1980er und 1990er Jahren hierzulande eine dominierende Rolle gespielt.¹ Allerdings ist es inzwischen „um die Auflösungsthese stiller geworden“ (Geißler 2010: 39), wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie mit aktuellen Beobachtungen von sozialen Zusammenhängen und Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung – wenn überhaupt – nur sehr bedingt kompatibel zu sein scheint.

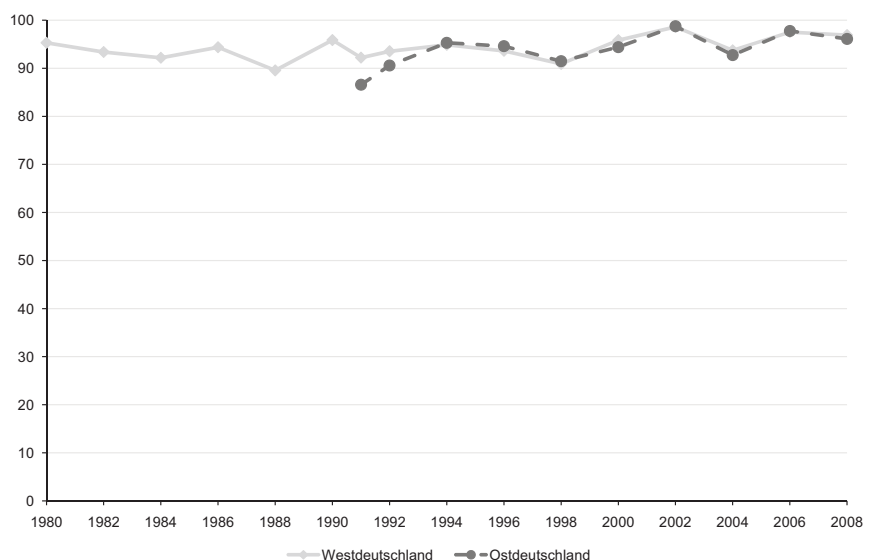
Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, wie sich die Schichtung der deutschen Gesellschaft gegenwärtig darstellt und in den zurückliegenden Jahrzehnten entwickelt hat, von welchen Merkmalen es abhängt, welcher sozialen Schicht sich Personen subjektiv zugehörig betrachten und ob bzw. welche Einstellungs- und Verhaltenskonsequenzen mit der so definierten Schichtzugehörigkeit verbunden sind. Trotz mancher Unterschiede – auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden soll – haben Klassen- und Schichtkonzepte gemein, dass sie den Blick auf das mehr oder weniger hierarchisch strukturierte Positionengefüge einer Gesellschaft lenken. Die Positionierung der Gesellschaftsmitglieder in dieser Struktur wird vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, auf die Stellung auf dem Arbeitsmarkt und im Erwerbssystem zurückgeführt. Zudem wird angenommen, dass mit ähnlichen Positionen – Klassenlagen oder Schichten – typischerweise spezifische Lebensverhältnisse und -chancen sowie auch klassen- oder schichtspezifische Interessen, Einstellungen und Verhaltensdispositionen – bzw. Mentalitäten und Habitus – verbunden sind. Inwieweit das tatsächlich der Fall ist und ob sich die Zusammenhänge im Zuge des gesellschaftlichen Wandels möglicherweise gelockert haben und heute weniger sichtbar sind, wie verschiedentlich vermutet wird (z. B. Geißler 2010: 38), sind jedoch Fragen, die letztlich nur empirisch beantwortet werden können.

Das Konzept der sozialen Schichtung und die Zugehörigkeit von Personen zu einzelnen Schichten wird in diesem Beitrag über ein subjektives Merkmal – die subjektive Schichtidentifikation – operationalisiert und empirisch ermittelt. Die Frage, welcher sozialen Schicht sich Personen zugehörig fühlen, gehört zum klassischen Repertoire der Umfrageforschung und ist einer der am häufigsten verwendeten Indikatoren für

die empirische Untersuchung der sozialen Schichtung.² Informationen dazu, wie sich Personen in eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten subjektiv einstufen, lassen sich nicht nur zu einem Bild der Makrostruktur sozialer Schichtung zusammenfügen, sondern geben insbesondere Aufschlüsse darüber, wie Individuen und Gruppen ihre eigene soziale Position im Vergleich zu anderen in der gesellschaftlichen Stathierarchie verorten und aus welcher Perspektive sie am sozialen und politischen Leben partizipieren. Das Bild, das sich die Bürger von der Schichtstruktur und ihrer eigenen Position darin machen, muss nicht in jedem Falle mit Befunden zur sozialen Schichtung übereinstimmen, wie sie unter Verwendung von objektiven Schichtindikatoren – wie z. B. Indikatoren des beruflichen Status, Bildung oder Einkommen – gewonnen werden, weil bei der subjektiven Perzeption und Bewertung mannigfaltige Faktoren berücksichtigt werden und dabei nicht zuletzt auch Vergleichsprozesse eine Rolle spielen können.

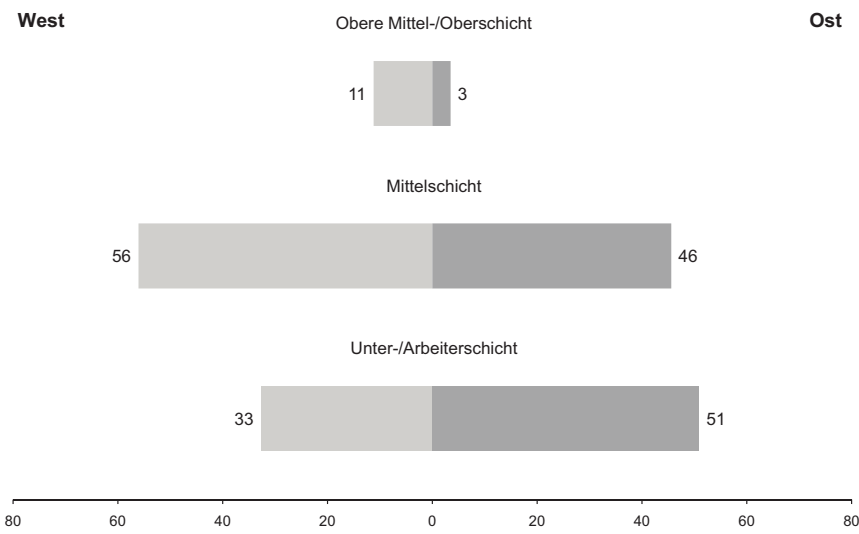
Die nachfolgend präsentierten empirischen Befunde beruhen auf Analysen von Daten aus verschiedenen Erhebungen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), insbesondere dem ALLBUS 2008. Die Frage nach der subjektiven Schichtidentifikation wird im Rahmen des ALLBUS seit 1980 regelmäßig gestellt und lautet: „Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst eher zu, der Unterschicht, der Arbeiterschicht, der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht?“³ Für die durchgeführten Analysen wurden die fünf in der Frage unterschiedenen Schichtkategorien teilweise zu lediglich drei Schichten zusammengefasst: Unter-/Arbeiterschicht, Mittelschicht, Obere Mittel-/Oberschicht.

Grafik 1: Anteil der Befragten mit valider Angabe zur Schichteinstufung (in %)



Datenbasis: kumulierter ALLBUS 1980-2008

Grafik 2: Subjektive Schichtzugehörigkeit – West- und Ostdeutschland 2008 (in %)



Datenbasis: ALLBUS 2008

Kein Trend zu abnehmender Schichtidentifikation

Aufschlussreich ist zunächst, dass die Frage nach der Schichtzugehörigkeit von nahezu allen Befragten umstandslos beantwortet wird und sich heute wie vor drei Jahrzehnten eine große Mehrheit der Bevölkerung mit einer der vorgegebenen Schichten identifiziert. Der Anteil der gültigen Antworten beträgt 2008 in Westdeutschland 97% und in Ostdeutschland 96% (Grafik 1).

Über den Zeitraum von 1980 bis 2008 variiert der Anteil von ungültigen Antworten (keine dieser Schichten, Einstufung abgelehnt, weiß nicht) in Westdeutschland zwischen maximal 10% (1988) und 1% (2002), ohne dass ein Trend zu einer abnehmenden Schichtidentifikation zu erkennen wäre. Das gleiche gilt für Ostdeutschland, wo der Anteil der ungültigen Antworten lediglich 1991, d. h. dem Jahr der ersten Befragung und zudem in einer Phase, die durch große Umwälzungen und erhebliche „Statusverunsicherung“ gekennzeichnet war, mit 13% (darunter 7% „Einstufung abgelehnt“) deutlich größer war als in Westdeutschland, danach aber kaum noch von den westdeutschen Werten differierte, mit einem Minimum von ebenfalls 1% im Jahr 2002. Diese Resultate unterstreichen nachdrücklich, dass das Bild einer stratifizierten Gesellschaft im Bewusstsein der Bevölkerung unverändert fest verankert ist und es zudem klare Vorstellungen über die eigene Platzierung in der Schichtstruktur gibt.

Mehr als jede/r zweite Westdeutsche identifiziert sich mit der Mittelschicht, jede/r zweite Ostdeutsche mit der Unter-/Arbeiterschicht

Die Struktur, die sich aus der Verteilung der Bevölkerung auf die drei zusammengefassten Schichtkategorien ergibt, weist nach wie vor charakteristische Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland auf (Grafik 2):

2008 betrachtete sich mehr als jeder zweite Westdeutsche der Mittelschicht zugehörig, jeder dritte stufte sich in die Unter- und Arbeiterschicht ein und etwas mehr als jeder zehnte in die obere Mittel- und Oberschicht. Im Unterschied zu Westdeutschland, wo die Mittelschicht dominiert, ordnet sich in Ostdeutschland nach wie vor die Mehrheit (51%) der Bevölkerung der Unter- und Arbeiterschicht zu. In die Mittelschicht stufen sich hier 46% der Befragten ein und in die obere Mittel- und Oberschicht lediglich 3%.

Bei Betrachtung der differenzierten Schichtkategorien wird deutlich, dass auf die Unterschicht (West 3%, Ost 7%) und Oberschicht (West 0,5%, Ost 0,2%) in beiden Landesteilen nur marginale Bevölkerungsanteile entfallen, wengleich sich auch bei der Betrachtung der „Randschichten“ die Tendenz zu einer höheren Einstufung der Westdeutschen manifestiert. Die nach

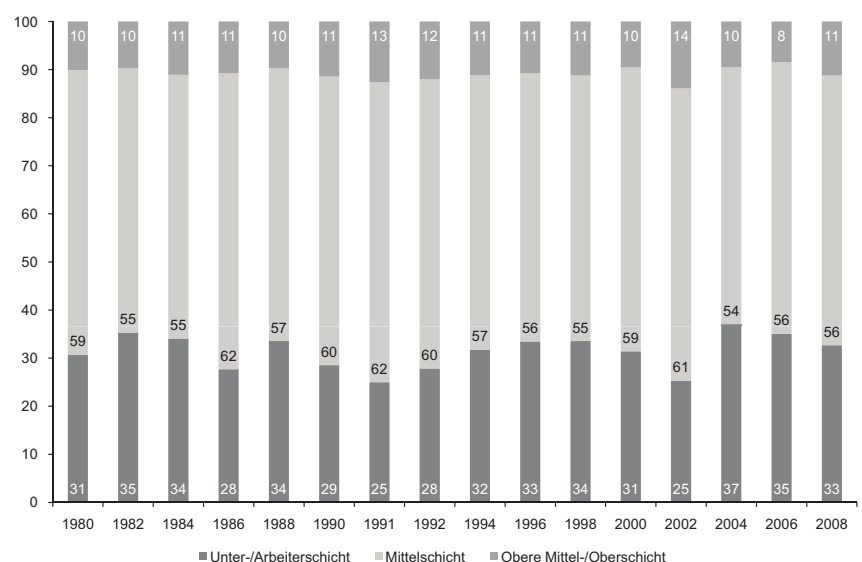
wie vor beträchtlichen Unterschiede in der Schichtidentifikation zwischen West- und Ostdeutschland haben sich im Zeitverlauf nur mäßig verringert: zwischen 1992 und 2008 beim Anteil der Unter-/Arbeiterschicht von 27 auf 18 und beim Anteil der Mittelschicht von 18 auf 10 Prozentpunkte.

„Subjektive Schichtstruktur“ weitgehend unverändert: keine Tendenz zu schrumpfender Mittelschicht

Vor allem in Westdeutschland ist die sich aus der subjektiven Einstufung der Befragten ergebende Schichtstruktur – über den gesamten Zeitraum von nahezu drei Jahrzehnten betrachtet – erstaunlich stabil geblieben. Trotz eines beachtlichen strukturellen und institutionellen Wandels, z. B. im Bereich des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung, der Zuwanderung, aber auch im Hinblick auf das Bildungsniveau der Bevölkerung, hat sich die Verteilung auf die Schichten zwischen 1980 und 2008 praktisch nicht verändert, und sofern Veränderungen im Zeitverlauf zu beobachten sind, handelt es sich dabei um Schwankungen, die keinen Trend erkennen lassen (Grafik 3).

Behauptungen, dass die Unterschicht in Deutschland expandiere und die Mittelschicht schrumpfe – wie sie kürzlich auf der Grundlage von kurz- und mittelfristigen Veränderungen der Einkommensverteilung angestellt wurden (Grabka/Frick 2008 und Goebel/Gornig/Häußermann 2010), werden durch die Entwicklung der perzipierten Schichtzugehörigkeit jedenfalls nicht bestätigt.⁴ Die geringe zeitliche Variabilität der subjektiven Schichteinstufung könnte u. a. auch damit zusammenhängen, dass es sich dabei um eine relative Einstufung der eigenen Position im gesellschaftlichen Statusgefüge handelt und sich der allgemeine Bezugsrahmen wie auch die Vergleichsmaßstäbe, die dabei zugrunde gelegt werden, mit der Zeit verändern.

Grafik 3: Subjektive Schichtzugehörigkeit: Westdeutschland 1980–2008 (in %)



Datenbasis: kumulierter ALLBUS 1980–2008

Tabelle 1: Subjektive Schichteinstufung nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen in Deutschland 2008 (in %)

	Unter-/ Arbeiterschicht	Mittelschicht	Obere Mittel-/ Oberschicht
Gesamtdeutschland	34	56	10
Westdeutschland	33	56	11
Ostdeutschland	51	46	4
Schulabschluss			
kein/Hauptschule	51	47	2
Realschule	37	57	6
Abitur/FH-Reife	15	61	24
noch Schüler/Sonst.	29	60	11
Einkommensposition ¹			
<70% vom mittleren Einkommen	61	37	2
70-150% vom mittleren Einkommen	39	56	4
>150% vom mittleren Einkommen	8	63	29
unterhalb der Armutsrisikoschwelle (<60%)	65	33	2

1) bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (mod. OECD-Skala); (mittleres Einkommen=Median)

Datenbasis: ALLBUS 2008

größtenteils in die Mittelschicht ein, aber mit fast 40% auch zu einem beträchtlichen Anteil in die Unter- und Arbeiterschicht.

Verwendet man das sogenannte Goldthorpe-Klassenlagen-Schema für die Operationalisierung des aktuellen oder früheren, eigenen oder abgeleiteten beruflichen Status⁶, findet sich der höchste Anteil von Personen, die sich der Unter- und Arbeiterschicht zugehörig fühlen (69%), unter den einfachen, d. h. un- oder geringqualifizierten Arbeitern (Grafik 4). Der Anteil derjenigen, die sich der oberen Mittel- und Oberschicht zuordnen, ist erwartungsgemäß mit 34% in der sogenannten „oberen Dienstklasse“ am höchsten, während der „Mittelschichtanteil“ in der Kategorie der Selbständigen mit 2-49 Mitarbeitern (72%) den höchsten Wert erreicht. Weit über dem Durchschnitt liegen auch die Mittelschichtanteile für die untere Dienstklasse (69%) sowie die einfachen Büroberufe (67%). Von den kleinen Selbständigen mit maximal einem Mitarbeiter, ordnet sich zwar ebenfalls eine Mehrheit der Mittelschicht zu (58%), aber mit 33% auch ein beachtlicher Teil der Unter- und Arbeiterschicht. Die Klassenlage der leitenden Arbeiter und Techniker sowie der sonstigen nicht-manuellen Berufe verteilen sich dagegen fast gleichmäßig auf die Unter- und Arbeiterschicht sowie die Mittelschicht. Bemerkenswert ist zudem, dass sich vier von zehn Fach- und Landarbeitern nicht der Unter- und Arbeiterschicht, sondern einer höheren Schicht zuordnen. Dabei ist festzustellen, dass die Identifikation mit der Unter- und Arbeiterschicht unter den verschiedenen Kategorien von Arbeiterberufen mit steigender Qualifikation und Anordnungsbefugnis abnimmt und die Identifikation mit der Mittelschicht zunimmt.

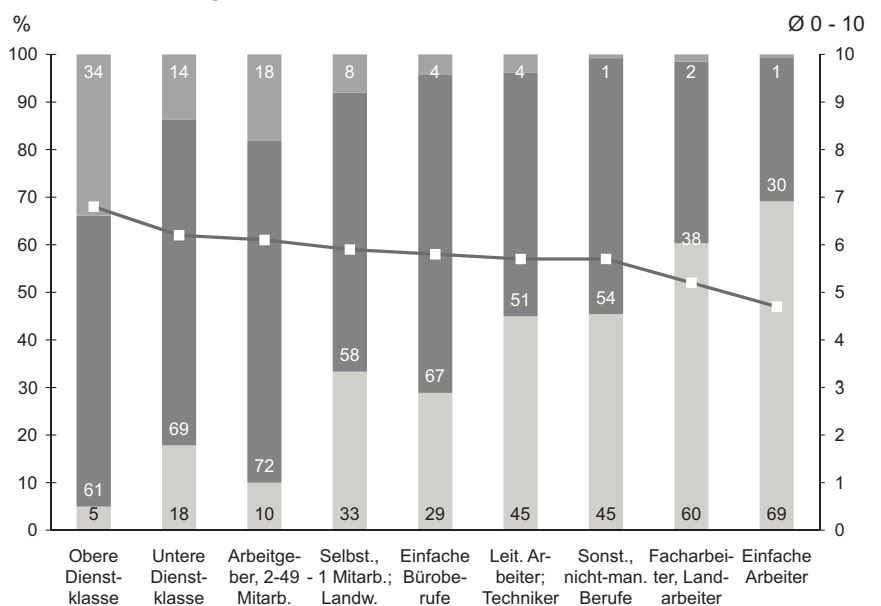
Enger Zusammenhang zwischen subjektiver Schichtzugehörigkeit und objektiven Schichtungsindikatoren

Damit ist die Frage aufgeworfen, von welchen Faktoren und Merkmalen es abhängt, welcher sozialen Schicht sich Personen zuordnen und wo sie sich in der vorgegebenen Schichthierarchie einstufen.⁵ Naheliegend ist zunächst die Hypothese, dass die subjektive Schichtzugehörigkeit in erster Linie von der objektiven Position in der Schichtstruktur abhängt, wie sie aus den „klassischen“ Schichtungsvariablen Bildung, Beruf und Einkommen resultiert. Dass sich diese Hypothese bestätigt, ist bereits aus den bivariaten Zusammenhängen zwischen der subjektiven Einstufung und den objektiven Schichtungsvariablen zu erkennen (Tabelle 1; Grafik 4): Je höher der Bildungsabschluss, je höher der berufliche Status und je höher das Einkommen, desto höher ist im Allgemeinen auch die soziale Schicht, der man sich zugehörig fühlt.

Allerdings sind die Zusammenhänge weniger eindeutig, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Von den Personen, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, stufen sich mehr als 50% in die Unter- und Arbeiterschicht ein, aber ein beinahe ebenso großer Anteil in die Mittelschicht. Personen mit einem höheren Bildungsabschluss (Abitur/ FH-Reife) stufen sich größtenteils in die Mittelschicht (60%) oder in die obere Mittel- und Oberschicht (24%) ein, aber immerhin fast jeder sechste Befragte mit Abitur oder einer Fachhochschulreife identifiziert sich mit der Unter- und Arbeiterschicht. Die perzipierte Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten steht offensichtlich auch mit dem jeweiligen Haushaltseinkommen in einem engen positiven Zusammenhang: Je höher die am bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen gemessene Einkommensposition, desto höher ist im Durchschnitt auch die soziale Schicht, mit der sich die

Befragten identifizieren. Von denjenigen, die über weniger als 70% des mittleren Einkommens verfügen, ordnen sich 61% der Unter- und Arbeiterschicht und 37% der Mittelschicht zu. Und während sich zwei Drittel der Bezieher von einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle (60%) zur Unter- und Arbeiterschicht zählen, sieht sich ein Drittel der Einkommensarmen als Angehöriger der Mittelschicht. Dagegen betrachten sich 63% der Personen in der höchsten Einkommensposition (> 150% des mittleren Einkommens) der Mittelschicht zugehörig und 29% der oberen Mittel- und Oberschicht. Personen mit einer mittleren Einkommensposition (70-150% des mittleren Einkommens) stufen sich mit 56%

Grafik 4: Subjektive Schichteinstufung und Oben-Unten-Skalenwert nach Klassenlagen - Deutschland 2008



Datenbasis: ALLBUS 2008

Obere und untere Dienstklasse an der Spitze der gesellschaftlichen Statushierarchie, Arbeiter am unteren Ende

Grafik 4 bildet neben der subjektiven Schichtidentifikation auch die durchschnittliche Einstufung auf der „Oben-Unten“-Skala für die Goldthorpe-Klassenlagen ab. Die Anordnung der Klassenlagen auf der X-Achse der Grafik entspricht dabei der Rangfolge, die sich aus der Einstufung auf der „Oben-Unten“-Skala ergibt: An der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie stehen demnach die obere und untere Dienstklasse, gefolgt von mittleren und kleinen Selbständigen. Am Ende der Hierarchie stehen qualifizierte und einfache Arbeiter. Wie aus Grafik 4 leicht zu ersehen ist, korrespondieren die subjektive Schichteinstufung und die Oben-Unten-Einstufung der verschiedenen Klassenlagen miteinander, wobei der Zusammenhang jedoch keineswegs perfekt ist. Vielmehr deutet manches darauf hin, dass sich in der subjektiven Schichteinstufung nicht nur eine „Oben-Unten“-Dimension, sondern auch andere Dimensionen einer Besser- oder Schlechterstellung manifestieren.

Die statistische Erklärungskraft der betrachteten Schichtungsvariablen – Bildung, Einkommen und Klassenlage – als Determinanten der subjektiven Schichteinstufung lässt sich mit ordinalen regressionsanalytischen Verfahren näher bestimmen.⁷ Im Vergleich der drei Variablen erweist sich die Klassenlage in der gesamtdeutschen Betrachtung als der stärkste Prädiktor gefolgt von Bildung und Einkommen (Tabelle 2). Dabei sind die Unterschiede allerdings moderat und die Erklärungskraft ist für alle drei Variablen (zusammen Pseudo-R² = .26) beachtlich.

Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass sich die Einflussstärke der Prädiktorvariablen in West- und Ostdeutschland teilweise unterscheidet: Während das Haushaltseinkommen die subjektive Schichteinstufung in Ostdeutschland stärker bestimmt als in Westdeutschland, erweist sich der Einfluss der Klassenlage dort als etwas schwächer. Signifikante West-Ost-Unterschiede in der Effektstärke der Bildung zeigen sich lediglich für die Kategorie der mittleren Bildung, die in Ostdeutschland etwas weniger ausgeprägt ist als in Westdeutschland. Bemerkenswert ist auch der Befund, dass sich die Stärke der Zusammenhänge zwischen den objektiven Schichtungsvariablen und der subjektiven Schichtzugehörigkeit im Zeitverlauf (1991-2008) nicht oder nicht wesentlich verändert hat.

Ost-West-Unterschiede in der subjektiven Schichteinstufung nicht auf differentielle Verteilung der objektiven Schichtungsindikatoren zurückzuführen

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse verdeutlichen allerdings auch, dass die erheblichen – wenn auch im Zeitverlauf verringerten – Unterschiede in der sub-

jektiven Schichteinstufung von West- und Ostdeutschen, durch die betrachteten objektiven Statusvariablen nicht zu erklären sind. West- und Ostdeutsche unterscheiden sich auch dann signifikant in ihrer Zuordnung zu sozialen Schichten, wenn Unterschiede in den Bildungsabschlüssen, dem Niveau der Haushaltsnettoeinkommen und den berufsbezogenen Klassenlagen kontrolliert werden. Die Ergebnisse deuten sogar darauf hin, dass die West-Ost-Differenzen in der subjektiven Schichteinstufung durch die Kontrolle dieser Variablen nicht einmal verringert werden. Das bedeutet, dass die zu beobachtenden Differenzen auf andere als die hier betrachteten Faktoren zurückzuführen sein müssen. Manches spricht zudem dafür, dass dabei auch unterschiedliche Vergleichsmaßstäbe eine Rolle spielen, die bei der Perzeption und Bewertung des eigenen Status im Vergleich zu anderen zugrunde gelegt werden.

Auch wenn die subjektive Schichteinstufung in erheblichem Umfang durch den objektiven sozialen und ökonomischen Status geprägt wird, hängt es offensichtlich nicht allein von dem erreichten Bildungsniveau, dem Einkommen und der Klassenlage ab, welchen sozialen Schichten sich Personen subjektiv zugehörig fühlen. Um der Frage empirisch nachzugehen, welche weiteren Faktoren dabei eine Rolle spielen, werden nachfolgend zwei bereits betrachtete Zusammenhänge exemplarisch herausgegriffen und näher beleuchtet: – die subjektive Schichteinstufung der Klassenlage „Fach-, Landarbeiter – die subjektive Schichteinstufung von Personen mit einer mittleren Einkommensposition (70-150% des Medians des äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommens).

Auch Wohneigentum, Gewerkschaftsmitgliedschaft und soziale Herkunft wichtige Determinanten der subjektiven Schichteinstufung

Detailliertere Analysen dieser Zusammenhänge führen zunächst zu dem Befund, dass es neben den Einzeleffekten der drei betrachteten Statusmerkmale auch von deren Kombination abhängt, welcher sozialen Schicht sich Personen subjektiv zuordnen: Bei gegebener Klassenlage (Fach-, Landarbeiter) nimmt z. B. die Wahrscheinlichkeit sich eher der Mittel als der Unter-/Arbeiterschicht zugehörig zu betrachten, mit dem Schulabschluss und dem Einkommen zu (Tabelle 2).

Darüber hinaus lassen sich aber weitere Merkmale identifizieren, die einen maßgeblichen Einfluss darauf haben, ob sich Personen in der einen oder der anderen sozialen Schicht lokalisieren. Ob sich Arbeiter in die Mittel- oder Arbeiterschicht einordnen, hängt – bei gegebenem Bildungsabschluss und Einkommen – auch davon ab, ob sie über Wohneigentum verfügen und Mitglied einer Gewerkschaft sind. Während das Wohneigentum die Chance um das 1,4-fache erhöht, dass sich ein Fach- oder Landarbeiter der

Mittelschicht zuordnet, wird sie durch eine Gewerkschaftsmitgliedschaft um ca. 20% vermindert, jeweils bei Kontrolle der übrigen Einflussfaktoren. Darüber hinaus hat auch die soziale Herkunft neben ihrem indirekten – über Bildung und die eigene Klassenlage vermittelten – noch einen direkten Effekt auf die subjektive Schichtidentifikation: Das zeigt sich z. B. besonders deutlich bei Fach- und Landarbeitern, deren Väter nicht selbst Fach- oder Landarbeiter waren, sondern eine „white collar“ Position innehatten: Unter diesen Umständen erhöht sich die Chance der Einstufung in die Mittelschicht um das 1,8-fache (Vater: „untere Dienstklasse“; „mittlerer Selbständiger“) bzw. das 2,4-fache (Vater: „einfache Büroberufe“).

Geht man der Frage nach, von welchen Faktoren die subjektive Schichteinstufung von Personen mit einer mittleren Einkommensposition (70-150% des Medians des Haushaltsnettoeinkommens) bestimmt wird, zeigen sich ähnliche Zusammenhänge. Tatsächlich stufen sich von den Personen, die auf die mittlere Einkommenskategorie entfallen, 56% in die Mittelschicht und 39% in die Unter- und Arbeiterschicht ein. Den Resultaten unserer Analysen zufolge, ist die Chance sich nicht mit der Mittelschicht, sondern mit der Unter- und Arbeiterschicht zu identifizieren, für die Bezieher mittlerer Haushaltseinkommen – die verschiedentlich mit der Mittelschicht gleichgesetzt worden sind (z. B. Goebel/Gornig/Häußermann 2010 und Enste/Erdmann/ Kleineberg 2011) – besonders hoch, wenn sie eine Tätigkeit als Fach- oder einfache Arbeiter ausüben und Mitglied einer Gewerkschaft sind, lediglich über einen Hauptschulabschluss und nicht über Wohneigentum verfügen, sowie aus einem Elternhaus kommen, wo der Vater auch Arbeiter war (Tabelle 2). Jedes dieser Merkmale mindert die Chance für die Bezieher mittlerer Einkommen, sich mit der Mittelschicht zu identifizieren und erhöht die Chance, sich in die Unter- und Arbeiterschicht einzustufen.

Diese Befunde unterstreichen nicht nur, dass die subjektive Schichtzugehörigkeit von einer Reihe von unterschiedlichen Faktoren und deren spezifischer Konstellation bestimmt wird, sondern auch, dass sich nachvollziehbare Kriterien und plausible Merkmale identifizieren lassen, an denen sich die Befragten orientieren, wenn sie sich der einen oder anderen sozialen Schicht zuordnen. Die Ergebnisse sprechen zudem dafür, dass es sich bei sozialen Schichten – wie bereits bei soziologischen Klassikern, wie z. B. Theodor Geiger, angelegt – nicht um eindimensionale, sondern um mehrdimensionale Konstrukte handelt.

Abschließend soll geprüft werden, ob und inwieweit mit der subjektiven Schichtzugehörigkeit auch Einstellungs- und Verhaltenskonsequenzen verbunden sind, d. h. zwischen Personen, die sich der einen oder anderen sozialen Schicht zuordnen, signifikante Differenzen in bestimmten Einstellungs- und Verhaltensdimensionen

nachgewiesen werden können. Es versteht sich von selbst, dass sich diese Analyse im vorliegenden Beitrag auf ausgewählte Aspekte beschränken muss, zu denen im ALLBUS 2008 Informationen vorliegen. Für die Untersuchung von potenziellen Einstellungsunterschieden wurden vier Variablen herangezogen: (1) die subjektive Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage; (2) die Einschätzung, ob man „in einem Land wie Deutschland sehr gut leben kann“; (3) die Einschätzung, dass man im Vergleich zu anderen, die in Deutschland leben, seinen gerechten Anteil erhält; (4) das Ausmaß des

politischen Interesses. Ob mit der „gefühlten“ Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Schichten möglicherweise auch Verhaltensunterschiede verbunden sind, wurde exemplarisch anhand der Häufigkeit und Dauer des Fernsehens untersucht, Verhaltensgewohnheiten, die verschiedentlich mit der Schichtzugehörigkeit in Zusammenhang gebracht worden sind. Um die Frage zu prüfen, ob signifikante Schichteffekte vorliegen, wurden lineare Regressionsanalysen durchgeführt und die Nettoeffekte der subjektiven Schichtzugehörigkeit bei gleichzeitiger Kontrolle der Region (Ost-,

Westdeutschland), des Alters der Befragten sowie ihrer Einkommensposition und schulischen Qualifikation ermittelt (Tabelle 3).

„Eigenständige“ Effekte der subjektiven Schichtzugehörigkeit auf Einstellungen zu Lebensbedingungen und politisches Interesse

Die Ergebnisse der durchgeführten Analysen sprechen für die Annahme, dass sich Personen, die sich mit unterschiedlichen sozialen Schichten identifizieren, auch im Hinblick auf spezifische Einstellungen unterscheiden: Für alle vier der hier betrachteten Einstellungsvariablen wurde ein deutlicher – und über die Effekte von Einkommen und Bildungsabschluss hinausgehender – Einfluss der subjektiven Schichtzugehörigkeit bestätigt. Das heißt, auch bei gleichem Einkommen und Bildungsabschluss bewerten Personen, die sich der Mittel- oder der oberen Mittel- und Oberschicht zuordnen, ihre wirtschaftliche Lage besser als diejenigen, die sich mit der Unter- und Arbeiterschicht identifizieren; sie sind zudem häufiger überzeugt, dass man in Deutschland sehr gut leben kann und dass sie einen gerechten Anteil am Wohlstand erhalten und sie haben auch ein ausgeprägteres politisches Interesse. Sämtliche Effekte sind hochsignifikant (99,9%). Im Gegensatz dazu haben die Analysen keine signifikanten – und über Einkommens- und Bildungseinflüsse hinausgehenden – Effekte der subjektiven Schichtzugehörigkeit auf das Fernsehverhalten ergeben. Dabei ist jedoch zu betonen, dass in dieser Analyse lediglich Unterschiede in Häufigkeit und Dauer, nicht aber in den inhaltlichen Sehgewohnheiten betrachtet wurden, die möglicherweise stärker von der subjektiven Schichtzugehörigkeit beeinflusst werden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich soziale Schichten im Zuge des gesellschaftlichen Wandels – anders als in den 1980er und 1990er Jahren proklamiert – keineswegs aufgelöst haben, sondern sowohl im Bewusstsein der Bevölkerung nach wie vor fest verankert sind als auch das gesellschaftliche Leben in Deutschland weiterhin maßgeblich strukturieren. Welcher sozialen Schicht sich die Bürger selbst zuordnen, hängt zwar eng mit ihrer Bildung, ihrem beruflichen Status und ihrem Einkommen zusammen, lässt sich aber durch diese Merkmale allein nicht erklären, sondern wird darüber hinaus von weiteren Faktoren – z. B. der sozialen Herkunft – sowie sozialen Vergleichsprozessen bestimmt. Auf ein Schrumpfen der gesellschaftlichen Mitte, das erst kürzlich in den Medien diskutiert wurde, deuten die Daten zur subjektiven Schichtzugehörigkeit nicht hin. Dagegen offenbaren sie, dass sich West- und Ostdeutsche auch zwanzig Jahre nach der Vereinigung deutlich darin unterscheiden, wo sie sich im gesellschaftlichen Statusgefüge positionieren. Bemerkenswert erscheint dabei der Befund, dass diese Diskrepanz nicht auf Unterschiede in der Verteilung von Bildungsabschlüssen, Einkommen

Tabelle 2: Regressionsanalysen zur Schichteinstufung

	Determinanten der Schichteinstufung ^{1,2}	nur Fach-/ Landarbeiter: Einstufung Unter-/ Arbeiterschicht vs. Mittelschicht ³	nur Personen in der Einkommensmittelschicht: Einstufung Mittelschicht vs. Unter-/ Arbeiterschicht ³
Alter	1,04***	0,90	0,61**
Ostdeutschland	0,30***	0,28***	3,90***
Jahre 1991 - 2008	0,58***	0,71*	1,87***
Ost x Jahre 1991 - 2008	1,71***	1,90**	0,51***
Einkommensposition	2,16***	1,69***	-
Ost x Einkommensposition	1,11	-	-
Hauptschule	1	1	1
Realschule	1,83***	1,19	0,59***
Abitur	3,53***	3,61***	0,29***
Sonstiges	2,92***	3,55***	0,45**
Ost & Realschule	0,77**	-	-
Ost & Abitur	0,96	-	-
Ost & Sonstiges	1,77	-	-
Obere Dienstklasse ⁴	1	-	0,13***
Untere Dienstklasse ⁴	0,57***	-	0,19***
Einfache Büroberufe ⁴	0,43***	-	0,24***
Arbeitgeber (2-49 Mitarbeiter) ⁴	0,77*	-	0,15***
Selbstständiger/ Landwirt ⁴	0,40***	-	0,29***
Leitender Arbeiter/ Techniker ⁴	0,23***	-	0,53***
Fach-/ Landarbeiter ⁴	0,13***	-	1
Einfache Arbeiter ⁴	0,10***	-	1,27**
Sonstige, nicht-manuell ⁴	0,29***	-	0,46***
Wohneigentum	1,46***	1,40***	0,73***
Mitglied Gewerkschaft	0,82***	0,81*	1,18*
Vater: Obere Dienstklasse	1	1,63*	0,60***
Vater: Untere Dienstklasse	0,90	1,79***	0,59***
Vater: Einfache Büroberufe	0,86	2,42**	0,57**
Vater: Arbeitgeber (2-49 Mitarbeiter)	0,87	1,80*	0,59***
Vater: Selbstständiger/ Landwirt	0,55***	1,15	0,94
Vater: Leitender Arbeiter/ Techniker	0,68***	1,05	0,75***
Vater: Fach-/ Landarbeiter	0,52***	1	1
Vater: Einfacher Arbeiter	0,49***	0,87	0,99
Vater: Sonstige	0,69	2,54	0,66
Pseudo-R ²	0,26	0,08	0,20

odds ratios; * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001

1) 3-stufig

2) Ordinale logistische Regression

3) Logistische Regression

4) Basis für Klassenbildung = Einordnungsberuf

Datenbasis: kumulierter Allbus 1991-2008

Tabelle 3: Effekte der subjektiven Schichteinstufung auf Bewertungen und Verhalten

	Wirtschaftslage des Befragten heute	Politisches Interesse des Befragten	In Deutschland kann man sehr gut leben	Gerechter Anteil Lebensstandard	Häufigkeit von Fernsehen pro Woche	Fernsehgesamtdauer pro Tag in Minuten
Mittelschicht	-0,23***	-0,15***	-0,12***	0,25***	-0,03	-0,05**
Obere Mittelschicht/ Oberschicht	-0,17***	-0,11***	-0,08***	0,18***	-0,02	-0,04
Adjusted R ²	0,23	0,16	0,10	0,21	0,08	0,13
Adjusted R ² (ohne subjektive Schicht)	0,18	0,15	0,08	0,16	0,08	0,12

OLS-Regressionen: Standardisierte Koeffizienten unter Kontrolle von Ost-/ Westdeutschland, Alter, Einkommensposition und Schulabschluss

* p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001

Datenbasis: Allbus 2008

und beruflichem Status zurückzuführen ist, sondern wohl eher Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung der eigenen gesellschaftlichen Position zum Ausdruck bringt.

- 1 Zu einer Übersicht über diese Debatte vgl. Noll (2002).
- 2 Ausführlicher dazu und zum Folgenden Noll (1999).
- 3 Weitere Antwortvorgaben sind: keine dieser Schichten, Einstufung abgelehnt, weiß nicht.
- 4 Ein Schrumpfen der Mittelschicht ist übrigens auch auf der Grundlage der Verteilung der Goldthorpe-Klassenlagen (vgl. dazu Fußnote 6) weder in West- noch in Ostdeutschland zu beobachten. Fasst man die „untere Dienstklasse“, Selbstständige (1-49 Angestellte), Landwirte, Techniker, Beschäftigte mit nicht-manuellen Routinetätigkeiten sowie die „Arbeiterelite“ (Vorarbeiter/Meister) zur Mittelschicht zusammen, so hat sich deren Anteil in Westdeutschland zwischen 1980 und 2008 nur minimal von 52 auf 49% verringert. In Ostdeutschland ging der Anteil der so abgegrenzten Mittelschicht zwischen 1991 und 2008 ebenfalls unwesentlich von 44 auf 42% zurück.
- 5 Dass die vorgegebenen Schichtkategorien von den Befragten auch als Hierarchie verstanden werden, ist daran zu erkennen, dass die subjektive Schichtidentifikation eng mit der Einstufung auf einer anderen subjektiven Statusskala – der sogenannten „Oben-Unten“-Skala zusammenhängt: je höher die Schichteinstufung, desto höher erweist sich auch die Einstufung auf der 11-stufigen (0-10) „Oben-Unten“-Skala. Die Abstände zwischen der Unter-/Arbeiter-schicht und der Mittelschicht sowie zwischen der Mittelschicht und der oberen Mittel-/Oberschicht betragen jeweils ca. 1,5 Skaleneinheiten und sind in West- und Ostdeutschland nahezu identisch. Allerdings stufen sich Ostdeutsche (5,2) auch auf der „Oben-Unten“-Skala im Durchschnitt etwas niedriger ein als Westdeutsche (5,9).
- 6 Vgl. zum „Goldthorpe-Klassenschema“ und der Bildung entsprechender ALLBUS Variablen das ALLBUS-Datenhandbuch 1980-2008, Note 27, S. 1126 (Allge-

meine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2009). Für Erwerbstätige wird die Klassenlage anhand ihrer eigenen aktuellen beruflichen Stellung und Tätigkeit bestimmt. Die Klassenlage von Nichterwerbstätigen wird dagegen indirekt über ihren sogenannten „Einordnungsberuf“ ermittelt, d. h. bei ehemals Erwerbstätigen über die Merkmale ihrer früheren Erwerbstätigkeit, bei nie oder noch nicht Erwerbstätigen über die Erwerbstätigkeit des Vaters oder Ehepartners. Zu Einzelheiten der Konstruktion des Einordnungsberufs vgl. ALLBUS-Datenhandbuch 1980-2008, Note 30, S. 1142 (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2009).

- 7 Die nachfolgend präsentierten Regressionsbefunde beruhen auf Berechnungen mit dem kumulierten Datensatz der ALLBUS – Befragungen von 1991 bis 2008 und wurden mit der Stata-Routine „ologit“ durchgeführt.

Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Bearbeiter: Michael Terwey, Stefan Balzer), 2009: Datenhandbuch 1980-2008. Studiennummer 4570. Köln und Mannheim: Gesis – Leibniz Institut für Sozialwissenschaften.

Beck, Ulrich, 1983: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. S. 35-74 in: Reinhard Kreckel (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen: Verlag Otto Schwarz & Co.

Hradil, Stefan, 1987: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen: Leske + Budrich.

Enste, Dominik H., Erdmann, Vera, Kleinberg, Tatjana, 2011: Mythen über die Mittelschicht. Wie schlecht steht es wirklich um die gesellschaftliche Mitte. München: Schriftenreihe des Roman Herzog Instituts.

Geißler, Rainer, 2010: Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle. Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der

Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Goebel, Jan, Gornig, Martin, Häußermann, Hartmut, 2010: Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. Wochenbericht des DIW Berlin 24/2010: 2-8.

Grabka, Markus, Frick, Joachim, 2008: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Wochenbericht des DIW Berlin 10/2008: 101-108.

Noll, Heinz-Herbert, 1999: Subjektive Schichteinstufung – Neue Befunde zu einer traditionellen Frage. S. 147-162 in: Wolfgang Glatzer, Ilona Ostner (Hg.), Deutschland im Wandel – Sozialstrukturelle Analysen. Opladen: Leske + Budrich.

Noll, Heinz-Herbert, 2002: Class, Stratification and Beyond: The German Case. S. 45-73 in: Yannick Lemel, Heinz-Herbert Noll (eds.), Changing Structures of Inequality: A Comparative Perspective. Series "Comparative Charting of Social Change", Vol. X. Montreal et al.: McGill-Queen's University Press.

Heinz-Herbert Noll / Stefan Weick

GESIS

(ISI 45, 2011: 1-7)

Herausgeber

GESIS – Leibniz-Institut für
Sozialwissenschaften
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21 / 12 46-0
www.gesis.org/soziale-indikatoren

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30,
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

GESIS

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X
